



# Zeitreisen(de) im ländlichen Raum

Diskurse ■ Re.Visionen

# ZEITREISEN(DE) IM LÄNDLICHEN RAUM

## Diskurse ■ Re.Visionen

Forschungsbericht Nr. 57

Wien, 2007

REDAKTION: THERESIA OEDL-WIESER

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:  
Bundesanstalt für Bergbauernfragen,

A-1030 Wien, Marxergasse 2  
<http://www.berggebiete.at>

Tel.: +43/1/504 88 69 - 0; Fax: +43/1/504 88 69 – 39  
[office@berggebiete.at](mailto:office@berggebiete.at)

Layout: R. Neissl, M. Hager, D. Rosenbichler  
Lektorat: H. Pflögger, M. Hager, I. Stiasny  
Titelfoto: Krammer

Druck: Druckerei Robitschek & Co. Ges.m.b.H.

ISBN: 978-3-85311-082-9

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort Josef Krammer	3
Einleitung Theresia Oedl-Wieser	5
1. Szenarien der Entwicklung der Berggebiete in Europa Thomas Dax	11
2. Situation und Zukunftschancen der Berglandwirtschaft in Österreich Gerhard Hovorka	25
3. Bergtourismus – Herausforderungen und Entwicklungschancen für eine nachhaltigere Entwicklung Karl Reiner	41
4. Naturparke und ihr Beitrag zur ländlichen Entwicklung Maria Asamer-Handler	55
5. „Die Ländliche Entwicklungspolitik“ – Von der Agenda 2000 zur LE 07-13 Ignaz Knöbl	69
6. Perspektiven für die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur Ingrid Machold und Oliver Tamme	81
7. Sozialkapital und ländliche Entwicklung Georg Wiesinger	97
8. „motion to gender“ – geschlechterdemokratische Visionen für das Land Theresia Oedl-Wieser	113
9. Hofnachfolge in Österreich – eine Re.Vision von Haushaltsstrategien im Haupt- und Nebenerwerb Stefan Vogel	137
10. Vom Verschwinden der Bauern und vom Kommen der Agrarunternehmer Josef Hoppichler	151

11. Verlorene Unschuld? Zur Transformation des biologischen Landbaus in Österreich Michael Groier	173
12. Die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft – Betrachtungen einer Hofnärin Elisabeth Loibl	191
13. Gedanken zu Zeit und Wissenschaft Josef Krammer	203
Publikationen der Bundesanstalt für Bergbauernfragen	

## Vorwort

Seit mehr als 25 Jahren wird an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen zum Leben und Arbeiten im Berggebiet, in benachteiligten Gebieten und im ländlichen Raum geforscht und gearbeitet. Die Frage der Entwicklung, der Perspektive und der Zukunft der Berggebiete und des ländlichen Raumes ist dabei immer im Zentrum unserer Arbeiten gestanden. Sich mit der Zukunft zu beschäftigen ist in den letzten Jahren drängender geworden. Angesichts der Beschleunigung der Entwicklung wird es immer schwieriger Prognosen zu stellen. Die Vorhersagen, die Prognosen werden immer kürzer – viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lassen sich nicht mehr auf konkrete Prognosen ein.

Auch die Freude, Vorfriede auf das Kommende, die Lust an der Gestaltung der Zukunft hat in den letzten Jahrzehnten rapide abgenommen. Als ich studierte, das war die Zeit der Studentenbewegung, des Vietnamkrieges und die Zeit des sozialistischen Experimentes in Chile unter Salvador Allende. Ich erlebte die Welt voll Zorn, aber auch voll Hoffnung. Es herrschte die Überzeugung vor, dass es sich lohnt, für eine bessere Welt zu kämpfen und die Welt stand uns offen – beruflich und politisch.

Heute, 30 bis 40 Jahre später, ist die Hoffnung auf eine bessere Welt, ist der Glaube an die Machbarkeit der Zukunft weitgehend verschwunden. Was vorherrscht, sind Ängste vor dem Kommenden und das Gefühl der Machtlosigkeit, des Ausgeliefertseins gegenüber einer unsicheren Zukunft in einer globalisierten Welt.

Augenscheinlich ist den Autorinnen und Autoren der Beiträge im vorliegenden Sammelband die Lust am Gestalten, Mitgestalten unserer Zukunft noch nicht gänzlich abhanden gekommen. Dies ist beim aufmerksamen Lesen der einzelnen Beiträge deutlich zu spüren. Sie haben die Herausforderung des stetigen und immer rascheren Wandels aufgegriffen und als Zeitreisende in unterschiedlichen, thematischen Bereichen eine Rückschau - also eine Bewertung des Vergangenen – durchgeführt und einen Blick in die nahe Zukunft gewagt.

Wir haben auch ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeladen, aus ihren Forschungs- und Arbeitsbereichen zu berichten und an das Zukünftige zu denken und mittelfristige Perspektiven zu diskutieren. Mit diesem Reader möchten wir wieder Akzente setzen, neue Ideen präsentieren und Entwicklungspfade für das Berggebiet und den ländlichen Raum aufzeigen.

**Dr. Josef Krammer**

Leiter der BA für Bergbauernfragen



## Einleitung

Die Entwicklung des Berggebietes und der ländlichen Regionen steht im Mittelpunkt der Fachbeiträge zu diesem Sammelband. Die AutorInnen haben sich als *Zeitreisende im ländlichen Raum* bewegt, indem sie die Vergangenheit kritisch betrachtet und in die nahe Zukunft geblickt haben. Wie wird die Zukunft im Berggebiet und in ländlichen Regionen in Österreich aussehen? Welche Rolle wird die Landwirtschaft zukünftig einnehmen? Wie können mögliche Stärken einer nachhaltigen und sektorübergreifenden ländlichen Wirtschaft weiterentwickelt werden? Und, welche Perspektiven ergeben sich für die ländliche Bevölkerung in Zeiten rascher Veränderungen? Eines ist sicher, die Beschleunigung der Entwicklung in den Zentren erfordert auch Bewegung auf dem Land in Hinblick auf neue Ideen, Offenheit und Reagieren auf sich ändernde Rahmenbedingungen. Die einzelnen Beiträge des Readers sind drei Themenbereichen zugeordnet. Zu Beginn werden die *Perspektiven für die Berggebiete und den ländlichen Raum* ausgeführt. Darauf folgen Beiträge zur *Bedeutung und Relevanz des Struktur- und Wertewandels im ländlichen Raum*. Zuletzt werden die *Entwicklungstrends auf landwirtschaftlichen Betrieben und in der landwirtschaftlichen Produktion* in ihrer nationalen und globalen Dimension analysiert und problematische Entwicklungen diskutiert.

## Perspektiven für die Berggebiete und den ländlichen Raum

Berggebiete sind für das Überleben des globalen Ökosystems von zentraler Bedeutung: Sie stellen das globale Wasserreservoir der Erde, einen Raum großer Biodiversität und genetischer Ressourcen sowie einen wichtigen Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum dar. Das Bewusstsein über ihre Bedeutung und ihre Bedrohung ist in den letzten Jahren weltweit angestiegen.

**Thomas Dax** skizziert in seinem Beitrag „*Szenarien der Entwicklung der Berggebiete in Europa*“ die Rolle der Berggebiete im Rahmen der künftigen Raumentwicklung in Europa. Er spricht sich gegen weitgehend undifferenzierte Zukunftsbilder aus, welche die bestehende Vielfalt der lokalen Potenziale und Handlungsansätze meist unterschätzen. Er entwirft Szenarien aus der Sicht des Jahres 2025, in welchen er Trends zur Marginalisierung der Berggebiete und Tendenzen zur Musealisierung formuliert, oder aber Berggebiete als ökologische Ausgleichsräume Europas gesehen werden sowie Wege zur Verknüpfung von Nachhaltigkeit und Kulturlandschaftsentwicklung skizziert werden. Für ihn ist es für die zukünftige Entwicklung der Berggebiete entscheidend, dass Neues zugelassen wird und ein geeigneter Mix aus Entwicklung und Bewahren gefunden wird. **Gerhard Hovorka** führt in seinem Beitrag „*Situation und Zukunftschancen der Berglandwirtschaft in Österreich*“ aus, dass die Berglandwirtschaft über die eigentliche Nahrungsproduktion hinaus wichtige Leistungen für die Gesellschaft und Umwelt erbringt und so ein klares Beispiel für eine multifunktionale Landwirtschaft darstellt. In sieben Eckpunkten führt er wesentliche Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Berglandwirtschaft an. Er resümiert, dass die Berglandwirtschaft in Österreich auch in Zukunft als intakt eingeschätzt werden kann, sofern eine gezielte Förderung sowie eine Gesamtstrategie für die integrierte Entwicklung der Berggebiete gelingt.

Mit den folgenden beiden Beiträgen werden zwei für die Berggebiete besonders wichtige Aspekte einer integrierten Regionalentwicklung herausgegriffen. **Karl Reiner** befasst sich in seinem Beitrag „*Bergtourismus – Herausforderungen und Entwicklungschancen für eine nachhaltigere Entwicklung*“ mit dem konflikt-

trächtigen Thema des Bergtourismus mit all seinen positiven und negativen Aspekten. Er berichtet von ausgewählten Initiativen für einen nachhaltigen Bergtourismus wie dem „sanft mobilen“ *Alpendorf Werfenweng* – Mitglied der *Alpine Pearls*, das durch intelligente Logistik einen Urlaub ohne Auto ermöglicht. Oder vom *Biosphärenpark Großes Walsertal*, der sich als Modellregion für nachhaltiges Wirtschaften etabliert. Die Weiterentwicklung solcher Konzepte sieht er in der Einbeziehung aller relevanten AkteurInnen sowie in der Innovationsbereitschaft der Regionen. **Maria Asamer-Handler** behandelt in ihrem Beitrag „*Naturparke und ihr Beitrag zur ländlichen Entwicklung*“ die Entwicklung der Naturparke sowie deren regionalwirtschaftliche Effekte. Damit Naturparke ihre Naturschutzfunktion wahrnehmen können, müssen sie zunehmend regionalwirtschaftliche Projekte initiieren und durchführen. Beispiele dafür sind die in diesem Artikel beschriebenen Naturpark-Spezialitäten oder die gemeinnützigen Beschäftigungsprojekte in Niederösterreich und der Steiermark. Entscheidend für die regionalwirtschaftlichen Impulse der Naturparke sind die Kooperation und die Netzwerkbildung sowie eine intensive Zusammenarbeit mit dem Tourismus.

## Bedeutung und Relevanz des Struktur- und Wertewandels im ländlichen Raum

In Österreich kam es bereits seit den 1970er Jahren zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der Neugestaltung der Förderung für Berggebiete und für periphere ländliche Gebiete. Auf EU-Ebene wurde diese Diskussion hinsichtlich einer umfassenden Konzeption der ländlichen Entwicklungspolitik erst gegen Ende der 1980er Jahre intensiviert. Mittlerweile ist die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes als zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik etabliert. Im folgenden Abschnitt wird darüber hinaus die Bedeutung der Daseinsvorsorge in Form sozialer und wirtschaftlicher Dienstleistungen im ländlichen Raum behandelt. Grundlegende Aspekte der ländlichen Entwicklung werden weiters in den Beiträgen zur Rolle des „Sozialkapitals“ sowie zur Notwendigkeit eines geschlechterdemokratischen Umbaus der Gesellschaft diskutiert.

**Ignaz Knöbl** geht in seinem Beitrag „*Die Ländliche Entwicklungspolitik – Von der Agenda 2000 bis zu LE 07-13*“ auf die Bedeutung der Agrarpolitik für den ländlichen Raum in Österreich ein. Im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der EU ist in Österreich das Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums der finanziell bedeutsamste Teil der Agrarpolitik. Auch in der neuen Programmplanungsperiode (LE 07-13) wird dem Aspekt der Leistungsabgeltung vorwiegend im Rahmen von Schwerpunkt 2 „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ entsprochen. **Ingrid Machold** und **Oliver Tamme** befassen sich in ihrem Beitrag „*Perspektiven für die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur*“ mit der Situation der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. In den letzten Jahren gab es in wichtigen Bereichen der Basisinfrastrukturen (Post, Bahn, Nahversorgung) Rückbautendenzen, die vor allem den ländlichen Raum betroffen haben. Anhand zweier Untersuchungsgemeinden in der Obersteiermark wurden die Auswirkungen der Infrastrukturentwicklung auf den Lebensalltag der Bevölkerung untersucht. **Georg Wiesinger** diskutiert in seinem Beitrag „*Sozialkapital und ländliche Entwicklung*“ die Frage, inwieweit das vieldiskutierte Konzept des „Sozialkapitals“ als eine Erklärungsvariable für eine positive regionale Entwicklung anzusehen ist. Dazu werden die wesentlichen Stränge der Diskussion um die Bedeutung von Sozialkapital nachgezeichnet und in einer kritischen Replik auch die Grenzen des Sozialkapitalkonzepts aufgezeigt. Anhand eines theoretischen Schemas wird versucht, den tatsächlichen Stellenwert von Sozi-

alkapital für die ländliche Entwicklung in allen ihren Facetten aufzuzeigen. **Theresia Oedl-Wieser** diskutiert in ihrem Beitrag „*motion to gender – geschlechterdemokratische Visionen für das Land*“ die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Neuorientierung in Richtung Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterdemokratie. Gesellschaftlich relevante Diskurse wie *Geschlecht, Nachhaltigkeit und Vielfalt* werden vorgestellt und Berührungspunkte zwischen diesen Konzepten aufgezeigt. Die internationale Frauenbewegung wird als zentrale Triebkraft im Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung sowie beim Verhandeln des internationalen Referenzrahmens für Frauenrechte hervorgehoben. In weiterer Folge werden wichtige Brennpunkte des gesellschaftlichen Lebens und Arbeitens wie *Frauenrechte sind Menschenrechte, Frauen – Ökologie – Nachhaltigkeit, Feminisierung der Armut und Versorgungs- und Erwerbsarbeit* behandelt. Wie eine gesellschaftliche Transformation in Richtung Geschlechterdemokratie in ländlichen Regionen vor sich gehen könnte, wird abschließend beschrieben.

## Entwicklungstrends auf landwirtschaftlichen Betrieben und in der landwirtschaftlichen Produktion

Die Agrarstruktur hat sich in Österreich in den letzten zehn Jahren stark gewandelt. Vor allem kleine Betriebe haben in diesem Zeitraum die Bewirtschaftung aufgegeben. Welche Perspektiven eröffnen sich für eine (klein-)bäuerliche Landwirtschaft in Österreich in Zeiten weltweiter Industrialisierung der Landwirtschaft? Welche Alternativen gibt es zu diesen globalen Entwicklungstrends? Wie bereitet sich die zukünftige Generation auf den Höfen auf die landwirtschaftliche Praxis vor und welche Perspektiven ergeben sich daraus? Diese Fragen werden im dritten Abschnitt des Readers behandelt.

**Stefan Vogel** präsentiert in seinem Beitrag „*Hofnachfolge in Österreich – eine Re-Vision von Haushaltsstrategien im Haupt- und Nebenerwerb*“ die österreichischen Ergebnisse einer EU-weiten Studie zum Thema Übergabe bzw. Übernahme auf landwirtschaftlichen Betrieben. Es werden charakteristische Aspekte und Phasen der Hofnachfolge bei Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben dargestellt. Ein wichtiger Aspekt ist dabei der intergenerationelle Transfer von Verantwortung bzw. von Entscheidungsbefugnissen. Diesem für die Entwicklung der österreichischen Agrarstruktur interessanten Beitrag folgt die umfassende Darstellung von **Josef Hoppichler** „*Vom Verschwinden der Bauern und vom Kommen der Agrarunternehmer*“. In diesem Beitrag geht er auf die Strukturentwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft in Teilen Europas und auf weltweite Industrialisierungstendenzen im agrarischen Bereich ein. Monopolartige Agrarkonzerne setzen alles daran, die zum Teil neu entstehenden Märkte im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe, der Ölsaaten und der Gentechnik (weiter) zu entwickeln. So wird beispielsweise der Zusammenhang zwischen der Anlage von Ölpalmenplantagen zur Gewinnung nachwachsender Rohstoffe für Heizzwecke in Europa und dem Abholzen von Regenwäldern in diesen Ländern deutlich vor Augen geführt oder der Konzentrationsprozess in der Pflanzenzucht sowie bei der Patentierung von Pflanzen erläutert. Ob zukünftig die Agrarkonzerne und ihre agrarische Zulieferindustrie fähig sein werden, die Menschen weltweit zu ernähren, ist die zentrale Frage dieses Beitrages. **Michael Groier** skizziert in seinem Beitrag „*Verlorene Unschuld? Zur Transformation des biologischen Landbaus in Österreich*“ die Entwicklungsphasen des Biolandbaus in Österreich und erläutert aus kritischer Sicht die derzeit stattfindende „Konventionalisierung des Biolandbaus“. Diese äußert sich in der Anpassung der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung bis hin zu den institutionellen Strukturen an die konventionellen Entwicklungsmuster und Problemfelder. Forderungen nach Aufrechterhaltung der

Klein- und Mittelbetriebe, die die Basis des Biolandbaus in Österreich bilden, sowie Anerkennung und Förderung des Biolandbaus im Rahmen einer Neuorientierung von agrarpolitischen Rahmenbedingungen werden formuliert, um die innovative Kraft dieses Bereichs vor allem im regionalen Kontext zu stärken und weiter auszubauen.

In ihrem Beitrag *„Die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft – Betrachtungen einer Hofnärin“* schlüpft **Elisabeth Loibl** in die Rolle der „Spaßmacherin“, die unangenehme Wahrheiten an- und ausspricht. Das agrarpolitische Dogma des „Wachsens und Weichens“ lässt, ihrer Analyse nach, wenig Spielraum für die bäuerliche Landwirtschaft übrig, zumal im agrarischen Bereich wenig Konfliktbereitschaft zur Behandlung von Verteilungsfragen besteht und inhaltliche Diskussionen abgeblockt werden – Stichwort „Bauernspalter“. Sie berichtet andererseits von couragierten und widerständigen Bauern und Bäuerinnen, die ihren „eigenen Weg des bäuerlichen Wirtschaftens“ gehen, abseits des globalen Trends der Industrialisierung der Landwirtschaft. **Josef Krammer** führt in seinem Beitrag *„Gedanken zu Zeit und Wissenschaft“* in den Kosmos von Raum und Zeit ein und stellt die Frage „Was ist Zeit und wie nehmen wir sie wahr?“ Sehr kritisch setzt er sich mit der Rolle der Wissenschaft in Hinblick auf die Gestaltbarkeit und die Beherrschbarkeit unserer Zukunft auseinander und plädiert für mehr Verantwortungsbewusstsein.

Die vielfältigen analysierten Themenbereiche in diesem Sammelband sollen Anregungen für kritische und zukunftsorientierte Diskussionen zur Entwicklung des Berggebietes und des ländlichen Raumes bieten. Es sollen aber auch Räume zum Weiterdenken geöffnet werden. Räume, die sich über die eigenen Fachbereichsgrenzen hinaus erstrecken und die die Schnittstellen zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Betrachtungsweisen thematisieren und sichtbar machen.

Wien, im Februar 2007

Theresia Oedl-Wieser



# Perspektiven

für die Berggebiete und den ländlichen Raum



# 1. Szenarien der Entwicklung der Berggebiete in Europa

Thomas Dax

## 1.1 Einleitung

Angesichts der politischen und räumlichen Entwicklung der Europäischen Union erfahren die Regionen Europas bedeutende Veränderungen in ihrer sozio-ökonomischen und kulturellen Entwicklung. Wenngleich der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit auf dem Ausgleich der regionalen Wirtschaftskraft bzw. der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit liegt, so ist das breite Spektrum der Vielfalt der Regionen nicht zu übersehen. Aus österreichischer Sicht ist die Berggebietsentwicklung zentral.

Diese Gebiete sind in den letzten Jahrzehnten auf europäischer Ebene bzw. weltweit verstärkt als besondere Problemgebiete erkannt worden. In manchen Bereichen stellen sie eine spezifische Ausprägung ländlicher Gebiete und ihrer Entwicklungsaspekte dar, vielfach geht das Problemspektrum aber aufgrund der ausgeprägten ökologischen Sensibilität weit darüber hinaus. Für die räumliche Entwicklung der EU bedeutet dies, dass die großen territorialen Herausforderungen Europas dann effektiv angegangen werden können, wenn die Förderpolitiken auf die strukturschwachen Gebiete Europas konzentriert werden. Nicht alle Berggebiete zählen jedoch zu den strukturschwachen europäischen Großregionen. So ist der Alpenraum trotz vielfältiger Strukturprobleme sicherlich nicht in diese Kategorie einzustufen. Er kann aber für viele Herausforderungen von europäischer Dimension, die sich dort aufgrund der besonderen Sensibilität dieses Raumes sehr ausgeprägt zeigen (z.B. Klimawandel, Verkehrsproblematik), modellhafte und beispielgebende Lösungsstrategien liefern (Selke 2005).

Allerdings widersprechen die weit verbreiteten Wahrnehmungsmuster einem offensiv auf die Zukunft ausgerichteten Verhalten. Die Vorstellung von einer ländlich-idyllischen Bergwelt wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einem Allgemeingut breiter Bevölkerungskreise (Stremlow 1998). Diese weit verbreiteten traditionellen Bilder und Einstellungen stehen innovativen Überlegungen und strategischen Entwicklungsansätzen entgegen. Die Situation der Berggebiete wurde aber in den letzten Jahren verstärkt analysiert (Dax 2003) und für die Umsetzung spezifischer Berggebietspolitiken in umfassenden europäischen Initiativen und Studien aufbereitet (Europäische Kommission 2003; Nordregio 2004).

Welche Rolle werden also die Berggebiete im Rahmen der künftigen Raumentwicklung in Europa einnehmen? Seit jeher haben die Berggebiete die Phantasie der Menschen angeregt. Die Vorstellungen und Bilder enthalten unzählige Entwürfe einer persönlichen und kulturell vermittelten Begegnung mit diesen Gebieten. Als nationales Identifikationsobjekt werden die Alpen gerade in Österreich gern als zentrale Metapher für den Raumbezug aufgegriffen (Straub 2005). Mögliche Antworten für die Zukunft dieser Regionen finden sich auch in Forschungsarbeiten und können aus der Umsetzung des Interreg IIIB Alpenraumprogramms ersehen werden. Dieses hat für die Entwicklung in manchen Gebirgsregionen, v.a. im östlichen Teil der EU, eine Referenz- bzw. Vorbildfunktion übernommen. In diesem Beitrag sollen Entwicklungsvarianten vorgestellt werden, welche auf die Überlegungen zur europäischen Raumentwicklung (Europäische Kommission 1999) sowie auf die spezifischen Charakteristika der Berggebiete des Alpenraumes eingehen. Unter anderem werden dazu Ergebnisse aus der Expertenstudie des Alpenraumprogramms (Bausch et al. 2005) herangezogen. Die Beschreibung von vier Szenarien

**Box:** *Der Boom an Szenarien der räumlichen Entwicklung erfasst die Berggebiete*

Im westeuropäischen Raum (Frankreich, UK und Skandinavien) sind Szenariestudien auf nationaler Ebene schon seit längerem ein zentrales Instrument der Diskussion der Raumentwicklung. In den letzten Jahren wurden jedoch zunehmend auch Szenarien für einzelne Regionen und Raumtypen erarbeitet. Dies ist zweifellos mit der erhöhten Bedeutung regionaler Programme bzw. regionaler Entscheidungsprozesse verbunden. Dabei wurden unterschiedliche methodische Schwerpunkte und Absichten mit diesen Studien verfolgt. Eine Übersicht der Vielfalt an Anwendungsmöglichkeiten und der spezifischen Zielsetzung findet sich im Handbuch zu regionalen Zukunftsstudien (Gavigan et al. 2001).

Für die Entwicklung *ländlicher Gebiete* sind diese Szenarienvorwürfe Teil einer allgemeinen Tendenz, strategische Überlegungen für die räumliche Entwicklung zu entwerfen, die weit über die Betrachtung des Agrarsektors bzw. der agrarischen Landnutzung hinausgehen (Crehan und Downey 2004). Dennoch behält dieser Sektor in den Szenarien eine zentrale Stellung (Leon et al. 2004). Umfassende Arbeiten aus Kanada (Alberta Agriculture, Food and Rural Development 2002) und England (Countryside Agency 2003; The Institute for Alternative Futures and the Institute for Innovation Research 2004) belegen die unterschiedlichen Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher Gebiete. Die darin enthaltenen Visionen sind als Teil des Bemühens dieser Länder zu werten, die Prüfung der Auswirkung eines weiten Spektrums von Politikmaßnahmen auf die Wirkungen für den ländlichen Raum in der politischen Diskussion zu verankern. Der Aufbau einer zahlreichen Institutionen umfassenden *Canadian Rural Partnership* (Matheson 2005) sowie des *rural proofing* in der Verwaltung Englands sind Ausdruck dieser umfassenden Behandlung ländlicher Entwicklungsaspekte.

Trotzdem bleibt auch hier die Intensität der Diskussion sehr stark von der Thematik und der Nähe der jeweiligen Aktivitäten zum ländlichen Raum geprägt. Auch die im ESPON-Programm erstellten Szenarien (IGEAT 2005) für den Bereich „Ländliche Entwicklung“ haben sich in erster Linie auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und erst in zweiter Hinsicht auf den Aufbau integrierter Entwicklungsmodelle konzentriert. Der verstärkte Druck auf Veränderungen des ländlichen Raums und eine intensivere Anknüpfung an städtische Zentren (WWF and CPRE 2000) findet ganz besonders in den Studien Nordeuropas seinen Niederschlag. Eine verstärkte Integration ländlicher Gebiete erscheint als ein plausibles Szenario in Irland (NUI, UCD and Teagasc 2005) und Frankreich (Drewe 2002, DATAR 2005). Eine noch deutlichere Neuorientierung räumlicher Politiken wird für Schweden geortet (Westholm 2003).

Im Zusammenhang mit der Szenarientwicklung für *Berggebiete* ist auf die spezifische räumliche Problemsituation einzugehen (Debarbieux 2006). Im Vordergrund standen zunächst die Beobachtungen der Veränderungen der Kulturlandschaft (Pfefferkorn et al. 2005). Mehr und mehr rücken aber Aspekte globaler Veränderungen (Klimawandel) und die Verknüpfungen der Regionalwirtschaft im Berggebiet mit der Wirtschaftsentwicklung von Regionen außerhalb des Berggebietes ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Dieser Ansatz ist Grundlage der Projektinitiativen im Alpenraumprogramm der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIB, welches weit über das Gebiet der Alpenkonvention hinausgeht. Die „Prospective Study“ des Alpenraumprogramms behandelt u.a. in 6 Szenarien eine Auswahl unterschiedlicher räumlicher Strategien sowie den Bezug zur europäischen Raumentwicklung (Bausch et al. 2005). Zurzeit führt die Internationale Alpenschutzkommission das Projekt „Zukunft in den Alpen“ (2004-2007) durch, mit dem sie einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung im Alpenraum und zur Umsetzung der Alpenkonvention leisten will (CIPRA 2005). Angesichts der zahlreichen wissenschaftlichen und regionalpolitischen Aktivitäten im Alpenraum liegt die Zielsetzung nunmehr auf der Verbesserung des Wissensmanagements und des Austauschs mit anderen Berggebietsregionen. Tatsächlich nehmen auch in zahlreichen anderen Berggebieten (vgl. Karpaten, Pyrenäen, Apennin, Südosteuropa, Kaukasus) die Vernetzungsaktivitäten und Überlegungen zur strategischen Ausrichtung zu.

Die Diskussion räumlicher Szenarien erscheint gerade für Berggebiete eine zentrale Herausforderung, um auf die vielfältigen Entwicklungsoptionen einzugehen und Fragen der ökologischen Sensibilität der Gebiete und der Einbeziehung lokaler AkteurInnen ausreichend zu berücksichtigen. Mit der Intensivierung der Beteiligung lokaler AkteurInnen und Interessengruppen werden Szenarien Teil eines umfassenden raumspezifischen Entwicklungsprozesses. Sie leisten damit den zentralen Beitrag zu einer lokal verankerten Raumentwicklung der Berggebiete.

beabsichtigt, das Potenzial räumlicher Entwicklung und die Handlungsoptionen auszuloten. Durch die Gegenüberstellung unterschiedlicher Szenarien wird auf den Einflussbereich der lokalen und regionalen Interessengruppen und ganz allgemein aller EntscheidungsträgerInnen im Prozess der Regionalentwicklung ausdrücklich verwiesen. Es geht nicht darum, sich für eines der Szenarien als optimales Wunschbild der Zukunft im Alpenraum zu entscheiden, sondern strategische Überlegungen und unterschiedliche Interessen offen zu diskutieren.

Regionale Entwicklungsarbeit hat sich deshalb zentral auf die Beteiligung der regionalen AkteurInnen auszurichten. Der Prozess der Bildung regionaler Identität und Förderung innovativer Aktivitäten steht dabei im Mittelpunkt, gerade wenn es um kleinräumige Unterschiede im Berggebiet geht.

## 1.2 Szenarientwicklung – warum räumliche Szenarien?

In den Berggebieten stellen sich, so wie für viele ländliche Gebiete, beträchtliche Herausforderungen hinsichtlich der Entwicklungsfähigkeit. Diese sind nicht allein von wirtschaftlichen Parametern, sondern ganz wesentlich auch von Aspekten der sozialen Lebensbedingungen und der Berücksichtigung der ökologischen Sensibilität dieser Gebiete abhängig. Szenarien können ein wichtiges Werkzeug sein, Erfahrungen zugänglich zu machen und die Grundlagen für Entscheidungen verständlicher zu machen, wenn diese in hohem Maß von Unsicherheit betroffen sind. Sie beschreiben alternative Überlegungen der zukünftigen Handlungsoptionen und erlauben einen entsprechenden Vergleich.

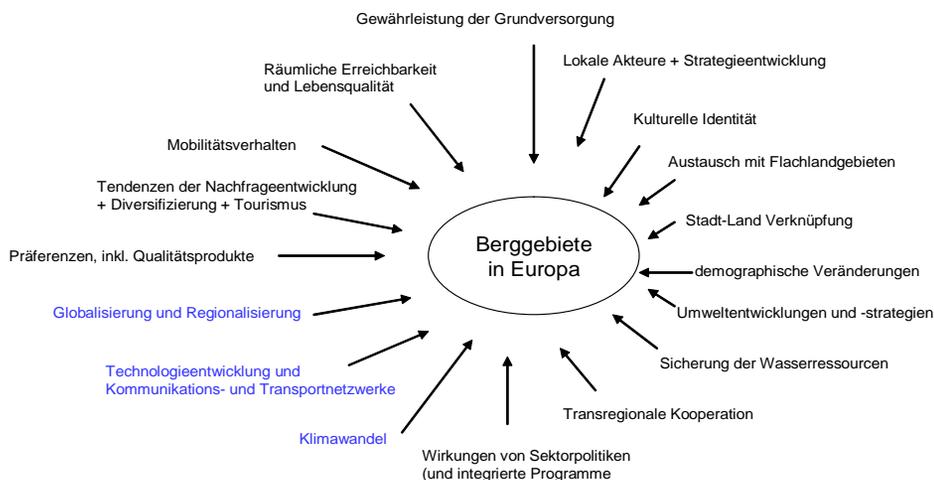
Um möglichst viel über die Unsicherheit der zu erwartenden Bedingungen zu erfahren, ist es erforderlich, Szenarien in einem möglichst breiten Bereich zu entwerfen. Sie sollen unter diesem Anspruch daher nicht die Entwicklungen mit höchster Wahrscheinlichkeit „vorhersagen“ oder den Einfluss minimaler Anpassungsstrategien abwägen, sondern vielmehr bewusst äußerst negative und auch sehr stark erwünschte Entwicklungen mit einbeziehen. Diese „Wunschbilder“ erscheinen besonders wichtig, um Visionen und Ziele im Rahmen der Strategieentwicklung offen zu legen und Entscheidungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Wie im beigefügten Überblick (siehe Box) dargelegt, hat sich der Schwerpunkt der Szenarienerstellung von einer technologischen Betrachtung auf den sozio-ökonomischen Bereich ausgeweitet (Amcoff and Westholm 2004). Räumliche und regionale Entwicklung wird zum Handlungsfeld der AkteurInnen der verschiedenen Ebenen und Interessengruppen (Soliva und Ronningen 2006). Für das Berggebiet wird häufig ein weitgehend undifferenziertes Zukunftsbild entworfen, das die Vielfalt der lokalen Potenziale und Handlungsansätze weit unterschätzt. Regionalförderprogramme und insbesondere Kooperationsprogramme verschiedener Gebiete wie das Interreg IIIB Alpenraumprogramm lenken den Blick darauf, Strategien und Lösungsansätze weiterzudenken, die auf die spezifischen Aspekte der Situation der Berggebiete eingehen. Im Gegensatz zu einem standardisierten Leitbild werden dabei eine Fülle von Initiativen und Entwicklungsmustern relevant, und unterschiedliche Zugänge überlagern sich auch in räumlicher Sicht.

### 1.3 Einflussfaktoren der Berggebietsentwicklung

Die Aktivitäten und regionalen Veränderungen werden von zahlreichen Faktoren beeinflusst. Die Diskussion regionaler Strategien und Zukunftsbilder im Berggebiet unterstreicht den erheblichen Druck der von Entwicklungen ausgeübt wird, die von außerhalb des Berggebietes einwirken. Eine umfassende Analyse muss daher die Austauschbeziehungen und Abhängigkeiten zwischen Regionen mitberücksichtigen. Zunehmend sind nur in diesem Wechselspiel der Regionen die Entwicklungstrends adäquat zu erfassen. Diesem Gedanken folgt auch das Alpenraumprogramm (Interreg IIB), das mit seiner Gebietskulisse weit über das Gebiet der Alpenkonvention hinausgeht. Die in der Abbildung 1 zusammengefassten wesentlichen Einflussbereiche verdeutlichen den Wandel, der aufgrund der aktuellen Entwicklungstrends zu erwarten ist. Auch wenn in der Folge exemplarische Bilder herausgegriffen werden, so ist klarzustellen, dass diese nur eine beschränkte Auswahl von denkbaren Entwicklungen umschreiben können. Zugleich soll damit auch betont werden, in welchen Punkten Eingriffsmöglichkeiten bestehen und wo Abhängigkeiten von Entwicklungen von außen übermächtig erscheinen.

**Abbildung 1: Einflussfaktoren der räumlichen Entwicklung**



Quellen: Nordregio 2004; Bausch et al. 2005; Alberta 2002; Pichler und Puchinger 2006

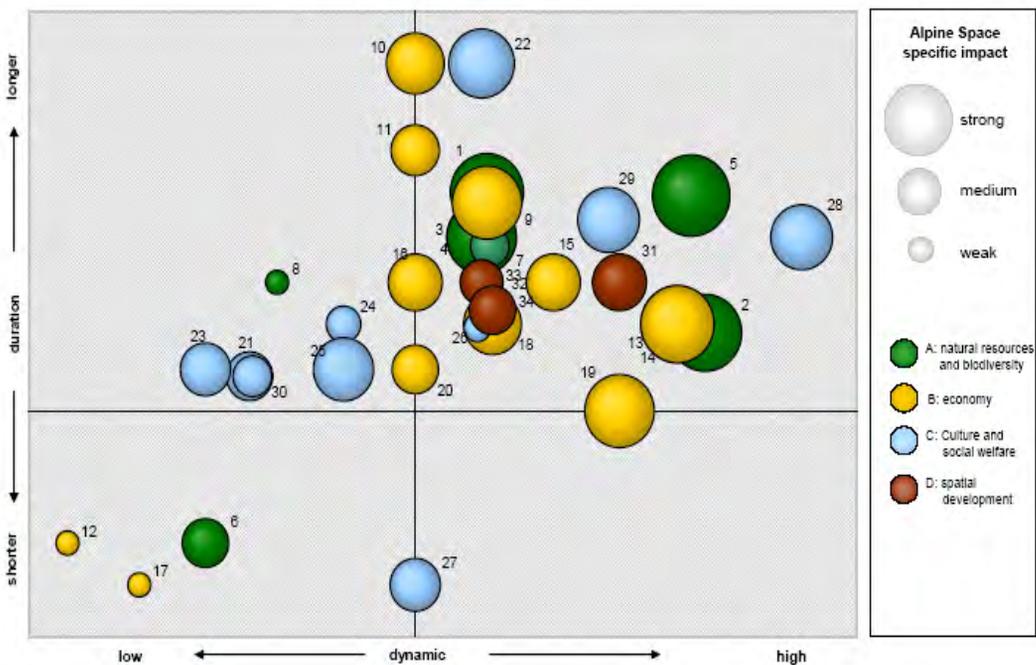
Die Analyse von Entwicklungstrends im Alpenraum weist insbesondere auf folgende Schwerpunkttendenzen hin (Bausch et al. 2005, 19):

- ◆ Zunahme von Naturkatastrophen
- ◆ Verlust von Lebensraum und Biodiversität
- ◆ Gefährdung der Vielfalt der Kulturlandschaften
- ◆ Zunehmender Druck auf Naturressourcen
- ◆ Wachsende Bedeutung der Zugänglichkeit von Infrastruktur und Wissen

- ◆ Überalterung der Bevölkerung
- ◆ Erhöhte Ausbildung, mit wachsender Konkurrenz der Universitäten
- ◆ Entwicklungspotenzial von Europäischen Städten als Forschungsstandorte
- ◆ Verkehrszunahme und Auswirkungen auf die Umwelt
- ◆ Steigender Energieverbrauch
- ◆ Wettbewerb und Konzentration im Tourismussektor
- ◆ Wachsende ökonomische Konzentration und Disparitäten in der EU

Die Bedeutung dieser Trends ist im Schaubild (Abb. 2) anhand der Befragung ausgewählter ExpertInnen veranschaulicht worden. Die Größe der Kreise kennzeichnet die Bedeutung der einzelnen Entwicklungstrends, die Dynamik und Dauerhaftigkeit der Trends wird durch ihre Lage angegeben. Auch wenn diesem Bild subjektive Bewertungen zugrunde liegen, so zeigt sich doch ein klar erkennbares Muster der Trends mit dem größten Einfluss, welche im rechten oberen Quadrat zu finden sind (siehe oben genannte Aspekte).

**Abbildung 2: Räumliche Trends im Alpenraum**



Quelle: Bausch et al. 2005, 17

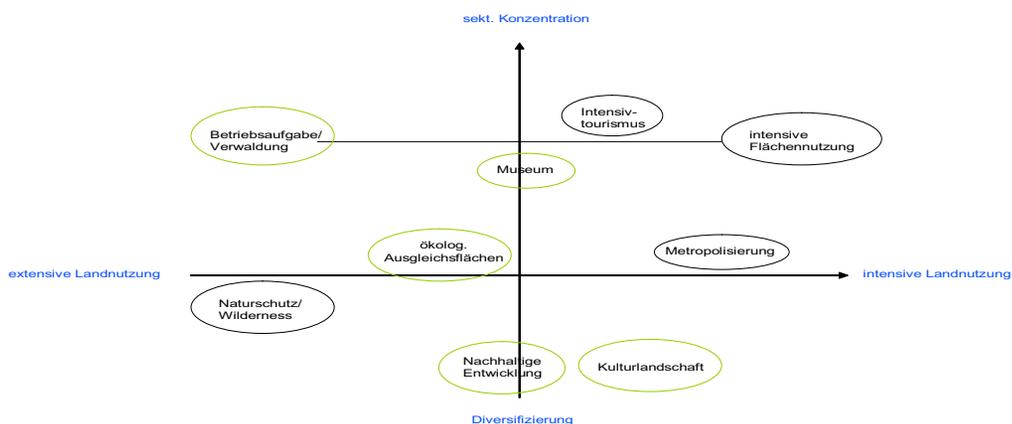
## 1.4 Bilder künftiger Bergregionen

Das große Interesse an der räumlichen Entwicklung des Berggebietes ergibt sich aus dem erheblichen Maß an Unsicherheit, mit welchem deren Zukunft behaftet erscheint. Traditionelle Nutzungsmuster werden zwar häufig als werbewirksame Bilder in der Tourismuswerbung und in der Charakterisierung

der Regionen herangezogen, die Diskrepanz zur aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Realität ist aber erheblich. Eine Reihe von Aktivitäten zur Diskussion zukünftiger Entwicklungsmöglichkeiten wird daher in zahlreichen Regionen (v.a. zur Schärfung der Regionalen Identität und Strategieentwicklung) im Bereich der Kooperation von Regionen und alpenweit (vgl. Interreg IIIB Alpenraumprogramm, CIPRA-Projekt „Zukunft in den Alpen“ und Aktivitäten der Alpenkonvention) durchgeführt. Räumliche Entwicklungstrends für ländliche Gebiete äußern sich dabei in ökologisch sensiblen Gebieten, wie den Berggebieten früher als anderswo und mit deutlich sichtbaren Wirkungen. Im Besonderen sind die vielfältigen Einflussfaktoren wichtig, welche für die einzelnen Regionen oft spezifische Bedingungen und Potenziale schaffen. Ganz generell sind aber der massive Einfluss globaler Wirtschaftsentwicklung und die großräumige Vernetzung mit den europäischen Metropolen für viele Berggebiete von zentraler Relevanz. Die folgenden Szenarien sind demgemäß keine isolierten Betrachtungen der Raumentwicklung in diesen Gebieten, sondern beziehen sich ganz wesentlich auf die Europäische Wirtschafts- und Raumentwicklung.

Die Zuordnung von möglichen Entwicklungsmustern in Abb. 3 soll das Spektrum denkbarer Varianten beschreiben. Sie gehen nicht auf spezifische Bergregionen ein, für welche sich die Zukunft noch markanter darstellen könnte, sondern versuchen das Bild zusammenzufassen, das sich aus der verfügbaren Literatur und der Diskussion der Strategien ergibt.

**Abbildung 3: Berggebiet in Europa 2025**



Quelle: Eigene Darstellung

Die Zuordnung der Szenarien im Feld der wirtschaftlichen Konzentration und Intensität der Landnutzung ist klarerweise subjektiv. Es bestehen vielfältige Beziehungen zwischen diesen möglichen Entwicklungen. Der Grad ihrer Nachhaltigkeit ist nicht vorherbestimmt, sondern durch die regionale Anwendung geprägt. In der Strategieentwicklung der Regionen nehmen Netzwerke und Kooperationen einen zentralen Platz ein, gleichzeitig ist aber eine noch deutlichere Herausbildung von Archipelen („Insellösungen“) abzusehen. Damit sind Inhalte der Inszenierung der (Teilbereiche von) Berggebiete(n) verknüpft. Dies bedeutet aber auch wiederum den starken Bezug zur Außenwirkung bewusst in die Regi-

onsstrategie mit zu integrieren. Diese Überlegungen beschränken sich nicht auf ein Entwicklungsszenario, sondern fließen in folgende Zukunftsbilder in unterschiedlichem Ausmaß ein.

#### ◆ **An den Rand gerückt - Marginalisierung der Berggebiete**

Die Entwicklung bis zum Jahr 2025 übertrifft die Erwartungen hinsichtlich der Konzentrationsentwicklung der Landnutzung in Europa. Während 2005 noch die Aufrechterhaltung der „flächendeckenden Landbewirtschaftung“ auch im Berggebiet als wesentliches Ziel des Europäischen Agrarmodells angesehen wurde, ist davon kaum mehr etwas übrig geblieben.

Die Strukturveränderungen in der Landwirtschaft haben sich seit dem Jahr 2000 nicht verringert, sondern ungebremsst, ja später sogar beschleunigt fortgesetzt. Ursache für diese Beschleunigung war das stärkere Einschwenken der EU-Politik auf die Strategie, den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft als oberstes Ziel zu sehen und den WTO-Bedingungen eines liberalisierten Weltmarktes und offenen Marktzugangs zuzustimmen. Die früheren „Zahlungen“ der GAP wurden dementsprechend als Belastung empfunden und nach und nach abgebaut, bis sie gänzlich ausgelaufen sind (IGEAT 2005, 366ff).

Die Wirkungen dieser Strategieänderung sind nicht ausgeblieben. Vor allem in den Berggebieten, aber auch anderen benachteiligten Gebieten ist es zu einer massiven Reduktion der landwirtschaftlichen Aktivitäten gekommen. Die landwirtschaftliche Flächennutzung hat sich aus den Steillagen nahezu vollständig zurückgezogen, sodass nur mehr wenige, verhältnismäßig günstiger gelegene Produktionsflächen im Bergraum bewirtschaftet werden. Der Dualisierungsprozess, also die regionale Auseinanderentwicklung von Gebieten mit landwirtschaftlicher Nutzung, hat sich auch innerhalb der Berggebiete vollzogen: In gleicher Weise sind hier Teilräume mit sehr extensiver Bewirtschaftung und andere (kleine) Gebiete in Tallagen mit intensiver Nutzung entstanden. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die landwirtschaftliche Landnutzung nunmehr in großem Ausmaß durch Aufforstung abgelöst wurde (Fagarazzi 2006) und zu einem marginalen Wirtschaftssektor geworden ist.

Für die Bergregionen viel entscheidender ist aber die wirtschaftliche Marginalisierung. Mit der stärkeren Verwaltung ist die Attraktivität der Kulturlandschaft für den Tourismus, aber auch als Siedlungsraum schlagartig gesunken. In manchen Gebieten waren noch Zuwanderungsüberschüsse bis zum Jahr 2010 festzustellen – mit der sichtbaren Veränderung der Landschaft, und der später zusätzlichen kulturellen Wertminderung hat eine Trendumkehr eingesetzt. Nur in wenigen Gebieten, wo lokale Initiativen länger aufrecht geblieben sind, sind die Bemühungen gegen die Marginalisierungstrends anzukämpfen, noch aufrecht.

#### ◆ **Das Einmalige bewahren - Museum Alpen**

In der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten Überlegungen zur Sicherung der besonderen Umwelt und des spezifischen natürlichen und kulturellen Erbes die Diskussion zur Entwicklung der Berggebiete bestimmt. Organisationen zum Schutz der Alpen bzw. zur Sicherung der besonders wertvollen Ökosysteme haben die Nutzungsoptionen immer stärker in Richtung Schutzaspekte gelenkt. Im Jahr 2005 war jedoch die land- und forstwirtschaftliche Nutzung noch als maßgebliche Landnutzung so stark verbreitet, dass äußerst unterschiedliche Optionen denkbar schienen.

Über das Konzept der Multifunktionalität war die landwirtschaftliche Aktivität mit den anderen Sektoren der ländlichen Wirtschaft, und insbesondere mit der touristischen Nutzung eng verknüpft. Darüber hinaus wurde die mit der spezifischen Wirtschaftsweise geschaffene Kulturlandschaft von außen hoch geschätzt und im Zuge der Erholungs- und Freizeitnutzung intensiv nachgefragt. Die in der Folge stärkere räumliche Trennung von Siedlungs- bzw. Wirtschaftsraum und Erholungsräumen hat die geographische Entflechtung intensiviert und die Gebiete innerhalb der Schutzkategorien bzw. unter Ausrichtung auf die Bewahrung traditioneller Bewirtschaftungsmethoden stark ausgeweitet.

Diese Entwicklung wurde durch unterschiedliche Kategorien wie Nationalparks, Landschaftsschutzgebiete und Naturparke eingeleitet. Mit dem Programm Natura 2000 und der späteren Zielsetzung hochwertige naturnahe Gebiete (HNV-Gebiete, EEA 2004) als Leitkategorie für die Berggebiete zu verankern, wurde der, schon vorher sehr geringe, Produktionsaspekt der Berglandwirtschaft weiter geschmälert. Das Konzept der „Musealisierung“ weiter Teile der Berggebiete wurde damit nicht mehr als eine Rückzugsstrategie sondern bewusst als regionale Anpassungschance diskutiert. Dementsprechend wurden touristische Konzepte unter Einbindung der Trends von Gesundheits- und Qualitätstourismus auf diese räumlichen Entwicklungen ausgerichtet. Die Verknüpfung mit häufig traditionellen Bildern der Kulturlandschaft hat besonders deutlich ausgeprägte regionsspezifische Anpassungen erforderlich gemacht.

In der Regel ist die Pflege der Kulturlandschaft nunmehr nicht an die landwirtschaftliche Produktion, sondern vielmehr an die Vermittlung der Bilder der Gebiete und der damit verbundenen (historischen) Bewirtschaftungsformen geknüpft. Dies äußert sich in den gänzlich veränderten Strukturen der Landbewirtschaftung bzw. sozialen Aspekten der landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Verträge mit den BewirtschafterInnen über bestehende Pflegemaßnahmen bzw. Mindestanforderungen der Weidewirtschaft bieten ein Bild, das dem Wirtschaftsleben der Berglandwirtschaft in der Mitte des 20. Jahrhunderts entspricht.

Dieser museale Zugang zum Berggebiet bedingt auch, dass Zutrittschwellen zum Erfahren der Landschaft und zur Beobachtung der spezifischen Wirtschaftsweisen in konzentrierter Weise geschaffen wurden. BesucherInnen werden durch diesen Freizeit- und Erlebnispark Alpen nunmehr geführt, so wie früher durch die „Erlebniswelten“ der Freizeitindustrie am Ende des 20. Jahrhunderts (Disneyworld, Legoland etc.). Mit dieser Entwicklung sind einerseits umfangreiche Aktivitäten zur Bewahrung, und andererseits zur Vermarktung verbunden. Aus dem breiten touristischen Angebot wird ein auf spezifische *packages* und *events* zugeschnittenes Dienstleistungsset, das weitgehend andere Wirtschaftssektoren als regionale Akteure ausschließt. Die starke sektorale Konzentration bedingt auch eine hohe Abhängigkeit von außen und hat zu einer Zunahme der Verkehrsbelastungen zu zentralen Zugangspunkten geführt.

#### ◆ **Ökologische Ausgleichsräume Europas**

Berggebiete sind seit langem als periphere Räume Europas verstanden worden. Obwohl die Alpen (aber auch die Pyrenäen und der Apennin) nahe zu den Wirtschaftszentren Europas liegen, ist im Bewusstsein der BesucherInnen die weite, „unberührte“ Natur als Metapher des Erscheinungsbildes vorherrschend. Diese Zuordnung teilen sie auch mit den dünn besiedelten Gebieten Skandinaviens. In Fortführung der auf die Zentren ausgerichteten Raumentwicklung hat sich die Polarisierung der euro-

päischen Regionen in den letzten Jahrzehnten noch verstärkt. Während sich die Wirtschaftsleistung im zentralen Wirtschaftsraum Europas („Pentagon“, „Blaue Banane“ etc.) und in den zuletzt entstandenen polyzentrischen Kerngebieten Ost- und Südeuropas konzentriert, haben sich die dazwischen liegenden Bergregionen auf die Profilierung ihrer ökologischen Ausgleichsfunktion verlagert. Dieser nicht ganz freiwillige Prozess wurde mit der Überprüfung der Funktionen der Regionen der Berggebiete im Jahr 2020 am deutlichsten dokumentiert.

Die Zuordnung von Funktionsräumen unterstreicht die Polarisierung der regionalen Entwicklung. Im Vordergrund steht somit nicht mehr die umfassende Konzeption und integrierte Entwicklung eines Gebietes, sondern ihr Beitrag zum größeren Wirtschafts- und Kulturraum. Die Berggebiete haben dabei insbesondere folgende Aufgaben übernommen:

- ◆ ökologische Ausgleichsflächen für angrenzende/europäische Zentralräume
- ◆ extensive Landbewirtschaftungsmethoden zur Hebung der Umweltwirkungen (Indikatoren des Kyoto-Prozesses)
- ◆ Freizeit- und Erholungsraum und Basis für Umwelterfahrung großer Bevölkerungsgruppen („Kraftquellen“ Europas)
- ◆ Vorsorge vor Naturgefahren und Einflüsse des Klimawandels
- ◆ Attraktive Regionen für spezifischen Siedlungsbedarf, inklusive Zweitwohnsitze

Die weit reichende Trennung von produktionsorientierten Tätigkeiten und Dienstleistungen hat eine fortgesetzte Steigerung der Pendeltätigkeit zur Folge. Sie impliziert eine im Wesentlichen sehr gute Anbindung der Berggebiete an das übergeordnete Verkehrssystem und eine entsprechende Zunahme der Verkehrsströme. Dies bedeutet aber auch, dass nicht alle Gebiete in gleicher Weise erschlossen sein können und Unterschiede in der Erreichbarkeit und Nutzung erkennbar werden. Auch der Trend, diese Kulturlandschaften immer stärker für Zweitwohnsitze zu nutzen, kann je nach den örtlichen Nutzungsbegrenzungen sehr unterschiedlich verwirklicht werden. Diese kleinräumigen Unterschiede werden noch durch die Inszenierung einzelner Standorte für den Event-Tourismus bzw. spezifische Vorzeigemodelle ökologischer Funktionen verstärkt. Zugänge zu anderen Gebieten und Erholungseinrichtungen sind hingegen häufig von wirtschaftlichen Problemen betroffen und im Rückzug begriffen. Hinter dem plakativen Bild des europäischen Ausgleichsraums der Berggebiete verbirgt sich daher eher ein Mosaik von kleinräumigen, sehr unterschiedlichen Angeboten im Berggebiet für Außenstehende.

#### ◆ ... in Richtung Nachhaltigkeit - Leitmotiv Kulturlandschaft

Mit dem Konzept der Nachhaltigen Entwicklung wurde in den 1980er Jahren ein neuer Maßstab zur Bewertung von Politikprogrammen gelegt. Dies bedeutete auch für die Regionalentwicklung die Ausarbeitung integrierter Entwicklungskonzepte, die weit über reine Wirtschafts- oder Raumentwicklungskonzepte hinausgehen. Dabei nahm in der Diskussion der Berggebiete der Begriff der „Kulturlandschaft“ von Anfang an einen zentralen Platz ein (OECD 1998). Wurde um 2000 die Gestaltung der Kulturlandschaft noch ganz wesentlich mit der Sicherstellung der lokalen Entwicklungspotenziale („rural amenities“) für den Tourismus verknüpft (Dax und Wiesinger 2006), so hat sich in der Folge eine stärkere Ausrichtung auf das Konzept der Nachhaltigkeit ergeben. Teile des Berggebietes sind nunmehr Modellregionen der nachhaltigen Entwicklung geworden und haben innovative Wege und Strategien der sozioökonomischen Entwicklung gewählt.

Entgegen den Befürchtungen des Jahres 2005 zeigt sich damit, dass auf lokaler und regionaler Ebene sehr markante und erfolgreiche Entwicklungspfade eingeschlagen werden konnten. Heute, im Jahr 2025, hat die Mehrheit der Bergregionen ein von den lokalen EntscheidungsträgerInnen entwickeltes und laufend überprüftes Strategiekonzept für die Region. Darin sind die Handlungsoptionen der Gebiete und der unterschiedlichen AkteurInnengruppen verständlich gekennzeichnet (Europäische Kommission 2002). Spezifische Verfahren zur Beteiligung der lokalen AkteurInnen sowie zur Kooperation (intra- und inter-regional) sind eingerichtet und die Verknüpfung mit größeren räumlichen Einheiten nimmt einen hohen Stellenwert ein.

Zentraler Ansatzpunkt zur Erreichung dieses fortgeschrittenen Prozessverfahrens war die bewusste Infragestellung gängiger Entwicklungsbilder und die Ausweitung der Beteiligung. Zugleich wurden die Erkenntnisse der Vorteile einer diversifizierten Wirtschaftsentwicklung sowie der kulturellen Grundlagen von „Entwicklung“ ernst genommen und wiederholt mit praktischen Beispielen untermauert. Der Lernprozess ist naturgemäß sehr unterschiedlich, häufig in Wellenbewegungen und mit diversen Rückschlägen verlaufen. Für die Zukunft bleibt es aber wichtig, dass Grundelemente der Sicherung der Naturressourcen, der Kulturlandschaft, der Rolle der Landwirtschaft sowie von Parametern der nachhaltigen Entwicklung in der Region vereinbart sind und den Rahmen für die laufenden Diskussionen zur Erneuerung der wirtschaftlichen Aktivitäten bilden.

Das Spektrum der Landnutzung ist nunmehr sehr breit geworden, wobei diese unterschiedlichen Nutzungsintensitäten bewusst eingesetzt werden. Einerseits besteht eine enge Verzahnung mit Verarbeitungsaktivitäten der landwirtschaftlichen Produktion zur Erzeugung qualitativ hochwertiger Produkte, andererseits werden Funktionen extensiver Landnutzung positiv bewertet und honoriert. Zugleich sind die regionalen Strategien in übergeordnete Raumentwicklungsmuster, auch über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg, einbezogen (Bausch et al. 2005) und können dadurch auch großräumige Wirkungen berücksichtigen und beeinflussen.

## 1.5 Zukunft der Berggebiete

Wie eingangs erwähnt, legen immer mehr Regionen ihre Aufmerksamkeit darauf, die Optionen ihrer Entwicklung zu verbreitern. Es erscheint dabei wichtig, die bloße Fortschreibung von bisherigen Entwicklungstrends zu verlassen und unterschiedliche Szenarien auszuloten. Nicht die Vorhersage „wahrscheinlicher“ Entwicklungspfade, sondern die Beschreibung ungünstiger/ günstiger Zukunftsbilder kann uns in der Folge helfen, Grundsätze erfolversprechender Entwicklungsarbeit zu eruieren. Der Positionswechsel, der mit der Schilderung verschiedener Zukunftssituationen verbunden ist, soll auf die wesentlichen Punkte der Strategieentwicklung hinweisen.

Für die Berggebiete Europas ist die Suche nach entsprechenden Szenarien insofern zentral, als wesentliche Leitbilder der Raumentwicklung auf die Wachstumsgebiete der Zentralräume und eine „polyzentrische“ Entwicklung (von Stadtgebieten) abzielen. Ländliche Gebiete, und insbesondere Berggebiete, spielen in diesen Konzepten eine untergeordnete Rolle (Arkleton Centre 2004). Die aktive Betonung ihrer Rolle für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Europas erleichtert es, auf erforderliche Politikprogramme und Initiativen hinzuweisen. Am auffälligsten ist dieser Bezug über den Aspekt der Entwicklung der Kulturlandschaft und der Sicherung vor Naturkatastrophen. Das Bild der

Berggebiete, und für uns v.a. maßgebend der Alpen, im Jahr 2025 ist aber auch von einer Reihe von übergeordneten Entscheidungen und der Akzeptanz und Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsmuster abhängig.

Darüber hinaus besteht aber ein weites Feld an internen Gestaltungsmöglichkeiten. Auch hier ist die transnationale Kooperation zur Verknüpfung lokaler Konzepte mit großräumigen Entwicklungsansätzen Voraussetzung (Bausch et al. 2005). Als Schwerpunkte für die regionale Umsetzung werden folgende Bereiche gesehen (Pfefferkorn et al. 2005, 195 ff):

- ◆ die regionsspezifische Erarbeitung von räumlichen Entwicklungsstrategien
- ◆ ein räumlicher Ausgleich innerhalb der Berggebiete
- ◆ die Balance zwischen Entwicklung und Bewahrung
- ◆ die Weiterentwicklung der sektorübergreifenden Kooperation und geeigneter Politikprozesse
- ◆ ein breites Verständnis für die Gestaltung der Kulturlandschaft im Berggebiet.

Viele Politikprogramme im Berggebiet erscheinen noch sehr stark auf das Bewahren traditioneller Strukturen ausgerichtet. Die zentrale Veränderung, die nunmehr notwendig erscheint, bezieht sich darauf, Neues zuzulassen und den geeigneten Mix zwischen Entwicklung und Bewahren zu finden. Dies kann jedoch nicht „von oben“ durch „Konzepte“ erfolgen, sondern bedingt einen langen Prozess des lokalen und regionalen Lernens. Nur so können nachteilige Elemente defensiver regionaler Entwicklungsprozesse vermieden und Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung gestärkt werden.

## 1.6 Literatur

Alberta Agriculture, Food and Rural Development (2002): Scenarios on the Future of Rural. Alberta.

Amcoff, Jan, Westholm, Erik (2004): Understanding rural change – demography as a key to the future. Institute for Future Studies. Stockholm.

Arkleton Centre for Rural Development Research (2004): The Territorial Impact of CAP and Rural Development Policy. Final Report. ESPON Project 2.1.3. European Spatial Planning Observatory Network. Aberdeen. <http://www.espon.lu>

Bausch, Thomas, Dax, Thomas, Rivolin Janin, Umberto, Parvex, François, Praper, Sergeja, Vanier, Martin (2005): Sustainable Territorial Development in the Alpine Space: Towards Long term Transnational Cooperation. Alpine Space Prospective Study. Full Report, Alpine Space Interreg IIB Programme. Salzburg.  
[http://www.alpinespace.org/uploads/media/ASPS\\_Full\\_Report\\_nov05.pdf](http://www.alpinespace.org/uploads/media/ASPS_Full_Report_nov05.pdf)

CIPRA (2005): Zukunft in den Alpen. Projektfolder, Schaan. Liechtenstein.

Countryside Agency (2003): The State of the Countryside 2020. CA138.

Crehan, Patrick, Downey, Liam (2004): Sustainable Territorial Development of the Rural Areas of Europe. AGRIBLUE, Blueprints for Foresight Actions in the Regions, 23 September 2004, Brussels.

- DATAR (2005): "Territoires 2030". Revue scientifique de la Datar consacrée aux territoires et à la prospective. Paris.
- Dax, Thomas (2003): Research on mountain development in Europe. Overview of issues and priorities. In: Koutsouris, Alex.(ed.): Innovative Structures for the Sustainable Development of Mountainous Areas. Proceedings of the ISDEMA Conference in Thessaloniki, Greece, Volume II, 8-9 November 2002, National and Kapodistrian University of Athens. 66-76.  
<http://www.mtnforum.org/resources/library/daxth02d.htm>
- Dax, Thomas, Wiesinger, Georg (2006): Rural amenities in mountain areas. In: Brouwer, Floor, van Rheenen, Tennis, Elgersma, Anna Martha, Dhillion, Shirvcharn (eds.): Sustainable Land Management Strategies to Cope with Marginalisation of Agriculture, chapter 9. Cheltenham and Northampton: Edward Elgar. (im Erscheinen).
- Debarbieux, Bernhard (2006): Y-a-t-il une spécificité (de la prospective) montagnarde? Intervention au séminaire prospective «Littoral et montagne, inventer une prospective pour des espaces singuliers». Paris.
- Drewe, Paul (2002): What France in 2020? Some directions for planning Europe's future. Paper at CORP 2002. Wien. 341-344.
- Europäische Kommission (1999): EUREK - Europäisches Raumentwicklungskonzept. Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der EU. Potsdam.
- Europäische Kommission (2002): Cost A12 Rural Innovation, Final conference, 5-7 April 2002, DG Research. Budapest.
- Europäische Kommission (2003): Die Politiken der Gemeinschaft und die Berggebiete. Konferenzbeiträge 17.-18. Oktober 2002. Brüssel.  
[http://europa.eu.int/comm/agriculture/publi/rurdev/mountain\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/agriculture/publi/rurdev/mountain_de.pdf)
- EEA (2004): High nature value farmland. Characteristics, trends and policy challenges. EEA report No 1/2004. Copenhagen: European Environment Agency.
- Fagarazzi, Laura (2006): Sustainable Mountain Development and the Key-Issue of Marginalisation and Farmland Abandonment processes in Mountain Areas. Focus on the Alps. Tesi di dottorato, Università Ca' Foscari Venezia.
- Gavigan, James, Scapolo, Fabiana, Keenan, Michael, Miles, Ian, Farhi, François, Lecoq, Denis, Capriati, Michèle und Di Bartolomeo, Teresa (2001): A Practical Guide to Regional Foresight, FOREN Foresight for Regional Development Network. European Commission Research Directorate General. STRATA Programme, Joint Research Centre, Seville 2001.  
<http://www.eforesee.info/files/general/foren-manual.pdf>
- IGEAT – Institut de Gestion de l'Environnement et d'Aménagement du Territoire (2005): Spatial Scenarios and Orientations in relation to the ESDP and Cohesion Policy, Second Interim Report, ESPON Project 3.2. Université Libre de Bruxelles. Luxembourg.
- Leon, Yves, Perrier-Cornet, Phillipe, Soulard, Christophe (2004): Rural Futures: Alternative Scenarios for Rural Society to 2020: Results of a French Study, Teagasc. Dublin.

- Matheson, Ian (2005): Collaborative Governance Frameworks and Processes to Enhance Coherence between Agriculture and Rural Development Policies: Lessons Learned from the Canadian Rural Partnership. Paper at the OECD workshop « Coherence of Agricultural and Rural Development Policies », 26 October 2005. Bratislava.
- National University of Ireland (NUI) Maynooth, University College Dublin (UCD) and Teagasc (2005): Rural Ireland 2025. Foresight perspectives. Dublin.
- Nordregio (2004): Mountain Areas in Europe: Analysis of mountain areas in EU member states, acceding and other European countries. Nordregio Report 2004: 1. Stockholm.  
[http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/docgener/studies/study\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docgener/studies/study_en.htm)
- OECD (1998): Rural Amenity in Austria. A Case Study of Cultural Landscape. Paris.
- ÖROK (2005): Österreich in Europa: Perspektiven der räumlichen Entwicklung, Seminar 18.10.2005. Zusammenfassung. Wien.
- Pfefferkorn, Wolfgang, Egli, Hans-Rudolf, Massarutto, Antonio (2005): Regional Development and Cultural Landscape Change in the Alps. The Challenge of Polarisation. Geographica Bernensia G74, Institute of Geography, University of Berne.
- Pichler, Gerd, Puchinger, Kurt (2006): Zentralität neu. Der Nutzen des Zentralitätsprinzip/Zentrale Orte Konzepte für die öffentliche Hand. Im Auftrag der ÖROK. regional consulting. Wien.
- Selke, Welf (2005): Zur Zukunft der transnationalen Kooperation im Alpenraum. In: Klimaveränderung im Alpenraum. Konsequenzen für Mensch und Umwelt. Konferenz November 2004. Rosenheim.
- Soliva, Reto, Ronningen, Katrina (2006): Assessing stakeholder response to alternative rural futures for land use and biodiversity: results from a cross-country study. Paper to Rural Futures Conference, Plymouth, April 2006.
- Straub, Wolfgang (2005): Brücken, Pisten, Kraftwerke: Orte und Nicht-Orte der Republik. In: RAUM, Österreichische Zeitschrift für Raumplanung und Regionalpolitik, Heft 57. Wien. 44-49.
- StremLOW, Matthias (1998): Die Alpen aus der Untersicht. Von der Verheißung der nahen Fremde zur Sportarena, Kontinuität und Wandel von Alpenbildern seit 1700. Bern, Stuttgart, Wien: Verlag Paul Haupt.
- The Institute for Alternative Futures and The Institute for Innovation Research (2004): Rural Futures: Scoping Social Science Research Needs. Final Report. Commissioned by Economic and Social Research Council (ESRC), June 2004.
- Westholm, Erik (2003): Leaving Rurality Behind? Re-orientation of spatial policies in Sweden. Paper at the international seminar "Policies, Governance and Innovation for Rural Areas", 21-23 November 2003, Arcavacata di Rende. Università della Calabria.
- WWF and CPRE (2000): Urban and Rural Futures.

## 1.7 Zusammenfassung

Die Berggebiete Europas unterliegen bedeutenden Veränderungen in ihrer naturräumlichen, sozio-ökonomischen und kulturellen Entwicklung. Wie für andere Regionstypen auch werden für diese spezifischen Problemgebiete in jüngster Zeit immer intensiver strategische Überlegungen und Szenarien zur räumlichen Entwicklung diskutiert. So wurden im Interreg IIB Alpenraumprogramm räumliche Trends im Alpenraum und eine Reihe möglicher Szenarien erarbeitet. In gleicher Weise wie für den Alpenraum lassen sich für die europäischen Berggebiete als besondere Raumkategorie Einflussfaktoren der räumlichen Entwicklung, unterschiedliche Bilder der zukünftigen Situation in den Berggebieten und spezifische Zukunftschancen hinsichtlich ihrer künftigen Entwicklungspfade entwerfen. Aus dem Blickpunkt des Jahres 2025 werden in diesem Beitrag dementsprechend Trends zur Marginalisierung der Berggebiete, Tendenzen zur Musealisierung, aber auch Szenarien wie die Berggebiete als ökologische Ausgleichsräume Europas gesichert werden, sowie Konzepte zur Betonung der Kulturlandschaftsentwicklung als mögliche Entwicklungsmuster präsentiert. Es erscheint wichtig, in den lokalen Initiativen und Regionalprogrammen auf die bereits sichtbaren und in der näheren Zukunft zu erwartenden Veränderungen im sozio-ökonomischen Bereich einzugehen, Neues zuzulassen und den geeigneten Mix zwischen Entwicklung und Bewahren zu finden.

## 1.8 Summary

In the mountain areas of Europe substantial changes of environmental, socio-economic and cultural conditions can be observed. Like in other regions, the search for strategic concepts and scenario building has been intensified in recent years for these specific problem areas. As for many rural regions, the Interreg IIB Alpine Space programme has focused on the elaboration of spatial trends and discussed a set of divergent scenarios for future development of the Alps. The perspectives for the mountain areas taken in the discussion are highly dependent on the assessment of the factors with major impact on spatial development. The paper elaborates different development pathways for the future of the mountain regions and highlights four characteristic visions of their situation in 2025: These include the drastic marginalisation of mountain areas, the search to preserve the unique amenities of the mountain areas leading to the “Alps as a museum for traditional landscapes”, a perception of the mountains as ecological “equilibrium” for Europe, and the realisation of concepts for sustainable development through innovative strategies to harness the natural and cultural potential of these areas. In particular it appears crucial for the local initiatives and regional programmes to address the changes in the socio-economic sphere and allow new innovative approaches in order to find a balance between conservation and development of mountain regions.

## DI Thomas Dax

geb. 1958 in Graz, ist Absolvent der Technischen Universität Wien (Studienrichtung Raumplanung) und seit 1985 an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen beschäftigt. Er ist stellvertretender Leiter des Instituts und Projektleiter in zahlreichen internationalen Projekten. Die Forschungsschwerpunkte sind die Analyse der räumlichen Entwicklung der Agrarstrukturen sowie der Agrar- und Regionalpolitik, mit dem Hauptaugenmerk auf der Entwicklung benachteiligter Gebiete und Bergregionen. Darüber hinaus arbeitet er in der OECD-Arbeitsgruppe zur ländlichen Entwicklung sowie anderen internationalen Arbeitsgruppen als österreichischer Delegierter mit.

## 2. Situation und Zukunftschancen der Berglandwirtschaft in Österreich

Gerhard Hovorka

### 2.1 Einleitung

Berggebiete sind für das Überleben des globalen Ökosystems von zentraler Bedeutung. Sie stellen das globale Wasserreservoir der Erde, einen Raum großer Biodiversität und genetischer Ressourcen sowie einen wichtigen Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum dar. Das Bewusstsein über ihre Bedeutung und ihre Bedrohung ist in den letzten Jahren global und auch in der EU gestiegen (Dax und Hovorka 2004, 3). Von der Gesamtfläche der EU 15 sind laut einer EU-Studie 40% als Berggebiet definiert, wobei der zentrale Stellenwert der Berggebiete in Österreich mit 73% der Landesfläche klar zum Ausdruck kommt (Nordregio 2004, 29). Eine entscheidende Rolle für die Sicherung des sensiblen Ökosystems im Berggebiet fällt der Berglandwirtschaft zu. Sie erbringt über die Nahrungsproduktion hinaus Leistungen für die Gesellschaft und ist ein klares Beispiel für eine multifunktionale Landwirtschaft. Ihre gezielte Förderung mittels Direktzahlungen erfolgt in Österreich bereits seit 1972 (Bergbauernzuschuss) und in der EU seit 1975 (Ausgleichszulage). Gemäß EU-Abgrenzung liegen 58% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Österreichs im Berggebiet.

In diesem Beitrag wird anfangs kurz auf ökonomische Theorien und ihre Umlegung auf die Berglandwirtschaft eingegangen. In den zwei folgenden Abschnitten werden die gesellschaftlichen Leistungen der Berglandwirtschaft sowie die Abgrenzung der Berggebiete und die Klassifizierung der Bergbauernbetriebe dargestellt. Im Hauptteil erfolgt die Analyse und Einschätzung der ökonomischen Entwicklung und der Förderungen der Berglandwirtschaft für die letzten Jahrzehnte mit dem Schwerpunkt auf die letzten Jahre. In der Folge wird kurz auf die Interessenvertretung eingegangen. Im letzten Abschnitt werden die Rahmenbedingungen, Eckpunkte und Chancen für eine zukunftsfähige Berglandwirtschaft in Österreich dargestellt und diskutiert.

### 2.2 Ökonomische Theorien und Berglandwirtschaft

Für die Zukunft der Berglandwirtschaft ist es wichtig, auf Basis welcher theoretischer Ansätze und Theorien ihre Bedeutung und ihre Leistungen untersucht und bewertet werden. Davon hängt auch ihr Stellenwert in der Gesellschaft ab. In den Agrarwissenschaften dominiert die neoklassische Theorie. Im Zentrum dieser Theorie stehen der Markt, der Preis und das sich im freien Spiel der Marktkräfte von selbst ergebende Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Multifunktionale Leistungen der Berglandwirtschaft werden in der Neoklassik nur als Problem der „Internalisierung von Externalitäten“ wahrgenommen und deren finanzielle Abgeltung nur ungern akzeptiert, da dem Markt prinzipiell die Fähigkeit zur Lösung aller Probleme zugeschrieben wird. Die Neoklassik ist auch im Agrarbereich seit langem der Kritik ausgesetzt (z.B. Priebe 1990; Heindl 1997, 23ff). In den letzten Jahren gibt es verstärkte Bemühungen mittels des Konzeptes der Multifunktionalen Landwirtschaft die eindimensionale ökonomische Sichtweise zu erweitern (s. z.B. OECD 2001; Brouwer 2004; Brandt und Vejre 2003).

Dieser Ansatz stellt für die Berglandwirtschaft eine Verbesserung des theoretischen Zugangs dar. Insgesamt handelt es sich bei der neoklassischen Theorie um keine für die Berglandwirtschaft geeignete Theorie zur Lösung der Probleme (Hovorka 2000, 145f).

Ein wesentlicher Kritikpunkt an der neoklassischen Theorie besteht darin, dass sie sich weitgehend dem Anspruch entzieht, an der Realität überprüft zu werden<sup>1</sup>. Als Gegenposition zur Neoklassik gibt es in der Politischen Ökonomie wissenschaftliche Ansätze, die den Markt als optimales Regulierungsinstrument grundsätzlich in Frage stellen. Die Hauptargumentationslinien hinsichtlich des Marktversagens betreffen (Kurswechsel 2002; Altvater und Mahnkopf 1997; Altvater 1991):

- ◆ Monopol- und Oligopolbildung anstatt vollkommener Konkurrenz
- ◆ das Auftreten externer Effekte und öffentlicher Güter, die in den Marktpreisen nicht widergespiegelt werden (bei der Berglandwirtschaft gegeben)
- ◆ finanzielle Instabilitäten und inflationäre Tendenzen
- ◆ die marktlogische Abstraktion von Zeit und Raum und damit von wesentlichen Fragen von Umwelt und Nachhaltigkeit. Denn bei ökonomischen Prozessen werden natürliche Ressourcen verbraucht, die dann für zukünftige Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen (ebenfalls ein zentraler Punkt für die Berglandwirtschaft).

Gemäß alternativer Ökonomieansätze sind Märkte keine Naturgewalt, sondern selbst Regulierungen sozialen Lebens mit den von ihnen geschaffenen Rigiditäten und bedürfen daher einer Regulierung, d.h. Märkte sind an bestimmte Voraussetzungen gebunden und nicht regulierte Märkte kollabieren. Entgegen der neoklassischen Theorie werden Märkte daher nicht als etwas „Natürliches“ (d.h. naturgegebenes) und Gewinn- und Nutzen maximierendes Verhalten von Menschen nicht als „angeboren“ gesehen (Gubitzer 1992, 28f). Die alternativen Ansätze stehen der Globalisierung und der Liberalisierung des Agrarsektors im Rahmen der WTO kritisch gegenüber<sup>2</sup>. Einen guten Überblick über den derzeitigen Stand der Diskussion der Alternativen Ökonomien, denen der Mainstream stärker denn je ins Gesicht bläst, findet sich in der Zeitschrift Kurswechsel 1/2005 des BEIGEWUM<sup>3</sup>. Alternative theoretische und wirtschaftspolitische Konzepte werden auf EU-Ebene von der EuroMemorandum Group erarbeitet<sup>4</sup>. Einen speziellen theoretischen Ansatz mit massiver Kritik an der Neoklassik und der Globalisierung stellt die Subsistenztheorie dar (Loibl 2003; Werlhof v. et al. 2003).

---

1. Dieser Anspruch an Wirtschaftstheorien wird unter anderem von Elmar Altvater auf den Punkt gebracht, wenn er in Anlehnung an Engels schreibt, dass gelten sollte: „The proof of the pudding is in the eating“ (Altvater 2006).

2. Auch die Ökologische Ökonomie geht im Rahmen des marktwirtschaftlichen Systems davon aus, dass die Ökonomie selbst Teilsystem eines größeren, endlichen, nicht wachsenden und materiell geschlossenen Ökosystems ist und daher selbst nicht endlos wachsen kann (Daly 1999).

3. Als „Mythen der Ökonomie“ widerlegt der BEIGEWUM auch die gängigsten neoklassischen Argumente (BEIGEWUM 2005).

4. Die aktuellsten Vorschläge der EuroMemorandum Group für eine integrierte Entwicklungsstrategie wurden im November 2005 publiziert (EuroMemorandum Group 2005). Siehe auch die Homepage [www.memo-europe.uni-bremen.de](http://www.memo-europe.uni-bremen.de)

## 2.3 Umwelt und Landwirtschaft im Berggebiet

Die Kulturlandschaft im Berggebiet in Österreich (Alpen und Böhmisches Massiv) besteht aus einer Vielzahl von Elementen und ist stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Im Berggebiet wird die landwirtschaftliche Nutzfläche überwiegend als Grünland bewirtschaftet und die Rinderhaltung ist von zentraler Bedeutung. In Österreich beträgt der Anteil des Berggebietes am gesamten Grünland 84%.

Gemäß der Alpenkonvention sind der Lebens- und Wirtschaftsraum im Berggebiet direkt mit der Berglandwirtschaft verknüpft (Europäische Akademie 2004, 72f). Die Produktion von Lebensmittel und regionstypischen Qualitätsprodukten hat in der Relation zu anderen gesellschaftlichen Aufgaben eine abnehmende Bedeutung. Die Aufgaben reichen von der Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft und der regionalen Kultur, der Gefahrenabwehr (Schutz vor Erosion, Lawinen, Muren, Steinschlag, Hochwasser) über den Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität und Artenvielfalt bis zur Erfüllung der Mindestbesiedlungsfunktion und der Basis für den Tourismus. Die Berglandwirtschaft ist auch für den Schutz des Waldes und die Bewirtschaftung der Almflächen von größter Bedeutung. Allerdings ist das Berggebiet in Österreich seit langem größtenteils keine reine Agrarregion mehr, sondern ein voll integrierter Wirtschafts- und Lebensraum. Daher sind Ansätze einer integrierten Regionalentwicklung für die Zukunftsfähigkeit von zentraler Bedeutung (BMLFUW 2005b, 63).

Die Berglandwirtschaft ist in Österreich aufgrund der historischen Agrarentwicklung und der natürlichen Bewirtschaftungsschwernisse überwiegend als Familienbetrieb organisiert und durch eine kleinbetriebliche Struktur gekennzeichnet. Die ungünstigen natürlichen Voraussetzungen der Bergbauernbetriebe – vor allem jene mit hoher Erschwernis – kommt durch die starke Hangneigung der landwirtschaftlichen Flächen, die kürzere Vegetationsdauer, extreme Witterungsverhältnisse, schwache Ertragslage aufgrund geringer Bodenbonität und den Mangel an alternativen Produktionsmöglichkeiten zum Ausdruck. Dazu kommen häufig ungünstige innere und äußere Verkehrsverhältnisse und eine teure Infrastruktur.

## 2.4 Abgrenzung des Berggebietes und Klassifizierung der Bergbauernbetriebe

Die Abgrenzung von Berggebietsgemeinden und die Klassifizierung von Bergbauernbetrieben nach der Bewirtschaftungsschwernis hat in Österreich eine lange Tradition. Mit dem EU-Beitritt wurde für die Gebietskulisse das Abgrenzungssystem der EU übernommen, das österreichische Klassifizierungssystem der Bergbauernbetriebe jedoch beibehalten.

Die EU-Abgrenzungskriterien für das Berggebiet waren folgende:

- ◆ Höhenlage von mindestens 700 m oder
- ◆ Hangneigung von mindestens 20% oder
- ◆ als Kombination beider Faktoren eine Höhenlage von mindestens 500 m und einer mittleren Hangneigung von mindestens 15%.

Die Abgrenzung erfolgte auf Ebene der Gemeinden und Katastralgemeinden und wurde um eine naturräumliche Abgrenzung ergänzt. Gemäß dem Gemeinschaftsverzeichnis der EU umfasst das Berggebiet in Österreich 70% der Landesfläche und 58% der landwirtschaftlichen Fläche.

Da aber auch innerhalb des Berggebietes sehr unterschiedliche Bewirtschaftungsbedingungen bestehen, sind die Bergbauernbetriebe nach dem Grad ihrer Bewirtschaftungsschwernis klassifiziert. Jeder Bergbauernbetrieb war in Österreich seit Mitte der 1970er Jahre (aufbauend auf das System des alten Berghöfekatasters) einer Erschwerniskategorie (-zone) zugeordnet. Ab dem Jahr 2001 wurde dieses System durch den Berghöfekataster (BHK) abgelöst, in dem nach drei Hauptkriterien (Innere Verkehrslage, Äußere Verkehrslage, Klima/Bodenverhältnisse) für jeden Bergbauernbetrieb eine betriebsindividuelle Punktezahl erhoben wird. Je größer die Bewirtschaftungsschwernisse, desto höher die Gesamtpunktezahl eines Betriebes. Für statistische Zwecke und um eine gewisse Vergleichbarkeit mit dem früheren System zu gewährleisten, werden die Bergbauernbetriebe in vier Erschwernisgruppen (BHK-Gruppen) zusammengefasst. Die Erschwernisfestlegung ist ein zentraler Punkt für die Berechnung der Höhe der Bergbauernförderung, d.h. der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete.

## 2.5 Die Einkommensentwicklung der Bergbauernbetriebe

### 2.5.1 Die langfristige Einkommensentwicklung

Das land- und forstwirtschaftliche Einkommen der Bergbauernbetriebe hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt, wobei knapp mehr als die Hälfte der Zunahme bis zum EU-Beitritt stattgefunden hat<sup>5</sup>. Allerdings hat sich die Zusammensetzung des Einkommens aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen (Preissenkungen und deren Ausgleich durch Direktzahlungen, Übernahme der EU-Agrarpolitik, wachsende Bedeutung von Agrarumwelt- und Bergbauernförderung) stark in Richtung Förderungen verändert.

Das gesamte Erwerbseinkommen der Bergbauernbetriebe stieg in den letzten 20 Jahren um 106% an. Diesem Anstieg steht eine Inflationsrate gemäß Verbraucherpreisindex von 68% gegenüber. Seit dem Jahr 1994 (letztes Jahr vor EU-Beitritt) stieg das land- und forstwirtschaftliche Einkommen der Bergbauernbetriebe um 33% (Erwerbseinkommen plus 33%) und die Inflationsrate betrug im selben Zeitraum 13%. Daraus folgt, dass es bei den Bergbauernbetrieben im Durchschnitt in den letzten 20 Jahren und auch seit dem EU-Beitritt zu einer realen Einkommensverbesserung gekommen ist.

Von Interesse für die Einschätzung der Einkommensentwicklung bei den Bergbauernbetrieben ist auch die Entwicklung in der Relation zu den Nichtbergbauernbetrieben. Die Nichtbergbauernbetriebe hatten 1981/82 ein um 61% höheres land- und forstwirtschaftliches Einkommen (35% höheres Erwerbseinkommen), 2001/02 lag dieser Einkommenswert nur mehr 4% über jenem der Bergbauernbe-

5. Mit dem Jahr 2003 wurde die Methode der Einkommensberechnung für den Grünen Bericht signifikant umgestellt, so dass der langfristige Vergleich nur bis 2002 sinnvoll erscheint. Die Jahre 2003 und 2004 werden in Folge für den aktuellen Vergleich nach BHK-Gruppen verwendet.

triebe<sup>6</sup>. Bei den Bergbauernbetrieben begründet sich die relative Annäherung an das Einkommen der Nichtbergbauernbetriebe in den letzten Jahren vor allem durch den Anstieg der Bergbauernförderung und durch die intensive Teilnahme am Agrarumweltprogramm.

**Tabelle 1: Die langfristige Einkommensentwicklung der Bergbauernbetriebe im Vergleich zu den Nichtbergbauernbetrieben**

	1981/82 in €	1991/92 in €	1994 in €	1995 in €	2001/02 in €
<b>Bergbauernbetriebe:</b>					
Landw. Einkommen	10.656	15.6110	16.315	19.694	21.678
Erwerbseinkommen	14.336	20.265	22.209	25.910	29.463
Öffentliche Gelder	1.069	3.500	5.178	13.007	16.208
<b>Nichtbergbauernbetriebe:</b>					
Landw. Einkommen	17.137	21.489	20.707	24.447	22.556
Erwerbseinkommen	19.317	27.171	28.862	32.948	33.315
Öffentliche Gelder	k.A.	3.132	6.520	17.005	14.465
<b>Einkommensrelation (LW) der Nichtbergbauern zu Bergbauern</b>	161%	138%	127%	124%	104%

Quellen: diverse Grüne Berichte des BMLFUW, eigene Berechnungen

**Anmerkungen:** Landw. Einkommen ist das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft inkl. Öffentliche Gelder; Erwerbseinkommen ist das Landw. Einkommen plus dem außerlandwirtschaftlichen Einkommen; im Jahr 1995 sind die öffentlichen Gelder bei den Nichtbergbauernbetriebe höher als in den Jahren 2001/02, da 1995 (bis 1998) degressive Ausgleichszahlungen (Übergangsbeihilfen zur Anpassung an die EU in Form von Direktzahlungen) bezahlt wurden, die vor allem bei den Nichtbergbauernbetrieben einen wichtigen Anteil an den öffentlichen Geldern hatten.

### 2.5.2 Die aktuelle Einkommenssituation

Die Höhe des Deckungsbeitrages<sup>7</sup> in der land- und forstwirtschaftlichen Produktion ist stark von der natürlichen Bewirtschaftungsschwernis gemäß BHK-Punkten abhängig. Der Durchschnitt der Bergbauernbetriebe hat nur 66% des Deckungsbeitrages der Nichtbergbauernbetriebe. Bergbauernbetriebe mit extremer Erschwernis (BHK-Gruppe 4) erreichen im Durchschnitt nur mehr 39% des Deckungsbeitrages der Nichtbergbauernbetriebe. Beim landwirtschaftlichen Einkommen und beim Erwerbseinkommen sind diese Unterschiede aufgrund der höheren öffentlichen Gelder der Bergbauernbetriebe (vor allem der Ausgleichszulage) deutlich geringer. Daraus folgt, dass die, aufgrund der natürlichen Erschwernisse bestehenden, ökonomischen Nachteile durch die gezielte Förderung zum Teil ausgeglichen werden.

6. Allerdings war das Jahr 2002 ein besonders schlechtes Jahr für die Nichtbergbauernbetriebe (aufgrund der niedrigeren Schweinepreise). Im Jahr 2003 lag das Einkommen der Nichtbergbauern bereits wieder 16% über dem Durchschnitt der Bergbauernbetriebe und 2004 waren es 20%.

7. DB (Jahresdeckungsbeitrag) = Erträge Boden, Tier, Forst (jeweils inkl. direkte öffentliche Gelder) abzüglich des variablen Aufwandes.

**Tabelle 2: Das Einkommen der Bergbauernbetriebe je Betrieb nach BHK-Gruppen (Durchschnitt 2003-2004)**

	Deckungsbeitrag	Landw. Einkommen	Öffentliche Gelder	Erwerbseinkommen
BHK-Gruppe 1	82	87	102	87
BHK-Gruppe 2	68	84	105	86
BHK-Gruppe 3	53	88	117	79
BHK-Gruppe 4	39	77	118	78
Bergbauern Ø	66	85	107	84
Berggebiet	69	86	103	85
Nichtbergbauern	100	100	100	100

Quellen: LBG 2004 und 2005; eigene Berechnungen

**Anmerkung:** Der Index lautet Nichtbergbauernbetriebe = 100

### 2.5.3 Der Anteil der Förderungen am Einkommen

Der Anteil der öffentlichen Gelder am Einkommen je Betrieb (bzw. am Ertrag) steigt mit wachsender Erschwernis. Allerdings ist die Zusammensetzung der Förderungen bei Bergbauernbetrieben und Nichtbergbauernbetrieben sehr unterschiedlich. Während die Nichtbergbauernbetriebe 49% ihrer öffentlichen Gelder als Marktordnungszahlungen erhalten, sind es im Durchschnitt der Bergbauernbetriebe nur 27%. Für die Bergbauernbetriebe sind die Förderungen aus dem Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums von zentraler Bedeutung (vor allem AZ und ÖPUL). Bei den Bergbauernbetrieben mit extremer Erschwernis haben ÖPUL und AZ gemeinsam bereits einen Anteil von 81%. Dementsprechend hoch ist auch der Anteil von ÖPUL und AZ am landwirtschaftlichen Einkommen.

**Tabelle 3: Die Zusammensetzung der Öffentlichen Gelder nach BHK-Gruppen (Durchschnitt 2003-2004)**

	Anteil ÖG am Einkommen in %	ÖG in €	Anteil Marktordnungszahlungen in %	Anteil ÖPUL in %	Anteil AZ in %
BHK-Gruppe 1	83	14.962	36	39	21
BHK-Gruppe 2	90	15.390	28	42	26
BHK-Gruppe 3	95	17.220	20	40	36
BHK-Gruppe 4	110	17.337	16	38	43
Bergbauern Ø	91	15.779	27	40	29
Berggebiet	86	15.125	28	41	27
Nichtbergbauern	72	14.723	49	43	4

Quellen: LBG 2004 und 2005; eigene Berechnungen

**Anmerkung:** Der Anteil der sonstigen Förderungen beträgt bei allen Kategorien 4%, nur bei der BHK-Gruppe 4 sind es 3%. Investitionszuschüsse sind bei den Öffentlichen Geldern nicht berücksichtigt.

Die Bergbauernbetriebe erhalten - unter Zurechnung der Almförderung - ca. 50% der Budgetmittel des Agrarumweltprogrammes ÖPUL (Hovorka und Kirner 2005, 8). Dieser hohe Anteil erklärt sich vor allem aus der Teilnahme an ökologisch besonders hochwertigen Maßnahmen des ÖPULs (z.B. sind 76% der Biobetriebe in Österreich Bergbauernbetriebe)<sup>8</sup>.

## 2.6 Die spezielle Förderung der Berglandwirtschaft: Ausgleichszulage für Benachteiligte Gebiete (AZ)

In Österreich haben spezielle Direktzahlungen zur Förderung der Berglandwirtschaft eine jahrzehntelange Tradition. Mit der Einführung des Bergbauernsonderprogrammes 1972 wurde in Österreich bereits sehr früh mit einer Strategie der integrierten ländlichen Entwicklung und einem Bündel von Förderungsmaßnahmen ein regionaler Schwerpunkt für das Berggebiet gesetzt. In diesem Programm war bereits die produktionsneutrale Direktzahlung „Bergbauernzuschuss“ des Bundes als Betriebsprämie enthalten. Für den Bergbauernzuschuss ab 1972 galt: je höher die Bewirtschaftungsschwernis und je geringer das Einkommen desto höher war die Fördersumme. Der stark sozial orientierte Bergbauernzuschuss wurde in den 1980er und 1990er Jahren ausgebaut (höhere Fördersummen, Ausweitung des BezieherInnenkreises) und um eine Flächenprämie erweitert. Bereits in den 1970er Jahren begannen auch die Bundesländer Bewirtschaftungsprämien an Bergbauernbetriebe zu bezahlen (Hovorka 2004, 31)<sup>9</sup>.

Nach dem EU-Beitritt wurden die bisherigen Direktzahlungen für Bergbauernbetriebe durch die EU-Fördermaßnahme für Benachteiligte Gebiete (Ausgleichszulage) ersetzt. Gemäß Beitrittsvertrag („Wahrungsklausel“) wurde die Ausgleichszulage durch eine Nationale Beihilfe für eine Übergangsperiode von 10 Jahren (bis einschließlich 2004) für jene Betriebe ergänzt, die aufgrund des EU-Fördersystems keine oder eine geringere Förderung als vor dem EU-Beitritt erhalten hätten. Obwohl mit dem EU-Beitritt die Fördermittel für diesen Maßnahmenbereich um fast 73 Mio € erhöht wurden, wären vor allem die kleineren Bergbauernbetriebe mit hoher Bewirtschaftungsschwernis und niedrigem Einkommen ohne der Nationalen Beihilfe die Hauptverlierer des neuen Systems gewesen (Hovorka 2001, 72).

Im Rahmen des Programms für die ländliche Entwicklung wurde ab 2001 die Ausgleichszulage neu gestaltet. Sie wurde gemäß den Vorgaben der EU in eine reine Hektarprämie umgewandelt. Es wurde ein Flächenbetrag 1 für 6 ha Förderfläche (Sockelbetrag) neu eingeführt und die bisherige Ausgleichszulage in geänderter Form als Flächenbetrag 2 bezahlt. Die Gesamtfördersumme wurde nochmals um

---

8. Betrachtet man die Verteilung der gesamten Direktzahlungen in Österreich, zeigt sich aufgrund der Flächen und Tieranzahl als Förderbasis eine sehr ungleiche Verteilung der Mittel (BMLFUW 2005a, 194 und 223).

9. Die gezielte Förderung der Bergbauernbetriebe hat sich positiv ausgewirkt. Ein Indikator dafür ist die Entwicklung der Betriebsanzahl. Während die Betriebe mit landwirtschaftlich genutzten Flächen seit 1980 insgesamt um 40% (vor allem die kleineren Betriebe) abgenommen haben, war der Rückgang bei den Bergbauernbetrieben mit 34% sogar etwas geringer (BMLFUW 2005a, 191f; ÖSTAT 1983, 68; Statistik Austria 2005,17).

fast 73 Mio. € erhöht. Die Neugestaltung der Maßnahme brachte – im Gegensatz zur Ausgestaltung 1995 – vor allem den kleineren Betrieben mit hoher Bewirtschaftungerschwernis Vorteile<sup>10</sup>.

Im Jahr 2004 erhielten insgesamt 105.048 Betriebe eine Ausgleichszulage mit einer Gesamtfördersumme von 274,9 Mio € (ohne Nationaler Beihilfe). Der Flächenbetrag 1 hatte im Durchschnitt einen Anteil von 31% an der Gesamtfördersumme, bei den Bergbauern der BHK-Gruppe 4 hingegen sogar von 47%. Die durchschnittliche Fördersumme steigt bei den Bergbauernbetrieben mit steigender Erschwernis je Betrieb und je ha Förderfläche stark an. Im Vergleich zum früheren System bis zum Jahr 2000 sind die Förderungsdifferenzen zwischen den Erschwernisgruppen deutlich größer geworden. Dies liegt vor allem an der Einführung des Flächenbetrages 1.

**Tabelle 4: Die Ausgleichszulage nach BHK-Gruppen im Jahr 2004**

	Anzahl der Betriebe	AZ gesamt in 1.000 €	AZ-Förderung je Betrieb in €	Anteil des FB 1 an Fördersumme in %	Anteil Betriebe mit AZ und NB in %	AZ je ha Förderfläche in €
Basiskategorie	32.110	31.730	988	7,3	18,1	84,5
BHK-Gruppe 1	22.543	51.529	2.286	22,7	2,5	140,5
BHK-Gruppe 2	30.107	96.918	3.219	30,7	4,8	191,2
BHK-Gruppe 3	13.224	57.716	4.365	40,0	4,7	283,2
BHK-Gruppe 4	7.064	36.964	5.233	47,0	5,0	387,8
Bergbauern gesamt	72.938	243.128	3.333	33,7	4,1	207,3
Berggebiet	76.789	243.215	3.167	32,7	4,9	197,2
Österreich	105.048	274.858	2.616	30,7	8,4	177,5

Quelle: BMLFUW 2005b, 58

**Anmerkung:** In der Tabelle sind die Betriebe nicht enthalten, die ausschließlich die Nationale Beihilfe erhielten (8.180 Betriebe mit 2,8 Mio. € Förderung). Jene Betriebe mit Ausgleichszulage und Nationaler Beihilfe (8.788 Betriebe erhielten 2,5 Mio. € Nationale Beihilfe) sind in der Tabelle mit der Ausgleichszulage enthalten (ohne Nationale Beihilfe). Basiskategorie = durch die Ausgleichszulage geförderte Nichtbergbauernbetriebe.

Abschließend wird die Entwicklung der Förderung seit dem EU-Beitritt dargestellt. Seit 1995 hat die Anzahl der geförderten Betriebe um 10% abgenommen (Bergbauern minus 12%). Die Fördersumme ist mit der Neugestaltung im Jahr 2001 um 33% angestiegen und die Nationale Beihilfe hat massiv an Bedeutung verloren<sup>11</sup>.

10. Aber auch bei den Nichtbergbauernbetrieben erhöhte sich die durchschnittliche AZ je Betrieb, allerdings nur geringfügig. Viele Bergbauernbetriebe mit geringer Erschwernis und Betriebe der Basiskategorie hätten durch die von der EU vorgeschriebene Umstellung von der GVE-Förderung (1,4 GVE/ha) auf die Hektarförderung im neuen Programm Förderungseinbußen hinnehmen müssen, dies wurde durch die Neugestaltung und die Aufstockung des Budgets verhindert.
11. Im Jahr 1995 erhielten 36% aller geförderten Betriebe eine Nationale Beihilfe, die 12,5% der Gesamtförderung ausmachte. Im Jahr 2004 waren es nur noch 15% aller geförderten Betriebe und der Anteil der NB an der Gesamtförderung betrug nur noch 1,9%. Der Großteil der Betriebe mit Nationaler Beihilfe im Jahr 2004 waren keine Bergbauernbetriebe. Die Nationale Beihilfe wurde aufgrund des Auslaufens der 10 jährigen Übergangsregelung (Wahrungsklausel) im Jahr 2004 zum letzten Mal gezahlt.

**Tabelle 5: Die Ausgleichszulage (AZ) inklusive Nationale Beihilfe (NB) im Zeitablauf**

Jahr	Betriebe insgesamt (AZ und NB-Betriebe)	Anteil NB-Betriebe in %	Anteil Bergbauern in %	Fördersumme in Mio €	Anteil NB an Fördersumme in % €	Anteil Bergbauern an Fördersumme in %
1995	125.827	35,8	66,4	211,09	12,5	84,8
2000	116.735	31,8	66,4	200,45	9,7	84,8
2001	116.954	16,6	65,4	280,16	2,3	87,5
2004	113.228	15,0	65,0	280,30	1,9	87,4

Quellen: Hovorka 2004, 122f.; BMLFUW 2005b, 56; eigene Berechnungen

**Anmerkung:** NB-Betrieb sind alle Betriebe, die entweder ausschließlich oder ergänzend zur AZ eine Nationale Beihilfe erhielten.

## 2.7 Die Interessenvertretung der Berglandwirtschaft

Obwohl die Interessen der Berglandwirtschaft häufig in Widerspruch zu den landwirtschaftlichen Gunstlagen in Ostösterreich stehen, stellen die Interessenvertretung der Landwirtschaft und der Österreichische Bauernbund (Teilorganisation der ÖVP) nach innen und außen einen Alleinvertretungsanspruch für die gesamte Landwirtschaft, der für die österreichische Agrarpolitik bestimmend ist (Krammer und Hovorka 2006, 491). Die Interessenvertretung versucht, die unterschiedlichen Interessen durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften (z.B. Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen), Ausschüssen und Fachorganisationen zu kanalisieren. Die Entscheidungsfindung in dieser nach außen relativ einheitlichen Blockbildung ist für Außenstehende intransparent und macht die Durchsetzung der Interessen der Berglandwirtschaft von innen und außen schwierig. Die agrarpolitische Opposition setzt sich zwar seit langem für die Interessen der Berglandwirtschaft ein, kann aber zurzeit nur einen begrenzten Einfluss geltend machen (Hovorka und Hoppichler 2006, 706). Historische Erfolge wie das Bergbauernsonderprogramm und der Bergbauernzuschuss wirken aber bis heute positiv nach.

## 2.8 Eckpunkte einer zukunftsfähigen Berglandwirtschaft

Der Rückblick und die Analyse der derzeitigen Situation der Berglandwirtschaft lassen den Befund zu, dass die Berglandwirtschaft im Sinne der Ziele der europäischen Agrarpolitik als multifunktional zu bezeichnen ist und über die Produktionsfunktion hinausgehend wichtige Leistungen für die Gesellschaft und die Umwelt erbringt.

Im Vergleich zu den Nichtbergbauernbetrieben zeigt sich, dass der Rückgang der Zahl der Bergbauernbetriebe in den letzten 20 Jahren bzw. seit dem EU-Beitritt nicht größer ist und beim landwirtschaftlichen Einkommen der große Rückstand verringert werden konnte. Eine wichtige Rolle für diese relativ gute Entwicklung spielt die gezielte Förderung der Berglandwirtschaft. Im Rahmen des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums sind vor allem die Bergbauernförderung (Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete) und das ÖPUL zentrale Fördermaßnahmen. Die Zukunftschancen der Berglandwirtschaft werden in der Literatur von Politik und Wissenschaft bei entsprechenden Rahmenbedingungen als intakt eingeschätzt, allerdings wird häufig eine Gesamtstrategie für die integrierte Entwick-

lung der Berggebiete als notwendig erachtet (Fischler 2002 und 2006; Barnier 2002; Ebner 2002; Bätzing 2003; Dax und Hovorka 2004; Nordregio 2004).

Für eine zukunftsfähige Berglandwirtschaft sind vor allem folgende Punkte von zentraler Bedeutung:

◆ **Die gesellschaftliche Anerkennung und ein adäquates Theoriekonzept**

Die gesellschaftliche Anerkennung der multifunktionalen Leistungen der Berglandwirtschaft war und ist für das Selbstbild der Bergbauern und -bäuerinnen und für die Zukunft der Berglandwirtschaft wichtig. Zusätzlich ist aber auch eine theoretische Fundierung der Bedeutung und der Notwendigkeit der Berglandwirtschaft erforderlich. Diese können neoklassische Theorieansätze der Marktverherrlichung nicht leisten, auch wenn in den letzten Jahren der theoretische Aspekt von nachhaltiger Entwicklung und die Multifunktionalität verstärkt untersucht werden. Für die Berglandwirtschaft bedarf es alternativer Denkansätze.

◆ **Die Abgeltung der gesellschaftlichen Leistungen der Berglandwirtschaft**

Aus dem Markterlös alleine kann die Berglandwirtschaft – mit wachsender Bewirtschaftungerschwernis immer weniger – kein ausreichendes Einkommen erzielen. Die gezielte Förderung im Rahmen des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007–2013 (BMLFUW 2006) ist, wie in der Vergangenheit, zentral wichtig, da die Förderungen aus diesen Maßnahmen bereits bisher den Großteil des landwirtschaftlichen Einkommens ausmachen (insbesondere Ausgleichszulage und ÖPUL). Dennoch sind Verbesserungen bei der Ausgestaltung diskutierbar.

◆ **Agrarpolitische Rahmenbedingungen**

Die Berglandwirtschaft hat in einem globalisierten, deregulierten Agrarmarkt mit anonymer Massenproduktion nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren. Für ihre Zukunft sind agrarpolitische Rahmenbedingungen, die neben Ausgleichszahlungen auch sinnvolle Marktbeschränkungen (Milchquotenregelung), strenge Qualitätskriterien und ökologische und soziale Mindeststandards sowie Kennzeichnungsregelungen beinhalten, wichtig. Für den Bereich der Marktordnungspolitik gilt, dass zukünftig das Betriebsprämienystem auf eine einheitliche Flächenprämie (je ha), die auf die Bewirtschaftungerschwernisse und auf kleine Betriebe besonders Rücksicht nimmt, umgestaltet werden sollte. Langfristig sollte der notwendige Arbeitseinsatz der land- und forstwirtschaftlichen Produktion als Maßstab der Förderhöhe herangezogen werden. Die gentechnikfreie Produktion für den einzelnen Bergbauernbetrieb, aber auch für Bergregionen sollte gewährleistet werden.

◆ **Qualitätsproduktion im Berggebiet**

Die Berglandwirtschaft muss sich noch stärker als bisher auf die Marktwünsche der KonsumentInnen einstellen und ihre Produkte klar von anderen abgrenzen. Das bedeutet auch eine verstärkte Hinwendung zur Biolandwirtschaft, obwohl diese bereits bisher in Österreich den Schwerpunkt bei den Bergbauernbetrieben hat (76% der Biobetriebe sind Bergbauernbetriebe). Das positive Image von gesunden Produkten und nachhaltiger Bewirtschaftung, Erhaltung der Umwelt und Biodiversität im Berggebiet passen gut zusammen<sup>12</sup>. Eine weitere Perspektive liegt in der Ausdehnung der

12. Als ein Beispiel sei an dieser Stelle „Bio vom Berg“ genannt, eine Marke der Tiroler Biobergbauern (siehe: <http://www.bioalpin.at/index1.htm>).

Produktpalette mit auf europäischer Ebene geschützten Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben, die ein eigenes Logo führen dürfen und von denen bisher in Österreich im Bereich Käse und Fleischerzeugung alle im Berggebiet liegen<sup>13</sup>. Ein ermutigendes Zeichen in diesem Bereich ist auch die im Dezember 2005 von 54 Vertragsparteien unterzeichnete „Europäische Charta zu qualitativ hochwertigen Lebensmittelproduktion aus Berggebieten“ (Euromontana 2005). Eine überbetriebliche Zusammenarbeit über das System der Maschinenringe hinaus verbessert die wirtschaftlichen Möglichkeiten.

#### ◆ Diversifizierung der Bergbauernbetriebe

Für jene Bergbauernbetriebe, die die erforderlichen Arbeitskapazitäten und Infrastrukturausstattung (Maschinen etc.) haben bzw. erreichen können und das entsprechende regionale Umfeld vorhanden ist, ist eine Diversifizierung des Betriebes einerseits mit dem Einstieg in eine höhere Wertschöpfung durch Weiterverarbeitung der eigenen Produkte, Ab Hof Verkauf u.a., andererseits durch Anbieten von kommunalen Dienstleistungen, Urlaub am Bauernhof etc. eine geeignete Zukunftsstrategie. Die erneuerbare Energie (vor allem der Wald) soll in der Berglandwirtschaft zukünftig stärker zum Einkommen beitragen.

#### ◆ Integrierte Regionalentwicklung im Berggebiet

Die Berglandwirtschaft ist eng mit anderen wirtschaftlichen Bereichen (vor- und nachgelagerte Bereiche, Handwerk und Gewerbe, Tourismus) verknüpft, es bestehen wechselseitige Abhängigkeiten. Seit langer Zeit wird ein hoher Anteil der Bergbauernbetriebe im Nebenerwerb geführt. Beispielsweise haben Leader-Initiativen positive Möglichkeiten der regionalen Vernetzung und Identitätsbildung in Verbindung mit wirtschaftlichem Erfolg gezeigt (Dax und Hovorka 2003; BMLFUW 2003). Eine zukunftsfähige Berglandwirtschaft kann daher nicht alleine auf verstärkte Marktpolitik und adäquate Agrarpolitik begründet werden, sondern braucht eine integrierte Regionalentwicklung, die nicht nur eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sondern auch Infrastrukturerhaltung und –ausbau beinhaltet.

#### ◆ Ausbau der nationalen und internationalen Netzwerkstrukturen

Netzwerke fördern Innovation und die Erarbeitung neuer Strategien. Um von Erfolgen und Fehlern auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu lernen und gemeinsame Interessen besser vertreten zu können, sollten Netzwerkstrukturen außerhalb der etablierten Interessenvertretungen verstärkt genutzt und neue Netzwerke gegründet werden. Einige Beispiele für funktionierende Netzwerke: Euromontana, Netzwerke der Alpenkonvention, Leader Netzwerke, Mountain Forum, Internationale Mountain Partnership<sup>14</sup>.

13. Nach VO (EWG) Nr. 2081/92 und Nr. 2082/92 (bzw. VO(EG) Nr. 509/2006 und Nr. 510/2006) geschützte europäische Agrarerzeugnisse und Lebensmittel. Siehe dazu auch die Ergebnisse des Forschungsprojektes über Qualitätserzeugnisse aus Berggebieten der Euromontana (Euromontana 2004).

14. Die Internetadressen der Netzwerke lauten: <http://www.euromontana.org/> (Euromontana); <http://www.alpenkonvention.org> (Alpenkonvention), <http://www.leader-austria.at> (Leader Österreich); [http://europa.eu.int/comm/agriculture/rur/leaderplus/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/agriculture/rur/leaderplus/index_de.htm) (Leader EU-Ebene); <http://www.mtnforum.org> (Mountain Forum); <http://www.mountainpartnership.org> (Mountain Partnership).

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass die Berglandwirtschaft bei entsprechender Gestaltung der agrar- und regionalpolitischen Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen, die auch soziale und ökologische Erfordernisse berücksichtigen, und bei Ausschöpfung des unternehmerischen Potenzials auch in Österreich Zukunft hat. Das bedeutet nicht, dass der Strukturwandel nicht weitergeht, aber er kann entsprechend den sozialpolitischen und regionalen Zielen sowie den ökologischen Notwendigkeiten gesteuert werden. Strategisches zukunftsorientiertes Denken ist dabei sehr hilfreich.

## 2.9 Literatur

Altwater, Elmar (1991): Die Zukunft des Marktes. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Altwater, Elmar (2006): The proof of the pudding... Was heißt und zu welchem Ende betreiben wir Kapitalismuskritik? Abschiedsvorlesung an der Freien Universität Berlin, gehalten am 18. Januar 2006. <http://www.freitag.de/2006/03/06030601.php>

Altwater, Elmar, Mahnkopf, Birgit (1997): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Barnier, Michael (2002): Bergregionen in Europa. In: Ebner, Michl (Hrsg.): Der Berg als Lebensraum – aus europäischer Sicht. Bozen: Verlagsanstalt Athesia. 139-149.

Bätzing, Werner (2003): Die Alpen. Geschichte und Zukunft einer europäischen Kulturlandschaft. München: C.H. Beck Verlag.

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) (2005): Mythen der Ökonomie. Anleitungen zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen. Hamburg: VSA-Verlag.

Brandt, Jesper, Vejre, Henrik (Hrsg.) (2003): Multifunctional Landscapes. Volume II. Monitoring, Diversity and Management. Southampton: Wit Press.

Brouwer, Floor (Hrsg.) (2004): Sustaining Agriculture and the Rural Environment. Governance, Policy and Multifunctionality. Cheltenham: Edward Elgar.

BMLFUW (2003): Halbzeitbewertung des Leader + Programms Österreichs 2000 – 2006. Endbericht 2003. Wien.

BMLFUW (2005a): Grüner Bericht 2005. 46. Grüner Bericht gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes. Wien.

BMLFUW (2005b): Evaluierungsbericht 2005. Update-Evaluierung des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums. Wien.

BMLFUW (2006): Der Grüne Pakt für Österreichs Landwirtschaft. Ländliche Entwicklung 2007-2013. Entwurf – Maßnahmenbeschreibung. Wien. BMLFUW.

Daly, Herman (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung. Salzburg: Verlag Anton Pustet.

- Dax, Thomas, Hovorka, Gerhard (2003): Regionalentwicklung im Berggebiet und institutioneller Wandel. Facts & Features Nr. 25 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Dax, Thomas, Hovorka, Gerhard (2004): Berggebiete in Europa. Ergebnisse des internationalen Forschungsprojektes zur Abgrenzung, Situation und Politikanalyse. Facts & Features Nr. 32 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Ebner, Michl (Hrsg.) (2002): Der Berg als Lebensraum – aus europäischer Sicht. Bozen: Verlagsanstalt Athesia.
- EuroMemorandum Group (2005): Demokratische Politik gegen die Herrschaft der Märkte. Vorschläge für eine integrierte Entwicklungsstrategie in Europa. Euromemorandum 2005. <http://www.memo-europe-uni-bremen.de/europmemo/indexmem.htm> am 22.1.2006
- Euromontana (2005): First Newsletter on Mountain Quality Food Products, Nr. 1/December 2005. Brüssel.
- Euromontana (2004): Mountain Food Products in Europe: Existing Legislation and Examples of Relevant Brands for their Promotion. Report 5. Publication 2. Brüssel.
- Europäische Akademie Bozen (2004): Collectio Alpenkonvention. Bozen.
- Fischler, Franz (2006): Auswirkungen von WTO- und Agrarpolitik auf die österreichischen Grünlandbauern“. Abstract des Vortrages bei der Wintertagung 2006 für Grünland- und Viehwirtschaft. Aigen/Ennstal.
- Fischler, Franz (2002): Die Europäische Berglandwirtschaft im Lichte der Unionserweiterung. In: Ebner, Michl (Hrsg.): Der Berg als Lebensraum – aus europäischer Sicht. Bozen: Verlagsanstalt Athesia. 123-137.
- Gubitzer, Luise (1992): Vom „obsoleten“ zum „adäquaten“ marktwirtschaftlichen Denken. In: Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM): Vom „obsoleten“ zum „adäquaten“ marktwirtschaftlichen Denken. Marburg: Metropolis Verlag.
- Heindl, Bernhard (1997): Einwärts – Auswärts. Vom Hegen der Erde. Innsbruck: Edition Löwenzahn.
- Hovorka, Gerhard (2000): Die Theorie der Ökologischen Ökonomie und die Berglandwirtschaft. In: Hovorka, Gerhard (Red.): Zukunft mit Aussicht. Beiträge zur Agrar-, Regional-, Umwelt- und Sozialforschung im ländlichen Raum. Forschungsbericht Nr. 45 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien. 143-158.
- Hovorka, Gerhard (2001): Keine Berglandwirtschaft ohne Ausgleichszahlungen. Evaluierung des Maßnahme Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten und Nationale Beihilfe. Forschungsbericht Nr. 47 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard (2004): Den Bergbauernbetrieben wird nichts geschenkt. Evaluierung des Ausgleichszulage im Rahmen des österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums. Forschungsbericht Nr. 52 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard, Hoppichler, Josef (2006): In: Dachs, Herbert, Gerlich, Peter, Gottweis, Herbert, Kramer, Helmut, Lauber, Volkmär, Müller, Wolfgang C., Tólos, Emmerich (Hrsg.): Politik in

- Österreich. Das Handbuch. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 701-710.
- Hovorka, Gerhard, Kirner, Leopold (2005): Empirische Analyse der Direktzahlungen in der österreichischen Landwirtschaft. In: Online-Fachzeitschrift des BMLFUW: Ländlicher Raum, Jahrgang 2005. Wien. 1-15.
- Krammer, Josef, Hovorka, Gerhard (2006): Interessenorganisation der Landwirtschaft: Landwirtschaftskammern, Präsidentenkonferenz und Raiffeisenverband. In: Dachs, Herbert, Gerlich, Peter, Gottweis, Herbert, Kramer, Helmut, Lauber, Volkmar, Müller, Wolfgang C., Tálos, Emmerich (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 480-492.
- Kurswechsel (2005): Alternative Ökonomien – Alternative Gesellschaften. Heft 1/2005. Zeitschrift des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM). Wien.
- Kurswechsel (2002): Nachhaltigkeit – zwischen Vereinnahmung und Alternative. Heft 4/2002. Zeitschrift des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM). Wien.
- LBG Wirtschaftstreuhand (2005): Buchführungsergebnisse 2004. Land- und Forstwirtschaft Österreich. Wien: Eigenverlag.
- LBG Wirtschaftstreuhand (2004): Buchführungsergebnisse 2003. Land- und Forstwirtschaft Österreich. Wien: Eigenverlag.
- Loibl, Elisabeth (2003): Das Brot der Zuversicht. Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Nordregio (2004): Mountain areas in Europe. Analysis of mountain areas in EU Member States, acceding and other European countries. Nordregio Report 2004:1. Stockholm.
- OECD (2001): Multifunctionality. Towards an analytical framework. Paris.
- Österreichisches Statistisches Zentralamt (1983): Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung 1980. Hauptergebnisse Österreich. Teil Landwirtschaft. Wien.
- Priebe, Hermann (1990): Die subventionierte Naturzerstörung. Plädoyer für eine neue Agrarkultur. München: Goldmann Verlag.
- Statistik Austria (2005): Agrarstrukturerhebung 2003. Betriebsstruktur. Schnellbericht 1.17. Wien.
- Werlhof, von Claudia, Bennholdt-Thomsen, Veronika, Farclas, Nicholas (Hrsg.) (2003): Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung. Wien: Promedia.

## 2.10 Zusammenfassung

Der Rückblick und die Analyse der derzeitigen Situation der Berglandwirtschaft zeigen, dass die Berglandwirtschaft im Sinne der Ziele der europäischen Agrarpolitik als multifunktional zu bezeichnen ist und über die Produktionsfunktion hinausgehend wichtige Leistungen für die Gesamtgesellschaft und die Umwelt erbringt. Im Vergleich zur Nichtberglandwirtschaft ist der Rückgang der Betriebe in den

letzten 20 Jahren bzw. seit dem EU-Beitritt nicht größer. Beim landwirtschaftlichen Einkommen konnte der große Rückstand verringert werden. Eine wichtige Rolle für diese relativ gute Entwicklung spielt die gezielte Förderung der Berglandwirtschaft durch die Ausgleichszulage sowie die hohe Teilnahme am Agrarumweltprogramm. Die Berglandwirtschaft braucht weiterhin die gesellschaftliche Anerkennung. Sie muss in Zukunft ihr innovatives Potenzial verstärkt ausschöpfen, die KonsumentInnenorientierung weiter ausbauen und die Netzwerkstrukturen vertiefen. Die Berglandwirtschaft hat bei entsprechender Gestaltung der agrar- und regionalpolitischen Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen, die auch soziale und ökologische Erfordernisse berücksichtigen, in Österreich Zukunft. Eine integrierte Regionalentwicklung ist für die Berglandwirtschaft unverzichtbar.

## 2.11 Summary

This paper addresses key questions regarding situation and future perspectives of mountain farming in Austria. The analyses of the past and present situation show that mountain farming is multifunctional in the sense of objectives of European agricultural policy. Beyond the production function, it fulfils numerous important functions for the environment and society. In relation to non-mountain farming, the reduction in the numbers of mountain farms in the last 20 years and since EU accession in 1995 has not increased and the income gap even has narrowed. The targeted support of mountain farming has played an important role in this relatively good development. The compensatory allowances (LFA-payments) make an important contribution in offsetting the natural handicaps of mountain farming and mountain farms participate to a high degree in the agri-environmental programme ÖPUL. In future, too, mountain farming will depend on the high level of recognition from society as a whole. For further development it is necessary to improve the innovative potential, to deepen the market orientation of production towards the needs of consumers and to make networking structures stronger. If there is an adequate framework of agricultural and regional policies and competition rules that also take social and environmental requirements into account, then mountain farming has positive future perspectives in Austria. But there an integrated rural development policy is indispensable.

### Dr. Gerhard Hovorka

geb. 1955 in Zell an der Ybbs (NÖ). Matura im zweiten Bildungsweg. Studium der Volkswirtschaftslehre und Doktoratsstudium an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seit 1990 Mitarbeiter an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Leiter der Abteilung "Wirtschaftswissenschaftliche und umweltpolitische Analysen". Arbeitsschwerpunkte: Volkswirtschaftliche Belange des Agrarbereiches; Agrar- und Strukturpolitik der EU; Berggebietspolitik; Berglandwirtschaft; Agrarförderungssysteme; Einkommensanalysen und -alternativen; Umweltökonomie; Weltagrarmarkt; WTO. Mitarbeit in diversen Gremien: Mountain Partnership; Mountain Forum; Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM).



### 3. Bergtourismus – Herausforderungen und Entwicklungschancen für eine nachhaltigere Entwicklung

Karl Reiner

Bergtourismus ist zentral für die Entwicklung des ländlichen Raumes, insbesondere des Alpenraumes. Viele Räume und Seitentäler würden in Österreich ohne Arbeitsplätze im Tourismus- und Freizeitsektor heute wohl nicht mehr bewirtschaftet werden. Aus Sicht des Naturraums und der Ökologie jedoch, ist der Tourismus seit über dreißig Jahren auch ein sehr konfliktträchtiges Thema mit unterschiedlichen Standpunkten und Lösungsstrategien. In diesem Artikel werden die Rahmenbedingungen sowie Herausforderungen für eine nachhaltigere Entwicklung im Bergtourismus behandelt und positive und negative Aspekte gegenübergestellt. In der Folge werden einige wichtige Themen wie Verkehr/Mobilität konkreter behandelt und Empfehlungen formuliert. Schließlich sollen Beispiele für nachhaltige Konzepte und Initiativen zum Nachdenken und Nachahmen anregen.

#### 3.1 Bergregionen – sensibelste Lebensräume

Ein großer Teil des Territoriums Europas besteht aus Berggebieten. Die Alpen sind nicht nur das größte und höchste Gebirge Europas, sie sind auch touristisch sehr intensiv erschlossen. Bereits im 19. Jahrhundert prägten die Engländer den Begriff der Alpen als „*playground of Europe*“.

Diese Berggebiete erfüllen wichtige Funktionen für Mensch und Umwelt:

- ◆ Aus *ökologischer Sicht* weisen Bergregionen eine hohe biologische Vielfalt auf, außerdem sind sie ein wichtiges Trinkwasserreservoir für Europa. Dies macht sie besonders sensibel gegenüber menschlichen Eingriffen. Die Alpen gelten als ökologisches „Frühwarnsystem“ in Europa, da Folgen von Fehlentwicklungen im sensiblen Berggebiet rascher sichtbar sind als im Flachland.
- ◆ Aus *ökonomischer Sicht* sind Bergregionen in Europa der Lebensraum von 90 Millionen Menschen, allein 13 Mio. im eigentlichen Alpenraum. Ihre Vorfahren haben schon seit Jahrhunderten ihr Leben im Einklang mit den schwierigen Rahmenbedingungen im Gebirge gestaltet. Der Niedergang der traditionellen Bergwirtschaft gefährdet diese nachhaltigen Wirtschaftsformen immer mehr.
- ◆ Aus *sozialer Sicht* sind Bergregionen auch Orte der kulturellen Vielfalt und besonders in den letzten Jahrzehnten zu einem wichtigen Erholungsraum für viele Menschen geworden.

Diese Funktionen bedingen sich gegenseitig und sind vernetzt. Das hat auch Auswirkungen auf Nicht-Bergregionen in ganz Europa, wie zum Beispiel die zunehmenden Überschwemmungen aufgrund des Verlusts an Bergwäldern und des Klimawandels.

Bergtourismus findet in Europa im Wesentlichen im Alpenraum statt. Mehr als 13 Millionen Menschen bewohnen den 191.000 km<sup>2</sup> großen Alpenbogen, 7 Staaten mit insgesamt 6.200 Gemeinden haben an ihm Anteil<sup>1</sup>. Eine einzigartige Natur- und Kulturgeschichte haben die Alpen im Herzen unseres Kontinents zu einem Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum von europäischer Bedeutung gemacht.

Folgende Zahlen bzw. Schätzungen deuten auf beträchtliche Belastungen des Naturraumes in den Alpen hin<sup>2</sup>:

- ◆ 4,7 Mio. Betten, Auslastung ca. 25 %
- ◆ 60 Mio. Ankünfte pro Jahr sowie ca. 60 Mio. Tagesausflugsgäste
- ◆ 370 Mio. Nächtigungen
- ◆ Über 200 Schigebiete mit ca. 15.000 Liftanlagen, 120.000 Pistenkilometer auf 40.000 Abfahrten – z.Z. qualitativer Ausbau (höhere Transportgeschwindigkeiten und Förderkapazitäten)
- ◆ 50 Mio. BesucherInnen pro Jahr
- ◆ 20 Mio. SchifahrerInnen
- ◆ 5 bis 10 Mio. Wanderer
- ◆ 3 Mio. MountainbikerInnen
- ◆ 500.000 Kletterer
- ◆ 120.000 HängegleiterInnen
- ◆ 100.000 SkitourengängerInnen

Diese Zahlen weisen auf die enorme Bedeutung des Tourismus im Alpenraum und in Europa hin. Mehr als 50% aller Nächtigungen finden hier statt, ganze Talschaften und Regionen leben überwiegend vom Tourismus. Die Berglandwirtschaft, noch bis in die 1960er Jahre in Österreich die dominante Erwerbs- und Einkommensquelle, hat heute zwar noch eine wichtige Funktion, spielt aber als direktes Einkommen nur noch eine untergeordnete Rolle.

### 3.2 Herausforderungen für den Bergtourismus

Bis Mitte der 1960er Jahre galt Tourismus als „weiße Industrie“, d.h. als „saubere“ Dienstleistungswirtschaft. Seit den 1970er Jahren sind die Herausforderungen für die Tourismuswirtschaft im Allgemeinen und im Berggebiet im Besonderen sichtbar geworden und werden zunehmend auch kritischer diskutiert (Krippendorf 1975; 1986). Die positiven Aspekte des Bergtourismus sind allgemein bekannt, v.a. Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und Einkommen. Der Infrastrukturausbau, die räumlich-strukturellen und die soziokulturellen Wirkungen wurden und werden aber nicht von allen nur positiv bewertet. Die Balance zwischen Nutzen und Gefahren für die Berglandschaft und Naturhaushalt sowie kulturellen Ausverkauf<sup>3</sup> wurden immer kritischer betrachtet<sup>4</sup>.

1. Quelle: [www.cipra.org](http://www.cipra.org), Abgrenzung nach Alpenkonvention
2. Diverse Quellen: Luger, Kurt/Rest, Franz / (Hrsg.), Alpine Space Programme
3. Piefke-Saga
4. <http://www.nfi.at/deutsch/Arbeitsbereiche/tourism/ecotour/documents/doc8-de.htm>

***POSITIVE Aspekte des Tourismus***

- ◆ Schafft Arbeitsplätze
- ◆ Verhindert Abwanderung (im Tourismusgebiet)
- ◆ Finanziert kommunale Infrastruktur
- ◆ Liefert wichtige Beiträge zu Umwelt-, Landschafts- und Ortsbildpflege
- ◆ Steigert Wohlstand
- ◆ Stärkt Landwirtschaft
- ◆ Kann ein Schritt in Richtung Verständnis zwischen Reisenden und Bereisten sein

Der Bergtourismus stärkt den ländlichen Raum, indem er Einkommensmöglichkeiten schafft und somit zur Verbesserung der Lebensqualität in Bergregionen beiträgt. Bergtourismus kann direkt oder indirekt einen Beitrag zur Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft in Bergregionen leisten.

***NEGATIVE Aspekte*****Wirtschaft**

- ◆ Hohes Preisniveau in Tourismusgemeinden
- ◆ Hohe Abhängigkeit von Tourismuseinnahmen
- ◆ Gewachsene Wirtschaftsstrukturen (Landwirtschaft) sind gefährdet
- ◆ touristische Monostrukturen entstehen
- ◆ Viele Saisonarbeitsplätze mit niedrigem Qualifizierungsniveau

**Soziales**

- ◆ Sozialstrukturen werden verändert oder zerstört
- ◆ Abwanderung (in den nicht-touristischen Gebieten)
- ◆ Kulturelles Erbe in Gefahr
- ◆ Polarisierung zwischen Arm und Reich
- ◆ Einheimische werden zu Fremden in eigener Gemeinde

**Umwelt**

- ◆ Versiegelung naturnaher Flächen
- ◆ Zersiedelung der Landschaft
- ◆ Artenverlust (v. a. störungsempfindliche Arten = viele alpine Arten)
- ◆ Erhöhte Schadstoffkonzentration
- ◆ Müllberge, Entsorgungsprobleme
- ◆ Zerstörung des Landschaftsbildes (Seilbahnen, etc.)
- ◆ Modersportarten gefährden naturnahe Landschaftsteile
- ◆ Hohe Verkehrsbelastung durch An- und Abreise bzw. Mobilität vor Ort
- ◆ Flugverkehr
- ◆ Erosion, Lawinen

Die Gefahren des Bergtourismus liegen in der Überlastung der ökologischen Tragfähigkeit der jeweiligen Region sowie in den zunehmenden Belastungen durch privaten PKW-Verkehr, die auch über die Bergregion hinausgehende negative Folgen für Umwelt und Gesundheit der Menschen haben können.

### 3.3 Schwerpunkte des Bergtourismus

#### 3.3.1 Freizeitverkehr/-mobilität

Auf überregionaler Ebene ist das Hauptproblem des Tourismus in der Zunahme des touristischen Verkehrs (Pils 2002) zu sehen, mit steigenden Belastungen von Umwelt und Natur nicht nur in den Tourismusregionen, sondern auch entlang der Reiserouten. Dies gilt vor allem für den PKW-Verkehr und für den Flugverkehr, wo leider die besonders klimaschädlichen Kurzstreckenflüge zunehmen. Über 50% des Verkehrs in den Alpen ist Freizeitverkehr. Einige Straßen werden sogar fast nur von AusflüglerInnen und FreizeitsportlerInnen befahren. Die Bahn verlor zunehmend KundenInnen an PKW und Flugzeug. Langfristig werden sich immer mehr Staus, zugeparkte Destinationen oder Proteste von AnrainerInnen auch zu Ungunsten des Images und des Erfolges der Tourismuswirtschaft auswirken. Maßnahmen diesbezüglich müssen auf europäischer Ebene gesetzt werden (Internalisierung der externen Kosten, Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, Besteuerung des Flugbenzins). Natürlich werden hier Lösungen nicht von heute auf morgen möglich sein, sondern es geht um die langsame Einleitung einer Umsteuerung, die letztlich zu mehr Reisen mit öffentlichem Verkehr führen und zu einem besseren öffentlichen oder umweltfreundlicheren Verkehrsangebot in den Tourismusregionen beitragen könnten. Es existieren bereits Initiativen<sup>5</sup> zur Reduktion der Belastungen durch den motorisierten individuellen Freizeitverkehr, diese setzten allerdings erst in den 1990er Jahren ein.

#### 3.3.2 Wintersport

Der Erschließungsgrad der Alpen mit klassischen Alpin-Wintersportanlagen ist äußerst hoch, oft am Limit der ökologischen Belastbarkeit. Und weitere Ausdehnung ist absehbar: Der Verbund benachbarter Schigebiete soll die Konkurrenzfähigkeit erhöhen. Grund dafür ist der wachsende wirtschaftliche Druck auf die Regionen durch die hohe Verschuldung vieler Gastronomie- und Beförderungsbetriebe bei gleichzeitigem Rückgang der Nächtigungszahlen. Die unsichere Schneelage führte zu Erschließungsplänen für neue, hochgelegene Schigebiete und zur flächendeckenden Pistenbeschneigung. Gesetzliche Begrenzungsfestlegungen und raumplanerische Leitbilder unterliegen oft einer allzu flexiblen Auslegung und können dem Berggebiet nicht ausreichend Schutz gewährleisten.

---

5. GAST – Gemeinschaft Autofreier Tourismusorte in der Schweiz 1989

NETS - Netzwerk Europäischer Tourismus mit Sanfter Mobilität 1996 NETS AWARD 2004/2005

Modellprojekt Autofreier Tourismus in Österreich 1998

Bund Naturschutz: Der Bund Naturschutz in Bayern gibt z.B. Broschüren für Bergwanderungen mit Bus und Bahn heraus. Für die Verkehrsreduzierung auf den Straßen in den bayerischen Alpen, die nicht zu Orten führen, also v.a. dem Ausflugsverkehr dienen, wurde die Broschüre "Bergstraßen - autofrei!" erstellt.  
Alps Mobility – Perlen der Alpen

Diverse Konferenzen und Studien auf Europäischer Ebene (z.B. Internationales Jahr des Bergtourismus 2002, EU Studie „MuSTT Multi-stakeholder European Targeted Action for Sustainable Tourism & Transport“)

### 3.3.3 Globaler Wettbewerb und Qualitätstourismus

Seit den 1980er Jahren sind die stark steigenden Anforderungen an die Qualität des touristischen Angebotes und der damit zusammenhängende globale Wettbewerb weitere Herausforderungen. In diesem Zeitraum sind völlig neue Destinationen entstanden, die das Preis-Leistungsverhältnis auf globaler Ebene neu definiert haben. Eine Woche *Türkei all inclusive* oder *Dominikanische Republik mit Flug* stand nun in Konkurrenz mit Schiurlaub und Bergsommer. Enorme Investitionen, vor allem in die Kapazität und Qualität der Unterkünfte und der Seilbahnwirtschaft wurden getätigt. Vorübergehend kam es jedoch zu starken Rückgängen der Nächtigungszahlen. Während sich der Wintertourismus gut entwickelt, kommt der Sommertourismus in den Berggebieten zunehmend unter Druck. Angebotsgruppen, Qualitätsinitiativen, „Erfindung“ neuer Angebote wie Inszenierung der Berge und eine Neustrukturierung der Tourismusorganisationen waren der Versuch, auf den härter werdenden Wettbewerb zu antworten.

Sanfter Tourismus und Nachhaltigkeit sind insbesondere im sensiblen Alpenraum ein Thema geworden, das allerdings in Zeiten wirtschaftlicher Probleme eher den Charakter tourismuspolitischer Forderungen und Sonntagsansprachen hat, ohne konkrete Aktivitäten in der Angebotsentwicklung und in der Tourisuskommunikation nach sich ziehen. „Umweltzeichen“-Betriebe sind noch immer die Ausnahme, dagegen sind nahezu alle Schigebiete mit Kunstschneeanlagen ausgestattet. Initiativen für die Bahnreise haben zweifellos weniger politischen und touristischen Rückhalt als die Forderung nach Regionalflughäfen oder Forcierung von Billigflugangeboten auch in die Alpenregionen.

### 3.4 Ziele und Perspektiven für eine nachhaltige Tourismusedwicklung in den Berggebieten

Im Folgenden werden einige wesentliche Punkte, die für eine integrierte Regionalentwicklung und mehr Nachhaltigkeit im Bergtourismus von Bedeutung sind, angeführt:

- ◆ Koordinierte Entwicklung des Angebots – Destinationsmanagement
- ◆ Qualitätsförderung in der gesamten touristischen Dienstleistungskette, v. a. im Beherbergungsbereich (*Serviceinitiative im Pongau, Q-Plus Kleinwalsertal*)
- ◆ Lenkung der BesucherInnenströme
- ◆ Beachten naturräumlicher Entwicklungsgrenzen und Schutzgebiete/Ruhezonen (*Initiative: Qualitätskriterien Naturparke D/A*)
- ◆ Nachhaltige Verkehrslösungen – Sanfte Mobilität (*Initiative: NETS Bahnen + > NETS AWARD, Initiative: Autofreie Urlaubsinitiativen: Alpine Pearls, Sanfte Mobilität in Werfenweng*)
- ◆ Sportausübung mit Rücksicht auf die Natur
- ◆ Ferienstaffelung – Entzerrung der Reisesströme
- ◆ Förderung von Innovationen
- ◆ Zusammenarbeit zwischen Tourismuswirtschaft, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Handwerk v. a. in ländlichen, weniger entwickelten, Regionen (*Initiative: Biolandwirtschaft, Urlaub am Bauernhof; Initiative: Biosphärenpark Großes Walsertal; Initiative: Villgratental*)
- ◆ Förderung von Forschung und Beobachtung, Bildung und Information (*Initiative: Cipra – AlpKnowHow*)

Allgemeine Hinweise für einen nachhaltigeren Bergtourismus findet man auch in der Deklaration der Naturfreunde Internationale (2002). Bergtourismus braucht besondere Maßnahmen, um seine positiven Wirkungen zu verstärken und negative Folgen zu vermeiden. In diesem Zusammenhang ist der BesucherInnenlenkung und der umweltgerechten Gestaltung sowie der Führung von Einrichtungen größte Bedeutung zuzumessen. Eine Hauptursache negativer Auswirkungen eines nicht-nachhaltigen Tourismus ist der Mangel an Wissen über die besondere ökologische Sensibilität und Verletzlichkeit von Bergregionen sowohl bei BewohnerInnen als auch bei BesucherInnen.

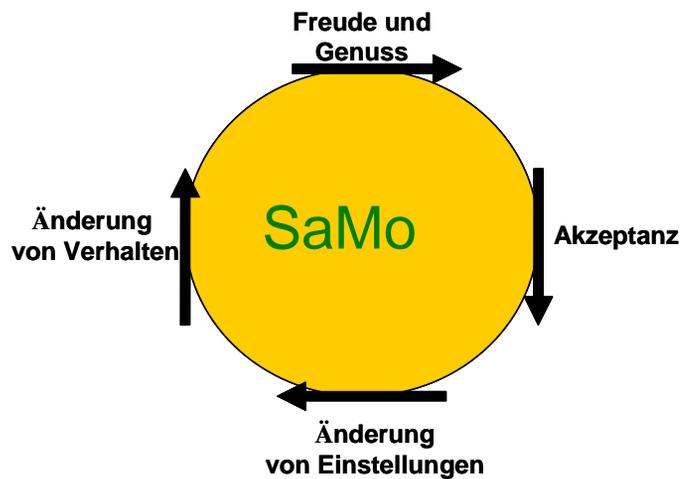
### 3.5 Initiativen für einen nachhaltigeren Bergtourismus

#### 3.5.1 Sanfte Mobilität in Werfenweng – neue Wege im ganzheitlichen Tourismus

*Neue Wege schaffen neues Bewusstsein, neues Bewusstsein schafft neue Wege ...* – mit diesem Leitmotto als Motor ist es der kleinen Salzburger Gemeinde Werfenweng, die vorwiegend vom Tourismus und von der Landwirtschaft lebt, gelungen, einen völlig neuen, zukunftsorientierten Kurs durch die Reduktion des motorisierten touristischen Individualverkehrs einzuschlagen. Mit dem Projekt soll eine *Neudefinition* von Mobilität im Alpenraum erreicht werden. Die *alte* Technologie der Automobilität wird durch eine Verkettung von *innovativen* Mobilitätsformen ersetzt. Das Ziel bezieht sich auf den Tourismus- und Freizeitverkehr und auf die Mobilität der Einheimischen, basierend auf einem Konzept der Freiwilligkeit und auf einem Vorteilskonzept. Nicht *Strafe* ist der Weg zum Ziel sondern *Vorteile* für jene, die nachhaltige Mobilitätsformen wählen.

Werfenweng will das Mobilitätsverhalten nachhaltig verändern und die Energieversorgung nach ökologischen Gesichtspunkten ausrichten. Darüber hinaus wird die „Geisteswelt“ von der hektischen „Beschleunigungswelt“ im Alltag hin zu einer „Enthastungswelt“ in der Urlaubs-, Freizeit- und Lebenswelt „umgepolt“.

Besonderer Wert wird bei jedem Umsetzungsschritt auf einen hohen Akzeptanzgrad der heimischen Bevölkerung gelegt. Eine Barriere, die in den Anfängen bestand, war die Skepsis der EinwohnerInnen gegenüber der Philosophie und dem Projekt – heute findet beides breite Zustimmung sowohl bei Einheimischen als auch bei Gästen. Über Freude und Genuss zur Akzeptanz – über Akzeptanz zur Änderung von Einstellungen - über Änderung von Einstellungen zur Änderung von Verhalten – über Änderung von Verhalten zu Freude und Genuss!



Quelle: Innovationswerkstatt

Das nachhaltige Mobilitätskonzept Werfenwengs besteht aus mehreren Teilaspekten und wird sukzessive umgesetzt. *Sanfte Mobilität - Urlaub vom Auto*: den Urlaubsgästen wird der Tausch ihres Autoschlüssels gegen den SAMO Schlüssel (SANfte MOBilität) angeboten. Vor allem Gäste, die mit der Bahn anreisen, erhalten den SAMO Schlüssel. *Elois* bringt Gäste gratis von A nach B. Elektroautos, E-Scooter, Bi(o)gas, Pferdekutschen etc. stehen zur Verfügung, das Werfenweng-Shuttle befördert überland. Die Angebotsgruppe *Sanfte Mobilität* bewirbt und verkauft *Urlaub mit Mehrgenuss* und fördert die Bahnreise durch Ticketing und aktives Anbieten.



Quelle: Tourismusverband Werfenweng

*Werfenweng mobil+*, das Vorteilspaket für Einheimische: ein zentrumsnahes Parkhaus, das herkömmliche Autos, die künftig nur noch für „Langstrecken“ eingesetzt werden, beherbergt, ist angedacht. Einheimische stellen zu Sonderkonditionen ihre Autos ab und nutzen das sanfte mobile Angebot. Der Ankauf von E-Fahrzeugen wird gefördert. Es gibt Kinder- und Jugendprogramme, wie z.B. den Kauf von 20 E-Mofas, die Jugendliche nach der Auseinandersetzung mit der Thematik nutzen dürfen. Es werden folgende ökologische, ökonomische und soziale Ziele verfolgt:

- ◆ *Ökologische Ziele:* Verringerung der CO<sub>2</sub>- und Feinstaubemissionen, Verbesserung der Lebens- und Urlaubsqualität, Verbesserung der Luftqualität, Reduktion des Lärmaufkommens
- ◆ *Ökonomische Ziele:* Positive Wertschöpfung der Tourismusbetriebe und der Landwirtschaft
- ◆ *Soziale Ziele:* enthasteter Lebensstil, bewusstes Wahrnehmen der Mitwelt, (Ver-)Bindung der Einheimischen, Sensibilisierung für limitierte Ressourcen, neue Mobilität, eigenverantwortliches und zukunftsorientiertes Handeln.



Verleihung NETS-Award,  
Foto: Karl Reiner

Die Veränderung des Verkehrsverhaltens der EinwohnerInnen von Werfenweng und seiner Gäste bewirkt alleine in der Wintersaison eine Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 374 Tonnen. Im Sommer beträgt die Einsparung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Zugrundelegung der vorläufigen Verkehrsmittelwahl 92 Tonnen. Der Großteil der im Ort verbrauchten Energie wird heute durch umweltschonende Anlagen im Ort abgedeckt. So erzeugen z.B. die Lichtspiele der Langsamkeit Strom für die Elektrofahrzeugflotte. Auch der Solarturm dient dazu, er ist aber ebenso Symbol für eine Geisteshaltung. Durch die prominente Positionierung auf dem Dorfplatz verstärkt sich die Symbolkraft zusätzlich. Die Gemeinde betreibt

eine der größten Photovoltaikanlagen Österreichs mit einer Stromerzeugungskapazität von ca. 320.000 kW/Jahr, was den Jahresbedarf von 230 Wohnungen entspricht. Besonders erfreulich ist es, dass neben dem Erfolg für nachhaltiges Wirtschaften auch der ökonomische Erfolg eingetreten ist. Überdurchschnittlich hohe Steigerungsraten in Sachen Nächtigungen, in einer Zeit, in der die Nächtigungszahlen allgemein zurückgehen, zeigen die Richtigkeit des Weges (Umsatzsteigerung durch Anstieg der Nächtigungen rd. 3 Mio Euro). Die Initiativen wurden inzwischen durch eine Vielzahl von Preisen ausgezeichnet, unter anderem hat Werfenweng auf der ITB 2005 den NETS-AWARD für innovative Bahnurlaubsangebote in der Kategorie Berge erhalten. Werfenweng gehört zu den Gründern der *Alpine Pearls*, einem Netzwerk sanft-mobiler Urlaubsorte in den Alpen.

### 3.5.2 Alpine Pearls

Im Mittelpunkt von *Alpine Pearls* steht nachhaltige, umweltverträgliche Mobilität für Tourismusorte und aktive touristische Produktentwicklung in diesen *Perlen*. Wichtig ist für alle Perlen gleichermaßen, dass die Tourismusprodukte attraktiv, buchbar und sanft-mobil sein müssen. Eines der Ziele ist die Schaffung einer Perlenkette, die sanft-mobile Reise zu mehreren Perlenorten, geschnürt zu einem attraktiven Urlaubspaket. Der Verein „*Alpine Pearls*“ - Förderung eines nachhaltigen Tourismus mit umweltfreundlicher Mobilität“ vernetzt Partnerregionen und -gemeinden im gesamten Alpenraum. Dieses Netzwerk sanft-mobiler *Perlen der Alpen* wird zu einem starken touristischen Label für Sanfte Mobilität aufgebaut.

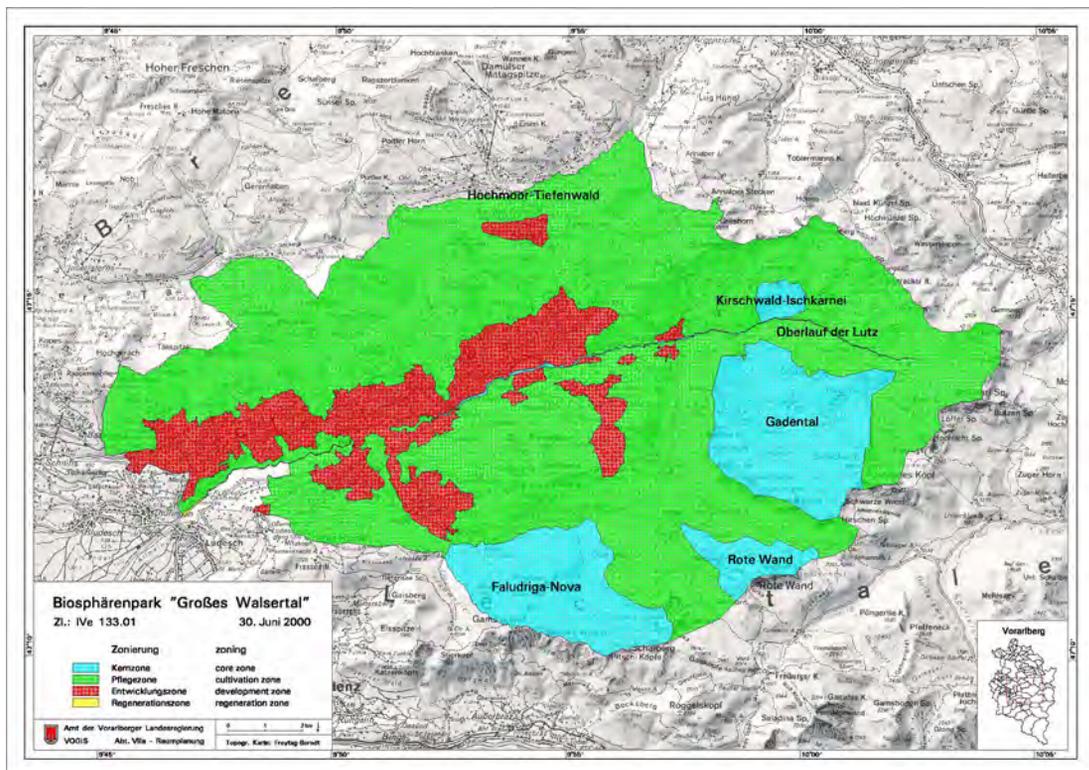
Eine Urlaubsreise in eine der *Perlen der Alpen* basiert auf dem Prinzip der Mobilitätsgarantie für Gäste. Urlaub in einer wirklichen *Perle*, einem außergewöhnlich schönen Urlaubs-Ort im Alpenraum mit Mobilitätsgarantie für An- und Abreise, vor Ort und für Ausflüge in die Region. Die gebotene Mobilität muss nicht nur garantiert werden, sie soll auch sehr attraktiv sein – praktisch, absolut zuverlässig,

lustig, lustvoll, innovativ, gemütlich und natürlich umweltfreundlich. Die UrlauberInnen sollten auf nichts verzichten müssen, sondern den gebotenen Mehrwert genießen.

Basis für die Teilnahme als *Perle der Alpen* ist der Kriterienkatalog, der alle Facetten eines attraktiven, sanft-mobilen Urlaubsortes berücksichtigt. Die Kriterien umfassen die Bereiche: Verkehr allgemein, Mobilität/Verkehr zur Perle, Mobilitätsgarantie in der Urlaubsregion, Tourismus, Regional- und Ortsentwicklung, Natur und Umwelt, Kultur, Bildung und partizipative Planung.

### 3.5.3 Integrierte regionale Entwicklung „Grosses Walsertal“

Das Grosse Walsertal ist eine landwirtschaftlich strukturierte Bergregion in Vorarlberg und im Gegensatz zu vielen alpinen Tälern noch nicht so stark durch die Tourismuswirtschaft erschlossen. Auf der Suche nach Entwicklungsstrategien für die Region wurde 1999 in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ein Leitbild für eine nachhaltige Regionalentwicklung entwickelt. Die Region bewarb sich um das UNESCO Prädikat "Biosphärenpark" und erhielt diese Auszeichnung im November 2000. Seither gehört das Große Walsertal zum weltweiten Netzwerk von Modellregionen für nachhaltiges Leben und Wirtschaften. In Biosphärenparks werden drei Schwerpunkte gesetzt: Naturschutz, nachhaltige Regionalentwicklung sowie Forschung/Umweltbildung. Das Motto „Natur nutzen ohne ihr zu schaden“ bezieht alle Branchen und BürgerInnen mit ein und geht Hand in Hand mit einer Steigerung der Wertschöpfung in der Region und mit einer regionalen Identifikation der BewohnerInnen.



Ziel des Biosphärenparks Großes Walsertal ist es, Beispielregion für naturverträgliches Leben und Wirtschaften zu sein. Dieses Ziel wird mit Projekten in der Berglandwirtschaft, im Tourismus, in der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung und im Gewerbe verfolgt. In all diesen Bereichen geht es darum, ökologische Bewirtschaftungsweisen und naturverträgliches Verhalten zu fördern. Die Qualitätssicherung findet durch ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem und Kennzahlen für Nachhaltigkeit statt. Zahlreiche Projekte eines Nachhaltigen Tourismus werden umgesetzt, wie die Alp- und Wanderbusse, Zertifizierung von Tourismusbetrieben mit dem Österreichischen Umweltzeichen, Partnerbetriebe, Verwendung regionaler Produkte im Tourismus<sup>6</sup>.

Auf die meisten Alpen im Großen Walsertal führen Güterwege und Mautstraßen. Seit fünf Jahren wird den BesucherInnen nun eine umweltfreundliche Alternative angeboten – die Biosphärenpark Wander- und Alpbusse. Die Wanderbusse fahren täglich im Sommer auf zwei Alpen, welche früher vom Individualverkehr sehr stark in Anspruch genommen wurden. Zusätzlich fahren sechsmal Mal in der Woche im Sommer Alpbusse jeweils an einem anderen Tag auf eine andere Alpe im Biosphärenpark. Für die Fahrten auf die Alpen konnten lokale BusbetreiberInnen aus der Region gewonnen werden, womit die Wertschöpfung in der Talschaft bleibt. Es werden von Mitte Juni bis Mitte September jährlich ca. 12.000 Personen transportiert. Wanderer erreichen so umweltfreundlich und nachhaltig Wanderziele im Biosphärenpark.

Außerdem finden Kooperationsprojekte zwischen Landwirtschaft und Tourismus statt. Ein Beispiel ist die eigene Käsemarke *Walserstolz*, die in Zusammenarbeit mit dem Biosphärenpark kreiert wurde. Durch die neue Marke wird ein höherer Milchpreis erzielt, mit *Sennereibesichtigungen* und dem *Selber-Senn-Programm* der Erlebnissennerei Sonntag-Boden wird Käseherstellung erleb- und erfahrbar.



Für das Projekt *Genusspechte* wurden Kooperationen mit Sennereien, Metzgereien und Bäckern geschlossen und neue Produkte wie die *Walser Sennenwurst*, das *Schottabrot* (Schotta = Molke) oder *Bratwurst mit Molke* geschaffen. Mit dem rollenden Sennereiladen *Genusspechte Auto* wird den GastwirtInnen in der Region der leichte Zugang zu regionalen Produkten ermöglicht: vier mal in der Woche werden sie mit Produkten aus der Sennerei beliefert.

38 der *Gastronomie- bzw. Hotelleriebetriebe* im Großen Walsertal sind touristische Partner des Biosphärenparks. Sie erfüllen vier betriebliche Grundvoraussetzungen und 13 MUSS-Kriterien und bekennen sich so zur Philosophie des Biosphärenparks. Um die Qualität zu sichern wird die Einhaltung der Kriterien jährlich überprüft, alle zwei Jahre wird das Label neu vergeben.

6. Informationsquellen zum Projekt: Homepage: <http://www.grosseswalsertal.at>; Info über Biosphärenparke in Österreich: [www.biosphaerenparks.at](http://www.biosphaerenparks.at); Buchtipp: Publikation zu dem Konzept der Biosphärenparke in Österreich „Leben in Vielfalt“, Verlag: Österreichische Akademie der Wissenschaften.

Die *köstliche Kiste* ist ein Impulsprojekt zur besseren Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte aus dem Tal und enthält Produkte für GenießerInnen aus der näheren und weiteren Umgebung. Beteiligt sind Tischler, Bauern und Bäuerinnen sowie die Sennereigemeinschaft. Der Kiste liegt ein Flyer bei, der über Ursprung und Verarbeitungsweise der darin enthaltenen Spezialitäten aufklärt. Rezepte für Speisen aus regionalen Zutaten enthält das Kochbuch *Ein Genuss. – So schmeckt`s im Biosphärenpark Großes Walsertal*. Das Kochbuch spannt den Bogen von der traditionellen bis hin zur zeitgenössischen Küche und bietet so Kochanregungen für alle Geschmäcker.

Im Tal gibt es 30 *landwirtschaftliche Partnerbetriebe*, die auch im Exkursionsprogramm des Biosphärenparks enthalten sind. Im Rahmen von Schulungen wurden die Bäuerinnen und Bauern auf diesen landwirtschaftlichen Exkursionsbetrieben befähigt, selbst die Exkursionen auf ihren Betrieben zu leiten und fundierte Auskünfte zu betrieblichen Naturschutzmaßnahmen zu geben. Die Leistungen der Landwirtschaft für die Erhaltung ökologisch wertvoller Flächen werden so sichtbar gemacht.

Das Projekt *Bergholz* ist ein Zusammenschluss der holzverarbeitenden Betriebe, Forstbetriebe und Gemeinden im Tal. Über gemeinsames Marketing wird versucht, das Holz aus dem Tal und daraus hergestellte Produkte – Möbel genauso wie ganze Häuser – zu vermarkten. Bergholz Betriebe geben eine Ursprungs- und Qualitätsgarantie für ihre Produkte, verarbeiten das Holz ökologisch und geben die Möglichkeit, während des gesamten Produktionsprozesses anwesend zu sein. Wertschöpfung und qualifizierte Arbeitsplätze werden damit in der Region erhalten und gefördert.

Das *EU-Life Projekt „Eco Monte“* hatte die Schwerpunkte erneuerbare Energien, nachhaltiger Tourismus und Umweltbildung. Als Pilotprojekt wurde ein Umweltmanagementsystem eingeführt und die Region EMAS zertifiziert. Der Nachhaltigkeitsbericht 2004 des Biosphärenparks Großes Walsertal mit dem European Environmental Reporting Award ausgezeichnet.

Die Region „Großes Walsertal“ hat sich besonders mit thermischen Solaranlagen, Photovoltaik und Biomassekraftwerken profiliert und ist im Juni 2004 mit drei „e“s und dem European Energy Award in „Silber“ ausgezeichnet worden. Weitere Maßnahmen für einen effizienten Energieverbrauch im Tal: Jeder Haushalt erhält Energietipps, die angebotenen Energieberatungen werden gerne in Anspruch genommen, Alpbusse werden zur umweltfreundlichen Erschließung der Region eingesetzt, es fand eine Biomassetagung statt und Tourismusbetriebe, die im Bereich Umweltmanagement vorbildlich wirtschaften, wurden mit dem österreichischen Umweltzeichen ausgezeichnet.

Der steigende Exkursions-/Tagungstourismus bringt Wertschöpfung, die Exkursionsgäste haben sich seit 2002 verdreifacht und auch die Zahl der Wochenveranstaltungen für Schulen sind von 2001 bis 2005 von sieben auf 14 gestiegen. Durch Projekte wie Genusspechte, Walserstolz und Bergholz werden verstärkt lokale Produkte gekauft, Biomasse eingesetzt und regionale Rohstoffe veredelt. Im Rahmen einer regionalwirtschaftlichen und perceptionsgeographischen Analyse – bei der BewohnerInnen, Gewerbetreibende und Gäste befragt wurden - wurden erstmals regionalwirtschaftliche Auswirkungen des Biosphärenparks evaluiert.

### 3.6 Empfehlungen

Strategien für einen nachhaltigen Bergtourismus sind wesentliche Elemente zur Förderung des Tourismus und können Kristallisationspunkte für eine nachhaltige Gestaltung der Regionen sein. Wichtig ist:

- ◆ die laufende Anpassung des Angebots an strukturelle Änderungen (Organisationen, neue Märkte/Produkte) unter Berücksichtigung der Erhaltung von Tradition, Natur und Kultur
- ◆ die Einbindung der regionalen AkteurInnen (Berglandwirtschaft, Tourismuswirtschaft, Tourismusorganisationen) in Verhandlungen, Diskussionen und Lösungsstrategien
- ◆ die Förderung und Stärkung von Netzwerken zwischen den betroffenen ExpertInnen und Organisationen sowie Forcierung des Erfahrungsaustauschs untereinander.
- ◆ Bewusstseinsbildung bei Einheimischen und (potenziellen) Gästen. Die Folgen kurzfristiger Handlungen sowie Möglichkeiten ihrer Vermeidung müssen dargelegt werden.
- ◆ Zusammenarbeit mit NGOs, vor allem mit denjenigen, die in Bergregionen arbeiten, wie z.B. CIPRA, Naturfreunde, Alpenverein sowie enge Zusammenarbeit mit den Betreuungs- und Managementeinrichtungen von Schutzgebieten.
- ◆ die Unterstützung und Umsetzung der Alpenkonvention als zentrale Richtlinie
- ◆ Lernen von den Besten (best practice)
- ◆ Das Erleben der Natur im verträglichen Rahmen zu halten. Dieser muss von den Gästen nachvollzogen und akzeptiert werden.
- ◆ Innovationsbereitschaft und Kreativität auf allen Ebenen und bei allen AkteurInnen. Flexibilität und Offenheit für Neues sind wesentliche Faktoren.
- ◆ die sinnvolle Nutzung finanzieller Fördermittel, die von nationalen oder überstaatlichen Institutionen (wie z.B. die Europäische Union) bereitgestellt werden. Förderungen dürfen nicht per se Anreiz für Maßnahmen sein, sondern sollen die Umsetzung ausgearbeiteter Maßnahmenpakete unterstützen.

### 3.7 Weiterführende Literatur

Alpine Space Programme, INTERREG IIIB 2001

Krippendorf, Jost (1975<sup>4</sup>): Die Landschaftsfresser. Tourismus und Erholungslandschaft. Verderben oder Segen. Bern.

Krippendorf, Jost (1986): Alpsegen Alptraum – Für eine Tourismusentwicklung im Einklang mit Mensch und Natur. Bern: MAB.

Krippendorf, Jost (1993): Auf dem Weg nach Ökotopia? Die ökologische Herausforderung. Wiener Vorlesungen im Rathaus Bd. 20. Wien: Picus Verlag.

<http://www.nfi.at/deutsch/Arbeitsbereiche/tourism/ecotour/documents/doc8-de.htm>

Luger, Kurt, Rest, Franz (Hrsg.) (2002): Der Alpentourismus, Innsbruck: Studien Verlag.

Mitterer, Felix (1991): Die Piefke Saga. Innsbruck: Haymon Verlag.

Pils, Manfred (2002): WTO Konferenz Jahr des Ökotourismus – Bergtourismus.

Naturfreunde Internationale (2002): Deklaration Interpreting Mountain Heritage.

### 3.8 Zusammenfassung

Bergtourismus als konfliktreiches Thema hat in letzter Zeit immer mehr Aufmerksamkeit erregt: Geht die touristische Verwertung des Naturraums über alle Schutzaspekte? Oder umgekehrt: Muss der Mensch aus sensiblen Regionen ausgeschlossen werden? Fakt ist, dass Berggebiete durch touristische Nutzung ökologisch zunehmend unter Druck geraten, ihnen andererseits dadurch aber oft erst der sozioökonomische Fortbestand ermöglicht wird. Es gibt bereits einige Initiativen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Nutzung des alpinen Raums nachhaltig zu gestalten. Diese können auf wachsenden Erfolg verweisen: So kann etwa das *sanft mobile Alpendorf Werfenweng* (Mitglied der *Alpine Pearls*), das durch intelligente Logistik einen Urlaub ganz ohne Auto ermöglicht, überdurchschnittlich hohe Nächtigungszahlen und eine starke Steigerung des Umsatzes verbuchen. Doch nicht nur Gäste sind fasziniert von dem Projekt, auch die EinwohnerInnen des Dorfes selbst haben auf freiwilliger Basis ihre Gewohnheiten geändert und stehen, nach anfänglicher Skepsis, voll hinter der Initiative. Der *Biosphärenpark Grosses Walsertal* will sich als Modellregion für nachhaltiges Wirtschaften etablieren. In relevanten Bereichen wie Tourismus, Landwirtschaft und Gewerbe soll naturverträgliches Verhalten durchgesetzt werden. Verschiedenste Initiativen wie Wanderbusse, die regionale Käsemarke *Walserstolz* oder die mit regionalen Produkten gefüllte *köstliche Kiste* sind mit thermischen Solaranlagen, Biomasse- und Wasserkraftwerken Teil einer erfolgreichen Gesamtstrategie, für die die Region auch schon den European Energy Award erhalten hat. Die Erfahrungen aus den BestPractice-Beispielen können genutzt werden, um Tourismus im sensiblen Alpenraum sanfter und nachhaltiger zu gestalten. Eine Einbindung aller AkteurInnen, Umsetzung bereits vorhandener Richtlinien sowie Innovationsbereitschaft sind dabei wichtige Faktoren.

### 3.9 Summary

Touristic use of mountain areas has gained more and more attention during the last years, as it is causing numerous conflicts: To what extent can nature be exploited for economic purposes? Or, does it make sense to close certain areas for certain people and certain uses? It is a fact that, on the one hand, tourism causes massive harm to sensitive mountain areas and, on the other hand, it is a basis for economic survival of the people in these regions. There are only a few initiatives that aim at a sustainable use of mountain areas, but those have been very successful so far. The mountain village *Werfenweng* (part of the initiative *Alpine Pearls*), that offers soft mobility and holidays from your car, has had a very strong rise of visitors. But it's not only the tourists who are fascinated by this project, also the inhabitants of the village have changed their habits and are now fully in favour of the initiative (after some scepticism in the beginning). Another example is the *Biosphere Park Grosses Walsertal*, which wants to serve as Best Practice for sustainable economic development: in certain fields like tourism, agriculture and commerce, there is a clear focus on an environmentally sound conduction of processes. Various initiatives, like hiking buses, the regional cheese *Walserstolz* or the *köstliche Kiste* on the one hand, and a thermic solar power system, biomass and water power plants on the other hand, are part of the overall strategy that has been conferred the European Energy Award. These Best Practices can be used as role models for a sound and sustainable use of sensitive mountain areas. In this respect it is very important to involve all relevant players.

## **DI Karl Reiner**

geb. 1956 in Rauschegg in Kärnten. Er hat Raumplanung an der Technischen Universität in Wien studiert. Nach einem Jahr als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen folgte freiberufliche Tätigkeit in mehreren Planungsbüros in Wien. Seit 1988 arbeitet er bei der ÖAR-Regionalberatung GmbH, deren Gesellschafter er seit 1998 ist. Karl Reiner hat sich in seiner Beratungstätigkeit auf integrierte regionale Entwicklungskonzepte, Machbarkeitsstudien und touristische Angebotsentwicklung spezialisiert. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind Tourismus und Sanfte Mobilität sowie Standortentwicklung und EU-Programmplanung. Karl Reiner ist Mitautor der Handbücher "Marketingpraxis für bäuerliche Vermieter" und "Verkehrsberuhigung in Tourismusgemeinden". Er ist Geschäftsführer von NETS - dem Netzwerk Europäischer Tourismusdestinationen mit Sanfter Mobilität ([www.soft-mobility.com](http://www.soft-mobility.com)), Mitglied des Vorstandes des europäischen Expertennetzwerkes für nachhaltige Tourismusentwicklung ECOTRANS ([www.ecotrans.org](http://www.ecotrans.org), [www.eco-tip.org](http://www.eco-tip.org)) und des Club Tourismus ([www.club-tourismus.org](http://www.club-tourismus.org)).

## 4. Naturparke und ihr Beitrag zur ländlichen Entwicklung

Maria Asamer-Handler

### 4.1 Einleitung

Naturschutz und Regionalentwicklung wurden lange Zeit als Gegensätze betrachtet: Naturschutz verstand sich in den letzten Jahrzehnten als Arten- und Gebietschutz – die Ansprüche des Naturschutzes standen damit oft im diametralen Gegensatz zu anderen Nutzungsansprüchen an eine Region. So war der Anlass für einige Nationalpark- (z.B. Hohe Tauern, Donauauen) und Naturparkgründungen (z.B. Ötscher-Tormäuer) das Bestreben, Kraftwerksbauten oder den (weiteren) Ausbau von Schigebieten zu verhindern (z.B. Nationalpark Hohe Tauern, Naturpark Zillertaler Hauptkamm). Naturschutz bedeutete so eine Beeinträchtigung und Verhinderung bestimmter regionalwirtschaftlicher Entwicklungen.

Mittlerweile gibt es sowohl in der Wissenschaft, in der Politik, aber auch bei den LandnutzerInnen die Erkenntnis, dass der Naturschutz nicht zwangsläufig als Verhinderer einer wirtschaftlichen Entwicklung zu sehen ist, sondern durchaus auch eine positive Rolle oder sogar den Motor einer regionalen Entwicklung spielen kann. Dieser Sichtweise liegt ein stärker dynamisch-integratives Konzept von Naturschutz zugrunde: neben dem Erhalt der biologischen und kulturellen Vielfalt steht die Einrichtung von Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung im Vordergrund (vgl. dazu auch Weixlbaumer 2005). In Österreich spiegeln die Diskussionen über die Einrichtung von Bioshärenparks und der Aufschwung der Naturparke, sowohl was die Anzahl der Neugründungen betrifft als auch bezüglich ihrer Beiträge und Impulse zur Entwicklung des ländlichen Raums, diese Entwicklung wider.

### 4.2 Naturparke als Modellregionen für nachhaltige Entwicklung

Naturparke sind der Definition nach „vom Menschen gepflegte, geschützte Landschaften, die durch schonende Formen der Landnutzung und der Landschaftspflege erhalten werden und die aufgrund ihrer beispielgebenden Kulturlandschaft durch Verordnung der Landesregierungen mit dem Prädikat „Naturpark“ ausgezeichnet werden“ (Handler, 2005). Das Prädikat ist eine Auszeichnung sowohl für diese Landschaften mit hohem Erholungswert, als auch für ihre BewohnerInnen, die diese Werte erhalten. Die ersten der heute über 40 Naturparke Österreichs wurden in den 1960iger Jahren gegründet. Diese Parke waren oft sehr klein, ihr Hauptzweck war, den BewohnerInnen der Großstädte – in deren Nähe sie meist lagen – Erholungsmöglichkeiten zu bieten. Ein klassisches Beispiel dafür ist der älteste Naturpark Österreichs, der 1962 gegründete Naturpark Sparbach im Wienerwald. Naturparkgründungen späterer Jahre, zum Beispiel die in den 1980iger Jahren gegründeten steirischen Parke, formulierten erstmals den Beitrag zur Entwicklung der Region als eines ihrer Ziele.

Naturparke sind oft Landschaftsschutzgebiete, es fehlen daher in der Regel die Instrumente und Mittel, um Naturschutz hoheitlich oder auf Vertragsbasis durchzusetzen, wie dies in Nationalparke möglich ist. Um Maßnahmen im Sinne des Naturschutzes durchführen zu können, ist daher fast immer die Mitarbeit und das Wollen der Bevölkerung, vor allem der LandnutzerInnen, notwendig. Diese Mitarbeit

geschieht dann leichter, wenn die Maßnahmen offen kommuniziert werden und die Menschen auch einen Nutzen für sich selbst sehen. So kommt es, dass Naturparke auch um ihre Naturschutzfunktion wahrnehmen zu können, regionalwirtschaftliche Projekte initiieren und durchführen müssen. Beispiele dafür sind die in diesem Artikel beschriebenen Naturpark-Spezialitäten oder die gemeinnützigen Beschäftigungsprojekte in Niederösterreich und der Steiermark.

#### 4.2.1 Strategiepapier Österreichische Naturparke

Strategische Grundlage für die Arbeit in den Naturparks in den letzten zehn Jahren auch in Abgrenzung zu den anderen Schutzgebietskategorien in Österreich ist ein Positionspapier, das von VertreterInnen von Naturparks und Naturschutzabteilungen der betroffenen Bundesländer und weiteren Fachleuten gemeinsam erarbeitet wurde (s. a. Handler 2005, 48f).

Neben den Zielsetzungen und einer genaueren Beschreibung der einzelnen Funktionen sieht dieses Strategiepapier vor, dass für größere Naturparke neben den gesetzlichen Funktionen – Schutz, Erholung, Bildung – noch ein vierter Bereich, die „Regionalentwicklung“, zum Tragen kommen soll. Ein Naturpark soll demnach auch als Instrument einer integrierten Regionalentwicklung dienen und Entwicklungsimpulse – z.B. durch Kooperationen mit der Landwirtschaft und dem Tourismus – schaffen. Diese Impulse sollen die regionale Wertschöpfung erhöhen und die Lebensqualität in der Region sichern. Zielsetzung der Österreichischen Naturparke ist es, sich zukünftig als Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung zu positionieren. Die nachfolgende Darstellung „Strategiepapier für österreichische Naturparke“ gibt einen Überblick über die einzelnen Funktionen mit ihren Zielsetzungen und Beispiele, wie diese Ziele umgesetzt werden können.

Mittlerweile haben sich die neue Entwicklung und die Veränderung der Aufgaben eines Naturparks auch in den gesetzlichen Grundlagen niedergeschlagen. In die Novellierungen der Naturschutzgesetze mehrerer Bundesländer (z.B. Burgenland, Kärnten), in denen bisher der Schutz-, Bildungs- und Erholungsauftrag definiert war, wurde der Begriff „Regionalentwicklung“ als zusätzlicher zentraler Aufgabenbereich aufgenommen.

Abbildung 1: Strategiepapier für österreichische Naturparke

Strategiepapier für österreichische Naturparke			
Herausforderung: gleichrangiges Miteinander von			
Schutz	Erholung	Bildung	Regionalentwicklung
<p>⇒ Ziel ist, den Naturraum durch nachhaltige Nutzung in seiner Vielfalt und Schönheit zu sichern und die jahrhundertlang geprägte Kulturlandschaft zu erhalten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Besucherlenkung</li> <li>◆ Vertragsnaturschutz (ÖPUL)</li> <li>◆ Schutzgebietsbetreuung, -management</li> <li>◆ „Sanfte Mobilität“</li> <li>◆ Naturkundliche Informationen</li> <li>◆ Forschungsprojekte</li> </ul>	<p>⇒ Ziel ist, dem Schutzgebiet und dem Landschaftscharakter entsprechend, attraktive und gepflegte Erholungseinrichtungen anzubieten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Wanderwege</li> <li>◆ Rad-, Reitwege</li> <li>◆ Rast-, Ruheplätze</li> <li>◆ „Betreuungspersonal“</li> <li>◆ Der naturräumlichen Situation angepasste Spielplätze</li> <li>◆ Familien- und Behindertenfreundlichkeit</li> <li>◆ Keine Belastung durch Emissionen</li> </ul>	<p>⇒ Ziel ist, durch interaktive Formen des Naturbegriffens und -erlebens und durch spezielle Angebote Natur, Kultur und deren Zusammenhänge erlebbar zu machen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Themenwege</li> <li>◆ Infostelle, -zentren, -tafeln</li> <li>◆ Erlebnisführungen</li> <li>◆ Gut aufbereitete Informationsmaterialien</li> <li>◆ Seminare, Kurse, Ausstellungen</li> <li>◆ Kulturlandschaftliche Zusammenhänge und entsprechende Bildungsangebote</li> <li>◆ Laufende Kooperation mit Forschungseinrichtungen</li> <li>◆ Zielgruppenspezifische Angebote</li> <li>◆ Mitarbeiteraus- und -weiterbildung</li> </ul>	<p>⇒ Ziel ist, über den Naturpark Impulse für eine regionale Entwicklung zu setzen, um damit die regionale Wertschöpfung zu erhöhen sowie die Lebensqualität zu sichern.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Kooperation zwischen Naturschutz, Landwirtschaft, Tourismus, Gewerbe und Kultur</li> <li>◆ Sozial- und umweltverträglicher Tourismus</li> <li>◆ Naturparkprodukte nach definierten Kriterien</li> <li>◆ Arbeitsplätze durch Naturparke</li> <li>◆ Naturpark-Wirte</li> <li>◆ Marketing – Informationsmaterialien</li> </ul>
➔	➔	➔	➔
<b>MODELLREGION für NACHHALTIGE ENTWICKLUNG</b>			

Quelle: Handler 2005, 49

## 4.2.2 Naturparke und Leader+-Regionen in Österreich

Um dem oben beschriebenen dynamisch-innovativen Ansatz gerecht zu werden, müssen die Naturparke durch andere Raumentwicklungsinitiativen, z.B. Leader+ unterstützt werden, können gleichzeitig aber auch ein wichtiger Impulsgeber für diese sein. In Österreich gibt es teilweise eine sehr enge Verzahnung zwischen Leader+-Regionen und Naturparkregionen. So liegt ca. die Hälfte der österreichischen Naturparke gleichzeitig in Leader+-Regionen. Teilweise gibt es auch ein gemeinsames Management, d.h. der/die Leader- ManagerIn ist gleichzeitig auch der/die Naturpark-ManagerIn. Die Leader+-Zielsetzungen:

- ◆ Unterstützung von beispielgebenden lokalen Entwicklungsinitiativen im ländlichen Raum
- ◆ Unterstützung innovativer, mustergültiger und übertragbarer Maßnahmen, die neue Wege der ländlichen Entwicklung aufzeigen
- ◆ Know-how-Transfer: Austausch von Erfahrungen, Qualifizierung und Weiterbildung
- ◆ Unterstützung von Vorhaben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den lokalen AkteurInnen der ländlichen Gebiete

werden damit auch zu den Zielsetzungen des jeweiligen Naturparks. Andererseits können damit sehr viele typische Naturparkaktivitäten über dieses Programm gefördert werden.

## 4.3 Möglichkeiten regionalwirtschaftlicher Effekte

Die Errichtung eines Schutzgebietes bzw. einer Prädikatsregion hat auf jeden Fall Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Allein die Tatsache ein Naturpark zu sein, hat – so der Naturpark kommuniziert wird und ein geeignetes Management besteht – für die Region die Wirkung eines Leitbildes und fokussiert und bündelt die regionalen Aktivitäten. Langfristig betrachtet verschieben sich die Spektren für Chancen und Risiken. Eine zunehmende Zahl an Studien und Analysen hat diesbezügliche Effekte für verschiedene Schutzkategorien herausgearbeitet (vgl. Jungmeier, 2003), wobei aber gerade für Österreich noch Bedarf an Analysen speziell für den Naturparkbereich und allgemein an quantitativen Analysen gegeben wäre.

Laut Jungmeier (2003) bieten Naturparke in regionalwirtschaftlicher Hinsicht folgende Chancen:

- ◆ Imagegewinn durch Prädikatisierung: Eine Region erhält durch das Markenzeichen „Naturpark“ ein einzigartiges Image, das für die Bevölkerung identitätsbildend und -fördernd ist und für TouristInnen einen Anziehungspunkt darstellt. Die Tourismusbranche, aber auch Produkte aus der Landwirtschaft und dem Gewerbe können daraus einen Wettbewerbsvorteil erzielen.
- ◆ Fokussierung und Qualitätssteigerung des regionalen Angebotes: Mit dem Einsatz der Schutzgebietsbezeichnung als Markenzeichen sowie begleitenden Aktivitäten dazu (Marketing, Besucherbetreuung, Branding von Produkten, etc.) kann die Qualität des Angebotes gehoben werden.
- ◆ Wirtschaftliche Impulse: Die Errichtung und der Betrieb eines gemanagten Schutzgebietes kann zusätzliche Wertschöpfung, hauptsächlich im regionalen Gewerbe, Handel und Dienstleistungssektor schaffen. Auch ein zusätzlicher Bedarf an teilweise sehr spezifischen Dienstleistungen (Landschaftspflege, Naturpädagogik, Planungsleistungen, etc.) kann entstehen.

- ◆ Positive Multiplikatoreffekte: Von der Errichtung eines Schutzgebietes können neben den unmittelbar betroffenen Wirtschaftssektoren auch vor- und nachgelagerte Wirtschaftsbereiche profitieren. So wirkt sich etwa ein erhöhter Standard des touristischen Angebotes auch auf Zulieferer aus anderen Branchen positiv aus.
- ◆ Langfristige Fortentwicklung „weicher“ Wirtschaftsfaktoren: Da die Aktivitäten eines Schutzgebietes in jedem Fall Information, Diskussion, regionale Auseinandersetzung und regionale Einbettung nach sich ziehen, können positive Auswirkungen auf die regionale Identität, eine Zunahme von Know-how-Flüssen, eine verstärkte Vernetzung von Sektoren und AkteurInnen etc. erwartet werden.
- ◆ Management: das Naturparkmanagement kann im Vorfeld politischer Entscheidungen vermittelnd zwischen BürgerInnen und staatlichen Stellen tätig werden (Beispiel: Natura 2000). Die Strukturen können als ModeratorInnen fungieren und damit politische Entscheidungen bürger-näher vorbereiten und gestalten.

Die Chancen einer positiven regionalwirtschaftlichen Entwicklung können umso besser wahrgenommen werden, je stärker die Einbindung und Unterstützung aller Beteiligten zum Tragen kommt. Eine Chance der Naturparke liegt dabei in der Rolle der Vermittlung zwischen unterschiedlichen Standpunkten in einer Region.

Sektoral gesehen sind sicherlich der Tourismus und die Landwirtschaft die beiden Bereiche, die von einem Naturpark am meisten profitieren können. Ihnen kommt sowohl der Imagegewinn (besonders im Tourismus) als auch die Fokussierung und Qualitätssteigerung bei verschiedenen Aktivitäten (zum Beispiel im Zusammenhang mit der Nutzung des Namens des Schutzgebietes als Markenzeichen) am meisten zu Gute. Das Gewerbe und der Dienstleistungssektor (außerhalb des Tourismus) profitieren über Multiplikatoreffekte. Letzterer hat gute Chancen als Anbieter in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Marketing, Kultur, Gesundheitswesen oder Aus- und Fortbildung.

## 4.4 Projektbeispiele

Nachfolgend sollen nun anhand einiger praktischer Beispiele diese für Schutzgebiete neue Funktion der „Regionalentwicklung“ näher beleuchtet werden und Impulse, welche von Naturparken in den letzten Jahren ausgingen, um die regionale Wertschöpfung zu erhöhen sowie die Lebensqualität der BewohnerInnen zu sichern, aufgezeigt werden.

### 4.4.1 Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte in steirischen und niederösterreichischen Naturparken

Naturparke liegen oft in wirtschaftlich- und strukturschwachen Regionen, die mit dem Problem der Abwanderung zu kämpfen haben. Der Verband der Naturparke Österreichs reagierte 1999 auf diese Situation mit der Konzeption und Umsetzung eines modellhaften gemeinnützigen Beschäftigungsprojekts für steirische Naturparke („Arbeitsplätze für steirische Naturparkregionen“), das sich mittlerweile erfolgreich im sechsten Jahr befindet. Im Jahr 2000 startete ein Nachfolgeprojekt für Niederösterreich („NuP Aktiv – Arbeitsplätze in NÖ. Naturparken“).

Beiden Projekten liegt die finanziell geförderte Beschäftigung (finanziert von Arbeitsmarktservice, Land und Naturparken) von am Arbeitsmarkt benachteiligten (Personen über 45 Jahre, Frauen, WiedereinsteigerInnen) und langzeitarbeitslosen Personen für die Dauer von zwölf Monaten zugrunde, wodurch sich Vorteile in zweierlei Hinsicht ergeben: Zum einen haben die Naturparke so die Möglichkeit, Projekte und Initiativen zu realisieren, für die bislang weder finanzielle noch personelle Ressourcen vorhanden waren. Zum anderen wird den Arbeitssuchenden die Chance geboten, sich durch dieses Projekt wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Naturparke erhalten zusätzliche MitarbeiterInnen zu geringen Kosten, welche die oft ehrenamtlichen MitarbeiterInnen bei ihren Tätigkeiten im aktiven Naturschutz unterstützen. Zusätzlich haben sie zwölf Monate Zeit, mit Hilfe dieser Beschäftigten die Basis für zukünftige Einnahmequellen zu schaffen (z.B. durch den Bau oder die Renovierung von Eingangs- und Informationsbereichen, Planung und Umsetzung von Marketingaktivitäten, Testen von Erlebnis- und Wanderführungen, etc.). Ziel der Beschäftigungsprojekte ist, die geförderten MitarbeiterInnen – vorausgesetzt, sie haben sich während des Förderzeitraums bewährt – danach in eine Festanstellung zu übernehmen.

Die Beschäftigten ihrerseits haben ein Jahr lang die Möglichkeit, Arbeitserfahrung zu sammeln und sich beruflich zu beweisen. Das führt in der Regel zur Steigerung ihrer Eigenverantwortlichkeit und damit ihres Selbstwertgefühls. Darüber hinaus können sie sich während dieser Zeit beruflich weiterbilden (z.B. Ausbildung zum „Natur- und LandschaftsführerInnen“, Kurse in Bereichen wie Organisation und Planung oder auch Baumschnitt, etc.) und machen sich dadurch attraktiver für den Arbeitsmarkt.

Beispiele für qualitative Effekte des Einsatzes der geförderten MitarbeiterInnen, die einerseits zur besseren Betreuung der Naturparke – und damit zu mehr Erholungswert für die BesucherInnen – führen, und andererseits auf die Naturparkregion allgemein wirken:

- ◆ Arbeiten in Naturparken, die ohne geförderte MitarbeiterInnen nicht durchführbar wären (wie z.B. die regelmäßige Instandhaltung von Wegen und Stegen im Naturpark Ötscher-Tormäuer; die Ausstellung „Biodiversität“ im Naturpark Pöllauer Tal; die Revitalisierung des Schlossgartens im Naturpark Sölktaier). Oft ist es auch notwendig, Leistungen im Naturpark betreffend ihre Inanspruchnahme durch BesucherInnen testen zu können, bevor der Einsatz von bezahlten Arbeitskräften möglich ist (z.B. Betreuung von Naturpark-Shops, Anbieten von geführten Wanderungen, etc.).
- ◆ Geförderte Arbeitskräfte initiieren und planen Projekte, die zur Attraktivierung des Naturparks beitragen (Gestaltung von Themenwegen, Leitsystemen, Erlebnispfaden, Museen etc.). Die Folge eines derartigen Angebots ist eine höhere BesucherInnenzahl, die zu zusätzlichen Erträgen führt. Diese BesucherInnen sind jedoch nicht nur Einnahmequellen für den Naturpark selbst (z.B. durch die Teilnahme an geführten Wanderungen oder den Kauf von Naturpark-Spezialitäten oder Merchandising-Artikeln), sondern auch für umliegende Gastronomie- und Hotelleriebetriebe und sämtliche andere Infrastruktureinrichtungen, wie Tankstellen, Bahn (z.B. Mariazeller Bahn im Naturpark Ötscher-Tormäuer), etc.

Insgesamt wurden in den österreichischen Naturparken in den letzten 10 Jahren über 100 Arbeitsplätze geschaffen, sei es in der Verwaltung und Planung, in der Betreuung der BesucherInnen oder in der Landschaftspflege. Diese Arbeitsplätze liegen zum Großteil in strukturschwachen Regionen, helfen

also dort der Abwanderung vor allem qualifizierter Personen gegen zu wirken. Etliche dieser Arbeitsplätze wurden im Rahmen des Projekts „Arbeitsplätze in Naturparks“ erst entwickelt.

#### 4.4.2 Naturpark-Spezialitäten

Österreichs Naturparke repräsentieren charakteristische Kulturlandschaften, Landschaften, die durch die Menschen und ihre Landbewirtschaftung geprägt sind. Es besteht ein enger Konnex zwischen der Erhaltung der Kulturlandschaft und der traditionellen Bewirtschaftung durch die landwirtschaftlichen Betriebe. Die österreichischen Naturparke arbeiten nun seit einigen Jahren im Rahmen eines gebietsübergreifenden Leader+-Projekts an der Entwicklung einer eigenen Marke „Österreichische Naturpark-Spezialitäten“.

Viele Naturparke werden durch spezielle Bewirtschaftungsformen und daraus entstehenden Spezialitäten geprägt, die als „Leitprodukte“ ihre Naturparke repräsentieren: in den Naturparks „Pöllauer Tal“ und „Raab-Örseg-Gorico“ an der burgenländisch-ungarisch-slowenischen Grenze sind dies die Streuobstwiesen, die Leitprodukte dazu alte Hochstammsorten wie die Hirschbirne bzw. der Maschankler-Apfel, beides veredelt als Saft, Marmelade oder Schnaps. Die Naturparke „Südsteirisches Weinland“ und „Weinidylle“ sind geprägt durch den Wein, die Leitprodukte der alpinen Naturparke sind verschiedene Käse- und Wurstsorten aus der Weidehaltung.

##### *Ziele des Projekts „Österreichische Naturpark-Spezialitäten“ sind:*

- ◆ „Inwertsetzung charakteristischer Kulturlandschaften“: Durch die Hilfestellung bei der Vermarktung traditionell erzeugter landwirtschaftlicher Produkte wird ein Beitrag geleistet, Produktionsformen, die zur Entstehung der Kulturlandschaften in ihrer heutigen Form beigetragen haben, aufrecht zu erhalten (z.B. Streuobstwiesen, Beweidung von Almen und Grenzertragsflächen);
- ◆ Eröffnung neuer Absatz- und Einkommensmöglichkeiten für die beteiligten Bauern, Bäuerinnen und Gewerbetreibenden durch die Vermarktung von Naturparkprodukten;
- ◆ Imagegewinn: Naturparke haben ein gutes Image – dies überträgt sich auf die Naturparkprodukte, die im Gegenzug wieder ein Hauptanliegen der Naturparke, den Kulturlandschaftsschutz, auf sehr anschauliche Weise transportieren;
- ◆ Verbesserung der Produkt- und Angebotsqualität durch die Entwicklung und Anwendung von Kriterien, durch Produktentwicklung, durch neue Aufmachung etc.;
- ◆ Größere Chancen im Marktzugang durch das gemeinsame Auftreten (Corporate Design auf Produkt- und Shopebene). Gleichzeitig werden Naturpark-Spezialitäten für KonsumentInnen leichter zugänglich;
- ◆ Darstellung des Zusammenhangs zwischen dem Erhalt der Kulturlandschaft und bestimmten Formen der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte gegenüber den KonsumentInnen;
- ◆ Erweiterung des touristischen Angebotes: die „Naturpark-Spezialitäten“ sind auch ein wichtiges touristisches Argument – interessante Gastronomie oder eine besondere Weinkultur vor Ort sind oft Entscheidungsgrundlagen für die Wahl eines Naturparks als Urlaubsziel.

## Kriterien für Naturparkprodukte im Detail

Konkret hat man sich innerhalb des Verbands der Naturparke Österreichs auf folgende drei wesentliche Kriterien für die Auszeichnung als „Österreichische Naturpark-Spezialität“ geeinigt:

- ◆ Der landwirtschaftliche Betrieb, der eine „Österreichische Naturpark-Spezialität“ erzeugt, liegt in einer Naturparkgemeinde.
- ◆ Um die Qualität der „Naturpark-Spezialitäten“ sicherzustellen, müssen die Betriebe, die solche erzeugen und verkaufen wollen, die „Gütesiegel-Richtlinien für bäuerliche Direktvermarkter“ oder die Richtlinien eines der österreichischen Bioverbände erfüllen. Sie werden im Rahmen der Gütesiegel-Richtlinien bzw. der Biokontrollen auch kontrolliert. Der Verband der Naturparke Österreichs wird kein eigenes Kontrollsystem aufbauen.
- ◆ „Österreichische Naturpark-Spezialitäten“ leisten einen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft. Sie tragen durch die Art und Weise ihrer Erzeugung zum Erreichen eines Schutzzieles im jeweiligen Naturpark bei. Leistungen für die Kulturlandschaftssicherung werden über die Teilnahme an verschiedenen ÖPUL-Maßnahmen nachgewiesen.

### 4.4.3 Naturparkerlebnisführungen

Seit 1998 wird vom Verband der Naturparke Österreichs in Kooperation mit dem Ländlichen Fortbildungsinstitut (LFI) Steiermark die Ausbildung zum/zur „Naturpark-ErlebnisführerIn“ – seit 2002 als Zertifikatslehrgang zum/zur „Natur- und LandschaftsführerIn“ – angeboten. 200 Personen haben diese Ausbildung bisher alleine in der Steiermark absolviert, ca. 500 in ganz Österreich. Ziel dieser Ausbildung ist es, vor allem MitarbeiterInnen und BewohnerInnen der Naturparke und anderer Schutzgebiete das Rüstzeug mitzugeben, die Natur, die Landschaft, kulturelle und regionalgeschichtliche Besonderheiten spannend zu vermitteln. Das Handwerkszeug dazu sind verschiedene Naturerlebnisspiele als wichtigstes Methodenset der Umweltbildung.

Durch das Vorhandensein gut ausgebildeter Führerinnen und Führer in den Naturparken – verknüpft mit der Startförderung über das oben beschriebene Beschäftigungsprojekt haben sich Führungen zu einem wichtigen Angebotsbaustein in vielen Naturparken entwickelt. Der Themenbogen ist dabei weit gespannt und umfasst die Bereiche Wiese, Wald und Wasser, das Thema Bauernhof und die Erzeugung von Nahrungsmitteln, Kulturthemen und spezielle Erlebnisangebote wie Kanufahrten, Nachtwanderungen, etc. Auch das Interesse der BesucherInnen an Führungen ist in den letzten Jahren konstant gestiegen. Im Jahr 2003 nahmen 52.000, 2004 über 63.000 BesucherInnen an Führungen in den Österreichischen Naturparken teil. Vor allem für Kinder und Jugendliche gibt es speziell zusammengestellte Programme. So wurden 2003 rund 750 Führungen, wie z.B. „Der Naturpark kommt in die Schule“, „Erlebniswanderung im Naturpark“ abgehalten. Regional gesehen liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten im Osten Österreichs – die meisten Führungen werden in den burgenländischen Naturparken abgehalten, gefolgt von NÖ und der Steiermark.

## 4.5 Aussichten

Der Wandel im Naturschutz vom statischen Gebietsschutz, der Naturschutz und regionale Entwicklung als ein Gegensatzpaar sieht, hin zu einem dynamisch-innovativen Ansatz, bei dem die Betroffenen mit einbezogen und die Möglichkeiten, die ein Schutzgebiet bietet auch für die wirtschaftliche Entwicklung genutzt werden, ist im Gange. Wie die Beispiele zeigen, wird in den österreichischen Naturparken in viele verschiedene Richtungen entwickelt und gearbeitet. Viel ist aber noch zu tun. Naturpark als regionales „Leitbild“ muss möglichst viele Bereiche durchdringen, die Projekte sich gegenseitig ergänzen. Das Leitbild „Naturpark“ muss so bekannt, so gut kommuniziert werden, dass die BewohnerInnen so viel Vertrauen in das Konzept „Naturpark“ setzen, dass sie ihren landwirtschaftlichen Betrieb auf biologische Wirtschaftsweise umstellen, als WirtIn die regionale Küche aufleben lassen, eine Ausbildung zum/zur Natur- und LandschaftsführerIn machen, etc. Dabei kann der Tourismus zum wirtschaftlich wichtigsten Faktor werden, aber auch in der Landwirtschaft und in spezialisierten Dienstleistungen wie Planung, Marketing etc. können Einkommen geschaffen werden.

In den Naturparken ist eine Mindestdichte an Aktivitäten notwendig, um auch außerhalb der Region Aufmerksamkeit zu erregen. Dafür wiederum ist die überregionale Zusammenarbeit bzw. die Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche innerhalb der Naturparke von großem Nutzen. So haben die steirischen Naturparke gemeinsam mit den Tourismusverbänden ihrer Regionen eine gemeinsame Organisation, das „Natur Erlebnis Steiermark“ gegründet, um die Aktivitäten abzustimmen bzw. gemeinsam zu entwickeln, gemeinsam Messen zu besuchen und Marketing zu betreiben. Die Zusammenarbeit ist auch bei der Vermarktung landwirtschaftlicher Spezialitäten notwendig: aufgrund des großen logistischen Aufwands kann eine überregionale Vermarktung erst ab einer bestimmten Menge an Produkten in Angriff genommen werden. Gerade Naturparke und Biosphärenparks, die Kulturlandschaften schützen, sind darauf angewiesen, dass Menschen in den Regionen arbeiten und leben bleiben können und die Landschaft weiterhin nutzen und schützen.

## 4.6 Weiterführende Literatur

Dower, Michael, Buller Henry, Asamer-Handler, Maria (1998): The socio-economic benefits of National parks: a review. Scottish National Heritage Review No. 104. Edinburgh.

Handler, Franz (2005): Naturparke als Impulsgeber für den ländlichen Raum. In: Verband Deutscher Naturparke e.V. (Hrsg): Naturparke – eine Perspektive für ländliche Räume in Europa. Bonn. 31–42.

Job, Hubert, Harrer, Bernhard, Metzler, Daniel, Hajizadeh-Alamdary, David (2005): Ökonomische Effekte von Großschutzgebieten, BfN-Schriften. Bonn.

Jungmeier, Michael (2003): Regionalwirtschaftliche Effekte von Naturparken – Zusammenstellung von Grundlagen. In: Verband der Naturparke Österreichs (Hrsg.): Weiterentwicklung der Regionalentwicklung in Naturparken. Graz. 49–82.

Österreichischer Alpenverein (Hrsg.) (2005): Nachhaltige Innovationsfaktoren für Ländliche Räume. Fachbeiträge. Serie: Alpine Raumordnung Nr. 26. Innsbruck.

- Verband der Naturparke Österreichs (Hrsg.) (2003a): Weiterentwicklung der Regionalentwicklung in Naturparken. Graz.
- Verband der Naturparke Österreichs (Hrsg.) (2003b): Wer macht's, wer zahlt's, was bringt's? – Naturparke und Regionalentwicklung. Graz.
- Verband der Naturparke Österreichs (Hrsg.) (2001): Raus aus der Käseglocke! Aktiver Naturschutz in Naturparken. Graz.
- Verband der Naturparke Österreichs (o.J.): Ergebnisse der Umfrage zu Führungen in den Naturparken. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Verband Deutscher Naturparke e.V. (Hrsg.) (2005): Naturparke – eine Perspektive für ländliche Räume in Europa. Bonn.
- Weixlbaumer, Norbert (2005): Zum Mensch-Natur-Verhältnis – Naturparke als Innovationsfaktoren für Ländliche Räume. In: Österreichischer Alpenverein (Hrsg.): Nachhaltige Innovationsfaktoren für Ländliche Räume. Fachbeiträge, Serie: Alpine Raumordnung Nr. 26. Innsbruck.

#### 4.7 Zusammenfassung

Naturparke repräsentieren charakteristische Kulturlandschaften, Landschaften, die in ihrer jetzigen Form erst durch die Nutzung durch ihre BewohnerInnen entstanden sind. Sie sehen daher ihre Funktionen nicht nur im Natur- und Landschaftsschutz, Erholung und Bildung sondern auch in einer nachhaltigen Regionalentwicklung und als Impulsgeber für den ländlichen Raum. Dies umso mehr, als sich die Naturparke einem dynamisch-integrativen Naturschutzansatz verpflichtet fühlen, der die Bevölkerung stark einbindet. So sind in den Naturparken zahlreiche Projekte entstanden, die einerseits dem Natur- und Landschaftsschutz dienen, andererseits aber auch regionale Wertschöpfung schaffen. Beispiele dafür sind die Durchführung gemeinnütziger Beschäftigungsprojekte, die Entwicklung der Marke „Österreichische Naturpark-Spezialitäten“ oder das in den letzten Jahren entwickelte touristische Angebot der Naturparkenerlebnisführungen. Regionalwirtschaftliche Impulse ergeben sich, wie auch die Beispiele zeigen, durch den Image-Gewinn, den Regionen durch die Einrichtung eines Naturparks erfahren. Das Leitbild „Naturpark“ kann die regionalen Kräfte bündeln, sich ergänzende Aktivitäten in Tourismus, Landwirtschaft, spezifischen Dienstleistungen (Landschaftspflege, Naturpädagogik, etc.) und in der Folge auch in den vor- und nachgelagerten Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben führen zu erhöhten Einkommen in der Region. Entscheidend ist die Kooperation und Netzwerkbildung innerhalb der Naturparkregion, z.B. die Gründung gemeinsamer Organisationen zwischen Naturparkvereinen und Tourismusorganisationen und die Zusammenarbeit auf überregionaler Ebene.

#### 4.8 Summary

The Austrian Nature Parks represent characteristic cultural landscapes. The beauty and the special charm of the Nature Parks of today have been developed over the centuries by farmers who made their products in the traditional way and are continuing even now to do so. Therefore in the Nature Parks regional development has an important role as the 4th pillar, besides conservational, recreational and

educational functions. This even more, as Nature Parks commit themselves to a dynamic-integrative approach of nature conservation, which strongly involves the inhabitants of the parks. Many projects have been developed which both serve nature conservation and create regional added value', including "the Non-profit employment" in Nature parks, "Austrian Nature Park Specialities", and the newly developed offer for tourists, "Nature Park Adventure Tours". As the examples show, regional economic benefits result from the improved image. Regions gain when they become a Nature Park. The mission statement "Nature Park" can bundle the regional efforts together with the complimentary activities in the fields of tourism, agriculture and specific services (landscape conservation, nature educational activities etc.), and, as a consequence, the benefits to the preliminary and downstream industries and services, lead to higher income in the region. Co-operation and networking are crucial within the park region, e.g. the formation of the mutual organisations of Nature Park associations and tourism organisations at both the regional and national level.

### **DI<sup>in</sup> Maria Asamer-Handler**

geb. 1958 in Salzburg. Sie hat an der Universität für Bodenkultur in Wien Landwirtschaft/Agrarökonomie studiert. Nach zwei Jahren als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen begann sie 1986 als Gutachterin und Beraterin für innovative landwirtschaftliche Projekte bei der ÖAR-Regionalberatung GmbH, deren Gesellschafterin sie seit 1998 ist. Seit Beginn der 1990er Jahre hat sie ihr Beratungsgebiet um die Erstellung von Regional- und Naturpark-Entwicklungskonzepten erweitert. Derzeit arbeitet sie an der Entwicklung einer Österreichweiten Naturpark-Produktlinie für bäuerliche Spezialitäten, aber auch in unterschiedlichen Forschungsprojekten zu regionalwirtschaftlichen Fragestellungen. Lehrtätigkeit am Institut für Geographie der Universität Graz zum Thema „Endogene und eigenständige Regionalentwicklung“ (1995, 1998).





# Bedeutung und Relevanz

des Struktur- und Wertewandels im ländlichen Raum



## 5. „Die Ländliche Entwicklungspolitik“ – Von der Agenda 2000 zur LE 07-13

Ignaz Knöbl

Für die ländliche Entwicklung sind die Maßnahmen im Rahmen der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, wie sie mit der Agenda 2000 konzipiert wurden, richtungsweisend. Die Ziele der zweiten Säule der GAP, wie sie vom Ministerrat der EU für die Periode 2007 bis 2013 auf Vorschlag der Europäischen Kommission beschlossen wurden, sind folgende (Art. 4 der VO (EG) Nr. 1698/2005):

- ◆ Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft durch Förderung der Umstrukturierung, der Entwicklung und der Innovation (Achse 1);
- ◆ Verbesserung der Umwelt und der Landschaft durch Förderung der Landbewirtschaftung (Achse 2);
- ◆ Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaft (Achse 3);

Das erste Ziel forciert die Land- und Forstwirtschaft als wettbewerbsfähigen Wirtschaftssektor. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft soll unterstützt und den entwicklungswilligen BetriebsleiterInnen sollen im Rahmen dieses Ziele wettbewerbsverbessernde Investitionen ermöglicht werden. Im Rahmen des zweiten Zieles wird die nachhaltige und umweltfreundliche Bewirtschaftung des Landes und die Erhaltung der Kulturlandschaft angestrebt. Die dafür erbrachten Leistungen sollen den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben abgegolten werden. Die dritte Zielsetzung weist über den Primärsektor hinaus und soll die Einbindung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in die Regionalwirtschaft stärken. Damit soll ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Land insgesamt geleistet werden.

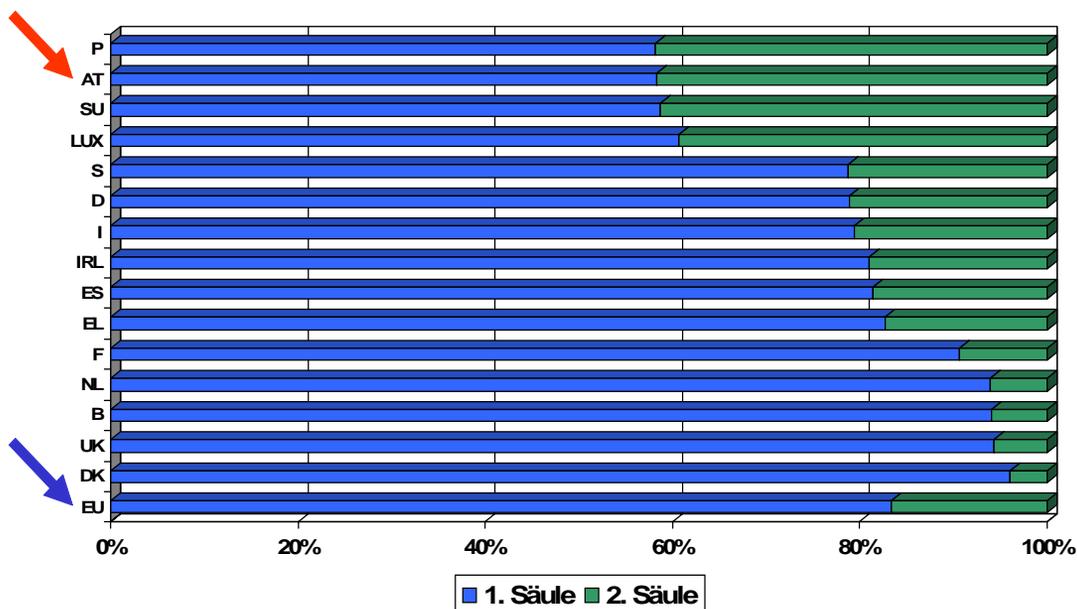
### 5.1 Zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die Maßnahmen, mit denen diese drei Ziele der zweiten Säule der GAP verfolgt werden müssen, sind zum größten Teil nicht neu. Sie gehen auf frühere Reformen der GAP zurück einschließlich jener des Jahres 2003 und der Strukturfondspolitik der Gemeinschaft. Mit dem neuen Rechtsrahmen 2007-2013 muss *jedes* Ziel mit ausreichenden finanziellen Ressourcen ausgestattet werden. Laut oben zitierter Verordnung darf ein definierter Mindestanteil nicht unterschritten werden. Die Verordnung sieht vor, dass für die Achsen 1 bis 3 jeweils mindestens 10%, 25% bzw. 10% der EU-Mittel des Programms einzusetzen sind. Eine Politik wie diese kann natürlich nicht alle Bedürfnisse einer ländlichen Entwicklung im umfassenden Sinne abdecken. Dazu bedarf es weiterer, zusätzlicher Instrumente. Eine solche Politik im Rahmen der GAP muß jedoch unmittelbare Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben. Der Umfang dieser Auswirkungen hängt dabei sehr stark von den dafür verfügbaren Ressourcen ab.

Betrachtet man die finanziellen Mittel auf europäischer Ebene, so sind die finanziellen Ressourcen für die ländliche Entwicklung nach wie vor vergleichsweise bescheiden. Vom GAP-Budget des Jahres 2003 entfielen knapp 17% – insgesamt 7,8 Milliarden € – auf die Gemeinschaftsbeteiligung bei der Finanzie-

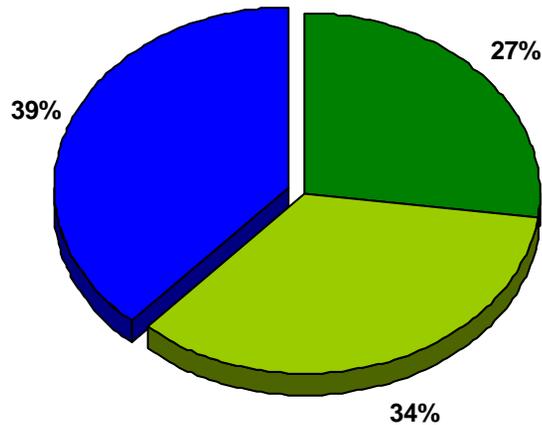
rung der Maßnahmen der ländlichen Entwicklung. Das Verhältnis zwischen erster und zweiter Säule ist in den verschiedenen Mitgliedstaaten dabei äußerst unterschiedlich. Es reicht von einem 5%-Anteil der zweiten Säule in UK, DK, NL und B bis zu einem Anteil von über 40% in Portugal, Finnland und Österreich (vgl. Abb. 1). Da die Gemeinschaftsmittel für die ländliche Entwicklung – im Gegensatz zu den Maßnahmen der ersten Säule – einer nationalen Kofinanzierung von mindestens 25% in den Ziel 1 Regionen und mindestens 50% in allen anderen Gebieten bedürfen, ist der ausgelöste Effekt der großen LE-Mittel-Anteile beträchtlich.

**Abbildung 1: Verhältnis zwischen 1. und 2. Säule in der EU**



Quellen: Europäische Kommission; eigene Berechnungen

Für Österreich bedeutet das, dass zwei Drittel aller öffentlichen Mittel, die für die Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung stehen, auf Maßnahmen der ländlichen Entwicklung entfallen. Die zweite Säule der GAP ist daher in Österreich die erste Säule (vgl. Abb. 2).

**Abbildung 2: Verhältnis zwischen 1. und 2. Säule in Österreich**

Blau = erste Säule nur EU-Mittel, grün = LE, dunkelgrün EU-Mittel, hellgrün nationale Kofinanzierungsmittel

Quellen: BMLFUW; eigene Berechnungen

Österreich gehört damit zu jenen Ländern mit einem hohen Anteil an Förderungsmitteln für die ländliche Entwicklung. Dies liegt darin begründet, dass Österreich zu einem Zeitpunkt der EU beigetreten ist, als die GAP-Reform-Diskussion den Begriff der „Ländlichen Entwicklung“ in die Diskussion brachte. Die MacSharry Reform 1992 führte die so genannten flankierenden Maßnahmen ein: Agrarumwelt, Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen und Vorruhestand, welche nunmehr ein wesentlicher Bestandteil im Maßnahmenkatalog der Ländlichen Entwicklung sind.

## 5.2 Meilensteine der Ländlichen Entwicklung: flankierende Maßnahmen - Agenda 2000

Österreich hat als alpines Land einen sehr großen Anteil an benachteiligten Gebieten. Die EU-Ausgleichszulage war ab dem ersten Jahr ein wichtiger Faktor der Einkommenssicherung für die österreichischen Bergbauern und Bergbäuerinnen. Österreich hatte bereits vor dem Beitritt eine ausgeprägte Tradition bei der Förderung von Erwerbskombinationen und der Förderung von eigenständigen Entwicklungen in den ländlichen Regionen. Die Möglichkeiten des damaligen Zieles 5b und der Gemeinschaftsinitiative LEADER I gewährleisteten eine forcierte Fortsetzung dieser Tradition. Deshalb war es möglich, schon mit dem EU-Beitritt jene Maßnahmen gezielt auf die österreichischen Verhältnisse zu adaptieren, die mit der Agenda 2000 unter dem Kürzel „ländliche Entwicklung“ zusammengefasst worden sind. Der Beitritt zur EU bedeutete für die österreichische Landwirtschaftspolitik keinen Bruch bei der Förderung, sondern die konsequente Fortsetzung dieser nationalen Strategie auch mit Hilfe der Gemeinschaftsmittel.

1997 wurde von den EU-Agrarministern vor dem Hintergrund der Agenda 2000-Verhandlungen das *europäische Agrarmodell* einer multifunktionalen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft programmatisch in die Diskussion eingebracht. Darin wird auch ein Bekenntnis zu den benachteiligten Gebieten und zum ländlichen Raum mit einer Vielzahl vitaler Regionen gegeben. Beim darauf folgenden Gipfel von Luxemburg haben die Staats- und Regierungschefs dieses Leitbild als für die zukünftige Gestaltung der GAP verbindlich anerkannt. Der Abschluss der Agenda 2000, die Schlussfolgerungen insbesondere von Göteborg 2001, aber auch die Lissabon-Agenda können als davon geprägt bezeichnet werden. Mit dem Europäischen Agrarmodell ist der österreichische Weg der ländlichen Entwicklung, welchen Österreich lange vor dem Beitritt eingeschlagen hat, bestätigt worden. Österreich nimmt damit eine Vorreiterrolle auf diesem Gebiet ein.

Die konkreten Maßnahmen, dieser Politik der ländlichen Entwicklung lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen:

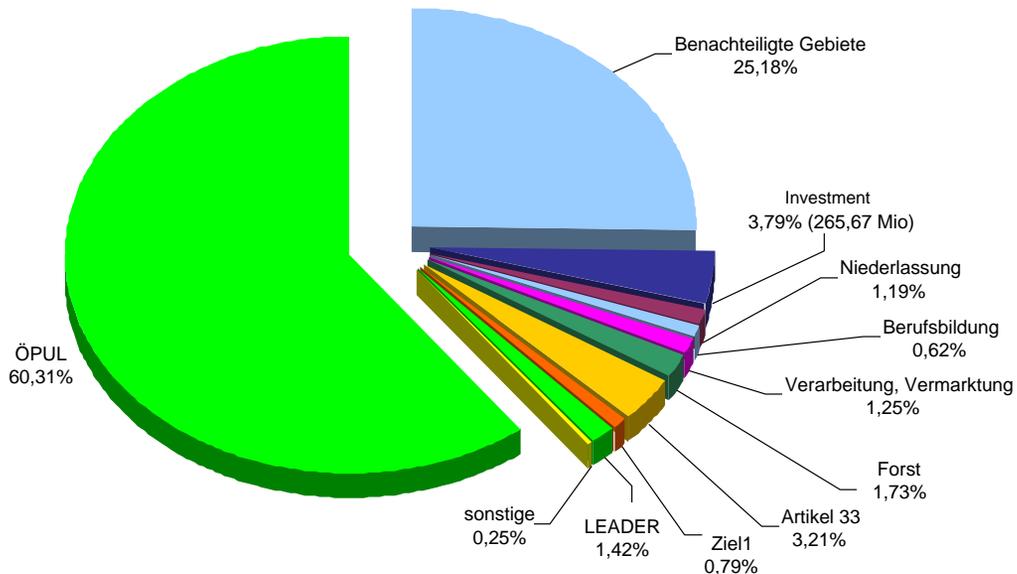
- ◆ Maßnahmen, die Direktzahlungscharakter haben. Diese haben zwar dieselbe Wirkung wie die Direktzahlungen der GAP, da sie direkt zur Einkommensbildung in den landwirtschaftlichen Haushalten beitragen. Sie werden aber für konkret erbrachte Leistungen gewährt;
- ◆ Maßnahmen, die Investitionen in die Land- und Forstwirtschaft, der Nahrungsmittelindustrie und in das ländliche Umfeld und der Umwelt bewirken und damit zur Strukturverbesserung der Landwirtschaft, zur Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum und zur Verbesserung der Umwelt im ländlichen Raum beitragen;
- ◆ Maßnahmen, die die Beratung, Information und Aktivierung der BewohnerInnen des ländlichen Raums hin zur eigenständigen Entwicklung zum Inhalt haben.

### 5.3 Umsetzung der ländlichen Entwicklung 2000 bis 2006

In der Periode 2000 bis 2006 werden diese Maßnahmen im Rahmen der folgenden Programme umgesetzt:

- ◆ das Österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums. Es ist mit rd. 7 Mrd. € an öffentlichen Mittel dotiert. Also pro Jahr rd. 1 Mrd. €;
- ◆ dazu kommen noch die EAGFL-kofinanzierten Teile des Ziel 1 Programms Burgenland und das österreichweite Programm für die Gemeinschaftsinitiative LEADER+;

Abbildung 3: Verteilung der öffentlichen Mittel 2000-2006



Quelle: BMLFUW 2006

Diese Grafik zeigt die Verteilung der öffentlichen Mittel auf die einzelnen Maßnahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums:

- ◆ an der Spitze mit einem Anteil von etwas über 60% stehen die Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL);
- ◆ die Ausgleichszulage für die benachteiligten Gebiete erfordert etwas mehr als ein Viertel der öffentlichen Mittel des Programms;
- ◆ mit den verbleibenden finanziellen Ressourcen werden all jene Maßnahmen der VO (EG) Nr. 1257/99 dotiert, die Investitionen der Land- und Forstwirtschaft, der Nahrungsmittelindustrie und des ländlichen Umfeldes unterstützen. Da bei all diesen Maßnahmen beträchtliche Eigenmittel der Förderungswerber zum Einsatz kommen müssen, betragen die Gesamtausgaben in diesem Bereich ein Mehrfaches.

### 5.3.1 Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL)

Mehr als die Hälfte der Mittel des Programms entfällt auf die Agrarumweltmaßnahmen. Dies ist durch die prominente Stellung des österreichischen Agrarumweltprogrammes (ÖPUL) begründet. Das ÖPUL ist das zentrale Förderinstrument der österreichischen Landwirtschaft. Es umfasst 31 unterschiedliche Maßnahmen und lässt sich in folgende Hauptkategorien zusammenfassen:

- ◆ Basis- oder Grundförderung (die in der PPP 2007-2013 nicht mehr enthalten ist);
- ◆ Förderung umweltschonender Produktionssysteme bei Obst, Wein und Gemüse;
- ◆ verschiedene Extensivierungsschritte für Grünland und Ackerland bis zum gänzlichen Verzicht an ertragssteigernden Betriebsmitteln;

- ◆ die effektivste Maßnahme stellt der biologische Landbau dar, der in Österreich einen im europäischen Vergleich herausragenden Anteil aufweist.

Während sich die aufgezählten Maßnahmen auf den Betrieb beziehen, gibt es weitere Maßnahmen, die ausschließlich flächenbezogen sind:

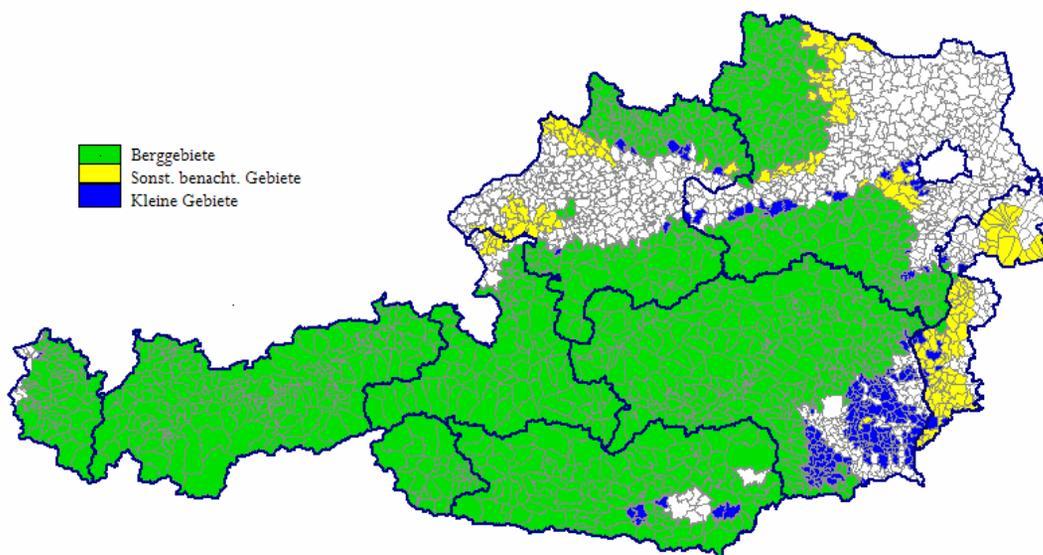
- ◆ die Förderung der Bewirtschaftung der Alpflächen und die Steilflächenmahd;
- ◆ Maßnahmen für den vorbeugenden Wasserschutz (Stichwort Wasserrahmenrichtlinie);
- ◆ und schließlich zahlreiche naturschutzspezifische Maßnahmen, die insbesondere der Umsetzung von Natura 2000 dienen.

Das Agrar-Umweltprogramm hat eine außerordentlich hohe Beteiligung. Derzeit nehmen 75% aller Betriebe mit 88% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Österreichs an zumindest einer, zumeist aber an mehreren Maßnahmen teil. Die Einkommenswirkung der Maßnahmen des ÖPULs ist hoch. Der Beitrag dieser Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung besteht einerseits in der flächendeckenden Sicherung und dauerhaften Pflege der Kulturlandschaft. Die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung in den alpinen Regionen einerseits und die partiell geringeren Bewirtschaftungsintensitäten in den landwirtschaftlichen Gunstlagen sowie die spezifischen Naturschutzmaßnahmen wirken sich auf den Naturhaushalt positiv aus.

### 5.3.2 Ausgleichszulage für Benachteiligte Gebiete

Die zweite große Maßnahme ist die spezielle Förderung der benachteiligten Gebiete mit der Ausgleichszulage. Die EU-Abgrenzungskriterien für benachteiligte landwirtschaftliche Gebiete ergeben für Österreich folgendes Bild: Insgesamt liegen 70% der landwirtschaftlich genutzten Fläche in benachteiligten Gebieten. Dabei dominiert in Österreich die Kategorie „Berggebiet“. Die Ausgleichszulage ist die einzige Maßnahme der zweiten Säule, die den benachteiligten Gebieten vorbehalten ist. Damit sollen die aufgrund der natürlichen Erschwernisse höheren Arbeits- und Bewirtschaftungskosten zumindest teilweise ausgeglichen werden. Mit der Aufrechterhaltung zumindest einer Mindestbewirtschaftung in den benachteiligten Gebieten werden wichtige multifunktionale Aufgaben der Landwirtschaft in diesen benachteiligten Gebieten erfüllt: einerseits die mit der Bewirtschaftung einhergehende Sicherung der Kulturlandschaft, weiters die damit verbundene Aufrechterhaltung der Besiedelung mit ihren positiven Auswirkungen auf die Infrastruktur. Die Mindestbewirtschaftung in exponierten alpinen Lagen stellt einen Schutz vor Naturgefahren wie Lawinen, Muren und Hochwässern dar.

#### Abbildung 4: Abgrenzung des Benachteiligten Gebietes und des Berggebietes in Österreich



Quelle: BMLFUW 2005

Österreich schöpft die Möglichkeiten, die die VO 1257/99 bei der Gestaltung der Ausgleichszulage zulässt, vollständig aus. Seit 2001 wird die Ausgleichszulage mit folgenden Differenzierungselementen umgesetzt:

- ◆ die natürliche und wirtschaftliche Erschwernis der Bergbauernbetriebe, die sich in höheren Arbeits- und Produktionskosten sowie geringen Erträgen ausdrückt, wird mit Hilfe eines Punktesystems (Berghöfekataster) bewertet, der eine objektive Abgeltung der Erschwernis ermöglicht;
- ◆ eine überproportionale Flächenprämie für die ersten 6 ha und eine größenabhängig degressive Gestaltung der Ausgleichszulage begünstigt die kleineren Betriebe des benachteiligten Gebietes und stellt damit einen besonderen Beitrag zur Sicherung dieser Betriebe dar;
- ◆ der aus Erschwernis- und Flächenkomponenten ermittelte Betrag je Betrieb wird nach der Betriebsform differenziert. Dadurch wird bei den HalterInnen von rauhfutterverzehrenden Tieren ein Anreiz für die Aufrechterhaltung einer wenigstens extensiven Viehwirtschaft gegeben.

Die Ausgleichszulage stellt für die Bergbauernbetriebe eine wichtige Komponente ihres Einkommens aus der Landwirtschaft dar. Abhängig vom Ausmaß der naturbedingten Erschwernisse beläuft sich die Ausgleichszulage auf 14 bis 37% des landwirtschaftlichen Einkommens. Diese Unterstützung der Bergbauern und Bergbäuerinnen findet auch die uneingeschränkte Zustimmung aller politischen Kräfte

Österreichs und sie ist – gemessen an den Zielen, welche die VO (EG) Nr. 1257/99 dieser Maßnahme zuwies, – erfolgreich: der agrarische Strukturwandel in den Berggebieten verläuft deutlich langsamer als im Bundesschnitt. Gerade in den extremer gelegenen Berggebieten (BHK-Gruppe 3 und 4), in denen die Betriebsaufgabe mit all ihren Folgewirkungen am Negativsten ist, ist kaum eine Verringerung der Betriebsanzahl zu beobachten.

Die Direktzahlungen der zweiten Säule der GAP haben in Österreich in Relation zu den Direktzahlungen der ersten Säule eine herausragende Bedeutung. Bei den Betrieben, die im EU-Buchführungsnetz (RICA) vertreten sind, betrugen 2004 die Direktzahlungen der ersten Säule im Durchschnitt 6.000 €. Agrarumweltpremien und Ausgleichszulage beliefen sich im Durchschnitt aller österreichischen (RICA) Betriebe auf 9.000 €. Die Agrarumweltpremien sind auf Nicht-BergbäuerInnen und BergbäuerInnen gleichverteilt. Bei den Direktzahlungen der ersten Säule besteht naturgemäß eine große Differenz zwischen Nicht-BergbäuerInnen und BergbäuerInnen (7.400 € zu 4.600 €). Mit dem Instrumentarium der Ausgleichszulage wird in Österreich „Verteilungsgerechtigkeit“ herbeigeführt. Denn insgesamt betrachtet, besteht beim Transfer öffentlicher Gelder auf die landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich zwischen Nicht-BergbäuerInnen und BergbäuerInnen Gleichklang.

Direktzahlungen der ersten und zweiten Säule sind gleichermaßen einkommenswirksam. Der wesentliche Unterschied besteht in der Begründung dieses Einkommenstransfers. Die Direktzahlungen der ersten Säule sind als Ausgleich für die Senkung der Interventionspreise gedacht. Sie sind flächen- und tierbestandsbezogen und werden seit 2005 Großteils durch eine einzelbetriebliche Zahlung ersetzt. Sie haben die europäischen Produktions-, Sozial- und Umweltmindeststandards (Cross Compliance) als Bedingung. Die in Österreich angebotenen Direktzahlungen der zweiten Säule werden für konkret erbrachte Leistungen, die bei der Erbringung dieser Leistungen zwar Produktionsauflagen erfordern, aber von der Produktion abgekoppelt sind, gewährt.

### 5.3.3 Investive Maßnahmen

Das österreichische Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums sieht auch Investitionsförderungen für strukturverbessernde Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben vor. Unter Einbeziehung der Niederlassungsbeihilfe für JunglandwirtInnen, die in Österreich nur im Zusammenhang mit Investitionen in den zu übernehmenden Betrieben gewährt wird, sind es rund 400 Mill €, das sind 5% des Volumens an öffentlichen Mitteln. Damit wird ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 2 Milliarden € ausgelöst. Die mit der Förderung des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums getätigten Investitionen dienen nicht nur der bloßen Wettbewerbsverbesserung. Sie folgen grundsätzlich einem umwelt- und tierschutzorientierten Ansatz.

Einen sehr untergeordneten Anteil nimmt in dieser Periode die Förderung der nahrungsmittelverarbeitenden Industrie mit 1,3% der öffentlichen Mittel ein. Dies ist damit zu erklären, dass zwischen 1995 und 1999 der Nachholbedarf an Investitionen weitgehend gedeckt werden konnte.

### 5.3.4 Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten (Artikel 33)

Im Rahmen des Kapitels „Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten“ (Art. 33 der VO 1257/99) werden 2000–2006 nur jene Maßnahmen angeboten, die der 3. Achse der neuen Verordnung entsprechen. Der derzeit geringe Anteil von 3,1% bezogen auf die EU-Mittel (und 2,9% bezogen auf die öffentlichen Mittel) bedeutet für die österreichischen ProgrammplanerInnen eine große Herausforderung und für den ländlichen Raum neue Entwicklungschancen in der nächsten Periode, da dieser Anteil dann mindestens 10% betragen muss.

Die in der Periode 2000–2006 bewilligten Projekte konzentrierten sich auf drei Schwerpunkte:

- ◆ die Diversifizierung der Landwirtschaft;
- ◆ die Verbesserung der Infrastruktur und der Dörfer in den ländlichen Gebieten;
- ◆ die Verbesserung der Umwelt mit Hilfe von Investitionen für die Kulturlandschaft und von Naturschutzprojekten.

Die im Rahmen des Artikels 33 initiierten Naturschutzprojekte leisten einen wichtigen Beitrag für die Umsetzung des Natura 2000 Netzwerkes. Die dabei erstellten Naturschutzpläne sind die Voraussetzung für den in Österreich mit Agrarumweltpremien finanzierten Vertragsnaturschutz. Die Diversifizierungsaktivitäten der Betriebe sind traditionell mit touristischen Aktivitäten, der Freizeitwirtschaft und der Direktvermarktung von landwirtschaftlichen Produkten verbunden. An den (2000 bis 2004) genehmigten Diversifizierungsprojekten im Rahmen des Artikels 33 hatte der Agro-Tourismus einen Anteil von mehr als 30%. Projekte der kleinräumigen Energieversorgung aus nachwachsenden Rohstoffen (primär Waldhackgut) stellen einen weiteren Schwerpunkt bei der Umsetzung der Politik der ländlichen Entwicklung dar. 450 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 126 Mill € wurden bis 2004 umgesetzt. Derartige Energiegewinnungs- und -verteilungseinrichtungen sind nicht nur CO<sub>2</sub>-neutral und damit Kyoto-relevant. Sie heben die Wertschöpfung und schaffen Beschäftigung in den betreffenden Regionen, da der Rohstoff zum Teil aus der Region bezogen werden kann.

### 5.3.5 Leader+-Programm

Mit der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ (2000-2006) wurden innovative, sektorübergreifende Aktionen unterstützt. Die Förderung von Innovationen und das Zulassen von Entwicklungsexperimenten ist die derzeitige Begründung für LEADER. Aufgrund der derzeitigen Bestimmungen und der Dotierung liegt die Aufgabe von LEADER im lokalen Management, in Bildungsaktivitäten und Animationsmaßnahmen für die lokale Bevölkerung. Wenn im Rahmen der Tätigkeit der lokalen Aktionsgruppe größere Investitionsprojekte entstehen, werden sie mit anderen Programmen (insbesondere Artikel 33) gefördert. Das Mainstreaming von LEADER ab 2007 beendet diese Konstruktion. Damit könnte die Leader-Methode zur zentralen Entwicklungsstrategie der zweiten Säule der GAP für alle den Bereich der unmittelbaren Landwirtschaft überschreitenden Entwicklungen im ländlichen Raum werden.

## 5.4 Ausblick

Österreich hat in der vergangenen Periode dem Aspekt der Leistungsabgeltung im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen ein besonderes Gewicht gegeben. Dies deshalb, da eine nachhaltige Landbewirtschaftung, die das traditionelle Bild der Kulturlandschaft sichert, die Umwelt schont und wertvolle Naturressourcen schützt, nicht zum Nulltarif möglich ist. Die für diese Abgeltungen aufgewendeten finanziellen Ressourcen bilden einen direkten – in Österreich vielfach entscheidenden – Einkommensbestandteil für die Bauern und Bäuerinnen. Damit werden nicht nur Arbeitsplätze im Sektor gesichert, sondern auch Wachstum und Beschäftigung angeregt, da die Bauern und Bäuerinnen in der überwiegenden Mehrheit zu jenen Gesellschaftsschichten zählen, die ihr Einkommen dem Wirtschaftskreislauf zuführen (müssen).

In der neuen Periode wird der Aspekt der Leistungsabgeltung vorwiegend im Rahmen des Schwerpunktes 2 „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ umgesetzt werden. Aufgrund der Vorgabe der VO (EG) Nr. 1698/2005, die Maßnahmen aller drei Ziele mit bestimmten nicht unterschreitbaren Mindestdotierungen auszustatten, ist einer moderaten Reduktion des Aspektes der Leistungsabgeltung zugunsten der anderen Schwerpunkte erforderlich. Österreich bekennt sich zu dieser Neuorientierung in der Schwerpunktsetzung für die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums. Sie bedeutet unter den vom Europäischen Rat von Brüssel im Dezember 2005 geschaffenen finanziellen Rahmenbedingungen für die 2. Säule der GAP in Österreich, dass die Schwerpunkte 1 und 3 nicht nur relativ sondern absolut bedeutend gestärkt werden können und der Leader-Ansatz als Entwicklungsstrategie auf der lokalen Ebene einen kräftigen Impuls erfahren wird.

## 5.5 Zusammenfassung

In Österreich ist das Programm „Ländliche Entwicklung“ der finanziell bedeutsamste Teil der Agrarpolitik. Darin unterscheidet sich Österreich wesentlich von anderen Mitgliedstaaten, in denen die erste Säule der Marktordnung dominiert. Der Rahmen der Ländlichen Entwicklung erlaubte es, spezifische struktur-, umwelt- und regionalpolitisch bedeutsame Instrumente (u.a. Bergbauernzuschuss, Umweltförderungen, Bergbauernsonderprogramm etc.) EU-konform weiterzuentwickeln und auf die spezifisch österreichischen Verhältnisse auszugestalten. Die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums als zweite Säule der GAP ermöglicht Österreich auch eine gezielte Abgeltung der multifunktionalen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft. Damit konnte die Rolle der Landwirtschaft als Schlüsselsektor im ländlichen Raum gefestigt werden.

## 5.6 Summary

The Rural Development Program is the financially most important part of the agricultural policy in Austria. In many other EU-member countries the first pillar GAP is dominating. Within the frame of the Rural Development Programme, several structural, ecological and regional instruments (Mountain farmers allowance, agri-environmental payments, mountain farmers special programme) which were important before the EU-accession in 1995 could be further developed and adapted to the specific needs of Austria. Rural development as second pillar of the GAP allows a targeted compensation of the

multifunctionality of Austrian agriculture. Through this rural development policy the role of agriculture as key sector could be strengthened.

### **Ing. Ignaz Knöbl**

geb. 1952 in der Oststeiermark, arbeitete von 1979 bis 1993 an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen im Forschungsbereiche Bergbauernpolitik und Agrarische Förderungs- und Regionalpolitik. Als Mitarbeiter der ersten Stunde hat er maßgeblich am Aufbau der Bundesanstalt für Bergbauernfragen mitgewirkt. Seit den EU-Beitrittsverhandlungen im Jahr 1993 ist er im BMLFUW für die Koordinierung der ländlichen Entwicklung (Agrarstruktur- und Regionalpolitik) zuständig und hat die Ausprägung der 2. Säule der GAP in Österreich maßgeblich mitgestaltet. Sein primärer Arbeits- und Aufgabenbereich im BMLFUW ist die Umsetzung der EU-Förderungspolitik im Bereich der ländlichen Entwicklung.



## 6. Perspektiven für die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur

### Von der (Un-)Möglichkeit flächendeckender Infrastruktureinrichtungen in ländlichen Räumen

Ingrid Machold und Oliver Tamme

*"Es geht darum, der Bevölkerung die Chance zu eröffnen, ländliche Lebensstile und Wohnsitze zu wählen und gleichzeitig einen Lebensstandard zu genießen, der mit dem nationalen Niveau vergleichbar ist" (OECD 1993, 43).*

#### 6.1 Einleitung

Den ländlichen Raum per se gibt es nicht. Ländliche Räume unterscheiden sich in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, der Nutzung und Bedeutung ihrer natürlichen Umgebung und des kulturellen Erbes. Ländliche Räume zeichnen sich somit durch "Vielfalt und Eigenständigkeit" (Europäische Kommission 1999, para 89) aus, in denen unterschiedliche Entwicklungsperspektiven und Entwicklungspfade wahrgenommen und verfolgt werden. Der infrastrukturellen Grundversorgung kommt jedoch eine wichtige Funktion bei der Entwicklung der ländlichen Regionen zu. Eine funktionierende Daseinsvorsorge bildet den Grundpfeiler für viele, insbesondere auch lokale, wirtschaftliche und soziale Aktivitäten und Unternehmungen und schafft damit die Voraussetzung für gleichwertige - nicht gleichartige Lebensbedingungen auch in strukturschwachen und dünn besiedelten Räumen. Laut dem Österreichischen Raumentwicklungskonzept, das die "Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen" zur Leitvorstellung erhoben hat, schneiden "Infrastrukturen, die nicht vorhanden oder nur schwer erreichbar sind, und Wege, die nicht zurückgelegt werden können, Entwicklungsmöglichkeiten ab, verhindern Kommunikation und Interaktion und verstärken möglicherweise physische, soziale und mentale Immobilität" (ÖROK 2002, 72f). Eine flächendeckende Basisinfrastruktur ist daher eine wesentliche Bedingung, damit der ländliche Raum auch in Zukunft ein lebenswerter Raum bleibt, sowohl in wirtschaftlicher als auch sozialer Hinsicht.

#### 6.2 Theorie und politischer Kontext der Leistungen der Daseinsvorsorge

Welche Güter und Leistungen öffentlichen und, im Umkehrschluss, privaten Charakter haben wurde bereits in den Wirtschaftstheorien der 1960er Jahre diskutiert. Als zentrale Eigenschaften privater und öffentlicher Güter wurde "Rivalität" versus "Nicht-Rivalität" sowie "Ausschließbarkeit" versus "Nicht-Ausschließbarkeit" definiert. Bei privaten Gütern überwiegt die Rivalität und die Ausschließbarkeit der Eigenschaften. Bei den öffentlichen Gütern ist es tendenziell umgekehrt, wobei Eigenschaften und die daraus abgeleitete Zuordnung zu "Staat" oder "Markt" relativ und entwicklungsbedingt nicht statisch sind. Die jeweiligen Eigenschaften verändern sich auf Grund technischer, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen dynamisch wie z.B. durch neue Technologien, gewandelte Bedürfnisse, veränderte Definition von Staatsaufgaben (Favry et al. 2005, 23).

Eine ausschließlich ökonomisch geleitete Definition von Eigenschaften und die daraus abgeleitete Zuordnung zu "Staat" oder "Markt" erweist sich in der Praxis als wenig tauglich. Aus der ökonomischen Theorie alleine kann keine gültige Definition öffentlicher Güter entnommen werden. Öffentliche Güter sowie deren Bestimmung, Ziele, Instrumentarien und AkteurInnen sind gesellschaftlich bedingt und werden im jeweiligen politischen Kontext bestimmt. Deshalb wird in der neueren Diskussion die gesellschaftliche Konstruktion der zentralen Eigenschaften von Leistungen der Daseinsvorsorge hervorgehoben (Favry et al. 2005, 24).

Die Auswahl und Abgrenzung von Gütern und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist sehr unterschiedlich und wird dementsprechend enger oder weiter gefasst. Allen gemeinsam ist, dass sie sektoral organisiert sind (Verkehr, Gesundheit, Lebensmittelhandel etc.). An der gesetzlichen Gestaltung und der Erbringung sind viele AkteurInnen beteiligt. Dementsprechend komplex ist die Kompetenzverteilung. Bund, Länder und Gemeinden sind teilweise direkt mit der Erbringung beauftragt (z.B. öffentliches Schulwesen) oder sie werden durch ausgegliederte (privatrechtlich organisierte) Gesellschaften<sup>1</sup> tätig (z.B. ÖBB). Die Erbringung kann aber auch öffentlich ausgeschrieben und an private Unternehmen übertragen werden. Kommunale Aufgaben die Infrastruktur betreffend werden üblicherweise von den Gemeinden wahrgenommen (z.B. örtliche Raumplanung, Kindergärten, Errichtung und Erhaltung von Schulen etc.). Der Lebensmittelhandel bzw. die Nahversorgung ist im Gegensatz dazu ausschließlich privatwirtschaftlich organisiert. Der Gesundheitsbereich wiederum ist maßgeblich von der Sozialversicherung und ihren Trägereinrichtungen bestimmt. Darüber hinaus werden auch private Trägerorganisationen z.B. Vereine tätig, die von Bund und Ländern subventioniert sind, um bestimmte Leistungen zu erbringen (Kinder- und Altenbetreuung).

Unabhängig, ob der Staat mit der Erbringung der Leistungen selbst oder über Auftrag an Dritte indirekt tätig wird, nehmen Bund, Länder und Gemeinden auf die Rahmenbedingungen mittels Gesetze und Verordnungen maßgeblich Einfluss. Durch die öffentlich geregelten Versorgungsaufträge, die allgemeine oder auch spezifische Gemeinwohlverpflichtungen enthalten, werden Zielvorstellungen verfolgt, die gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen sicher stellen sollen. Wesentliche Kennzeichen sind der *Zugang für alle* und die *Nicht-Gewinnorientierung*.

Angebot und Nachfrage nach Leistungen der "Daseinsvorsorge" verändern sich laufend, bedingt durch technische Neuerungen (z.B. im Telekommunikationsbereich) und durch den soziokulturellen Wertewandel (Individualisierung, zunehmende Frauenerwerbstätigkeit etc.). Letzterer verändert das VerbraucherInnenverhalten: Neuartige Leistungen werden nachgefragt, andere verlieren an Bedeutung. Veränderungen werden auch durch eine neue Sicht staatlicher Aufgaben unter dem Vorzeichen des Neoliberalismus ausgelöst, die zur Kommerzialisierung öffentlicher Leistungen führen.

Seit rund 15 Jahren finden in vielen Staaten Europas Liberalisierungen und Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen statt. Mittels Privatisierung bzw. Ausgliederung und Schaffung von privatrechtlichen Unternehmensgrundlagen erfolgt die Auslagerung öffentlicher Leistungserbringung an privatrechtlich agierende bzw. private Unternehmen<sup>2</sup>. Das Kalkül ist primär betriebswirtschaftlich bestimmt

---

1. Privatrechtlich organisierte Gesellschaften, die zu unterschiedlichen Anteilen von der öffentlichen Hand gehalten werden.

und richtet sich auf die Effizienzsteigerung. Die Erhöhung der Rentabilität bzw. die Gewinnorientierung können aber Gemeinwohlverpflichtungen aushöhlen bzw. unmöglich machen. Dadurch besteht die Gefahr, dass gemeinwohlorientierte Zielsetzungen wie z.B. ein flächendeckendes Angebot, hohe Qualitätsstandards etc., die für die Unternehmen nicht profitabel sind, eingestellt werden und die Infrastruktur ausdünn (BEIGEWUM 2005, 95).

Wesentliche Impulse zur Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen gehen von der EU aus. Der EG-Vertrag und der Verfassungsentwurf gibt die marktwirtschaftliche Grundausrichtung vor. Flankierende Maßnahmen zum Schutz öffentlicher Dienste sind nur schwach und unpräzise ausgeprägt. Die Aufrechterhaltung bestehender öffentlicher Dienste ist mit zunehmender Rechtsunsicherheit konfrontiert. Einzelstaatliche Gepflogenheiten wie das kommunale Selbstverwaltungsrecht in Österreich finden in der europäischen Politik bislang keinen Niederschlag. Als treibende Kraft in der Liberalisierungspolitik etablierte sich die Europäische Kommission. Sie verfügt über ein exklusives Initiativrecht in der Rechtsetzung und entscheidet weitgehend autonom im Rahmen der Wettbewerbspolitik (Arbeiterkammer 2006).

Seitens der Kommission wurde auch das Grün- und Weißbuch "Dienstleistungen von allgemeinem Interesse" sowie die so genannte Dienstleistungsrichtlinie initiiert und ausgearbeitet<sup>3</sup>. Abgehend von der bisherigen Praxis der sektorweisen Marktöffnung soll es hinkünftig nur mehr eine horizontale Rahmenrichtlinie für diese Dienstleistungen geben (EU-Kommission 2003; 2004a).

Damit hätten die restriktiven Bestimmungen der Binnenmarktvorschriften (insb. Art. 95 EGV) und die Wettbewerbsbestimmungen vollinhaltlich (insb. Art. 86 Abs. 3 EGV) Rechtskraft. Subventionen der öffentlichen Hand für die Errichtung und den Betrieb von Infrastruktureinrichtungen wären dann eine Wettbewerbsverzerrung und könnten vor dem EUGH eingeklagt werden. Dem Staat bliebe letztlich nur die Bestimmung zur Erhaltung von Mindestanforderungen (z.B. Basisversorgung durch Universaldienste) vorbehalten. Entscheidend dabei ist, dass die Grundbedürfnisse in diesem Sinne nur als Existenzsicherung definiert sind und nicht als Sicherung der bestehenden hohen Versorgungsstandards verstanden werden. Die Folge dieses Rückzuges auf die Gewährleistung von *Grundbedürfnissen* ist, dass damit das Gros der öffentlichen Dienste für die private Kapitalverwertung geöffnet werden kann.

Im Jahr 2004 wurde von der EU-Kommission ein Vorschlag für eine "Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt" (Bolkestein-Richtlinie) vorgelegt. Bei grenzüberschreitender Leistungserbringung sollen die DienstleisterInnen in Zukunft nur noch den Gesetzen ihres Herkunftslandes unterliegen ("Herkunftslandprinzip"). Die Richtlinie umfasst horizontal also sektorübergreifend alle Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Aufgrund von Protesten seitens der ArbeitnehmerInnenvertretungen und der Ablehnung durch das Europäische Parlament wurde in Verhandlungen im

---

2. Entgegen der verbreiteten Meinung sind die behaupteten Effizienzvorteile empirisch nicht zu beweisen. Diese Einschätzung muss auch die EU-Kommission zugeben: „Die bisherige Datenlage gestattet noch keine Einschätzung der langfristigen Auswirkungen, die durch die Öffnung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse für den Wettbewerb hervorgerufen wurde“ (EU-Kommission 2003, 4).

3. Vgl. gleichnamiges Grün- und Weißbuch der EU-Kommission (EU-Kommission 2003; 2004a), Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt – so genannte Dienstleistungsrichtlinie (EU-Kommission 2004b).

April 2006 ein Kompromiss geschlossen und die Richtlinie überarbeitet bzw. entschärft (Attac Deutschland 2006).

### 6.3 Die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur

Der Begriff *Infrastruktur* kommt aus dem Lateinischen und bedeutet soviel wie *Unterbau*. In den Anfängen des modernen Interventionsstaates wurde darunter vor allem die *dingliche Grundausrüstung* mit Straßen, Schienen und leitungsgebundenen Infrastrukturen wie Strom- und Gasversorgung verstanden. Später wurde der Begriff erweitert und um soziale- und wirtschaftliche Güter und Leistungen (z.B. Schulwesen, Gesundheitsversorgung, Nahversorgung etc.) ergänzt. Die Zusammenfassung der verschiedenen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Infrastrukturen bildet damit den großen und heterogenen Bereich der infrastrukturellen Grundversorgung ("Daseinsvorsorge").

Der Fokus einer an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen durchgeführten Studie (Machold und Tamme 2005) liegt auf der Bedeutung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur im ländlichen Raum, die für die individuelle Organisation und Bewältigung des Alltags wesentlich ist. Dazu zählt eine ausreichende Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Lebensmittelhandel, Postdienste), Bildungs- und Betreuungseinrichtungen (Schulen, Kinder- und Altenbetreuung), gesundheitliche Infrastruktur (niedergelassene ÄrztInnen), sowie der öffentliche Personennahverkehr (Bus und Bahn). Im Vordergrund stehen dabei die Veränderung der regionalen Verteilung im Laufe der letzten Jahre sowie die regionalen Versorgungsunterschiede.

Neben einer gesamtösterreichischen Bestandsaufnahme wurde am Beispiel von zwei Gemeinde-Fallstudien in *Radmer* und *Weißbach* an der Enns (Steiermark) die konkrete infrastrukturelle Ausstattung abgebildet. Es wurde dabei die qualitative Bedeutung von Infrastruktureinrichtung für die betroffene Bevölkerung erhoben.

#### *Alten- und Pflegebetreuung*

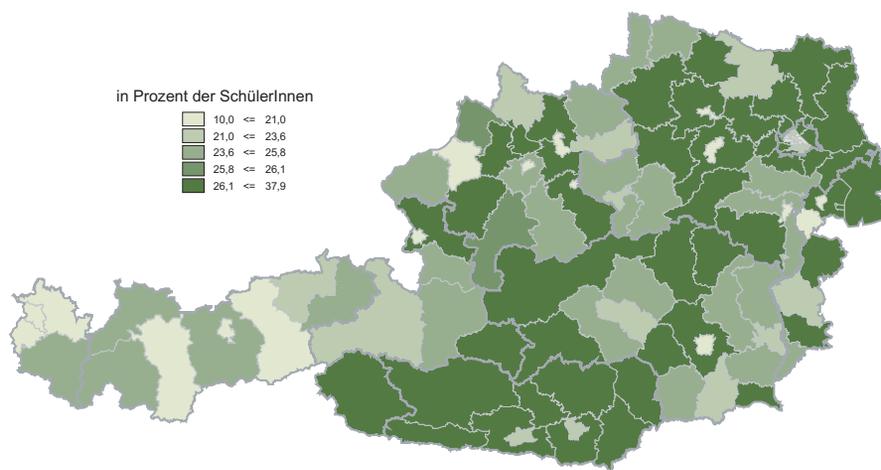
Im Bereich der Alten- und Pflegebetreuung ist insgesamt ein besseres Angebot bzw. eine Umstrukturierung zu beobachten. In diesem Bereich geht die Entwicklung in Richtung kleinerer und differenzierterer Angebote, die stärker auf die Bedürfnisse ihrer potenziellen NutzerInnen eingehen können. Während die mobilen Dienste, die Betreuung und Pflege der PatientInnen in deren Wohnumgebung gewährleisten, in den Bezirken und Gemeinden stark ausgeweitet wurden, ist das Angebot an Wohnplätzen in klassischen Altenheimen rückläufig. Die Pflegeplätze, die stärker dezentralisiert ausgebaut werden, sind konstant (Fülöp 1999). Auch in den Untersuchungsgemeinden wurde deutlich, dass ein großer Bedarf an regionalen, interkommunalen und an kommunalen Einrichtungen gegeben ist, die den alten Menschen die Möglichkeit geben, auch im hohen Alter und bei zunehmender Gebrechlichkeit im gewohnten Umfeld zu bleiben. In den kommenden Jahren ist aufgrund der demographischen und soziokulturellen Entwicklung grundsätzlich von einer steigenden Nachfrage auszugehen. Pflege und Betreuung von älteren Personen erfolgt auch im ländlichen Raum immer weniger im Familienverband. Darüber hinaus steigt gerade in den ländlichen Abwanderungs- und PendlerInnengebieten der Anteil der älteren Menschen, die alleine leben und bei der Alltagsbewältigung auf sich alleine gestellt sind. Regional abgestimmte Konzepte können hier eine akzeptable Lösung bieten und Arbeitsplätze schaffen.

### *Bildungseinrichtungen*

Im Bereich der Bildungsinfrastruktur gilt, je qualifizierter die Ausbildung, umso stärker die regionale Konzentration. Mit Volksschulen und Hauptschulen sind sämtliche Bezirke noch weitestgehend gut ausgestattet, obwohl in den letzten Jahren bereits eine Reihe von Volksschulen aufgrund rückläufiger SchülerInnenzahlen geschlossen werden musste und auch künftig vermehrt mit Schließungen von Volksschulstandorten zu rechnen ist. Volksschulen als (obligatorische) Pflichtschulen sind unmittelbar vom allgemeinen SchülerInnenrückgang betroffen.

Das Angebot an Allgemeinbildenden Höheren und Berufsbildenden Höheren Schulen wurde in den letzten Jahrzehnten ausgebaut und konzentriert sich auf zentrale Orte bzw. Schulstandorte. Inwiefern sich daraus für SchülerInnen aus ländlichen, peripheren Gebieten Nachteile ergeben, hängt stark von der zeitlichen Erreichbarkeit und den öffentlichen Verkehrsbedingungen ab. SchülerInnen müssen entweder die regionalen Unterschiede in der Schul-Standortausstattung durch tägliches oder wöchentliches Pendeln individuell ausgleichen, oder sie wählen einen Schultyp, der in ihrer Nähe angeboten wird, jedoch allenfalls ihren Neigungen und Qualifikationen nicht entspricht (Fassmann 2002). Das führt dazu, dass z.B. AHS-Schulbesuchsquoten in ländlichen Gebieten vergleichsweise deutlich geringer sind als in Städten und auch die höchste abgeschlossene Schulbildung in kleinen, agrarisch strukturierten Gemeinden unter dem Durchschnitt liegt.

#### **Abbildung 1: SchülerInnenpendelwanderung 2001 (Pendelausmaß von 30 min und mehr)**



Quelle: ISIS, Werte 2001

### *Kinderbetreuung*

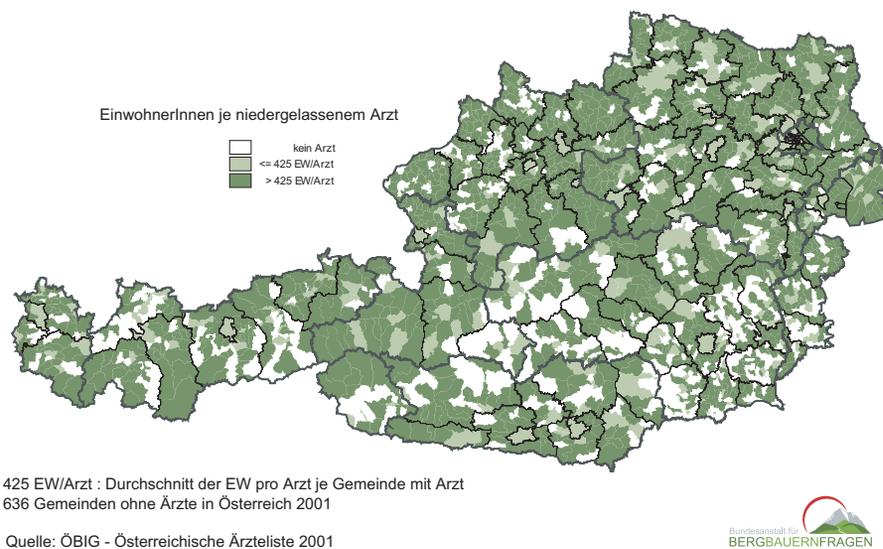
In den letzten Jahren sind auch im Bereich der Kinderbetreuung quantitative Verbesserungen festzustellen. Gemessen an den Kinderbetreuungsquoten (dem Anteil der in Kindertagesheimen betreuten Kinder, bezogen auf die gleichaltrige Wohnbevölkerung) der 3-, 4- und 5-jährigen Kinder hat sich die Betreuung verbessert. Die qualitativen und regionalen Unterschiede der verschiedenen Betreuungsein-

richtungen sind allerdings groß und den Bedürfnissen der Eltern oft nicht angemessen (Tagesöffnungszeiten, Betreuungszeiten in den Ferien). Die Städte bieten dabei ein deutlich größeres und differenzierteres Betreuungsangebot an, während ländliche Bezirke insbesondere im Hinblick auf eine durchgehende Tages- und Jahresbetreuung schlecht versorgt sind. Es besteht daher grundsätzlich noch weiterhin Bedarf an zusätzlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, besonders für Kleinkinder unter drei Jahren und in der Altersgruppe der über 6-jährigen.

### Gesundheitseinrichtungen

Im Bereich der gesundheitlichen Infrastruktur kann man im Großen und Ganzen von einer relativ ausgewogenen Versorgung sprechen, obwohl auch hier einige periphere Gebiete im ländlichen Raum Versorgungslücken aufweisen. Niedergelassene ÄrztInnen und dabei insbesondere FachärztInnen konzentrieren sich stärker in den Stadtregionen, während ländliche Regionen mit deutlich weniger ÄrztInnen auskommen müssen. In 636 Gemeinden gibt es keinen Arzt, keine Ärztin. Im Hinblick auf die Erreichbarkeit von Akutkrankenanstalten gibt es einige Problemgebiete vor allem in extrem dünn besiedelten Regionen, in denen die Distanz über 30 Auto-Minuten zur nächsten Akutkrankenanstalt beträgt.

**Abbildung 2: Niedergelassene ÄrztInnen nach Gemeinden 2001**



### Lebensmittelhandel

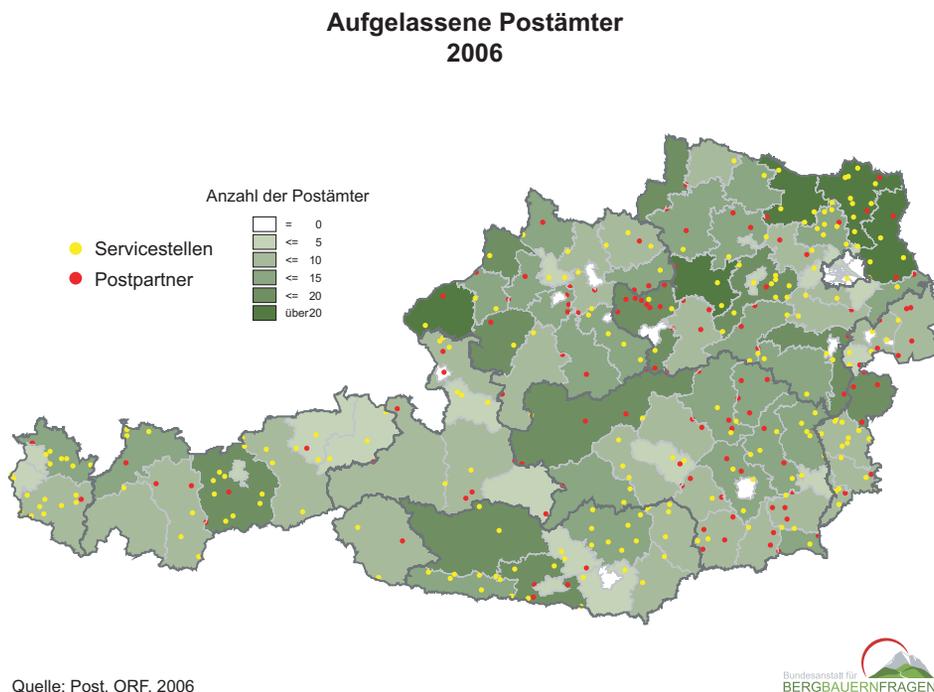
Das Angebot und die Nachfrage auf diesem Gebiet sind einem massiven Strukturwandel unterworfen. Seit den 1980er Jahren hat sich beispielsweise die Anzahl der Lebensmittelgeschäfte halbiert und nach wie vor gibt es jährliche Rückgänge von 3-4%. Waren 1997 noch 237 Gemeinden ohne Lebensmittelhändler, stieg diese Zahl 2001 bereits auf 299 Gemeinden. Es sind dabei hauptsächlich die kleinen und kleinsten Händler, die ihr Geschäft schließen. Ein Schlüsselfaktor bildet dabei die zunehmende Mobilität der KundInnen. Mithilfe des Pkws erweitert sich ihr Einkaufsradius um ein Vielfaches, was den Ein-

kaufs-, Verbraucher- und Supermärkte an zentralen Orten (Bezirkshauptstädte) und *auf der grünen Wiese* sehr zu Gute kommt. Insbesondere Supermärkte zwischen 400-1000m<sup>2</sup> sind die großen Gewinner der letzten Jahre. Das Schließen des letzten Lebensmittelhändlers im Ort trifft jedoch vor allem die nicht so mobilen Bevölkerungsgruppen, wobei immerhin rund 55 Prozent der österreichischen Bevölkerung nicht uneingeschränkt über ein Auto verfügt (VCÖ 2004). Zudem geht damit auch ein wichtiger Kommunikationsort und Treffpunkt in der Gemeinde verloren.

### Post

Das Filialnetz der Post wurde in den letzten Jahren deutlich eingeschränkt. Seit 2002 wurden überwiegend im ländlichen Raum, von den seinerzeit 2.300 Postfilialen rund 1.000 aufgelassen. Als Ersatzlösungen werden Post-Partner, Post-Servicestellen, Landzustellung und seit neuestem Post-Mobile eingerichtet.

**Abbildung 3: Regionale Verteilung von Post-Partnern und Post Servicestellen im Vergleich zu aufgelassenen Postämtern 2006**



Allerdings stellen nur die Post-Partner, die vorwiegend in Lebensmittelgeschäfte eingebunden wurden, und die beiden Post-Mobile, die seit Oktober 2005 im Einsatz sind, einen qualitativ vergleichbaren Ersatz zum Postamt dar. Post-Servicestellen und Landzustellung, die den Großteil der Ersatzlösungen darstellen, bieten hingegen nur ein eingeschränktes Angebot an.

### *Verkehr*

Verkehr bzw. Mobilität ist ein Schlüsselfaktor im ländlichen Raum und eine Infrastruktur besonderer Art, da sie immer stärker eine Voraussetzung darstellt, andere Infrastruktureinrichtungen zu erreichen bzw. potenziell überhaupt in Anspruch nehmen zu können. Zur Zeit wird der überwiegende Anteil von Wegen im ländlichen Raum mit dem Kfz zurückgelegt. Gleichzeitig hat sich das Angebot im öffentlichen Nahverkehr deutlich verschlechtert. Diese Entwicklung darf nicht wundern, wurde doch das Straßennetz im Vergleich zum Schienennetz in den letzten Jahrzehnten ausgebaut und kontinuierlich auf die sich verändernden Siedlungsstrukturen und die neu entstehenden Wirtschaftsstandorte angepasst. Während beispielsweise im Schienennetz seit 1995 14 Nebenbahnlinien aufgelassen wurden, die auch als Zubringer zu den Hauptverkehrsstrecken wesentlich sind, wurden im Gesamtstraßennetz auch die Nebenverkehrsflächen stark ausgebaut. Gemeindestraßen und Landstraßen nehmen fast 90% des Gesamtstraßennetzes ein.

Der Verschlechterung der Erreichbarkeit im Öffentlichen Verkehr wird auch nicht durch ein angemessenes Angebot im öffentlichen Busverkehr entgegen gewirkt, vielmehr entwickeln sich die Busverbindungen tendenziell eher entgegen einer flächendeckenden Erreichbarkeit. Bus (-und Bahn)kurse reduzieren sich zunehmend auf den SchülerInnen- und PendlerInnenverkehr, das tägliche Bedienungsangebot vor allem in peripheren Regionen wird massiv eingeschränkt, Direktverbindungen werden aufgelöst, Anschlussmöglichkeiten zu schnelleren Verbindungen sind nicht gegeben (Platzer et al. 2000, 76ff). Betroffen davon sind insbesondere nichtmotorisierte Bevölkerungsgruppen, für die es schwierig wird, den Alltag zu organisieren und zu bewältigen. Die sich verschlechternden Erreichbarkeitsverhältnisse im öffentlichen Verkehr schlagen sich auf die Verkehrsmittelwahl für den täglichen Arbeitsweg nieder. Der Prozentanteil der Kfz-LenkerInnen stieg zwischen 1991 und 2001 um 27%, während sich der Anteil der NutzerInnen von Öffentlichen Verkehrsmitteln im gleichen Zeitraum um 4,5% reduzierte.

Die Erschließung der Fläche durch öffentliche Verkehrsmittel benötigt gezielte Verkehrskonzepte. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, dass durch ein regelmäßiges und zeitlich abgestimmtes Angebot öffentliche Verkehrsmittel als eine echte Alternative zum Individualverkehr wahrgenommen werden. Verkehrskonzepte in einzelnen Bundesländern (z.B. Oberösterreich, Vorarlberg) gehen in diese Richtung und bieten eine Grundversorgung in angemessener Qualität an, die auch für Bevölkerungsgruppen jenseits des SchülerInnenverkehrs attraktiv sein können. Der Erfolg von Lösungen, die sich auf einzelne Gemeinden oder Regionen konzentrieren, hängt davon ab, wie BenutzerInnen orientiert die Angebote tatsächlich sind und ob die örtlichen Bedürfnisse bei der Konzeption miteinbezogen werden konnten.

## **6.4 Qualitative Bedeutung von sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur**

Das Angebot von Infrastruktureinrichtungen in den beiden Untersuchungsgemeinden *Radmer* und *Weißbach* an der Enns ist sehr unterschiedlich (siehe Tab. 1), jedoch wird durch die Analyse der Interviews aus beiden Untersuchungsgemeinden deutlich, dass soziale und wirtschaftliche Infrastruktur neben der Versorgungsfunktion noch andere wichtige Funktionen hat. Die befragten Personen schätzen die Bedeutung der Infrastrukturen grundsätzlich als wichtig ein, wobei Alter, Mobilität und Familien-

status die Wahrnehmung beeinflussen. Werden bestimmte Infrastrukturen selbst nicht genutzt, so wird deren allgemeine Bedeutung meist auch geringer eingeschätzt. Weniger mobile Personengruppen sind dabei wesentlich sensibler gegenüber Rückbautendenzen als Personen mit Pkw.

**Tabelle 1: Soziale- und wirtschaftliche Infrastrukturen in Radmer/Weißenbach a.d.Enns**

	<b>Radmer</b>	<b>Weißenbach a.d.Enns</b>
<b>Lebensmittelhandel</b>	2 Lebensmittelhändler (inkl. Bäckerei, Zweigstelle in Hinterradmer) div. mobile Zusteller (Fleisch, TK-Kost etc.)	Bäckerei (mit angeschlossener Imbissstube) Spar 1999 geschlossen, diverse mobile ZustellerInnen
<b>Gasthäuser</b>	3 Gasthäuser	1 Cafe, 3 Wirtshäuser wurden bereits vor 20 Jahren geschlossen
<b>Kinderbetreuung</b>	Halbtages-Pfarrkindergarten ab 3 Jahre, 12 Kinder, 2 Tagesmütter	Halbtageskindergarten ab 3 Jahre, 15 Kinder, keine Tagesmutter
<b>Altenbetreuung</b>	Altenheim (Eisenerz) mobile Dienste (Rotes Kreuz, Volkshilfe)	Pensionistenhaus (St.Gallen), Alten- und Pflegeheim (Weyer) mobile Dienste (Rotes Kreuz, Volkshilfe)
<b>Volksschule</b>	27 Kinder, zweiklassig	25 Kinder, zweiklassig
<b>Hauptschule/weiterf. Schulen</b>	Hauptschule, allgemeinbild.- und berufsbildende Schulen in Eisenerz	Hauptschule + Polytechnikum im Ort (110 SchülerInnen), höhere Schulen in Admont, Liezen, Waidhofen
<b>Postamt</b>	2002 aufgelassen, Zustellung von Hieflau, kein Postpartner aber Landzustellung,	2002 aufgelassen, Zustellung von Landl, kein Postpartner aber Landzustellung
<b>Öffentliche Verkehrsanbindung</b>	Bus nach Eisenerz (für Schülertransport) 3x täglich, Samstag und Sonntag keine Verbindung	Ennstalbahn (mehrmals täglich), Busverbindung nach Admont, Liezen, Weyer und zurück, Taxi für Schulkinder, Regionaltaxi zwischen Mai und Oktober
<b>Gendarmerie</b>	1967 aufgelassen	im Nachbarort St. Gallen
<b>Arzt</b>	praktischer Arzt (inkl. Hausapotheke), FachärztInnen in Eisenerz, Leoben, Liezen, Landeskrankenhaus (Eisenerz)	praktischer Arzt (inkl. Hausapotheke), Zahnarzt in St. Gallen, FachärztInnen in Waidhofen, Liezen, Landeskrankenhaus (Waidhofen, Rottenmann)
<b>Sonstiges</b>	Gemeindeamt, Trafik, Forstverwaltung, Raiffeisenbank mit Bankomat, Friseurin	Gemeindeamt, Bank vor 15 Jahren geschlossen, Forstverwaltung vor 4 Jahren aufgelassen

### *Multifunktionalität von Infrastruktureinrichtungen*

Die Versorgung der lokalen Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs gehört zur bedeutendsten Funktion von sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktureinrichtungen. Durch das Angebot von Infrastruktureinrichtungen wird jedoch auch eine Verbindung zum Ort, zur Gemeinde geschaffen, die sich bei Verlust einschlägiger Angebote nicht leicht kompensieren lässt. Kaufhaus, Post, Wirtshaus, etc. sind wichtige Treffpunkte und Kommunikationsorte, wo sich die lokale Bevölkerung unverbindlich trifft und Neuigkeiten („Dorftratsch“) austauschen kann. Gerade für ältere, weniger mobile Menschen stellen Erledigungen und Besorgungen in der Gemeinde eine willkommene Gelegenheit dar, „unter die Menschen zu kommen“ und Beziehungen aufrecht zu erhalten. Auch den mobileren DorfbewohnerInnen dient die ortsansässige Infrastruktur der Pflege und dem Erhalt sozialer Kontakte.

Durch Infrastruktureinrichtungen können auch lokale Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten werden. Vor allem kleine Dienstleistungsbetriebe bieten Frauen, die vielfach noch immer die Aufgabe der Kinder- und Altenbetreuung übernehmen, die Möglichkeit, in ihrer Gemeinde einer (Teilzeit-)Beschäftigung nachzugehen. Wenn Beschäftigungsmöglichkeiten in der Gemeinde vorhanden sind, wird das Ver-

bleiben einzelner Familienmitglieder (v.a. von Jugendlichen) bzw. von Familien vor Ort wahrscheinlicher.

Infrastruktureinrichtungen haben im Sinne einer „Entschleunigung“ auch Auswirkungen auf den öffentlichen Raum innerhalb der Gemeinde. Befinden sich Infrastruktureinrichtungen im Ort, können die Besorgungen und Erledigungen auch in der Gemeinde getätigt werden, der Verkehr wird nicht nur durch die Gemeinde durchgeleitet. Mit dem Verlust dieser Einrichtungen wird die Gemeinde jedoch zunehmend zum Verkehrsdurchzugsort und zum reinen Siedlungs- bzw. Wohngebiet ohne funktionale Durchmischung. Eine Entleerung der Gemeinde bezieht sich damit nicht nur auf den Rückbau konkreter Infrastruktureinrichtungen sondern auch auf eine Verödung der öffentlichen Räume der Gemeinde.

## 6.5 Perspektiven

Für die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen spielt die Grundversorgung mit sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktureinrichtungen auch in ländlichen, peripheren Regionen eine bedeutende Rolle. Ein räumlicher Ausgleich und der Zusammenhalt der Bevölkerung wird dabei nicht nur über eine ausgewogene Versorgung unterstützt, auch die nicht-konsumorientierten Leistungen von Infrastruktur tragen wesentlich zur Lebensqualität der lokalen Bevölkerung bei. Werden Infrastruktureinrichtungen aufgrund betriebswirtschaftlicher Erwägungen rückgebaut, fallen auch diese, nicht auf den Markt konzentrierten Nebeneffekte weg und es führt buchstäblich zu einer Entleerung bzw. Verödung der ländlichen Räume.

Die derzeitige Entwicklung sieht dabei für die ländlichen peripheren Gebiete nicht besonders rosig aus. Infrastruktureinrichtungen ziehen sich damit zunehmend aus der Fläche, das heißt, aus den ländlichen Kleingemeinden, zurück. Betroffen sind davon immerhin 25% der Bevölkerung im ländlichen Raum oder 18% der österreichischen Bevölkerung (Hiess et al. 2005, 47), die in solchen Kleingemeinden leben. Favry et al. (2005) gehen in ihrer Analyse der Leistungen der Daseinsvorsorge zwar davon aus, dass sich *"aktuell keine grundsätzliche Gefährdung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume feststellen"* (ebd. 220) lässt, da die meisten Infrastruktureinrichtungen - allerdings nur mit dem Pkw - in einem zumutbaren Zeitaufwand erreichbar sind. Sie nennen jedoch vier Risikofaktoren, die den Auf- und Ausbau bzw. die Aufrechterhaltung von Infrastruktureinrichtungen stark gefährden:

- ◆ langfristige Abnahme der EinwohnerInnen;
- ◆ Kleingemeinden unter 500 EinwohnerInnen;
- ◆ geringe Bevölkerungsdichte und
- ◆ Gemeinden mit einer langfristigen Abnahme der haushaltsbezogenen Beschäftigten.

Laut Heilig (2002) spielt der erstgenannte Risikofaktor, die langfristige Abnahme der EinwohnerInnen, eine wesentliche Rolle, da die demographische Entwicklung für verschiedene ländliche Teilräume bedrohlich aussieht. Zwischen 1991 und 2001 verzeichneten rund 30 Prozent der ländlichen Gemeinden in Österreich einen Bevölkerungsrückgang. Vor allem Gemeinden, die weder Tourismusgemeinden sind noch sich in der Nähe einer größeren Stadt befinden, sind von dem Bevölkerungsrückgang betroffen und müssen mit den meist weniger angenehmen wirtschaftlichen, sozialen und infrastrukturellen Konsequenzen dieser Entwicklung leben.

Die Entwicklung der Infrastruktur ist dabei schon lange nicht mehr eine rein nationale Angelegenheit. Rahmenbedingungen für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen werden zunehmend auf globaler und europäischer Ebene geregelt, wobei vor allem eine Liberalisierung der Märkte und die Privatisierung der Unternehmen im Vordergrund steht.

Kostendeckend oder sogar gewinnbringend können die Leistungen der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum nicht immer geführt werden, da gerade in peripheren Gebieten auch die kritische Masse an NutzerInnen fehlt und Angebote aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen von einzelnen Unternehmen nicht aufrecht erhalten werden. Es ist daher besonders wichtig, dass bereits bei der Konzeption politischer Maßnahmen die Interessen und Anliegen der ländlichen Räume stärker miteinbezogen werden. Im Hinblick auf die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktureinrichtungen gilt dies insbesondere für die Liberalisierungen auf EU-Ebene. Um auf nationaler Ebene die Interessen des ländlichen Raums stärker zu verankern schlägt Pezzini (2003) unter anderem vor, eine interministerielle Gruppe ins Leben zu rufen, die sicherstellen soll, dass bei allen Politikmaßnahmen auch die ländliche Dimension miteinbezogen wird (policy proofing). Maßnahmen, die eine flächendeckende Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen gefährden, könnten so frühzeitig erkannt und durch verträglichere Lösungen ersetzt werden.

Die Vereinbarung von politischen Kriterien für Mindeststandards der Grundversorgung erscheint dringend notwendig, um langfristig eine angemessene Versorgungsqualität und Ausstattung sicherzustellen. Aufbauend darauf könnte ein Monitoringsystem, das österreichweit die Versorgungslage mit Infrastruktureinrichtungen sektorenübergreifend erfasst, die Entwicklung nachvollziehen und transparent machen. Auf Grundlage des Monitoringsystems und einer Evaluierung der Zielstandards könnten dann Maßnahmenstrategien entwickelt werden, "die allen zuständigen AkteurInnen auf der räumlichen und sektoralen Ebene als Hilfestellung zur Verfügung stünde" (Favry et al. 2005, 223), und zu kreativen und innovativen Lösungen bei der Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen führen könnten.

Zentrale Rolle bei der Grundversorgung des ländlichen Raums mit sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktureinrichtungen stellt dabei ein ausgewogenes Angebot im Öffentlichen Nahverkehr dar, da dadurch für nicht-motorisierte und dadurch weniger mobile VerkehrsteilnehmerInnen eine Voraussetzung geschaffen wird, andere Infrastruktureinrichtungen zu erreichen. Durch ein qualitativ besseres Angebot steigt zum einen die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel und es erleichtert zum anderen die Erreichbarkeit der nächstgelegenen Infrastruktureinrichtungen, die mitunter auch innerhalb einer Gemeinde weit auseinander liegen können. In den letzten Jahren werden auf Landes-, Regional- und Kommunalebene Verkehrskonzepte entwickelt, die für breite Teile der Bevölkerung ein Mindestmaß an Mobilität sicherstellen wollen. Es erscheint in diesem Zusammenhang wesentlich, jene für den Erfolg ausschlaggebenden Kriterien der „best-practice“ Beispiele herauszuarbeiten, damit sie auch von anderen Regionen übernommen werden können.

Multifunktionale Einrichtungen bieten durch vielfältige Kombinationen die Möglichkeit Infrastruktureinrichtungen vor Ort wirtschaftlich rentabel aufrecht zu erhalten. Sowohl die Versorgungsfunktion als auch die nicht-konsumorientierten Funktionen könnten damit gewährleistet bzw. sogar gestärkt werden.

Im Hinblick auf die Lebensmittel-Nahversorgung kann durch das Angebot von multifunktionalen Einrichtungen (z.B. Postpartner) das Qualitäts- und Angebotspektrum erweitert, die örtliche Kaufkraftbindung gestärkt und damit die Herstellung einer kritischen Masse unterstützt werden. Schulgebäude sollten stärker im Hinblick darauf konzipiert werden, dass sie auch als Bildungs- und Kulturzentrum, für Sport, Unterhaltung und Initiativen aller Art genutzt werden können. Oder auch Arztpraxen könnten ihre Räumlichkeiten eventuell stärker für komplementärmedizinische Angebote (z.B. Physiotherapie, Akupunktur oder Heilmassagen) bereitstellen.

Angebote in diese Richtung bedürfen unterstützender Rahmenbedingungen. Dabei geht es weniger um dauerhafte Subventionen als darum, die vielfältigen Anfangsschwierigkeiten psychologischer wie finanzieller Natur zu überbrücken (z.B. durch Beratungshilfe bei der Erstellung eines Konzepts; durch Anschubfinanzierung, um die Anfangskosten zu reduzieren). Es wird dabei notwendig sein, sowohl die Aufrechterhaltung einer Grundversorgung als auch die Entwicklung und Umsetzung von zukunftsfähigen und bedarfsorientierten Konzepten auf verschiedenen Ebenen voranzutreiben. Das ländliche Entwicklungsprogramm für die Jahre 2007-2013 im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bietet durchaus die Möglichkeit, im Rahmen des Schwerpunkts 3 *Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft* Initiativen in diese Richtung zu fördern. Der österreichische Entwurf der Maßnahmenbeschreibungen enthält die Maßnahme "Unterstützung der Gründung und Entwicklung von Kleinunternehmen", in deren Rahmen z.B. die Förderung von Investitionen in der Nahversorgung einzuordnen ist. Auch die Maßnahme "Dorfentwicklung" und das Leader-Programm ("Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum") bietet Anknüpfungsmöglichkeiten zur Förderung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (BMLFUW 2006).

## 6.6 Literatur

Attac Deutschland (2006): Auf dem Weg zur Sonderwirtschaftszone – Die Dienstleistungsrichtlinie der EU. <http://www.attac.de/gats/hintergrund/Fritz-vs-Bolkestein.pdf> (Zugriff am 21. März 2006).

Arbeiterkammer Wien (2006): Europäische Liberalisierungspolitik. <http://wien.arbeiterkammer.at/www-397-IP-17150.html> (Zugriff am 18. April 2006).

BMLFUW (2006): Der Grüne Pakt für Österreichs Landwirtschaft – Ländliche Entwicklung 2007-2013. Entwurf Maßnahmenbeschreibung. Wien.

BEIGEWUM (2005): Mythen der Ökonomie. Wien: Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen.

Europäische Kommission (1999): EUREK. Europäisches Raumentwicklungskonzept. Angenommen beim Informellen Rat der für Raumordnung zuständigen Minister in Potsdam, Mai 1999. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU.

Europäische Kommission (2003): Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. KOM (2003)270 endgültig. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU.

- [http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/gpr/2003/com2003\\_0270de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/gpr/2003/com2003_0270de01.pdf) (Zugriff am 4.3.2004)
- Europäische Kommission (2004a): Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen KOM (2004)374 endgültig. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU.  
[http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/wpr/2004/com2004\\_0374de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/wpr/2004/com2004_0374de01.pdf) (Zugriff am 12.12.2004)
- Europäische Kommission (2004b): Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt. Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU.  
[http://www.attac.at/uploads/media/Bolkestein-Richtlinie\\_05.pdf](http://www.attac.at/uploads/media/Bolkestein-Richtlinie_05.pdf) (Zugriff am 10.10.2006)
- Fassmann Heinz (2002): Räumliche Disparitäten im österreichischen Schulsystem. In: ÖROK Schriftenreihe Nr. 162. Wien.
- Favry, Eva, Hiess, Helmut, Musovic, Zeljka, Smrzka, Barbara, Pfefferkorn, Wolfgang (2005): Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Regionale Governance – Veränderungen, Probleme, Handlungsbedarf. Endbericht. Rosinak & Partner Ziviltechniker GmbH im Auftrag der ÖROK. Wien.
- Fülöp, Gerhard (1999): Raumplanung und Gesundheitsfürsorge in Österreich. Analyse und Steuerung regionaler Ungleichheiten in der gesundheitlichen Vorsorge. Institut für Stadt und Regionalforschung der Technischen Universität Wien, Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen. Wien.
- Heilig, Gerhard (2002): "Der ländliche Raum droht zusammenzubrechen". Zur Demographie ländlicher Räume in Europa: Zahlen, Fakten, Schlussfolgerungen. In: Ländlicher Raum 5/2002. Wien.
- Hiess, Helmut, Musovic, Zeljka, Weninger, Andrea (2005): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Zwischenbericht. Rosinak & Partner Ziviltechniker GmbH im Auftrag der ÖROK. Wien.
- Machold, Ingrid, Tamme, Oliver (2005): Versorgung gefährdet? Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum. Forschungsbericht Nr. 53 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- OECD (1993): Welche Zukunft für unsere ländlichen Räume? Eine Politik der ländlichen Entwicklung. Paris.
- ÖROK (2002): Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001. Wien.
- Pezzini, Mario (2003): Governance in rural areas under restructuring. OECD Working Party on Territorial Policy in Rural Areas. Paris.
- Platzer, Gerhard et al. (2000): Erreichbarkeitsverhältnisse im öffentlichen Verkehr und im Individualverkehr in Österreich 1997/98. In: ÖROK Schriftenreihe Nr. 155. Wien.

VCÖ (Hrsg.) (2004): Was öffentlicher Verkehr und Schienen-Güterverkehr leisten. Wissenschaft und Verkehr 3/2004. Wien: Verkehrsclub Österreich.

## 6.7 Zusammenfassung

2005 wurde an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen das Forschungsprojekt „Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum“ mit dem gleichnamigen Forschungsbericht abgeschlossen. In den letzten Jahren gab es in wichtigen Bereichen der Basisinfrastrukturen (Post, Bahn, Nahversorgung etc.) Rückbautendenzen, die vor allem den ländlichen Raum betreffen haben. Die „Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume“ (ÖROK) ist aber maßgeblich von der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur („Daseinsvorsorge“) abhängig. Im Forschungsprojekt wurde eine gesamtösterreichische Bestandsaufnahme der Bereiche Nahversorgung (Lebensmittelhandel), Postdienste, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, gesundheitliche Infrastruktur und öffentlicher Personennahverkehr vorgenommen. Die Tendenzen, Rückbau oder auch Verbesserungen, können je nach Sektor beschrieben und illustriert werden. Mit Hilfe qualitativer Interviews in zwei steirischen Gemeinden (Radmer, Weißenbach a.d. Enns) wurde die Auswirkung der Infrastrukturentwicklung auf den Lebensalltag der Bevölkerung untersucht. Die Nutzungsgewohnheiten der OrtsbewohnerInnen, die Einstellung bzw. Wahrnehmung der OrtsbewohnerInnen zu Angebot und Rückbau der Basisinfrastrukturen wurde ausgewertet. Daraus resultiert die Darstellung der Funktionen der Daseinsvorsorge und deren Multifunktionalität, die neben der Bereitstellung von Gütern- und Dienstleistungen auch bedeutende soziale und räumliche Funktionen (sozialer Zusammenhalt, Lebensqualität etc.) umfasst.

## 6.8 Summary

Basic public and partly private services are under threat in peripheral rural areas. This paper deals with the outcome of the research project “The development of economic and social infrastructures in rural areas in Austria”. The following fields have been analyzed: local supply of goods, education, social services, postal services, public transport and accessibility. For this purpose secondary statistical data were assessed and illustrated with charts for the whole territory of Austria. Furthermore the theoretical and political background of recent developments (Neo-Liberalism, privatization) and its decisive impact to public services was analyzed and a short overview about the legislative framework according to basic services in Austria was given. The second main part was a survey which has taken place in two municipalities in the province of Styria. In 34 qualitative interviews with local inhabitants, their assessment of different functions of infrastructure for their daily life has been examined and their attitude against tendencies of decline was analyzed. Apart from the delivering of daily goods and services the different infrastructures have important *non material* functions, which create the public sphere of the neighborhood and are essential for the economic and social cohesion of a community. Altogether the outcome of this project underlines that the performance of social and economic infrastructures is not homogenous. Some fields are rather stable whereas others are more precarious.

**Mag. Oliver Tamme**

geb. 1969 in Wien, Studium der Soziologie, Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien. 1996-1997 Grundsatzabteilung und Büro des Vorsitzenden der Gewerkschaft für Privatangestellte (GPA) in Wien. Seit 1997 an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen tätig. Arbeitsschwerpunkte: Infrastrukturentwicklung, Verkehrserschließung, Beschäftigungseffekte der Agrar- und Regionalpolitik.

**Mag.<sup>a</sup> Ingrid Machold**

geb. 1969 in Bludenz, Studium der Soziologie mit den Schwerpunkten Familie und Umwelt an der Universität Wien. 1999 Mitarbeit an der Sozialökonomischen Forschungsstelle. Seit 2000 an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen tätig. Arbeitsschwerpunkte: Agrarsoziologie und Ländliche Soziologie, Infrastrukturentwicklung sowie die räumliche Wirkung der Agrarpolitik.



## 7. Sozialkapital und ländliche Entwicklung

Georg Wiesinger

In den letzten Jahren hat sich der strukturelle Wandel in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum im Zuge wirtschaftlicher, politischer und soziokultureller Entwicklungen beschleunigt. Unter dem Begriff „ländliche Marginalisierung“ lassen sich eine Reihe problematischer Tendenzen vor allem in entlegenen und benachteiligten Regionen beschreiben. Diese Marginalisierung umfasst sowohl wirtschaftliche, ökologische und soziokulturelle Elemente wie die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe und der Landbewirtschaftung, Überalterung und Abwanderung, Verlust an Arbeitsplätzen und lokalen Infrastrukturen, Verlust an Artenvielfalt und Landschaftselementen bis hin zum Verlust kultureller Traditionen und Identitäten. Ausschlaggebend dafür sind neben politischen Ursachen (v.a. verfehlte Regional-, Agrar- und Umweltpolitik) und globalen Entwicklungen auch so genannte „intrinsische Faktoren“, die innerhalb der lokalen Gemeinschaften zu finden sind<sup>1</sup>.

Eine grundlegende Ausgangsthese für diesen Diskussionsbeitrag resultiert aus der Tatsache, dass es in der regionalpolitischen Praxis vielfach schwierig ist, einen klaren kausalen Zusammenhang zwischen dem Umfang an Input in Form finanzieller Ressourcen, politischer Instrumente und Maßnahmen zu einem gewissen Erfolg bzw. Ergebnis herzustellen. So finden sich Regionen, in welchen trotz großer Anstrengungen der Erfolg eher bescheiden bleibt, andererseits gibt es aber auch Regionen, wo trotz fehlender Maßnahmen durchaus positive Ergebnisse im Sinne von sozialer Sicherheit, Beschäftigung, ökologischer Nachhaltigkeit etc. zu verzeichnen sind. Aus diesem Grund fällt es schwer, Indikatoren zu definieren, die einen eindeutigen kausalen Zusammenhang zwischen Einsatz und Erfolg herstellen können. Es stellt sich daher die Frage, ob und inwieweit das in jüngster Zeit häufig diskutierte Konzept von *Sozialkapital* als Erklärungsmuster, d.h. als „Missing Link“ für diese komplexen Zusammenhänge Verwendung finden könnte. In der Folge sollen zunächst die wesentlichsten Stränge der Diskussion um die Bedeutung von Sozialkapital nachgezeichnet werden, dann wird ein Versuch unternommen, die Perspektiven des Konzepts in Zusammenhang mit der ländlichen Regionalpolitik zu bringen und letztlich sollen in einer kritischen Replik auch die Grenzen dieses Sozialkapitalkonzepts aufgezeigt werden.

### 7.1 Das Konzept

Im Zeitalter eines globalen neoliberalen Megatrends kommt es zu einer verstärkten Reduktion an öffentlichen Leistungen und öffentlicher Infrastrukturen. Gerade in den peripheren ländlichen Regionen wirken sich diese strukturpolitischen Maßnahmen besonders aus, da mit ihnen ein starkes gesellschaftliches Desintegrationspotenzial verbunden ist. Sozial Schwache, Unterprivilegierte und gesell-

1. Diese Zusammenhänge wurden u. a. in einem EU Projekt (EUROLAN Strengthening the Multifunctional Use of European Land: Coping with Marginalisation) untersucht, in welchem die Bundesanstalt für Bergbauernfragen maßgeblich mitgewirkt hat (Wiesinger und Dax 2003; 2004). Der folgende Beitrag basiert zu einem überwiegenden Teil auf einem vom Autor gemeinsam mit *Hilkka Vininen*, *Marja-Liisa Tapia-Biström* (beide MTT Agrifood Research, Finnland) sowie *Laura Fagarazzi* (Universität Ca' Foscari Venedig, Italien) verfassten und beim XXI. ESRS Kongress (European Society for Rural Sociology) in Keszthely, Ungarn (22.-27. August 2005) präsentierten Arbeit (Wiesinger et al. 2005).

schaftliche Randgruppen, die in besonderem Maße auf öffentliche bzw. staatliche Leistungen angewiesen sind, werden dadurch einem wachsenden Armutsgefährdungsrisiko ausgesetzt. In diesem Umfeld gewinnt der Appell an das endogene Potenzial der Regionen und auf eigenständige Entwicklungsperspektiven zunehmende Popularität. Gegenseitige Hilfe und Selbstermächtigung (Self-Empowerment) sollen einerseits diesen negativen Entwicklungen Einhalt gebieten, aber auch zu einer stärkeren demokratischen Mitwirkung der Bevölkerung führen. Diese durchaus positiven Ansätze gewinnen nunmehr auch in der Europäischen Union zunehmend an Bedeutung. Hervorzuheben wären hier EU-Gemeinschaftsinitiativen wie LEADER oder INTERREG<sup>2</sup>. Die lokale Bevölkerung sollte selber mitgestalten und sich weniger auf staatliche Unterstützungen und Sicherheitssysteme verlassen. Diese Transformationsprozesse werden von durchaus unterschiedlichen politischen Seiten positiv mit mehr an partizipatorischer Demokratie und größerer Eigenverantwortung bewertet.

Historisch lässt sich der Begriff der Bürger- oder Zivilgesellschaft (Civil Society) bereits auf den Sozialphilosophen John Locke (1632-1704) zurückverfolgen. Er verstand darunter das Recht auf Freiheit und individuelles Eigentum und die Begrenzung des Staates in seiner Machtausübung gegenüber seinen Untertanen. „Zivilgesellschaft“, „Bürgergesellschaft“ (Khol 1999) aber auch „Sozialkapital“ bezeichnen heute den wachsenden öffentlichen Raum zwischen staatlicher und privater Sphäre. Eine Vielzahl autonomer, nichtstaatlich geführter Organisationen und Initiativen sollen den einzelnen AkteurInnen größere individuelle und kollektive Freiheiten verschaffen. Staatliche Aufgaben sollen wieder vermehrt von den BürgerInnen wahrgenommen werden, was natürlich auch impliziert, dass damit Aufwendungen von der öffentlichen Hand auf die Privaten externalisiert werden. In den letzten beiden Jahrzehnten entstand eine Reihe von Arbeiten, die sich mit dieser Situation befassen. Insbesondere Bourdieu (1979; 1986) und Coleman (1988), letzterer prägte entscheidend den Begriff „Sozialkapital“, wiesen auf die Bedeutung sozialer Beziehungen, gemeinsamer Normen und Werte für das wirtschaftliche und soziale Funktionieren lokaler Gemeinschaften hin. Putnam (1993; 2000) verband Sozialkapital darüber hinaus mit der Bedeutung zivilgesellschaftlicher und freiwilliger Organisationen sowie mit der Prosperität von Regionen.

Bourdieu (1986) unterscheidet neben *ökonomischem Kapital*, das direkt und unmittelbar in Geld konvertierbar ist und sich in Eigentumsrechten konstituiert, *kulturelles bzw. symbolisches* oder *intellektuelles Kapital*, welches sich in den verschiedenen Bildungsqualifikationen äußert, *Sozialkapital* als Form sozialer Beziehungen und Verpflichtungen. Sozialkapital verkörpert sich im Ansehen und als Aggregat aktueller und potenzieller Ressourcen, welche in Zusammenhang mit dauerhaften Netzwerken, mehr oder min-

- 
2. In Österreich werden entsprechende Konzepte schon seit Beginn der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts umgesetzt. Im Jahr 1979 wurde vom Bundeskanzleramt die "Sonderaktion für entwicklungsschwache Berggebiete" verabschiedet. Dabei ging es um die Stärkung der lokalen und regionalen Autonomie in allen Lebensbereichen. Durch diese Förderungen sollten die regionalen Disparitäten innerhalb Österreichs verringert werden. Bereits 1978 wurde von der Österreichischen Bergbauernvereinigung (ÖBV) gemeinsam mit ExpertInnen der Bergland-Aktionsfonds (BAF) eingerichtet, welcher zur Aktivierung und Projektumsetzung die notwendige organisatorische Basis schaffen sollte. 1979 wurde schließlich die "Förderungsaktion für eigenständige Regionalentwicklung" begründet. Dies war das erste Förderprogramm, welches das Konzept einer eigenständigen Regionalentwicklung verfolgte. Zur Koordinierung der Aufgaben wurde 1983 vom Bundeskanzleramt die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für eigenständigen Regionalentwicklung (ÖAR) eingerichtet.

der institutionalisierten Beziehungen, gegenseitiger Bekanntheit und Anerkennung stehen. Die Gruppenzugehörigkeit ermöglichte jedem einzelnen Mitglied Zugriff zum kollektiv verfügbaren Kapital und damit auch eine gewisse Kreditwürdigkeit. Das Ausmaß an Sozialkapital hänge von der Größe des Netzwerks von Beziehungen ab, welches jemand effektiv im Stande ist zu mobilisieren und vom Ausmaß der anderen Kapitalsorten über die er/sie verfügt. Sozialkapital wird, wie alle übrigen Kapitalsorten, in der Gesellschaft ungleich verteilt, mobilisiert, angewandt, umgewandelt und ausgetauscht.

Árnason et al. (2004) wenden den Ansatz von Sozialkapital im Zusammenhang mit ländlicher Entwicklung an. Konzeptionell wurden dabei alle nicht-ökonomischen Aspekte einer Gesellschaft verstanden, welche wirtschaftliches Wachstum und andere positive Effekte fördern. Sozialkapital hat dabei maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit einer Region und auf die soziale Kohäsion einer Gemeinschaft. Netzwerke werden dabei als Artikulation von Informationsflüssen und Ressourcen, welche ländliche Entwicklung und die Gesellschaft im Allgemeinen fördern, definiert. Eine Analyse dieser Netzwerke verdeutlicht die Mechanismen, über welche die Menschen in den Genuss der Errungenschaften von Sozialkapital gelangen. Außerdem können Wege aufgezeigt werden, über die Menschen in ländlichen Regionen auf komplexe Weise und auf verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ebenen miteinander verbunden sind.

Eine wesentliche Bedeutung für die Diskussion über die Rolle des Sozialkapitals für die ländliche Entwicklung kommt Putnam (1993) zu, indem er zivilgesellschaftliches Engagement in freiwilligen Hilfsverbänden mit wirtschaftlichem Wachstum und einer funktionierenden Demokratie in Verbindung bringt. Putnam behauptet, dass die klassische ökonomische Theorie immer von einem direkten Zusammenhang mit der Regionalentwicklung ausgeht. Zeigt sich dieser Zusammenhang nicht, dann müssen weitere Erklärungsfaktoren wie physische Benachteiligungen, verfehlte Politikmaßnahmen, Marktexternalitäten oder moralische Verfehlungen herangezogen werden. Für Putnam spielen soziokulturelle Faktoren eine zentrale Rolle. Sein Sozialkapitalkonzept verweist auf drei zentrale Elemente sozialer Organisation, nämlich *Vertrauen*, die *Einhaltung von Normen* und *Netzwerke zivilgesellschaftlichen Engagements*. Wenn Individuen längere Zeit zusammen in einer lokalen Gemeinschaft leben, so seine These, ist es sehr wahrscheinlich, dass sie gemeinsame Normen und reziproke Regeln für dieses Zusammenleben entwickeln, was zum Besitz von Sozialkapital führe.

Gegenseitiges Vertrauen fördere gemeinsame Normen, die über Netzwerke den Zusammenhalt in der Gemeinschaft stärken. Enge Netzwerke unterstützen wiederum die Einhaltung reziproker Regeln. Normen senken ganz allgemein die sozialen Transformationskosten und erleichtern die Zusammenarbeit. Netzwerke zivilgesellschaftlichen Engagements auf freiwilliger Basis in der Gemeinde, wie lokale Sport-, Kultur- und Geselligkeitsvereine intensivieren die horizontale Interaktion und Integration der Gemeinschaft. Neben Putnam gibt es eine Reihe weiterer Ansätze für Sozialkapital. So versteht Fukuyama (1999) den Radius des Vertrauens als Kreis, in dem Menschen den gleichen operativen Normen unterliegen, und Rifkin (2001) weist darauf hin, dass Sozialkapital, welches selber als Produkt von Netzwerken entstammt, auch den Zugang zu Ressourcen erleichtere. Im Konkreten geht dies über die einzelnen sozialen AkteurInnen, Knoten in den Netzwerken und über Informationsflüsse vonstatten.

Die Messung von Sozialkapital erweist sich als nicht einfach. Coleman (1988) schlägt vor, Sozialkapital über die Anzahl an Kontakten zwischen den einzelnen AkteurInnen zu erfassen, wobei als Kontakt jede direkte Beziehung zu jedem/r anderen AkteurIn gilt. Da die Anzahl der Kontakte zwischen Personen,

Gruppen und Organisationen stark variiert, ist das Ausmaß an Sozialkapital auch sehr variabel. Putnam (1993) verwendet dagegen als relativ einfachen Indikator die Anzahl der Assoziationen im Verhältnis zur lokalen Bevölkerung. Beide Ansätze sind als sehr problematisch einzuschätzen, da sowohl Coleman als auch Putnam sich dabei wenig zur Struktur und Qualität sozialer Assoziationen äußern. So mögen sich einige Personen gleich in mehreren Vereinen oder lokalen Netzwerken engagieren, während andere vom diesem lokalen Angebot gar nicht oder nur wenig berührt werden. Dies mag gerade bei Frauen, Jugendlichen und Personen mit von der vorherrschenden Norm abweichenden Lebensstilen oder kulturellen Interessen der Fall sein. Norris und Inglehart (2003) zeigen auf, dass die Mitgliedschaft in Vereinen vielfach vertikal und horizontal nach Männern und Frauen segmentiert, d.h. „gegendert“ ist. Gerade Frauen sind oft wichtige PromotorInnen für den sozialen Zusammenhalt einer Gemeinschaft und spielen eine zentrale Rolle in formellen und informellen Netzwerken. In vielen regionalpolitischen Initiativen und lokalen Aktionsgruppen, wie z.B. LEADER+ Aktionsgruppen sind Frauen oft sehr aktiv.

Die Bedeutung des territorialen Aspekts bei sozialen Beziehungen wird von Rifkin (2001) betont. Seiner Ansicht nach könne jede Kultur nur in einem geographischen Kontext existieren, denn nur dort wäre ein nötiges Maß an Vertrauen bzw. Intimität als Voraussetzung für soziale Bindungen und Empathie möglich. Der Mensch sei aufgrund seiner Natur stärker an den Raum gebunden als an die Zeit. Andererseits kommt es laut Giddens (1990) im Zeitalter der postmodernen bzw. reflexiv-modernen Globalisierung immer mehr zu einer Entbettung („disembedding“) von Raum und Zeit und damit zu einem Verlust an Vertrautheit zwischen Menschen, die in unmittelbarer Nähe zueinander leben. Telekommunikation und Internet brächten oft Personen einander näher, obwohl sie tausende Kilometer von einander entfernt leben als deren nächsten Nachbarn. Ein gutes Beispiel dafür sind weltweite soziale Kampagnen. Trotz allem stellen lokale ländliche Gesellschaften historisch gewachsene Gemeinschaften dar, was ihnen alleine jedoch noch lange keine Stabilität verleiht. Auch sie sind von neuen Technologien, geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und globalen Einflüssen ausgelösten kontinuierlichen Transformationsprozessen abhängig.

Insofern bleibt die romantisierende Annahme ein Mythos, dass ländliche Regionen weitgehend unveränderlich wären. Selbst in abgelegenen ländlichen Gebieten unterliegen die Lebensgrundlagen, die Bevölkerungsstruktur und der soziale Zusammenhalt einem ständigen Wandel. So stellt Territorialität nichts weiter als ein ideales Konstrukt, als eine soziale Konvention dar, insofern als sich Menschen subjektiv üblicherweise einem gewissen Verwandtschaftskreis und Raum zugehörig fühlen. Diese Verwurzelung zu einem geographischen Ort ist jedoch stark ideologiebehaftet, was wiederum nicht ganz unproblematisch erscheint, da uns gerade die Geschichte in den deutschsprachigen Ländern lehrt, dass man mit dem „Heimatbegriff“ sehr sensibel und sorgfältig umgehen muss. Die Sache ist noch komplizierter, da manche Personen eher eine tiefe Empathie zu einem bestimmten Territorium, andere eher zu einer sozialen Gemeinschaft oder zu beiden empfinden. Nach Rifkin (2001) kenne in einer traditionellen lokal begrenzten Gemeinschaft jeder jeden, wodurch die Grundstrukturen der individuellen Rolle schon sehr bald, meist in der frühen Kindheit festgelegt und für den einzelnen der zukünftige Lebensweg weitgehend vorhersehbar werden. Heutzutage gehen diese traditionellen Lebensmuster zu einem gewissen Grad, wenn auch nicht völlig, verloren. Jugendlichen werden nun eine höhere Bildung meist außerhalb ihrer Region und damit auch ein neuer Lebensstil, neue Werte und neue soziale Netz-

werke zuteil. Sollten sie zurückkehren, dann gelangen die TrägerInnen dieser neuen Werte und Vorstellungen in den Spannungsprozess zwischen traditionellem und modernem Leben. Trotz der elektronischen Medienrevolution scheint in vielen ländlichen Gemeinden noch eine starke territoriale Verwurzelung gegeben. Enge soziale Beziehungen und lange andauernde persönliche und reziproke Erfahrungen, Verantwortlichkeiten und Abhängigkeiten in einem überschaubaren abgegrenzten Raum steigern das Sozialkapital.

Man sollte dabei aber auch die vielen Schattenseiten dieses „*territorialen Imperativs*“ (Greverus 1972) nicht außer Acht lassen<sup>3</sup>. So sehr auch lokale Gemeinschaften ihre BewohnerInnen umschließen und ihnen in der Not Hilfe zuteil werden lassen, so sehr sind diese engen Beziehungen oft auch Grund für soziale Ausgrenzung. Personen, die sich nicht in das strikte Regelwerk an Normen und Werten einfügen können oder wollen, laufen Gefahr von der dominanten Gemeinschaft sozial geächtet und ausgeschlossen zu werden. Dies betrifft v. a. Jugendliche und Personen mit abweichenden Lebensstilen, kulturellen Werten oder weltanschaulichen Überzeugungen. Jene die nicht am lokalen Vereinsleben teilnehmen oder die bestehenden Hierarchien akzeptieren, erfahren diese Schattenseiten zuallererst (Dax und Machold 2003; Wiesinger 2000). In diesem Sinne kann ein starkes lokales Sozialkapital auch dazu führen, dass Menschen von außerhalb nur schwer Akzeptanz und Zutritt finden und dadurch viele Innovationen in der Region erschwert werden.

Ein weiterer von *Putnam* (1993; 2000) betonter Aspekt, liegt in der Gefahr des Klientelismus und der Vetternwirtschaft, welche die Enge dörflicher Gemeinschaft in sich birgt. Das Fehlen an horizontaler Solidarität wäre ein Zeichen unzureichenden Sozialkapitals, da dann diese negativen vertikalen Abhängigkeiten notgedrungen für jeden einzelnen zu einer wichtigen Überlebenstrategie werden. Klientelistische Abhängigkeiten sowie undemokratische autoritäre Entscheidungsstrukturen können zwar eine Zeitlang durchaus zu erfolgreichen Entwicklungsprozessen führen, als eine nachhaltige Strategie kann dies aber nicht angesehen werden. Denn sobald die wenigen zentralen EntscheidungsträgerInnen ausfallen, werden sich der unharmonische Charakter und die soziale Fragmentierung der Gemeinschaft offenbaren. Eine erfolgreiche regionale Entwicklung bedingt daher nicht zwangsläufig ein hohes Ausmaß an Sozialkapital, denn kurzfristig wenn auch nicht nachhaltig lassen sich Entwicklungsprozesse auch autoritär über undemokratische Direktiven steuern. Für längerfristige, nachhaltige Entwicklungen sind allerdings demokratisch-partizipatorische Prozesse unabdingbar.

## 7.2 Das Schema

Politische Entscheidungen haben einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung von Sozialkapital, sowohl in positiver als auch in negativer Weise. Maßnahmen können den ökonomischen und sozialen Zusammenhalt sowie die Bildung von Netzwerken und damit von Sozialkapital fördern, andererseits kann die Schaffung verschärfter Konkurrenzsituationen auch dazu beitragen, dass die ländlichen

---

3. Für Greverus ist Heimat ein so genannter "territorialer Imperativ" im Sinne einerseits einer für die Menschen unabdingbar raumabhängigen Verhaltensforderung, zum anderen aber auch als ein Gebot für alle jene Instanzen, die das kulturfähige und -abhängige Wesen Mensch mit immer neuen Angeboten und Verbots belegen, ihm die Befriedigung dieser Bedürfnisse *in* und *an* einem Raum zu gewährleisten (M. Neumeyer, Heimat. Zu Geschichte und Begriff eines Phänomens 1992, 116).

BewohnerInnen in GewinnerInnen und VerliererInnen gespalten werden und dadurch die soziale Solidarität und das Sozialkapital zerstört wird. Schubert gibt in *"Farming's New Feudalism"* (2005) dafür ein Beispiel aus der US-Landwirtschaft. Große Kapitalgesellschaften wären dabei, sich zu Agrargiganten, zu den neuen Herrschern der Felder zu entwickeln indem sie sich biologische (Gen- und Biotechnologie) und sozial-rechtliche Maßnahmen (Patentrecht) zu Nutze machten. In Folge des Konkurrenzdrucks und der Erfordernisse neuer Märkte würden auch die bäuerlichen Familienbetriebe zunehmend von gentechnologisch verändertem Saatgut abhängig. Sie hätten nur die Wahl aufzugeben oder zu wachsen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Schubert fragt sich, ob die moderne industrielle Landwirtschaft nicht eine neue Form von Feudalismus repräsentiere, eine Landwirtschaft gespalten zwischen Feudalherren und Untertanen.

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, anhand eines Schemas, den Zusammenhang zwischen Sozialkapital und regionalpolitischen Maßnahmen darzustellen.

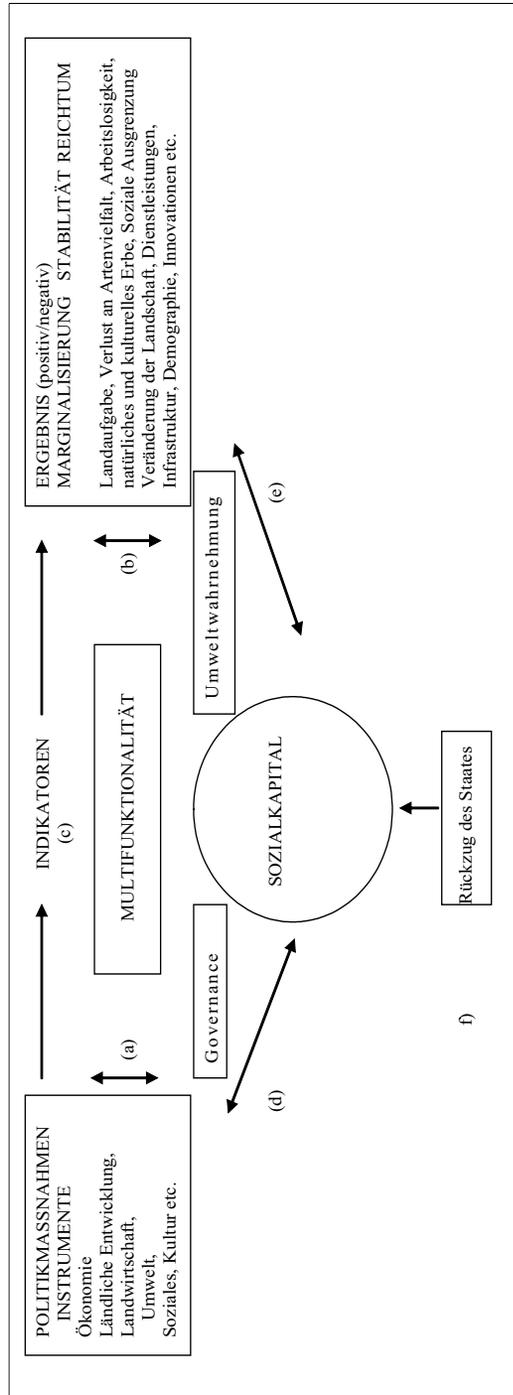
Das Schema bezieht sich idealtypisch auf eine eng umgrenzte Gemeinschaft auf lokaler Ebene. Auf eine genaue Festlegung dieses lokalen Referenzrahmens wurde bewusst verzichtet, da er für die idealtypische Annahme nicht sonderlich maßgeblich ist. Für die Perzeption des Raumes sind neben geographischen auch individuell-soziologische Faktoren maßgeblich (Löw 2001). Darüber hinaus muss man sich auch der Vielzahl überregionaler Einflüsse und Abhängigkeiten bewusst sein. Sowohl globale Prozesse als auch allgemein-politische Maßnahmen ohne einen expliziten Fokus auf einen bestimmten umgrenzten Raum bilden den institutionellen Rahmen für lokale Entscheidungsprozesse.

Unter der Kategorie Politikmaßnahmen (a) werden alle politischen Steuerungsprozesse im Bereich der Agrar-, Umwelt-, Regional-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik etc. subsumiert. Als Instrumente werden alle Mittel für die Umsetzung dieser politischen Maßnahmen definiert.

Als Multifunktionalität kann man allgemein sämtliche Folgen bzw. Nebenwirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten auf lokaler Ebene bezeichnen, die über das eigentliche beabsichtigte Produkt oder die Wirkung hinausgehen. Oft stellen diese Folgen und Wirkungen in ihrem Charakter öffentliche Güter oder Leistungen dar, wie etwa der Schutz von Landschaften, die Verhinderung von Abwanderung aus peripheren Regionen oder die Schaffung einer ausgewogenen und lebensfähigen ländlichen Region. Der Multifunktionalität kommt daher in allen politischen Entscheidungsprozessen eine zentrale Bedeutung zu und sie muss daher auch entsprechend berücksichtigt werden.

Marginalisierung (b) soll in einem breiten Sinn als ökonomischer, ökologischer, und soziokultureller Niedergang definiert werden. Im klassischen Ansatz werden die Auswirkungen von Politikmaßnahmen mittels quantitativer statistischer Indikatoren analysiert und Marginalisierungsschwellen (c) festgelegt. Mit statistischen Daten können aber nur bis zu einem bestimmten Grad die Korrelationen zwischen den Wirkungsfaktoren und einem bestimmten Ergebnis in einer Region erklärt werden.

Abbildung 1: Sozialkapital und Ländliche Entwicklung



Quelle: Wiesinger 2006

So können bestimmte Politikmaßnahmen in einer Region sehr erfolgreich sein, in einer anderen mit ähnlichen physikalischen und ökonomischen Voraussetzungen jedoch nicht. Modelltheoretisch als auch empirisch lassen sich zumindest vier verschiedene Wirkungszusammenhänge feststellen, abgesehen von allen jenen Fällen, in denen sich überhaupt keine Wirkungen nachweisen lassen. Ein nach der klassischen ökonomischen Theorie zweckrationales Bündel an Maßnahmen (+) kann einerseits zur Verbesserung der Situation in einer Region beitragen (+) oder auch nicht (-). Fehlende oder ungeeignetes Bündel an Maßnahmen (-) kann zur Marginalisierung (-) führen oder wider jeglicher Erwartung die Situation sogar verbessern (+). Die Korrelationen zwischen (+) und (+) als auch zwischen (-) und (-) erscheinen logisch. Interessanter sind die anomischen Verhältnisse zwischen (+) und (-) aber auch (-) und (+) auf die im Folgenden die Aufmerksamkeit gelenkt werden soll und bei denen das Sozialkapital-konzept als Bindeglied und Erklärungsmuster eine Bedeutung haben könnte.

Politische Instrumente und Maßnahmen können gewisse Auswirkungen auf die Schaffung und Schwächung von Sozialkapital haben. Die Beziehung zwischen der Politik und dem Sozialkapital wollen wir im Diagramm als „Governance“ (d) bezeichnen. Lokale und regionale „Governance“ bilden das institutionelle Gebäude für alle diese Interaktionen. Governance verweist auf die Situation, dass die Festlegung als auch die Umsetzung von Politik zunehmend im engen Zusammenwirken zwischen dem öffentlichen Sektor, dem Markt und den AkteurInnen der Zivilgesellschaft vonstatten geht und dass partizipative Elemente immer mehr starre Kontroll- und Ordnungsstrukturen ersetzen.

Letztlich kann das Feld zwischen dem Sozialkapital und einem bestimmten Ergebnis bzw. einer bestimmten Situation in einer Region als „Umweltwahrnehmung“ (e) definiert werden. Da Sozialkapital von den BewohnerInnen einer Region geformt und daher mit diesen inhärent ist, ist es auch entscheidend, wie eine bestimmte ökonomische, soziokulturelle oder ökologische Situation wahrgenommen und beurteilt wird. Bestimmte Gegebenheiten werden von unterschiedlichen Gruppen verschieden wahrgenommen. Während die einen etwas als Problem sehen, gilt dies für andere wiederum nicht. In Hinblick auf ein Veränderungs- und Steuerungspotenzial lassen sich hier Zusammenhänge mit dem „Governance“ System feststellen. Eng im Zusammenhang mit diesem System steht die Gouvernementalität. Foucault (1979) bezeichnet *Gouvernementalität* als jede Form von Machtbeziehungen, die das Verhalten von einer Person oder Personen prägen, beeinflussen oder verändern oder auch die Gesamtheit der Prozeduren, Techniken, Methoden, welcher die Lenkung der Menschen untereinander gewährleistet. Nach Foucault sind wir trotz liberaler Rahmenbedingungen und Erziehung letztendlich alle nicht so frei und autonom wie wir glauben. Die persönliche Identität wird von anderen über offizielle Diskurse, Feldstrukturierungen, Macht und Wissen geschaffen.

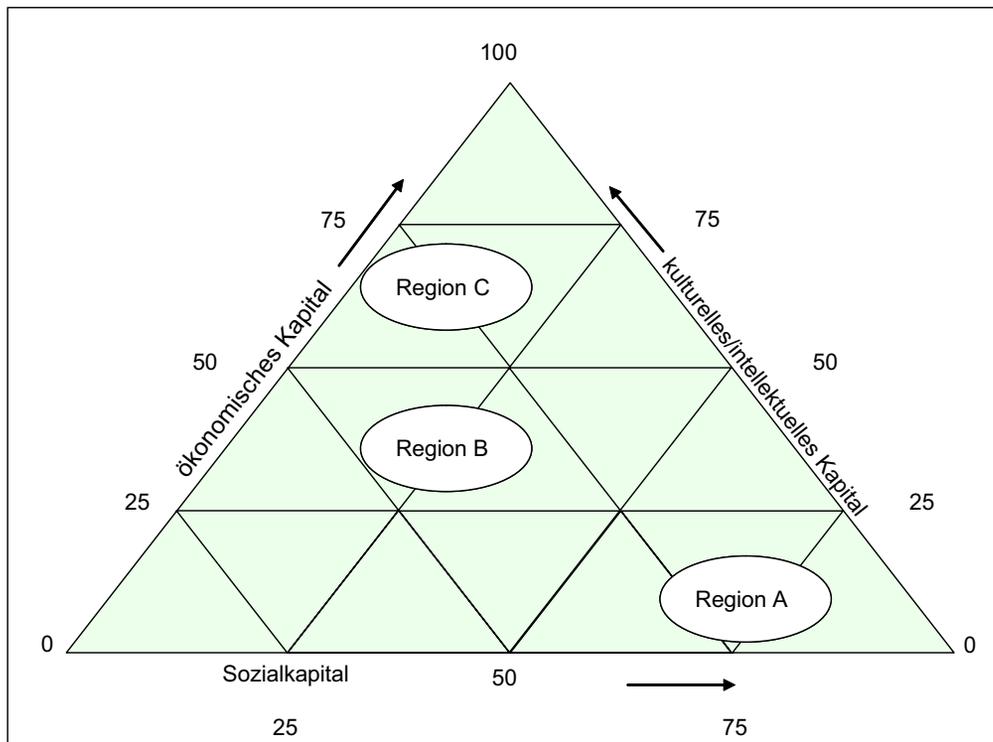
Die Umweltwahrnehmung kann von Personen sehr unterschiedlich sein. Als Einflussfaktoren können dabei das Alter, Geschlecht, der berufliche Hintergrund, Bildungsgrad, bestimmte Lebenserfahrungen etc. eine Rolle spielen. Marginalisierungsprozesse, Veränderung der Landschaft, der Landnutzung, ökonomische als auch soziokulturelle Probleme können zu einer Schwächung des Sozialkapitals beitragen, andererseits können ökologische und soziokulturelle Stabilität und ökonomischer Wohlstand die Schaffung von Sozialkapital erleichtern. Wohlstand und Entwicklung können aber auch traditionelle Sozialstrukturen verändern ohne neue entstehen zu lassen. Es gibt aber auch ökonomisch marginalisierte Regionen, die trotz allem ein hohes Maß an Sozialkapital verzeichnen. Hier stellt sich wiederum

die Frage, wie lange sich diese Situation z.B. angesichts einer massiven Abwanderung der jungen und aktiven Bevölkerung aufrechterhalten lässt.

Im gegenwärtigen neoliberalen Diskurs wird Sozialkapital in Bezug auf die Regionalentwicklung vielfach als eine Art endogenes Potenzial gegen Marginalisierung gesehen, welches es zu erschließen gilt. Während sich der Staat immer mehr von bisher erbrachten öffentlichen Aufgaben zurückzieht (f), wird an das Sozialkapital, die Zivil-, bzw. Bürgergesellschaft appelliert, diese bislang öffentlichen Aufgaben zu übernehmen. Damit ergibt sich aber auch die Gefahr, dass das Sozialkapital gerade durch diese partizipativen Erwartungen geschwächt wird, v. a. dann wenn an die Bevölkerung und an die lokalen sozialen Netzwerke zu hohe Ansprüche an die zivilgesellschaftliche Solidarität gestellt werden.

Aus dem dargestellten Schema lassen sich weitere Schlüsse und Fragen ableiten. Man könnte zum einen hinterfragen, ob Sozialkapital tatsächlich das entscheidende Vehikel für den Erfolg oder das Misslingen von entwicklungspolitischen Maßnahmen in ländlichen Regionen ist, ob nicht erfolgreiche Strategien gegen Marginalisierungsprozesse auch ohne dieses Konzept erreicht werden können, oder ob es nicht weitere mögliche Erklärungsansätze gibt.

**Abbildung 2: Regionstypen entsprechend der Verteilung einzelner Kapitalsorten  
(nach Bourdieu, 1986)**



Quelle: Wiesinger 2006

Dazu sollen zunächst drei idealtypische Regionen (Region A, B und C) definiert werden, dies sich durch eine unterschiedliche Verteilung und Verfügbarkeit der Kapitalsorten nach Bourdieu (1986) auszeichnen. Anschließend sollen die verschiedenen Implikationen wie z.B. die Umweltwahrnehmung, die sich daraus ergeben, diskutiert werden. Diese Regionen stellen idealtypische Fälle dar, d.h. dass sich aus dem Modell aufgrund der vielen Kombinationsmöglichkeiten (ökonomisches, kulturelles/intellektuelles und soziales Kapital) eine praktisch unbegrenzte Zahl weitere Typen ableiten ließe.

Im Folgenden sollen drei idealtypische Regionen für Mitteleuropa beschrieben werden, welche sich alle durch relativ geringe Distanzen zu den alten zentralen Orten und Städten charakterisiert lassen.

- ◆ *Region A: **Marginalisierte entlegene ländliche Region*** mit geringem ökonomischen und kulturellem/intellektuellem Kapital (geringe Ausbildung, Brain Drain, hohe Arbeitslosigkeit, Überalterung, Abwanderung, Niedergang der Landbewirtschaftung, Verwaldung und Aufforstung) aber mit einem sehr starkem Sozialkapital (Vereinsleben, gegenseitiges Vertrauen, funktionierende Nachbarschaft, Einhaltung von Normen)
- ◆ *Region B: **PendlerInnenregion*** die weniger entlegen und ökonomisch marginalisiert ist; das ökonomische und kulturelle/intellektuelle Kapital ist hier stärker entwickelt als in der Region A, das Sozialkapital jedoch geringer; wegen der leichteren Erreichbarkeit im Vergleich zu Region A liegt der PendlerInnenanteil bei der jüngeren, aktiven Bevölkerung hoch; die PendlerInnen haben wenig Zeit, sich auf lokaler Ebene zivilgesellschaftlich zu engagieren; die Lage der Landwirtschaft ist ambivalent, einerseits geographisch und klimatisch günstiger, d.h. Aufgabe der Landbewirtschaftung, Verwaldung und Aufforstungen sind seltener; andererseits kann aber die Nutzungskonkurrenz seitens der Industrie und eines entwickelten tertiären Sektors zu einem Rückgang landwirtschaftlicher Flächen führen.
- ◆ *Region C: **Periurbane Region*** mit vielen städtischen Zuwanderern, ZweitwohnungsbesitzerInnen und TagespendlerInnen, welche in der Regel nur relativ geringes Interesse an einer Teilnahme am lokalen Gemeindeleben haben; das ökonomische und kulturelle/intellektuelle Kapital ist wesentlich höher als in Region A oder Region B; das Sozialkapital jedoch deutlich niedriger; der Niedergang des Sozialkapitals ist nicht wie in Region damit verbunden, dass die lokale Bevölkerung pendelt, sondern dass der hohe Anteil an städtischen ZuwandererInnen die traditionellen sozialen Netze beeinflusst oder verändert. Menschen, die in der lokalen Gemeinschaft aufwuchsen und dort verankert sind, leben in einer anderen Welt als jene mit einem oft sehr unterschiedlichen soziokulturellen Hintergrund, die erst später in diese Region kamen (Burnett 1998).

In Hinblick auf die Kapitaltheorie Bourdieus zeigen Region B und C eine Schwächung des lokalen Vereinslebens, des gegenseitigen Vertrauens und des kulturellen Lebens, in der Region A wird das Gemeinschaftsleben durch ein starkes Sozialkapital zusammengehalten trotz kultureller und ökonomischer Marginalisierung. Obwohl in Hinblick auf eine soziale Marginalisierung die Situation in Region A sich günstiger zeigen mag als in den beiden anderen Regionen, kann man davon ausgehen, dass diese Situation nur eine kurzfristige, vorübergehende sein wird. Eine soziale Nachhaltigkeit erscheint aufgrund fehlender ökonomischer Dynamiken, Beschäftigungsmöglichkeiten und Abwanderung der besser ausgebildeten Jugendlichen längerfristig unwahrscheinlich. Irgendwann können das Gemeindeleben

und die lokalen sozialen Netzwerke mangels aktiver Personen nicht mehr aufrecht erhalten werden. Dann wird der Punkt einer allgemeinen Marginalisierung erreicht.

Diese Regionstypologie ermöglicht das Aufstellen einer Reihe weiterer Überlegungen und Schlüsse. Interessant erscheint z.B. die Frage, wie die jeweilige lokale Bevölkerung in den unterschiedlichen Regionen A, B und C ihre wirtschaftliche, soziokulturelle und ökologische Situation einschätzt. Gibt es umgekehrt auch einen Einfluss der jeweiligen wirtschaftlichen, soziokulturellen und ökologischen Situation auf das Bewusstsein und die Einstellungen der lokalen Bevölkerung? Wenn wir z.B. das Verhältnis zwischen Sozialkapital und der Umweltsituation (natürliche Landschaften, Artenvielfalt etc.) betrachten, könnte man unter Berücksichtigung aller vorhin angestellter Überlegungen die Hypothese formulieren, dass die lokale Bevölkerung in der Region A ihre natürliche Umwelt stärker unter einem Nützlichkeitsaspekt betrachtet, d.h. die natürliche Umwelt als eine Ressource, die es v. a. zu nutzen gilt. Lokale BewohnerInnen der Region B und v. a. städtische ZuwandererInnen aus der Region C könnten ihre natürliche Umgebung hingegen stärker unter einem Schutzaspekt wahrnehmen, d.h. der Gedanke des Landschafts- und Umweltschutzes könnte ihre leitendes Ziel sein. BewohnerInnen der Region B könnten einem dichotomen Muster unterliegen. Da diese Region einerseits stark von der Land- und Forstwirtschaft dominiert wird, könnte der Umweltnutzungsaspekt eine zentrale Bedeutung haben, andererseits hat aber auch der Schutzaspekt einen großen Stellenwert. Hohes kulturelles bzw. intellektuelles Kapital eröffnet einen stärkeren Umweltzugang unter dem Gesichtspunkt der landschaftlichen Schönheit, einer wilden, unberührten Natur aber auch der Ruhe.

### 7.3 Die Entzauberung des Sozialkapitals – eine Debatte und einige Schlüsse

Welche konkreten Schlüsse lassen sich aus diesem im Rahmen des EUROLAN Forschungsprojektes entwickelten Konzept ziehen? Ist Sozialkapital als „Missing Link“, als Muster zur Erklärung der relativ geringen Korrelation zwischen Entwicklungsanstrengungen und einem erfolgreichen Ergebnis in einer ländlichen Region überhaupt geeignet? Ist Sozialkapital ein probates Mittel, mit welchem strukturelle Defizite kompensiert werden können und welche Rolle spielt Multifunktionalität dabei? Welche Bedeutung haben die territoriale Wahrnehmung, die Zivilgesellschaft und Gouvernementalität (Foucault 1979) für eine ökonomische, soziokulturelle und ökologische Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene?

Multifunktionalität soll nicht nur unter dem Aspekt der Landwirtschaft sondern in einem viel breiteren Sinn als jede Form wirtschaftlicher Aktivität in ländlichen Regionen definiert werden. Sie kann sowohl positive als auch negative Externalitäten verursachen als auch Menschen und materielle Ressourcen miteinander verbinden (Wiesinger und Dax 2003). Die Multifunktionalität eröffnet Möglichkeiten für die Nutzung lokaler Potenziale und Abwendung negativer Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Natur. Für das Entstehen von Sozialkapital sind gedeihliche ökonomische, soziokulturelle und ökologische Bedingungen förderlich. Putnam (2000) weist darauf hin, dass „gut miteinander integrierte Individuen in einer schlecht integrierten Gesellschaft nicht so produktiv sein könnten wie in einer gut integrierten Gesellschaft. Selbst schlecht integrierte Individuen in einer gut integrierten Gesellschaft könnten noch von ‚Spill-Over-Effekten‘ profitieren“. Dieses Zitat zeigt deutlich die Grenzen des Sozialkapitalkonzepts als Instrument für die ländliche Entwicklung auf. Unter ungünstigen Rahmenbedin-

gungen sind negative Ergebnisse zu erwarten, welche durch Sozialkapital kaum kompensiert werden können. Jedenfalls werden außerordentlich große Anstrengungen notwendig sein, die Probleme zu beseitigen. Gleichzeitig stellt Sozialkapital ein wertvolles Gut dar. In einer integrierten Gesellschaft, die reich an Sozialkapital ist, kann ländliche Entwicklung leichter in die Wege geleitet werden.

Obwohl das Ausmaß an lokalem Sozialkapital bei der ländlichen Entwicklung eine entscheidende Rolle spielen könnte, sollte sein Einfluss nicht überbewertet werden. Sozialkapital allein kann nicht alle Probleme beseitigen, es erleichtert nur die Nutzung der lokalen natürlichen, materiellen Ressourcen, die Schaffung sozialer Netzwerke, gegenseitiges Vertrauen und einer Zivilgesellschaft. Abgesehen von diesen positiven Aspekten sollten aber auch die Schattenseiten eines hohen Sozialkapitals nicht außer acht gelassen werden. Enge soziale Netzwerke und festgelegte strenge gemeinsame Normen erweisen sich generell zwar vorteilhaft für alle innerhalb der Gruppe, Menschen, die sich außerhalb des strikten Regelwerks an Normen und Werten stellen, werden in ländlichen Regionen andererseits aber auch leichter ausgeschlossen als in einem urbanen Umfeld. Ein entwickeltes Sozialkapital kann auch dazu führen, dass Menschen von außerhalb nur schwer Zutritt erlangen und viele Innovationen in der Region unterbunden werden. Je homogener eine Gemeinschaft ist, desto schwieriger wird es für Zuwanderer, akzeptiert zu werden. Lokale Gemeinschaften mit einem starken Bevölkerungsaustausch, wie etwa in den periurbanen Regionen sind zwar weniger stark integriert, in der Regel aber auch toleranter.

Im Zeitalter der Globalisierung sind ländliche Regionen weit reichenden Transformationsprozessen unterworfen, die nicht selten einen erheblichen Einfluss auf die lokalen sozialen und gesellschaftlichen Strukturen zeitigen. Viele dieser Entwicklungen wirken sich negativ auf die Bereitschaft für zivilgesellschaftliches Engagement aus. Die Menschen haben immer weniger Zeit, sich in Vereinen zu betätigen, Fernsehen, Telekommunikation und Internet erzeugen virtuelle Nachbarschaften. Es ist heute nicht mehr notwendig, sich miteinander zu vernetzen, um das notwendige Maß an Gütern, Unterhaltung und Information zu erhalten. Mit dem Verlust an lokalen Dienstleistungen, Infrastrukturen, Geschäften, Wirtshäusern etc. gehen auch Versammlungsplätze verloren und damit auch Gelegenheiten sich sozial auszutauschen.

Abschließend sollen in einer kritischen Replik kursorisch einige weitere Gedanken zur Bedeutung von Sozialkapital für die ländliche Entwicklung im Sinne Putnams erörtert und Vorschläge für eine bessere Adäquatheit bei der Umsetzung des Konzepts getroffen werden.

- ◆ Putnam's Konzept erweist sich in einigen Bereichen als unzulänglich. Insbesondere der von ihm zur Messung von Sozialkapital vorgeschlagene Indikator Anzahl der Vereine bzw. Vereinigungen durch die Anzahl der lokalen Bevölkerung (Putnam 1993) sagt wenig über die Art und die Qualität dieser Vereine. Er gibt wenig Aufschluss darüber, inwieweit die Interessen der einzelnen Fraktionen in der lokalen Bevölkerung dadurch wirklich angesprochen werden. Einerseits ist es möglich, dass einzelne Personen in einer Vielzahl von Vereinen aktiv sind, während andere überhaupt ausgeschlossen bleiben (z.B. Frauen, Jugendliche, soziale, kulturelle, religiöse und ethnische Minderheiten)
- ◆ Aufgrund dieser Tatsache müssen in dieser Debatte Gender - Fragen als zentral betrachtet werden. Die Verteilung des Sozialkapitals zwischen Männern und Frauen mag genauso ungleich sein, wie die Verteilung der einzelnen Kapitalsorten nach Bourdieu (1986). In vielen Europäi-

schen ländlichen Regionen stellen Frauen die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung dar, zumindest während der Woche, wenn ihre Ehemänner zur Arbeit pendeln. Diese Frauen entwickeln dann ihre eigenen frauenspezifischen Netzwerke. Dies ist häufig in Mitteleuropa der Fall. In Skandinavien ist die Situation hingegen oft umgekehrt. Hier sind es häufig die Frauen, die pendeln und die Männer jene, die zuhause Landwirtschaft betreiben. Frauen wandern dann auch häufiger ab und lassen die Männer in den ländlichen Regionen zurück.

- ◆ Sozialkapital darf nicht als eine in sich konstante und stabile Gegebenheit betrachtet werden. Sozialkapital ist wie jedes Kapital ständig in Bewegung und Veränderungen unterworfen. Veränderungen können dabei sowohl von innen als auch von außen erfolgen. Sozialkapital muss sich deshalb auch in den ländlichen Regionen den neuen (globalen) Herausforderungen und Entwicklungen anpassen. Neue Formen kollektiver Organisation, d.h. neue Formen zivilgesellschaftlicher Beteiligung bzw. modifizierten Sozialkapitals, werden notwendig sein, um auf die neuen Entwicklungen bessere reagieren zu können. Diese Überlegung gilt es etwa bei der gegenwärtigen Diskussion um die Aufrechterhaltung von Infrastrukturen und Dienstleistungen in den ländlichen Regionen zu berücksichtigen.
- ◆ Trotzdem darf nicht außer acht gelassen werden, dass politische Maßnahmen eher geeignet sind, lokales Sozialkapital zu zerstören als zu schaffen. Das Schließen von Bahnlinien, Postämtern, öffentlicher Dienstleistungen zerstören auch viele lokale gemeinschaftliche Strukturen. Die Zivilgesellschaft in Form des lokalen Sozialkapitals kann diesen Verlust in Folge des staatlichen Rückzugs kaum oder nur schwer kompensieren. Die ländliche Entwicklung erfordert eine stabile Grundlage, d.h. eine *Hardware* in Form stabiler institutioneller Infrastrukturen. Sozialkapital kann quasi als *Hardware* ohne diese *Software* nicht existieren. Bereits Putnam (2000) weist darauf hin, dass „Sozialkapital eine Tendenz hat, sich selbst zu vermehren und jene zu begünstigen, die bereits welches haben“.
- ◆ Sozialkapital kann sehr wohl durch politische Maßnahmen gefördert werden, wie z.B. über die Schaffung institutioneller Strukturen, die Förderung von Kooperationen, Bildung und Ausbildung oder Aktionen, welche das Vertrauen untereinander stärken. Beispiele dafür sind regionalpolitische Gemeinschaftsinitiativen, wie z.B. die LEADER-Programme der EU.
- ◆ Gerade in den neuen EU Mitgliedstaaten Mittel- und Mitteleuropas hat die Diskussion um Sozialkapital eine immanente Bedeutung. Štulhofer (2000) verglich die Entwicklung des Sozialkapitals in mehreren ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas mit jenen in Westeuropa. In diesen ehemals sozialistischen Ländern wurden in der ländlichen Bevölkerung die traditionellen Bande des gegenseitigen Vertrauens und das Zusammengehörigkeitsgefühl durch Kollektivierung der Landwirtschaft und Industrialisierung weitgehend zerstört oder zumindest sehr stark geschwächt. In Folge zerstörten die politischen Transformationsprozesse Anfang der 1990er Jahre die an Stelle der traditionellen Netzwerke getretenen kollektivistischen sozialistischen Strukturen. Dies führte dazu, dass das Sozialkapital heute in diesen Ländern sich als äußerst schwach erweist. Gerade hier könnten Maßnahmen zur Förderung von Sozialkapital eine große Rolle bei der Bekämpfung ländlicher Marginalisierung haben.

In diesem Beitrag wurde anhand eines Schemas der Versuch unternommen, den tatsächlichen Stellenwert von Sozialkapital für die ländliche Entwicklung in allen möglichen Facetten aufzuzeigen. Generell lässt sich dabei sagen, dass Sozialkapital dazu durchaus einen wichtigen Beitrag leisten kann, welcher von den politischen EntscheidungsträgerInnen und lokalen AkteurInnen gebührend berücksichtigt werden sollte. Die Bedeutung darf aber auch nicht überbewertet werden. Der Wirkungsfähigkeit von Sozialkapital sind enge Grenzen gesetzt. Gerade die vielen Schattenseiten des Sozialkapitals dürfen nicht ignoriert werden. Sozialkapital ist quasi nur ein Software-Paket neben vielen anderen für eine erfolgreiche ländliche Entwicklung. Notwendig ist auch eine funktionsfähige Hardware in Form von Infrastrukturen und Dienstleistungen. Ohne diese Hardware lässt sich die Software nicht erfolgreich installieren.

## 7.4 Literatur

- Árnason, Arnar, Lee, Jo, Shucksmith, Mark, (2004): Understanding networks and social capital. In: European rural development. Improving Living Conditions and Quality of Life in Rural Europe, EU Conference. Westport, Ireland.
- Bourdieu, Pierre (1979): La distinction. Critique sociale du jugement. Paris: Édition de Minuit.
- Bourdieu, Pierre (1986): The Forms of Capital. In: Richardson, John (Ed): Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education. New York: Greenwood Press. 241-258.
- Burnett, Kathryn Anne (1998): Local Heroics: Reflecting on Incomers and Local Rural Development Discourses in Scotland. In: Sociologia Ruralis, Volume 38, No. 2/1998. 204-224.
- Coleman, James S. (1988): Social Capital in Creation of Human Capital. In: American Journal of Sociology, 94. 95-120.
- Foucault, Michel (1979): Geschichte der Gouvernementalität I. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978-1979. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fukuyama, Francis (1999): Social Capital and Civil Society. Paper prepared for the International Monetary Fund conference on Second Generation Reforms, Nov. 8-9, 1999. Washington D.C.
- Giddens, Anthony (1990): The Consequences of Modernity. Oxford: Basil Blackwell.
- Greverus, Ina-Maria (1972): Der territoriale Mensch. Ein literaturanthropologischer Versuch zum Heimatphänomen. Frankfurt am Main: Athenäum.
- Khol, Andreas (1999): Durchbruch zur Bürgergesellschaft. Ein Manifest. Wien: Molden Verlag.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Neumeyer, Michael (1992): Heimat. Zu Geschichte und Begriff eines Phänomens. Kieler Geographische Schriften, Bd. 84. Kiel.
- Norris, Pippa; Inglehart, Ronald (2003): Gendering Social Capital. Bowling in Women's Leagues? Harvard University, Cambridge MA.
- Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton New Jersey: Princeton University Press.

- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone: the Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Rifkin, Jeremy (2001): *The Age of Access. The New Culture of Hypercapitalism, Where All of Life is a Paid-for Experience*. New York: Jeremy P. Tarcher/Putnam - Penguin Putnam Inc.
- Schubert, Robert (2005): *Farming's New Feudalism. Consolidation and biotechnology shrink farmers' options*. *World Watch Magazine* May/June 2005.
- Štulhofer, Aleksandar (2000): *Dynamics of social capital in Croatia – 1995-1999*. Manuscript. University of Zagreb.
- Tillberg Mattsson, Karin; Stenbacka, Susanne (2004): *The Role of Social Capital in Local Development. The Case of Leksand and Rättvik, Sweden, National Report to Restructuring in Marginal Rural Areas (RESTRIM)*.
- Wiesinger, Georg, Dax, Thomas (2003): *Coping with Marginalisation and Multifunctional Land Use. Austrian national report of the EU-project "Strengthening the Multifunctional Use of European Land (EUROLAN)*. Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Wiesinger, Georg, Dax, Thomas (2004): *Coping with Marginalisation and Multifunctional Land Use. Austrian national case study report Neunkirchen of the EU-project "Strengthening the Multifunctional Use of European Land (EUROLAN)*. Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Wiesinger, Georg, Vihinen, Hilka, Tapio-Biström, Marja-Liisa, Fagarazzi, Laura (2005): *The role of social capital in rural development – Conclusions from a European project on marginalisation and multifunctional land use. Prepared for presentation at the ESRS XXI Congress, WG 8: Integration and disintegration of rural and agricultural policies, in Keszthely, Hungary*.
- Woolcock, Michael (1998): *Social capital and economic development: Toward a theoretical synthesis and policy framework*. In: *Theory and Society* 27. 151-208.

## 7.5 Zusammenfassung

Der zentrale Ausgangspunkt dieses Beitrags stellt die Tatsache dar, dass es in der regionalpolitischen Praxis vielfach schwierig ist, einen klaren kausalen Zusammenhang zwischen dem Umfang eingesetzter finanzieller Ressourcen, Instrumenten und Maßnahmen zu einem gewissen positiven Ergebnis herzustellen. So finden sich Regionen, in denen trotz großer Anstrengungen das Ergebnis der Regionalpolitik bescheiden ausfällt, andererseits aber auch Regionen, wo trotz fehlender Maßnahmen durchaus eine gewisse soziokulturelle Stabilität, sichere wirtschaftliche Lage und ökologische Nachhaltigkeit zu verzeichnen sind. Aus diesem Grund fällt es schwer, Indikatoren zu definieren, die einen eindeutigen kausalen Zusammenhang zwischen Einsatz und Erfolg herstellen könnten. Es stellt sich daher die Frage, ob und inwieweit das in jüngster Zeit intensiv diskutierte Konzept von *Sozialkapital* als Erklärungsmuster, d.h. als „Missing Link“ für diese komplexen Zusammenhänge Verwendung finden könnte. In diesem Beitrag wird der Versuch unternommen, Sozialkapital mittels eines theoretischen Modells mit der Regionalpolitik zu verbinden. Dabei werden die sich dabei ergebenden Erklärungsmuster, aber auch die Grenzen des Sozialkapitalkonzepts aufgezeigt und diskutiert.

## 7.6 Summary

One dilemma that frequently emerges in rural development is that a clear correlation between indicator information and the state of marginalization can not be verified or the information provided by indicators is not consistent to give a real picture of marginalization. Some regions with a very sparse population number, lack of policy measures, poor economic conditions and unfavourable climatic conditions prove to be more viable than others with much better circumstances. This begs the question from where does the observable dynamism stem from? Proper policy measures and environmental qualifications may to some extent be the reason that the situation is not as bad as some of the indicators would suggest. But social capital in terms of social networks and *generalized norms of reciprocity* might also play a crucial role. In some cases there is evidence that despite rather poor socio-economic indicators, a rapid decline in population and economic activities there are still strong ties between the local people stabilising social and cultural life. The paper targets at answering the question whether and to what extent may social capital serve as an explainer for the gap between instruments and measures applied and the state of rural development. For complying with this issue a new theoretical concept connecting policy measures and social capital will be presented and discussed.

### Dr. Georg Wiesinger

geb. 1962 in Steyr, Studium der Landwirtschaft in Wien, Promotion in Agrarsoziologie, Lehrbeauftragter an der Universität für Bodenkultur in Wien, Schriftführer der österreichischen Arbeitsgemeinschaft ländlicher Sozialforschung; Veröffentlichungen (Auswahl): Modelle einer Behindertenintegration im Bereich der Landwirtschaft (1991), Untersuchung zur Situation der Sozialen Betriebshilfe (1995), Struktur- und Wertewandel in der österreichischen Landwirtschaft (1999), Situationsanalyse zur ländlichen Armut (2000), Dörfliche Gemeinschaften und soziale Integration (2001), Ländliche Sozialforschung in Österreich (2004).

## 8. „motion to gender“ – geschlechterdemokratische Visionen für das Land

Theresia Oedl-Wieser

*„... solange Armut, Gewalt und Ausbeutung für viele Frauen weltweit tägliche Realität sind, so lange hat sich ‚die Frauenfrage‘ nicht erledigt. Je mehr Frauen und Männer sich aber jetzt für die Gleichheit engagieren, desto schneller wird sich die Frage tatsächlich erledigen. Im momentanen, augenscheinlich guten Tempo wird es nach Angaben der Vereinten Nationen noch bis zur Mitte dieses Jahrtausends dauern, bis Frauen in den Führungspositionen der Wirtschaft gleichberechtigt vertreten sein werden. Wer also die Vorstellung, noch exakt bis zum Jahr 2490 mit ‚der Frauenfrage‘ befasst zu sein, für ziemlich unerträglich hält, sollte sich heute engagieren.“ (Barbara Holland-Cunz 2003, 7)*

### 8.1 Einleitung

Das visionäre Leitbild einer geschlechtergerechten Gesellschaft, in der es einen kontinuierlichen und offenen Dialog über Gerechtigkeit, Partizipation und Gleichheit zwischen Frauen und Männer gibt und die auf die Umsetzung gleicher Rechte, Chancen und Pflichten für die Beteiligten in allen Lebenslagen zielt, ist nicht nur eine Vision unserer Zeit. Im Jahr 1791 hat Olympe de Gouges im Zuge der Französischen Revolution ihre „*Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin*“ verfasst. Darin heißt es „*Mann, bist du fähig, gerecht zu sein? ... Nur der Mann hat sich aus der Ausnahme ein Prinzip zurechtgeschneidert. Extravagant, blind, vor den Wissenschaften aufgeblasen und degeneriert, will er in diesem Jahrhundert der Aufklärung und des Scharfsinns, doch in krassester Unwissenheit, despotisch über ein Geschlecht befehlen das alle intellektuellen Fähigkeiten besitzt. ...*“ In dieser Erklärung, die in einer sehr deutlichen und dramatischen Sprache abgefasst ist, tritt Olympe de Gouges dafür ein, dass alle staatlichen und bürgerschaftlichen Aufgaben in gemeinsamer Verantwortung von Frauen und Männern gestaltet werden.

Im Jahr 2006, etwas mehr als 200 Jahre und zwei Frauenbewegungen später, ist die Gleichstellung der Geschlechter in unseren westlichen Gesellschaften zwar schon weit vorangeschritten, von geschlechterdemokratischen Verhältnissen sind wir jedoch noch weit entfernt. Wie aus dem Eingangszitat hervorgeht, sind das Tempo und das Engagement für die Geschlechtergleichstellung bislang völlig unzureichend. In diesem Beitrag werden in einer kritischen Revision die wichtigsten Meilensteine aber auch die Rückschläge zur Verwirklichung einer geschlechtergerechteren Welt skizziert. Ausgangspunkte für die Analyse sind dabei das Entstehen zivilgesellschaftlicher Bewegungen wie die *Zweite Frauenbewegung* in den 1970er Jahren und eine Serie thematischer UN-Konferenzen vorwiegend in den 1990er Jahren sowie deren Follow-up Konferenzen im neuen Jahrtausend. Auf diesen sollten Bausteine für einen globalen nachhaltigen und (geschlechter-)gerechten Gesellschaftsvertrag ausverhandelt werden.

In Zeiten der Globalisierung mit neoliberaler Wirtschaftspolitik und weltweiter Handelsliberalisierung ist „*motion to gender*“ notwendiger denn je. Die Umsetzung der Vision einer geschlechtergerechten, ökologischen und friedlichen Gesellschaft, wie sie in den 1970/80er Jahren mit großem Engagement von zivilgesellschaftlichen Bewegungen entwickelt wurde, ist unter diesen Bedingungen sehr schwierig geworden. Im Zuge des neoliberalen Globalisierungsprozesses findet eine grundlegende Transformation ökonomischer, politischer, gesellschaftlicher und kultureller Strukturen statt, die sich in der Her-

auslösung ökonomischer Prozesse aus sozialen und politischen Bindungen niederschlägt. Der Nationalstaat zieht sich zusehends aus den umfassenden sozialen Sicherungssystemen zurück – Stichwort „Wohlfahrtsstaat“ – und delegiert die soziale Verantwortung wieder vermehrt an Frauen – Stichwort „doppelte Privatisierung“ (Braunmühl v. und v. Winterfeld 2003, 60).

Zeitgleich werden Frauen im Globalisierungsprozess als „produktive Ressource“ oder „Reservearmee“ für den Arbeitsmarkt betrachtet, wobei sie oftmals – aber nicht immer – zu den VerliererInnen zählen. Die Globalisierung ist zwar nicht per se frauendiskriminierend, verschärft jedoch insgesamt die Tendenz zur Vergeschlechtlichung der Arbeitsteilung – je formalisierter die Arbeit, desto eher sind die Arbeitsplätze Männern vorbehalten und je informeller oder prekärer die Arbeit, desto eher sind Frauen davon betroffen. Die „gender regimes“ am globalen Arbeitsmarkt müssen jedoch überdies in Hinblick auf weitere Trennlinien gesehen werden wie etwa der Zugehörigkeit zu bestimmten Ethnien und Klassen (Wichterich 2000).

Im Zuge des weltweiten ökonomischen und politischen Restrukturierungsprozesses geht eine Entgrenzung des Nationalstaates vor sich. Die Erosion seiner Entscheidungsfähigkeit und die gleichzeitig stattfindende Entpolitisierung des Geschlechterverhältnisses führen zu einer Neuvermessung des politischen Raumes. Das Politikmodell von „Globale Governance“ erfreut sich zunehmend breiter Akzeptanz. Darin wirken in verschiedensten Vernetzungsformen miteinander verbundene staatliche und nicht-staatliche, privatwirtschaftliche wie zivilgesellschaftliche AkteurInnen zur Erarbeitung gemeinsamer Problemlösungen systematisch mit. Die Notwendigkeit von Global Governance wird mit dem Anwachsen grenzüberschreitender Probleme und dem Erfordernis, öffentliche Güter auf globaler Ebene zu bewahren, begründet. Es geht also darum, den Prozess der Globalisierung politisch zu gestalten. Für viele feministische Aktivistinnen, die in den internationalen Frauenbewegungen und in den NGO's im Prozess des Global Governance gestaltend mitwirken, sind die Themen *soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Geschlechterdemokratie* sowie deren Zusammenführung seit jeher ein zentrales politisches Anliegen (Braunmühl v. und v. Winterfeld 2003, 4; Holland-Cunz 2003, 242f).

In der Aktionsplattform der 4. UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking wurde die Bedeutung der Verknüpfung dieser Themen deutlich zum Ausdruck gebracht: *„Geschlechtergerechtigkeit ist ein konstituierendes Element von Demokratie und stellt eine Grundvoraussetzung für soziale und ökologische gerechte Entwicklung dar“*. Trotz intensiver globaler Verhandlungsprozesse gibt es derzeit jedoch kaum Dokumente von Konferenzen, die von einer weltweiten Verringerung der Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern im Bereich Arbeit, Bildung, Partizipationschancen, Eigentum und (sexualisierter) Gewalt berichten. Wie soll unter diesen Bedingungen fortschreitender neoliberaler Globalisierung die Vision einer geschlechtergerechten und -demokratischen Gesellschaft entwickelt und verwirklicht werden?

Die Frage nach der Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterdemokratie wird im Zentrum des Beitrages stehen. Zur thematischen Einstimmung werden eingangs drei gesellschaftlich relevante Diskurse – jene von *Geschlecht, Nachhaltigkeit und Vielfalt* – vorgestellt und gemeinsame Schnittstellen aufgezeigt. In weiterer Folge wird der Blick auf wichtige Brennpunkte des gesellschaftlichen Lebens und Arbeitens wie *Frauenrechte sind Menschenrechte, Frauen – Ökologie – Nachhaltigkeit, Feminisierung der Armut sowie Versorgungs- und Erwerbsarbeit* gerichtet, und es werden anhaltende „blinde Flecken“ der Ungleichheit der Geschlechter in unserer Gesellschaft aufgezeigt. Abschließend wird die

Vision einer geschlechterdemokratischen Gesellschaft vorgestellt und es werden Vorschläge zu deren Umsetzung speziell in ländlichen Regionen diskutiert.

## 8.2 Diskurse: Geschlecht – Nachhaltigkeit – Vielfalt

Im Jahr 1986 publizierte Ulrich Beck sein Buch *„Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne“* und lieferte damit eine Zeitdiagnose, die 20 Jahre später nichts an ihrer Dramatik verloren hat. Beck zeigte auf, wie mit der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unerwartete Folgeprobleme, Nebenwirkungen und Unsicherheiten einhergehen und in schleichende ökologische Bedrohungen und handfeste Katastrophen (Tschernobyl) ausarten. Neben der *Umweltbedrohung* beschreibt er weiters die *Auswirkungen der Geschlechterrevolution*, die in veränderten Mustern familialer Organisation, in neuen Biographieformen sowie im Brüchigwerden der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung ihren Ausdruck findet und thematisiert die *Entstandardisierung der Erwerbsarbeit* in den modernen westlichen Gesellschaften. Diese Entwicklungen bergen für ihn jedoch nicht nur Risiken sondern auch vermehrt Chancen und Optionen in Hinblick auf die Selbstgestaltbarkeit des Lebens.

Wenngleich die Wahlmöglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben für Frauen und Männer in unserer Gesellschaft zugenommen haben, so sind doch im Zuge der neoliberalen Globalisierung die Terraingewinne der Frauen der letzten Jahrzehnte gefährdet. Globalisierung ist kein automatischer oder zwingender Prozess, sondern das Ergebnis politischer Gestaltung mit den Eckpfeilern *Liberalisierung, Privatisierung und Flexibilisierung*. Eva Kreisky (2001) bezeichnet die neoliberale Globalisierung als Geschlechterpolitik schlechthin. So verringern sich beispielsweise durch die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse oder durch den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Elemente die Spielräume für eine geschlechtergerechte Aufteilung der Reproduktionsarbeit. Weiters werden Bemühungen um eine weltweit ökologisch nachhaltigere Wirtschaftsentwicklung durch die Verlagerung von Güterproduktionen in Länder mit billigeren Arbeitskräften (überwiegend Frauen) und schwächeren Umweltschutzbestimmungen sowie durch die enorme Ausweitung der Transportwege konterkariert.

Die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die in den späten 1960er und 1970er Jahren entstanden sind, wie die Frauen- und die Ökologiebewegung, haben durch ihr politisches, soziales und ökologisches Engagement die *„Risiken der modernen Gesellschaft“* thematisiert und auf die politische Agenda gebracht. Im Folgenden sollen nun drei, für die Vision einer geschlechtergerechten Gesellschaft relevante, Diskurse und deren mögliche Berührungspunkte dargestellt werden.

### Diskurs Geschlecht

Das Geschlecht oder gender<sup>1</sup> ist eine bedeutende soziale Strukturkategorie in unserer Gesellschaft. Sie beeinflusst nicht nur die realen Lebensbedingungen von Frauen und Männern, sondern sie bestimmt auch die vielfältigen Denksysteme, also die Vorstellungen über das Geschlecht in Organisationen, in den gesellschaftlichen Verhältnissen und Regelsystemen. Die bestehenden Geschlechterordnungen in unserer Gesellschaft, die traditionellerweise mit einer hierarchischen Vorstellung von der Überlegenheit des Mannes (Patriarchat) und einer männlichen Norm verknüpft sind, wurden im Zuge der Zweiten Frauenbewegung in Frage gestellt und es wurde massiv um eine Veränderung dieser geschlechterhierarchischen Strukturen gekämpft.

Im Zentrum von feministischer Mobilisierung und Politik waren die Selbstbestimmung über den eigenen Körper, die Skandalisierung von Gewalt in persönlichen und privaten Beziehungen, die Reform von Erziehung und Bildung im Sinne einer geschlechtergerechten Gesellschaft sowie die Etablierung von Gleichstellungsinstitutionen (Rosenberger und Sauer 2004, 256). Die Zweite Frauenbewegung war von sehr unterschiedlichen Strömungen, Zielsetzungen und politischen Interventionen geprägt. Die Kontroversen wurden immer wieder um die Bedeutungsachse von *Gleichheit* und/oder *Differenz* geführt (Gerhard 2005).

*Gleichheitsfeministinnen* setzen sich für die Gleichbehandlung und Gleichstellung der Geschlechter ein. Zentrale politische Forderungen aus dieser Position heraus sind die Gewährung und Sicherstellung gleicher Rechte für Frauen und Männer, die Gleichbehandlung beim Zugang zu verschiedenen sozialen Positionen, der Abbau von Barrieren, die eine gleichgestellte Partizipation an den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen erschweren (Chancengleichheit) sowie eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen (Gerechtigkeit).

*Vertreterinnen der Differenzperspektive* betonen, dass Frauen als politische und gesellschaftliche Subjekte Trägerinnen eines differenten Wertesystems sind, für das sie politisch und öffentlich eintreten. Frauen und Männer haben unterschiedliche Eigenschaften, Fähigkeiten, Identitäten und Potenziale. Ihr zentraler Kritikpunkt ist die Dominanz der männlichen Werte bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Die Differenzen zwischen Frauen und Männern sollten ihrer Meinung nach positiv bewertet und mit gleichen gesellschaftlichen Rechten ausgestattet werden.

Seit Ende der 1980er Jahre wurde die Debatte um „*Gleichheit versus Differenz*“ um eine breitere Diskussion über *Differenzen zwischen Frauen* erweitert. Nicht mehr Gleichheit oder Differenz, sondern Gleichheit und Differenz bilden die theoretische Grundlage politischer Überlegungen. Als neue politische Maxime ergibt sich daraus die Forderung nach *Gleichheit ohne Angleichung* (Cordes 1996, 24; Rosenberger und Sauer 2004, 254). In der feministischen Debatte um „Dekonstruktion und Heterogenität“ der 1990er Jahre wurde schließlich die *Vielfalt zwischen Frauen* zum zentralen Thema<sup>2</sup>.

Die politische Praxis zeigt, dass die Gleichstellung der Geschlechter nur durch eine Kombination von politischen Maßnahmen zu erreichen ist, die sowohl die Sicherung der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die Aufwertung des typisch Weiblichen als auch die Förderung von Geschlechtervielfalt zum Ziel haben. Seit Mitte der 1990er Jahre werden neue Konzepte für die Gleichstellungspolitik entwickelt und implementiert. Für den Bereich der Politik und der öffentlichen

---

1. „Gender“ ist der englische Begriff für das soziale Geschlecht eines Menschen im Unterschied zum biologischen Geschlecht. Gender verweist auf die gesellschaftlich geprägten Rollen von Frauen und Männern und bezieht sich auf die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Chancen und Risiken, die mit der Geschlechterzugehörigkeit verbunden sind. Mit dem sozialen Geschlecht sind Erwartungen, Eigenschaften, Rollenbilder, Handlungsmuster etc. gemeint, die aufgrund gesellschaftlicher Prozesse Männern oder Frauen zugeschrieben werden. Biologisch bestimmt ist beispielsweise (bisher noch) die Tatsache, dass Frauen Kinder gebären. Wer die Kinder vorrangig großzieht, ist demgegenüber sozial festgelegt – und damit auch veränderbar.

2. Dekonstruktion von Geschlechterdifferenz heißt, die Prozesse, die zur gesellschaftlichen Konstruktion des Gegensatzpaares Mann – Frau und dessen hierarchischer Bewertung geführt haben, aufzudecken.

Verwaltung ist vor allem das Konzept des *Gender Mainstreaming* von Bedeutung. Die Geschlechterperspektive soll zur Leitlinie des politischen Handelns und politischer Entscheidungen werden. Gender Mainstreaming als Top-down Strategie setzt *Gender-Kompetenz* bzw. *Gender-Sensibilität* der (politischen) AkteurInnen und EntscheidungsträgerInnen voraus (Cordes 2004, 716). Solange diese Kompetenz nicht erworben und umgesetzt wird, sind Zweifel an der Wirksamkeit des Konzepts angebracht. Weiters wird von Seiten der EU immer wieder betont, dass nur eine duale Strategie – also Gender Mainstreaming und gleichzeitig spezifische Maßnahmen für Frauen – zur Verringerung der Geschlechterungleichheiten zielführend ist (Oedl-Wieser 2006, 34ff).

## Diskurs Nachhaltigkeit

*Nachhaltigkeit* beruht auf der Langfristigkeit der Nutzung von natürlichen Ressourcen, d.h., dass innerhalb eines gegebenen Zeitraums nicht mehr Ressourcen verbraucht werden sollen als sie natürlich nachwachsen. Bereits Anfang der 1970er Jahre begann sich die Umweltfrage mit dem Erscheinen der Studie „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome, in der die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen prognostiziert wurde, zu „globalisieren“. Als Reaktion auf diese Studie und im Anschluss an die Weltumweltkonferenz 1972 in Stockholm wurde von der UNO das Umweltprogramm UNEP gestartet und der *Ecodevelopment-Ansatz* entwickelt, der Vorläufer der *Nachhaltigen Entwicklung*. Mit Ende der 1980er Jahre sind neben der Verknappung natürlicher Ressourcen die großen globalen ökologischen Probleme in den Vordergrund gerückt. Durch Zivilisationsmodelle und auf kontinuierliches Wachstum ausgerichtete Wirtschaftsmodelle werden globale Klimaveränderungen, der Verlust der biologischen Vielfalt, Süßwasserknappheit, Überfischung und Verschmutzung der Weltmeere und fortschreitende Entwaldung und Desertifikationen verursacht (Thorn 2002, 38f).

Im Brundtlandbericht, 1987 von der *Weltkommission für Umwelt und Entwicklung* publiziert, wird Nachhaltigkeit folgendermaßen beschrieben: „*Nachhaltigkeit ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen*“. Weiters wurde ein partizipatorisches und kooperatives Vorgehen unter Beteiligung staatlicher und zivilgesellschaftlicher AkteurInnen als sehr wichtig angesehen, um gemeinsam Lösungen für die zunehmende Verschränkung und wechselseitige Abhängigkeit ökologischer, ökonomischer und sozialer Problemlagen zu erarbeiten. Hinsichtlich der Etablierung eines globalen umwelt- und entwicklungspolitischen Leitbildes *Sustainability* können der Brundtlandbericht und die UN Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 (UNCED) als Meilensteine angesehen werden. Mit der zunehmenden Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an der globalen Diskussion um Nachhaltigkeit und gerechte Entwicklung eröffneten sich auch vermehrt Chancen für ein gender-politisches Mainstreaming dieser Debatte (Thorn 2002).

Feministische Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen in der (internationalen) Frauen-, Ökologie- und Friedensbewegung haben bereits seit den 1970er Jahren Analysen über die gemeinsamen Ursachen von Naturausbeutung und Frauendiskriminierung durchgeführt – etwa im deutschsprachigen Raum die Vertreterinnen der Bielefelder Schule *Maria Mies*, *Veronika Bennholdt-Thomsen* und *Claudia von Werlhof* – und Visionen einer geschlechtergerechten Gesellschaft entwickelt, die in Frieden und in einer intakten Umwelt zusammenlebt (Vinz 2005, 7). Es wurde also ein umfangreiches Repertoire an Wissen sowie Positionen und Strategien entwickelt, die in die internationale umwelt- und entwicklungspolitische

Debatte bei den UN Konferenzen in den 1990er Jahren eingebracht werden konnten (Braunmühl v. und v. Winterfeld 2003, 26).

Aber nicht nur das vorhandene Wissen sondern auch die Organisationsfähigkeit und Lobbyarbeit der internationalen Frauenumweltgruppen waren wichtige Voraussetzungen dafür, dass im Abschlussdokument der UNCED, in der Agenda 21, ein eigenes Kapitel über die Rolle von Frauen als Hauptakteurinnen (major group) in Nachhaltigkeitsprozessen enthält. In Kapitel 24: „Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung“ wurde Geschlechtergerechtigkeit als zentrale Aufgabe einer nachhaltigen Entwicklung definiert. Enttäuschung unter vielen Aktivistinnen herrschte allerdings über den Umstand, dass die Strukturen des vorherrschenden Entwicklungs- und Zivilisationsmodells in den Verhandlungen kaum kritisch hinterfragt wurden (Thorn 2002, 42f; Vinz 2005, 6).

### Diskurs der Vielfalt

Mit Ende der 1980er Jahre wurde die Abspaltung einer bereits stark professionalisierten, akademisch integrierten Frauenforschung von der politischen feministischen Praxis immer deutlicher. Die erstarkten postmodernen und poststrukturalistischen Denkformen, die die ältere Kritik am sozialen Geschlecht („gender“) durch eine radikale Kritik an der Konstruktion des biologische Geschlechts<sup>3</sup> („sex“) ergänzten oder gar ablösten, entpolitisierten weitgehend die feministische Theorie (Holland-Cunz 2003, 155f). Die Umorientierung im geschlechtertheoretischen Denken wird damit begründet, dass dieses Denken der modernen Gesellschaft und der Pluralität der weiblichen Lebenssituationen um einiges angepasster ist als die ahistorische Geschlechterontologie des „klassischen“ Feminismus (Heintz 1993, 25ff).

Frauen unterscheiden sich durch ethnische Zugehörigkeit, ihre Klassenzugehörigkeit, ihre Bildung, ihre kulturelle Herkunft, die Lebensform, die sexuelle Orientierung, ihre Ansprüche und Bedürfnisse<sup>4</sup>. Die durch diese Unterschiedlichkeiten bedingten stark variierenden Lebenssituationen der Frauen erlauben folglich kein einheitliches Konzept der „Frau“. In der Postmoderne lösen sich die klaren Identitäten, Grenzziehungen und linearen Welthierarchien auf und eine irreduzible Vielfalt und grundsätzliche Gleichberechtigung von Lebensformen, Werten und Perspektiven soll sich entfalten (Preglau 1998).

Die Infragestellung der (naturalistischen) „Wir-Frauen“-Kategorie führte zu sehr heftigen Debatten innerhalb der Frauenbewegung, da frauenpolitische Selbstverständlichkeiten, die mühsam errungen wurden, wieder öffentlich in Frage gestellt wurden. Fast unberührt von der postmodernen Orientierung feministischer Theorie fand im Rahmen der UN-Konferenzen in den 1990er Jahren eine Internationalisierung der Frauenpolitik statt und es kam zur Pluralisierung der Frauenbewegungen und feministischen Initiativen von der lokalen bis zur globalen Ebene. Insbesondere für die Frauen in den Ländern

3. Poststrukturalistische feministische Ansätze verstehen sex nicht als biologisch präformierte Entität, sondern als Material kultureller Aneignung bzw. Konstruktion. Für sie existiert keine vordiskursive Zweigeschlechtlichkeit – sex wird zur „gendered category“ (Thorn, 2002, 41).

4. Die Theoriediskussion ging von „women on color“ und von der Lesbenbewegung in den USA aus, die forderten, dass nicht nur männliche Herrschaft sondern alle Herrschaftsverhältnisse in die feministische Analyse einzubeziehen sind, also nicht nur „gender“ sondern auch Rassismus (race) und Klassenherrschaft (class) (Holland-Cunz 2003, 158).

des Südens ist dies eine Plattform, die für ihre internationale Vernetzung, aber auch für ihre Arbeit vor Ort und in ihrer Region eine Möglichkeit für politisches Handeln darstellt (Gerhard 2005; Lenz 2004, 665). Im Zuge dieser globalen Vernetzung wird die Verknüpfung zwischen lokalen, nationalen und internationalen Frauenpolitiken immer deutlicher und mit Hilfe des internationalen rechtlichen Referenzrahmens können Feministinnen ihre lokalen und nationalen Forderungen und Anliegen wesentlich besser formulieren und einklagen (Unmüßig 2005a).

Die drei Diskurse *Geschlecht*, *Nachhaltigkeit* und *Vielfalt* erscheinen aus der Perspektive einer geschlechterdemokratischen Gesellschaftsentwicklung zentral. Visionäre Vorstellungen von Geschlechterdemokratie zielen auf die angemessene politische Partizipation und Repräsentation von Frauen ab. Weitere zentrale Elemente sind eine gerechtere gesellschaftliche Ressourcen- und Aufgabenverteilung, die Einbeziehung von nachhaltigen bzw. vorsorgenden Prinzipien, die soziale Aufwertung weiblich bestimmter Tätigkeiten und Fähigkeiten sowie die Ablösung von männlich dominanten gesellschaftlichen Strukturierungsmustern (Döge 2003). Die Vernetzung von Zukunftsfähigkeit im Sinne von ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit mit gerechten und geschlechtlich nicht determinierten gesellschaftlichen Strukturen für Frauen und Männer, unter der Gewährleistung bzw. pro-aktiver Förderung von vielfältigen Lebensformen, ist dazu wesentliche Voraussetzung.

### 8.3 Geschlechtergerechtigkeit – Brennpunkte von global bis lokal

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheinen sich, trotz internationaler Bemühungen gegen Hunger, Armut und ungleiche Geschlechterverhältnisse, die Ungleichheitsstrukturen eher zu verstärken als zu verringern. Spätestens seit dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa wurden die politischen Prioritäten weltweit neu gesetzt. Die neoliberale Globalisierung schreitet schier unaufhaltsam voran. Im Zuge dieser globalen politischen und wirtschaftlichen Restrukturierung hat sich das *politische Konzept von „Global Governance“* herausgebildet, in dessen Umsetzung Akteurinnen der internationalen Frauenbewegungen in vielen Bereichen zentral mitwirken. Zeugnis dafür ist etwa die Erarbeitung eines internationalen menschenrechtlichen Referenzrahmens mit den Zielsetzungen von sozialer Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Frieden. Trotz sichtbarer Erfolge wird von vielen beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen (NGO's) ganz nüchtern die Begrenztheit ihrer politischen Einmischung gesehen, wenn es etwa um eine grundlegende Systemkritik des neoliberalen Wirtschaftsmodells geht. Im Folgenden sollen wichtige Problemfelder oder „Brennpunkte“ in Hinblick auf ungleiche Geschlechterverhältnisse und im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung von global bis lokal besprochen werden.

#### 8.3.1 Fokus 1: Frauenrechte sind Menschenrechte

Ende des 18. Jahrhunderts hat Olympe de Gouges mit der Umformulierung der „Allgemeinen Menschenrechtserklärung“ (1789) durch die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ klargestellt, dass Menschenrechte gleichwertig auch Frauenrechte sind. Erst 1979 verabschiedete die UN-Generalversammlung die *„Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“* (CEDAW), die in Folge, wenn auch sehr zögerlich, von vielen Mitgliedstaaten ratifiziert wurde und in die eigenen Rechtsordnungen aufgenommen und umgesetzt wurde. Das Konzept von CEDAW wurde von den

Delegierten der 1. UN-Weltfrauenkonferenz erarbeitet, die im „UN-Jahr der Frauen“ 1975 in Mexiko-City stattfand. Aus dem Jahr der Frauen wurde schließlich die „UN-Dekade der Frauen“ (1976-1985).

Infolge gingen Expertinnen weltweit daran, innerstaatliche Defizite in den gesellschaftlichen und rechtlichen Strukturen zu Lasten der Frauen aufzudecken, die Probleme zu benennen und Strategien zu überlegen, wie den Frauen die gleichberechtigte Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen und an der Macht verschafft werden könnte. Auf der *UN-Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien* wurde festgehalten, dass die Menschenrechte von Frauen und Mädchen ein unveräußerlicher, integraler und unteilbarer Bestandteil der universellen Menschenrechte sind. Als erste internationale Erklärung überhaupt verurteilte die Abschlusserklärung *Gewalt gegen Frauen* als Menschenrechtsverletzung.

Zum Abschluss der „UN-Dekade der Frauen“ fand *1985 in Nairobi die 3. UN-Weltfrauenkonferenz* statt. 1984 wurde im Vorfeld das erste internationale Treffen von „*Development Alternatives with Women for a New Era*“ (DAWN), Frauenforscherinnen und Aktivistinnen aus dem Süden, in Indien organisiert, auf dem der *Empowerment-Ansatz* als Gegenstrategie und Kritik am westlichen Entwicklungsmodell formuliert wurde. In Nairobi präsentierten sie ihr Entwicklungsmodell und forderten die Machtbildung für benachteiligte soziale Gruppen, die gesellschaftliche Transformation bestehender (geschlechter)hierarchischer Strukturen sowie die Abkehr von wachstumsorientierten Zivilisationsmodellen. Der *Empowerment-Ansatz* fand im Folgeprozess der Nairobi-Konferenz Eingang in die bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit sowie in die Abschlussdokumente der Weltkonferenzreihe der 1990er Jahre, wengleich vom ursprünglich machtkritischen Transformationsanspruch wenig übrig blieb (Thorn 2002).

Die *4. UN-Weltfrauenkonferenz in Peking* stand unter dem Thema „Handeln für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“. Auf der Konferenz und im parallel dazu stattfindenden NGO-Forum wurde insbesondere das kulturell und traditionell unterschiedliche Verständnis von Frauenrechten heftig und kontrovers diskutiert. Das Ergebnis der Diskussionen ist ein Forderungskatalog, die so genannte *Aktionsplattform*, welche mithilfe von NGO's ausgearbeitet und von 189 Staaten ratifiziert wurde. Auch wird in Punkt 14 dezidiert festgehalten, dass *Frauenrechte Menschenrechte* sind. In der Aktionsplattform verpflichteten sich die unterzeichnenden Staaten insbesondere, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – zu fördern, die Rechte der Frauen zu schützen, die Armut von Frauen zu bekämpfen, Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung zu verfolgen, und geschlechterspezifische Unterschiede in der Gesundheitsversorgung und im Bildungssystem abzubauen. Das Dokument ist zwar nicht rechtsverbindlich, hat aber hohen moralischen und politischen Wert.

Trotz dieser internationalen Bemühungen zur rechtlichen Besserstellung sind frauenspezifische Unrechtserfahrungen nach wie vor in fast allen Ländern und Kulturen ein beständiger Teil der Geschlechterordnung. Zumindest aber ist mit der Aktionsplattform von Peking 1995 und der Antidiskriminierungskonvention von 1979 ein internationaler Referenzrahmen geschaffen worden, auf den sich Frauen in fast allen Ländern berufen können (Unmüßig 2005b).

## Millenniumsziele der UNO

Im Jahr 2000 wurde von der UN-Vollversammlung die Millenniumserklärung verabschiedet, die die globalen Herausforderungen und die Agenda für die internationale Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts benennt. So soll etwa bis zum Jahr 2015 die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen halbiert werden. Im Bereich Entwicklung und Umwelt wurden acht Ziele mit konkreten Zielvorgaben und Indikatoren belegt, die so genannten „*Millennium Development Goals*“ (MDGs)<sup>5</sup>.

Von Seiten international agierender Frauenorganisationen wird jedoch massive Kritik an diesen Entwicklungszielen geübt. Sie argumentieren, dass die MDGs weit hinter den Erkenntnisstand und die Forderungen der Peking Aktionsplattform zurückgefallen sind und dass sich darin programmatisch kaum Strategien finden, die die Überwindung von Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern voranbringen könnten (Unmüßig 2005b, 2). Es wird vehement kritisiert, dass in den MDGs Armut ursachenblind betrachtet wird, d.h. dass hier Armut abgelöst von seinen strukturellen Ursachen, von makro-ökonomischen Prozessen, sozialen Ungleichheiten, und von Ungerechtigkeit in der Verteilung von Ressourcen, Wohlstand, sozialer Sicherheit und von Machtunterschieden gesehen wird. Genau diese Ursachen, die durch die neoliberale Globalisierung seit fast zwei Jahrzehnten ständig verstärkt werden, produzieren geschlechterspezifische Armutsunterschiede und eine „*Feminisierung der Armut*“ (Wichterich 2006; Neuhold 2005). Die Millenniums-Entwicklungsziele stellen derzeit das wirkungskräftigste entwicklungspolitische Instrument der Vereinten Nationen dar, schränken jedoch gleichzeitig die Umsetzung der Aktionspläne der großen UN-Konferenzen der 1990er Jahre massiv ein.

Die Überprüfung der Fortschritte der Aktionsplattform von Peking hätte 2005 eigentlich auf einer 5. Weltfrauenkonferenz stattfinden sollen. Da jedoch eher Rückschritte als Fortschritte befürchtet wurden, fand die Überprüfung der Umsetzung der Aktionsplattform in einer Routinesitzung der Frauen-Statuskommission im März 2005 statt. Und die Bilanz von Peking+10 zeichnete ein sehr heterogenes Bild: die Aktionsplattform von Peking hat Impulse für die Institutionalisierung von Frauenrechtspolitik gebracht, aber nicht die notwendige Gleichstellung im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Alltagsleben. Die Armut unter Frauen hat in vielen Teilen der Welt sogar noch zugenommen wie in Afrika und Osteuropa. Laut ILO (2004) sind 60% der weltweit 550 Mio. „*working poor*“ Frauen, die mehrheitlich prekär und niedrig entlohnt beschäftigt werden.

Auch wurden weltweit die geschlechterspezifischen Einkommensunterschiede kaum verringert. Die größten Gleichstellungsfortschritte wurden im Bildungsbereich verbucht, etwa, dass in Lateinamerika bei der Einschulung die Mädchen nunmehr mit den Buben gleichgezogen haben und dass sich Mädchen oft höher qualifizieren. Allerdings kann diese Höherqualifikation – und dies gilt auch für Asien und Europa – oftmals nicht in bessere Beschäftigungsmöglichkeiten übersetzt werden. Weiters wird berichtet, dass in Lateinamerika zwar die Frauenbeschäftigung zugenommen hat, dies aber keinen Einfluss auf

---

5. In den 8 Millenniums-Entwicklungszielen heißt es: den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren; allen Kindern eine Grundschulausbildung ermöglichen; die Gleichstellung der Geschlechter und die politische, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen fördern, besonders im Bereich der Ausbildung; die Kindersterblichkeit verringern; die Gesundheit der Mütter verbessern; HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen; den Schutz der Umwelt verbessern; eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen.

die geschlechterspezifische Arbeitsteilung und auf die weibliche Alleinzuständigkeit für unbezahlte Reproduktionsarbeiten hat. Die Gewalt gegen Frauen und der Frauenhandel konnten kaum eingedämmt werden, speziell in kriegerischen Konflikten ist sexuelle Gewalt massiv gestiegen (Wichterich 2005b; Neuhold 2005).

### 8.3.2 Fokus 2: Frauen – Ökologie – Nachhaltigkeit<sup>6</sup>

Mit der *UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung* in Rio 1992 (UNCED) – auch Erdgipfel genannt – nahm die internationale Staatengemeinschaft *Sustainability* oder *Nachhaltige Entwicklung* als politische Leitidee an. Ziel der UNCED war es, politische Weichen in Richtung einer globalen Partnerschaft auf dem Weg zu einer ökonomisch-, ökologisch- und sozial verträglichen Entwicklung zu stellen. In Vorbereitung zur UNCED wurde beim „Weltfrauenkongress für einen gesunden Planeten“ 1991 in Miami die „*Women's Action Agenda for a Healthy Planet*“ verabschiedet. Darin wird zu einer tief greifenden Transformation und (Re-)Moralisierung von menschlichem Leben, Arbeiten und Wirtschaften aufgerufen und der Ansatz von „*sustainable livelihood*“ als Gegenmodell zur *Nachhaltigen Entwicklung* als westlich dominiertes Modell formuliert. Im *Livelihood-Ansatz* wird die Bedeutung und Vielfalt der lokalen Ebene für die alltägliche Überlebenssicherung, der Erhalt lokaler Ressourcen und die Strukturbildung sozialer Systeme betont. Er wendet sich gegen den Geltungsanspruch universeller Entwicklungsparadigmen einer nachholenden Entwicklung (Thorn 2002, 42; Rodenberg, o.J.).

Diese systemkritischen Positionen fanden kaum Eingang in die inhaltliche Ausformulierung der Agenda 21, dennoch wird die Rolle der Frauen als Hauptakteurinnen (major group) in Nachhaltigkeits-Prozessen in Kapitel 24 – „*Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung*“ – verankert. Frauen wird, als besonders Betroffene der globalen Umweltkrise und als Krisenmanagerinnen, in den offiziellen Konferenzpapieren eine "vitale Rolle" zuerkannt. Die Mitgliedstaaten sind darin aufgefordert, Frauen stärker an den gesellschaftlichen und politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen, alle umweltpolitischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Frauen zu überprüfen. Weiters soll der Beitrag der Frauen zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung gewürdigt und sichergestellt werden, damit politische Maßnahmen der Geschlechtergerechtigkeit Rechnung tragen. Es haben aber auch grundlegende Frauenrechte wie das Recht auf ein „*Leben in Gewaltfreiheit*“ Eingang in Kapitel 24 gefunden (Rodenberg o.J.).

Hatte die internationale Frauenbewegung ihre „Unsichtbarkeit“ in Rio durch systematisches Lobbying überwunden, so war es auf der *Nachfolgekonferenz 2002 in Johannesburg* den internationalen Frauennetzwerken kaum gelungen, sich in den zentralen Diskurs des Verhältnisses von Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Globalisierung einzubringen. Im Abschlussdokument von Johannesburg findet sich kein eigenes Frauenkapitel, das Resultat des Gipfels in Hinblick auf eine umweltgerechte und nachhaltige Entwicklung wurde insgesamt als eher mager eingestuft.

Der globale Zusammenhang von Ökologie, ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Entwicklung sowie Geschlechterverhältnissen wird klar, wenn es um die Verteilungsgerechtigkeit und Verfü-

6. Auf der Homepage <http://www.nachhaltigkeit.at/reportagen.php3?id=9> findet sich in der Rubrik „Thema des Monats“ 10/2005 „Gender und Nachhaltigkeit“ ein umfassender Überblick zum Thema.

gungsmacht über natürliche und gesellschaftliche Ressourcen, um politische Rechte und um soziale Handlungsspielräume geht. Weltweit ist der Einkommensreichtum eher männlich und Armut eher weiblich. Das Auftreten ökologischer Probleme bedeutet vor allem für Frauen aufgrund der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung eine Zunahme der Arbeitsbelastung und erschwert die Existenzsicherung: versiegene oder verschmutzte Wasserquellen, so sind es fast ausschließlich Frauen, die längere Wege in Kauf nehmen müssen. Wird Urwald gerodet, so sind Frauen betroffen, die nun mehr Zeit für das Sammeln von Brennholz investieren müssen. Ist die Qualität des verfügbaren Wassers unzureichend, so ist es gesellschaftlich als Aufgabe von Frauen definiert, die Pflege von Kranken zu übernehmen (Vinz 2005, 4).

Frauen sind weltweit noch immer vorwiegend für die Versorgung ihrer Familie verantwortlich. In den Entwicklungsländern nützen Frauen den überwiegenden Teil ihres Einkommens für den Erhalt der Familie, während Männer nur 75% dafür aufwenden. Eine Studie der Weltbank führt aus, dass es beispielsweise in Guatemala fünfzehn Mal länger dauert, die Unterernährung der eigenen Kinder zu beseitigen, wenn das Familieneinkommen eher von Männern als von Frauen verdient wird. Auch der Zugang zu Grund und Boden ist für Frauen in großen Teilen der Welt noch immer sehr schwierig. In vielen Ländern gibt es aufgrund von Traditionen und der Rechtslage Restriktionen für Frauen, Land zu erben oder zu besitzen. In Indien arbeiten etwa 70% der weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, sie besitzen aber nur zu 20% das Land, das sie bewirtschaften (FAO 2005b, 16; FAO 2004a).

Im Kontext Frauen, Ökologie und Nachhaltigkeit wurde von Forscherinnen und Aktivistinnen auch die Tendenz der „Feminisierung der Umweltverantwortung“ thematisiert. Darunter wird verstanden, dass etwa, unter der unausgesprochenen Annahme einer größeren Affinität der Frauen zu Natur und Umwelt, von der öffentlichen Hand systematisch auf die unbezahlte Reproduktionsarbeit, die in der Regel zum Großteil noch immer von Frauen geleistet wird, zurückgegriffen wird, um das Abfallaufkommen zu minimieren (Vinz 2005, 10).

Es wird kritisiert, dass Frauen nicht für die Erhaltung der Umwelt und Vermeidung von ökologischen Schäden allein verantwortlich gemacht werden können, da die Verwüstungen von anderen gemacht werden, die außerhalb der Einflussphäre der Frauen agieren bzw. die umweltrelevanten Entscheidungen auf höherer Ebene mehrheitlich von Männern getroffen werden. Ein konkretes Handlungsfeld unter vielen weiteren wird im Zusammenhang mit Mobilität und der Raum- und Verkehrsplanung gesehen. Meist zielt diese nicht auf umwelt- und sozialverträgliche Erreichbarkeiten und dezentrale Infrastrukturversorgung für den Alltag ab. Die Bedürfnisse von Frauen, die aus ihren Strukturen der Alltagsbewältigung und ihrer Arbeit in zwei Wirtschaftsbereichen erwachsen, werden bis jetzt meist ignoriert (genanet 2004).

### 8.3.3 Fokus 3: Feminisierung der Armut

*„Armut [drückt sich] im Mangel an fundamentalen Verwirklichungschancen aus und nicht bloß in einem niedrigen Einkommen, das gemeinhin als Kriterium für Armut gilt.“ (Amaryta Sen 2005, 110)*

Die UNO hat sich mit den MDGs die Halbierung der Armut und des Hungers bis 2015 zum ehrgeizigen Ziel gesetzt. Es wurde dabei ein Entwicklungsbegriff gewählt, der lediglich auf die materiellen Aspekte von Armut eingengt ist und die Vielgestaltigkeit der Ursachen von Armut und sozialem Ausschluss wie die neoliberale Marktwirtschaft erst gar nicht thematisiert. Auch werden längst akzeptierte Interdependenzen zwischen Armut, Entwicklung und Umwelt weitgehend ignoriert (Unmüßig 2006). Weltweit konnte die Armut zwar im Laufe der letzten Jahre etwas verringert werden, aber weit jenseits der hochgesteckten Ziele der MDGs. Der Fortschritt fiel ungleich zwischen den Regionen und Ländern aus: in Süd- und Ostasien inklusive China nahm die permanente Armut ab, in Afrika südlich der Sahara, in Lateinamerika in Zentralasien und Osteuropa nimmt jedoch die absolute Armut zu oder stagniert (unis vienna 2006).

Armut hat vielfältige Erscheinungsformen: das Fehlen von ausreichendem Einkommen und produktiven Ressourcen, um auf Dauer den Lebensunterhalt bestreiten zu können; Hunger und Mangelernährung; ein schlechter Gesundheitszustand; begrenzter oder fehlender Zugang zu Bildung und anderen Grunddiensten; unzureichendes soziales Netz, das in Härtefällen Hilfe bietet; erhöhte Mortalität aufgrund von Krankheiten; menschenunwürdige Unterkünfte und Obdachlosigkeit; eine unsichere Umwelt sowie soziale Diskriminierung und Ausgrenzung. Ein weiteres Merkmal ist mangelnde Beteiligung an den Entscheidungsprozessen und am bürgerlichen, sozialen und kulturellen Leben.

Die von der Weltbank veröffentlichte Zahl von 1,3 Milliarden armer Menschen (Tageseinkommen liegt unter 1 US \$) würde sich laut Social Watch nochmals um mindestens eine halbe Milliarde Menschen erhöhen, wenn nationale Armutsdefinitionen anstelle der internationalen Armutsgrenze Anwendung finden würden. In der Europäischen Union gelten ca. 70 Mio. Menschen als arm, aber nur 5 Millionen von ihnen leben unterhalb der internationalen Armutsgrenze. Wird in Lateinamerika nicht nach internationalen Standards sondern nach nationalen Armutsdefinitionen gemessen, so leben in Lateinamerika 200 Millionen mehr Menschen in Armut (Social Watch Deutschland 2005, 12f).

Die UNO schätzte im Jahr 2000 den Anteil von Frauen an den 1,3 Milliarden Menschen, die als einkommensarm gelten, auf 70 Prozent. Frauen beziehen nur 10% aller Einkommen weltweit und besitzen lediglich 1% des globalen Vermögens, sie verrichten aber 70% der unbezahlten Arbeit. Weiters sind 2/3 der weltweit 876 Millionen AnalphabetInnen Frauen. Überall sind von Frauen geführte Haushalte überproportional arm. Das Beispiel Südafrika zeigt, dass dort 68% der Haushalte mit weiblichem Vorstand arm sind, aber nur 31% der männergeführten Haushalte. In den Ländern des Südens sind frauengeführte Haushalte auf dem Land die ärmste Gruppe. In Westeuropa ist beispielsweise nicht so sehr der Stadt-Land-Unterschied entscheidend, sondern das Alter: das größte Armutsrisiko besteht für junge Alleinerzieherinnen wie auch für alte Frauen (Wichterich 2005a, 36; 2005b).

Hunger und Mangelernährung sind oftmals die Folge von Armut, unzureichender Bildung, Krankheit, geringer Zugang zu Ressourcen und Umweltzerstörung. In den Entwicklungsländern leben nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO rund 815 Millionen unterernährte Menschen, das sind 14% der Menschheit. Dazu kommen weitere neun Millionen in den westlichen Industrieländern und

rund 28 Millionen im einstigen Ostblock. 75% der Hungernden leben in ländlichen Gebieten (FAO 2004b, 7). Folgen des Hungers sind Behinderungen und Krankheiten wie Blindheit, Kleinwüchsigkeit und Gehirnschäden. Dauernder Hunger führt in weiterer Folge dazu, dass die Betroffenen sich nicht selbst helfen können (Meyer-Renschhausen 2006, 5).

Die Hälfte aller Hungernden und Unternährten lebt in kleinbäuerlichen Familien. Obwohl diese als Bauernfamilien leben, können sie sich von den vorhandenen Ressourcen nicht ausreichend ernähren. Gründe dafür sind: zu wenig Boden – aufgrund der Plantagen- und Exportwirtschaft für den Weltmarkt, ökologische Ungunslagen, steile, trockene oder überschwemmte Lagen, unabgesicherte Landtitel, kaum Zugang zu Krediten, fehlendes Transportwesen und mangelhafte Infrastruktur. Für viele marginalisierte Familien ist es eine Kombination aus diesen Faktoren, warum sie sich als Bauern und Bäuerinnen nicht von ihrem Land ernähren können. Weitere Gefährdungen bestehen gegenüber externen Schocks wie Wetterunregelmäßigkeiten oder einem erhöhten Importdruck – beispielsweise durch subventionierte Überschussprodukte der EU. Weitere 22% der Hungernden und Unterernährten gehören zu Familien, die ohne Zugang zu Land sind und meist als unterbezahlte LandarbeiterInnen ihr Auskommen finden müssen (Windfuhr 2006). Obwohl Landwirtschaft weltweit mehrheitlich von Frauen betrieben wird und sie somit die größten Nahrungsmittelproduzenten weltweit sind, sind 70% der global vom Hunger betroffenen Menschen Frauen und Mädchen (WFP 2006).

Der Zugang zu Grund und Boden für Frauen entscheidet vielfach darüber, ob eine Familie ernährt werden kann oder nicht (FAO 2005a). In vielen Ländern sind Frauen noch immer von der Erbfolge ausgeschlossen und dürfen kein Land erwerben. Das Beispiel Afrika zeigt, dass Frauen zwar bis zu 80% der Nahrungsproduktion erarbeiten, die Äcker aber zu 85% den Männern gehören. Die wenigen Grundstücke, die sie besitzen, sind deutlich kleiner als jene der Männer und wenn sich Eheleute trennen oder Ehemänner sterben, verlieren Frauen mit ihren Kindern sehr oft das Land. Die FAO schätzt, dass nur ein Prozent aller landwirtschaftlichen Kredite in Afrika an Frauen vergeben wird. Andererseits bleibt infolge der in Afrika unter Männern verbreiteten Arbeitsmigration in die Städte sowohl die selbstversorgende als auch die kommerzielle Arbeit in der Landwirtschaft immer häufiger vollständig an den Frauen hängen (Meyer-Renschhausen 2006, 7).

### 8.3.4 Fokus 4: Versorgungsarbeit und Erwerbsarbeit

*„Reproduktions- und Sorgearbeiten haben eine bedeutende Scharnierfunktion an den Schnittstellen zwischen Sozialem, Ökologie und Ökonomie und ein großes Potenzial für Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit.“ (Christa Wichterich 2004, 11)*

Der Beitrag von Frauen zur Weltwirtschaft wird in Beschäftigungsstatistiken und volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen chronisch unterbewertet. Die unsichtbare, unentlohnte, aber lebensnotwendige Subsistenzarbeit von Frauen in familiären, agrarischen und informellen Lebenssphären, sozusagen die „Phantomarbeit“, bleibt statistisch unerfasst (Kreisky 2001). Diese „Geschlechterblindheit“ ökonomischer Theorien und Statistiken wird von feministischen Ökonomieansätzen herausgefordert, die das *Gesamte des Arbeitens und Wirtschaftens als wertschaffende Ökonomie* definieren und die Reintegration sozialer Reproduktion in das ökonomische Wertesystem fordern. Verbunden ist dies mit der Aufwertung des Haushalts und der Subsistenzarbeit mit den fürsorge- und versorgungsbezogenen Tätigkeiten (Essen,

Kindererziehung, Lebensqualität, Wohlbefinden, Gesundheit, soziale Beziehungen, Altenpflege) und des Ehrenamtes. Indem sowohl der Produktion als auch die Reproduktion in feministischen Ökonomieansätzen integriert sind, haben auch Querschnittsthemen wie Geschlechtergerechtigkeit und Ökologie einen zentralen Stellenwert (genanet 2004, 8).

Frauen leisten weltweit den Großteil der unbezahlten Arbeit. Daran hat auch die Tatsache nichts geändert, dass Frauen durch die globale Wirtschaftsentwicklung verstärkt in die Erwerbsarbeitsmärkte integriert werden. In der EU wie auch in den meisten anderen Regionen der Welt hält die *Feminisierung der Beschäftigung* an und die Erwerbsrate von Frauen wächst schneller als die von Männern, aber nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ist die Mehrzahl der Frauen in flexibler, prekärer, schlecht bezahlter und Teilzeitarbeit beschäftigt (ILO 2004; Lemke 2003, 7f).

Trotz zunehmender Frauenerwerbsarbeit ist die Gesamtarbeitszeit von Frauen in der EU insgesamt gesunken, denn viele Frauen sind lediglich geringfügig beschäftigt – mehr als doppelt so viele wie Männer. In Europa sind 83% der Teilzeitarbeitenden Frauen, d.h. knapp ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt, aber nur 6,6% der Männer. Diese Schere zwischen den Geschlechtern öffnet sich weiter. Immer noch stellen Frauen ihre Berufskarriere zugunsten der Kinderbetreuung zurück und nur 4,9% der Väter nehmen Elternzeit, weil sie mehr verdienen als die Mütter und berechnete Ängste vor dem beruflichen Aus- und Abstieg haben (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2006).

Es zeigt sich, dass eine *Neuverteilung der Versorgungsarbeit* zwar stattfindet, aber nicht wie erhofft zwischen Frauen und Männern, sondern zwischen Frauen aus verschiedenen sozialen Klassen, Ethnien und Ländern. Die chronische Abstinenz von Männern gegenüber Sorgearbeit wird nur langsam abgebaut, selbst da, wo Regierungen wie in Nord- und Westeuropa durch Angebote an bezahltem „Elternurlaub“ auch Männern die Betreuung von Kleinkindern und eine aktivere Vaterschaft ermöglichen (Beck-Gernsheim 2006, 129ff). Wo nicht der Staat das Problem der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit durch Angebote an Kinderbetreuung auffängt, müssen Frauen individuelle Lösungen suchen. Sie nehmen haushaltsnahe und Teilzeitbeschäftigungen auf, obwohl diese niedrig bezahlt sind oder leisten flexible und informelle Arbeit. Besserverdienende Frauen lösen das Vereinbarkeitsproblem oftmals durch die Beschäftigung von niedrig entlohnenden Putzfrauen, Kinderfrauen und Altenpflegerinnen, oft undokumentierte Migrantinnen. Diese selbst überlassen wiederum die Betreuung ihrer Kinder zu Hause weiblichen Verwandten oder Nachbarinnen (Wichterich 2005b).

Die steigende Beschäftigungsquote der Frauen in der EU der 25 trägt allerdings nicht zur Verringerung der massiven Lohnunterschiede bei. Die Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern sind nach wie vor unannehmbar hoch, ohne dass sich eine Änderung abzeichnet. Im Durchschnitt verdienen Frauen pro Arbeitsstunde 15% weniger als Männer. Den größten Zuwachs bei der Frauenbeschäftigung gab es in jenen Bereichen und Berufen zu verzeichnen, in denen bereits jetzt überwiegend Frauen tätig sind. Die Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt hat demnach zugenommen. In der Tat steigt sowohl die sektorale als auch die berufliche Segregation in der EU weiter an, denn mehr als vier von zehn weiblichen Beschäftigten sind in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungswesen, im Gesundheits- oder Sozialbereich tätig, im Vergleich zu weniger als zwei von zehn Männern (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2006, 9).

Zur Erreichung einer geschlechtergerechten „*Work-Life-Balance*“ im Zusammenleben von Frauen und Männern ist dringend gefordert, dass nicht nur die Teilhabe von Frauen an der Erwerbsarbeit gefördert wird, sondern auch die Teilhabe von Männern an den außerhalb der Erwerbsarbeit zu leistenden Tätigkeiten ermöglicht wird. Durch den Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und der Flexibilisierung der Arbeitszeiten, werden allerdings die Spielräume für eine geschlechtergerechte Aufteilung der Reproduktionsarbeit immer geringer. Eines ist klar, die veränderten Erwerbsmuster von Frauen sind nicht rückgängig zu machen. Es muss daher daran gearbeitet werden, die Vereinbarkeitsprobleme im Privat- und Berufsleben sowohl für Frauen als auch für Männer zu erleichtern und Frauen benachteiligende Entgeltsysteme und Unternehmenshierarchien abzubauen.

## 8.4 Geschlechterdemokratische Visionen für ländliche Regionen

Wurde bisher die Bedeutung der (internationalen) Frauenbewegungen im Prozess der gesellschaftlichen Veränderung und Modernisierung sowie beim Verhandeln des internationalen Referenzrahmens für Frauenrechte dargelegt, so soll nunmehr, Bezug nehmend auf die diskutierten Brennpunkte, die Vision einer geschlechterdemokratischen Gesellschaft in ländlichen Regionen entwickelt werden. Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass Geschlechterpolitik und Geschlechtergerechtigkeit unter den Bedingungen ökonomischer und kultureller Globalisierung immer stärker transnational verstanden und analysiert werden müssen, wengleich die Nationalstaaten nach wie vor in der Pflicht stehen, für die Umsetzung des internationalen rechtlichen Referenzrahmens Sorge zu tragen (Unmüßig 2005a). Dass dringender Handlungsbedarf aus der Perspektive einer geschlechterdemokratischen gesellschaftlichen Entwicklung besteht, steht außer Zweifel.

### Gesellschaftliche Transformation in Richtung Geschlechterdemokratie

Als normativer Rahmen für Geschlechterpolitik wurde in den letzten Jahren im deutschsprachigen Raum zunehmend der Begriff der *Geschlechterdemokratie* diskutiert. Der Begriff weist einerseits auf die Geschlechterdefizite liberaler Demokratien hin und verfolgt andererseits die politische Vision gleichberechtigter Partizipation und Repräsentation beider Geschlechter in unserer Gesellschaft (Rosenberger und Sauer 2003, 258). *Geschlechterdemokratie* bedeutet insgesamt, ähnlich wie Gleichstellung, dass die Interessen von Frauen und Männern gleich berücksichtigt und gleich bewertet werden. Mit dem Wort "*Demokratie*" wird ausgedrückt, dass es um einen nach demokratischen Regeln gestalteten Aushandlungsprozess zwischen den Geschlechtern geht, in dem die Vorstellung von Gleichstellung gemeinsam und kontrovers entwickelt und verwirklicht wird. Mit *Geschlechterdemokratie* wird ein Zustand gleicher Chancen, Rechte und Pflichten der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen beschrieben. Es ist als ein diskursives Konzept anzusehen, das vom Dialog lebt (Blickhäuser und v. Bargen 2003; Braun 2003, 11). Gesellschaftsveränderungen, die hier ansetzen, erzeugen erheblichen (politischen) Widerstand, da definierte Geschlechterrollen und die geschlechterspezifische Arbeitsteilung, die ja die sozialen und kulturellen Grundlagen unserer patriarchalen Gesellschaft bilden, in Frage gestellt werden.

Ein wesentlicher Faktor bei der Umsetzung einer geschlechterdemokratischen Vision ist der Zeitfaktor. Bestehende Geschlechterordnungen, Machtstrukturen und Identitätswürfe können in keiner

Gesellschaft innerhalb kurzer Zeit verändert werden, sondern dieser Prozess braucht *Zeit*, erheblichen *Druck von außen* und *Veränderungsbereitschaft von Frauen und Männern* (Cordes 2004; Unmüßig 2005b). Neben der zeitlichen Komponente sind die *Kommunikation* und der *Dialog* wichtige Faktoren in diesem gesellschaftlichen Emanzipations- und Modernisierungsprozess. Gender Mainstreaming<sup>7</sup> wird vielfach als gender-politisches Instrument zur Erreichung von Geschlechterdemokratie angesehen, wenngleich umstritten ist, ob dies der Ansatz des Gender Mainstreaming alleine zu leisten im Stande ist (Braun 2003, 10). Vielmehr braucht es zusätzlich das Set aus traditioneller Frauenförderung und aber auch Ansätze zur Geschlechterförderung etwa in Hinblick auf eine bessere Verteilung der Versorgungsarbeit.

### Abbau hegemonialer Männlichkeitsmuster

Bei dieser umfassenden geschlechterpolitischen Transformation geht es nicht nur um den Abbau der quantitativen Dominanz von Männern in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und um die Veränderung der Geschlechterrolle von Männern, sondern sie bedeutet vor allem die Ablösung von *Männlichkeit als dominantes gesellschaftsstrukturierendes Prinzip*. Dieses hat sich tief in gesellschaftliche Institutionen und Organisationen eingeschrieben und prägt die Strukturen des Alltags von Frauen und Männern. Gleichzeitig muss es zu einer Aufwertung weiblich konnotierter Kompetenzen und Tätigkeiten und Lebensmustern kommen (Haus-, Familien- und Betreuungsarbeit). Zentraler Punkt geschlechterdemokratischen Politik wird der massive Umbau der Arbeitsstrukturen und des Arbeitsmarktes sein. Ziel ist es, eine Neugewichtung von Betreuungs- sowie von Erwerbsarbeit zu erreichen und die Einbindung der Männer zu erhöhen. Damit verbunden ist zugleich auch die Forderung nach Anerkennung von Haus-, Familien- und Betreuungsarbeit als gesellschaftlich nützliche Arbeit sowie nach Anerkennung der hier erworbenen Fähigkeiten als berufsrelevante Qualifikationen (Döge 2003, 91ff). Von politischer Seite besteht also weiterhin eklatanter Reformbedarf für gleichberechtigte Lebensformen, zumal geschlechterdemokratische Arbeitsteilung schon für viele Frauen und Männer eine gewollte und attraktive Form des Zusammenlebens darstellt.

### Geschlechterdemokratische Verhältnisse auf dem Land

Nicht nur im urbanen Umfeld sondern auch in ländlichen Regionen haben sich in den letzten Jahrzehnten die Lebensmuster und -zusammenhänge ausdifferenziert und vervielfältigt. Frauen und Männer stellen keine homogenen Sozialgruppen mit klaren „weiblichen“ oder „männlichen“ Identitäten dar. Auf diese grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen und Individualisierungstendenzen muss in der ländlichen und regionalen Planung sowie Politikgestaltung verstärkt eingegangen werden. Gerade das „Gender-Atypische“ muss unterstützt und gefördert werden, um die „erstarrten“ Geschlechterkulturen weiter aufzulösen und dadurch Innovationsprozesse in den ländlichen Regionen in Gang zu setzen.

---

7. Die Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking betrachtet Gender Mainstreaming als Instrument zum Abbau von Ungleichheit und undemokratischen Verhältnissen zwischen den Geschlechtern. Dies soll nicht ausschließlich Frauen-, sondern auch Männersache und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein (UN 1995, para 202).

Wie oben ausgeführt, ist Geschlechterdemokratie ein ständiger Ausverhandlungsprozess, der von lebendiger Kommunikation und Veränderungsbereitschaft von Frauen und Männern lebt. Es geht um *Reflexion, Analyse und Sensibilisierung* des eigenen, des politischen, des institutionellen und des unternehmerischen Handelns und deren Auswirkung auf die Geschlechterverhältnisse und –gerechtigkeit in ländlichen Regionen. Aufgrund der noch immer vorherrschenden Arbeitsteilung haben Frauen einen überwiegend anders strukturierten Alltag als Männer und daher auch andere Bedürfnisse in der ländlichen und regionalen Entwicklung – *versorgender Alltag* im Gegensatz zu den meisten Männern, die einen *entsorgten Alltag* haben. Gerade in ländlichen Regionen ist es als prioritär anzusehen, dass die *soziale Infrastruktur* wie etwa *Kinder- und Altenbetreuung* erhalten, ausgebaut bzw. wenn nicht vorhanden, aufgebaut wird. Die Vereinbarkeitsproblematik von Beruf und Familie darf aber nicht auf *Frauen und Mütter* alleine eingengt werden, sondern muss auch als Problem der *Männer und Väter* erkannt und behandelt werden.

Auch Männern muss es ermöglicht werden, ihren Anteil an der Versorgungsarbeit zu leisten. Das bedeutet, dass Arbeitgeber zukünftig Arbeitsbedingungen schaffen müssen, die auch auf die Familienverantwortlichkeit und Erziehungsarbeit der Männer Rücksicht nimmt. Versorgungsarbeit ist lebensnotwendige Arbeit und wenn diese zwischen Müttern und Vätern gerecht geteilt ist, hat es Vorbildwirkung und ist Orientierungshilfe für die Kinder. Jungen und Mädchen brauchen zur Entwicklung partnerschaftlicher Rollenidentitäten glaubwürdige Vorbilder und die Präsenz von Männern bei der Erziehung spielt dabei eine entscheidende Rolle (Rosowski 2003, 202). Die vielfältigen vorsorge- und fürsorgeorientierten Arbeiten, die zum Großteil bis jetzt von Frauen geleistet werden – dazu zählt auch das Ehrenamt – tragen vor allem in ländlichen Regionen maßgeblich zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens und Wirtschaftens bei und sind daher ökonomisch und gesellschaftlich aufzuwerten (Oedl-Wieser 2006, 134f).

### Modernisierung des Geschlechterverhältnisses

Die persönliche Entfaltung von Frauen ist in den meisten Fällen sehr eng verknüpft mit der Möglichkeit, eine qualifizierte Ausbildung zu absolvieren und ein eigenständiges Einkommen zu erwirtschaften. Junge Frauen schlagen heutzutage individualisierte Berufs- oder Lebenswege ein und fordern auch von ihren Partnern Unterstützung für ihre selbstbestimmten Interessen und Bedürfnisse. Die Fähigkeit zur *biographischen Selbststeuerung* nimmt also zu und der Lebenslauf wird zu einer Gestaltungsaufgabe der Einzelnen. Auch junge Männer erfahren das Verhältnis von Frau und Mann in einer anderen Weise als die Generation ihrer Väter. Sie nehmen zur Kenntnis, dass Frauen ihrer Generation männliche Hege- monieansprüche nicht mehr anerkennen (Geissler und Oechsle 2000).

Auch wenn die Gestaltbarkeit der eigenen Biographie bei Frauen in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat und sie bei der Bildung mit den Männern gleichgezogen haben, bzw. Mädchen oft höhere Bildungsabschlüsse vorweisen wie Jungen, so wurden doch die zugangs- und aufstiegshemmenden Barrieren für Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht im selben Ausmaß abgebaut. Dazu kommt, dass trotz emanzipativer Ansprüche, Eltern leicht in Gefahr geraten, in die Traditionalisierungsfalle zu laufen, d.h. dass die traditionellen Rollen wieder aufgenommen werden, wenn Kinder da sind (Beck-Gernsheim 2006, 138). Nach wie vor liegt die Zahl der Männer, die in Karenz gehen, in Österreich unter 2%.

Gerade in ländlichen Gebieten ist die Diskrepanz zwischen der Qualifizierung von Frauen, dem Arbeitsplatzangebot und der vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen (Kindergarten, Hort) besonders prekär. Insbesondere findet das Segment der höher qualifizierten Frauen trotz oder gerade wegen ihrer guten beruflichen Qualifizierung keinen adäquaten Arbeitsplatz und wandert ab. Es ist daher notwendig, dass in der ländlichen und regionalen Planung gezielt Frauenarbeitsplätze geschaffen werden, und dies nicht nur im Niedriglohnbereich sondern vor allem auch für höher Qualifizierte.

Im Prozess der ländlichen und regionalen Entwicklung hat die politische Mitbestimmung großes Gewicht für die Gestaltung der Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Regionen. In Österreichs Gemeinden gibt es derzeit lediglich 3,1% weibliche BürgermeisterInnen und nur 14% der GemeinderätInnen sind weiblich. Diese politische Unterrepräsentanz von Frauen ist aus frauen- und demokratiepolitischer Sicht äußerst bedenklich. Aus einer ländlichen und regionalen Entwicklungsperspektive heraus ist es daher entscheidend, die Mitwirkung der Frauen an politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen in den Regionen aktiv auszubauen. Erste wichtige Schritte dazu sollten in der Förderung von politischer Bildung für Frauen und in der Unterstützung des Aufbaus von Vernetzungsaktivitäten von Frauen liegen (Oedl-Wieser 2006).

Insbesondere im Bereich der ländlichen Entwicklungspolitik und der Agrarpolitik ist es notwendig, dass die EntscheidungsträgerInnen auf politischer, administrativer und Projektebene sensibler werden für Geschlechterfragen. Die EU-weite Verpflichtung zum Gender Mainstreaming macht auch vor so genannten „*geschlechter-neutralen*“ Politikfeldern nicht halt. Geschlechterbezogenes (Mit)Denken und gleichstellungsorientiertes Handeln sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass Frauen die Agrarpolitik und die ländliche Entwicklungspolitik in Zukunft verstärkt mitgestalten und mitbestimmen können. Die Strukturen und Inhalte in der Agrarpolitik und in der ländlichen Entwicklungspolitik müssen sich für Frauen stärker öffnen und die Veränderungsbereitschaft von Seiten der Männer muss zunehmen. Es soll ein politisches Klima geschaffen werden, in dem sich Frauen akzeptiert, ermutigt und geschätzt fühlen.

Die Umsetzung von Geschlechterdemokratie in ländlichen Regionen erfordert eine lebendige und phantasievolle politische Kultur, die für alle offen ist und wo sich die vorhandenen Kenntnisse und vielfältigen Erfahrungen von Menschen entfalten können. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Entscheidungsebenen, eine Umverteilung von Erwerbs-, Familien- und ehrenamtlicher Arbeit zwischen Frauen und Männern sind die zentralen Bestandteile dieser zukünftigen Geschlechterdemokratie.

## 8.5 Literatur

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Beck-Gernsheim, Elisabeth (2006): Die Kinderfrage heute. Über Frauenleben, Kinderwunsch und Geburtenrückgang. München: Verlag C. H. Beck.

- Blickhäuser, Angelika, Barges v., Henning (2003): Wege zur Gender-Kompetenz. Gender Mainstreaming mit Gender-Training umsetzen. Hrsg. von der Heinrich Böll Stiftung. Berlin. <http://www.boell.de/downloads/gd/BroschuereGendertraining.pdf>
- Braun, Helga (2003): Geschlechterdemokratie wagen! In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Geschlechterdemokratie wagen. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag. 9-23.
- Braunmühl v., Claudia, Winterfeld v., Uta (2003): Global Governance. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie. Wuppertal Paper Nr. 135. [http://wuppertal-institut.de/globalisierung/pdf\\_global/global\\_governance.pdf](http://wuppertal-institut.de/globalisierung/pdf_global/global_governance.pdf)
- Cordes, Mechthild (1996): Frauenpolitik: Gleichstellung oder Gesellschaftsveränderung – Ziele – Institutionen – Strategien. Opladen: Leske+Budrich.
- Cordes, Mechthild (2004): Gleichstellungspolitiken: Von der Frauenförderung zum Gender Mainstreaming. In: Becker, Ruth, Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 712-720.
- Döge, Peter (2003): Geschlechterdemokratie als Kritik hegemonialer Männlichkeit. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Geschlechterdemokratie wagen. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag. 90-100.
- FAO (2004a): Rural Women's Access to Land and Property in Selected Countries. Progress Towards Achieving the Aims of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. Rome.
- FAO (2004b): The State of Food Insecurity in the World 2004. Monitoring progress towards the World Food Summit and Millennium Development Goals. Rome.
- FAO (2005a): Convention on the Elimination of All forms of Discrimination against Women (CEDAW). Guidelines for reporting on Article 14. Rome.
- FAO (2005b): The State of Food Insecurity in the World 2005. Rome.
- genanet (2004): Positionen zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aus der Geschlechterperspektive. Frankfurt am Main. [http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Studien/genaS\\_1\\_NHS.pdf](http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Studien/genaS_1_NHS.pdf)
- Geissler, Birgit, Oechsle, Mechthild (2000): Die Modernisierung weiblicher Lebenslagen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32/2000.
- Gerhard, Ute (2005): Neuer Feminismus. Identisch? Gleich! [http://www.woz.ch/artikel/print\\_11473.html](http://www.woz.ch/artikel/print_11473.html)
- Heintz, Bettina (1993): Die Auflösung der Geschlechterdifferenz. Entwicklungstendenzen in der Theorie der Geschlechter. In: Bühler, Elisabeth, Meyer, Heidi, Reichert, Dagmar, Scheller, Andrea (Hrsg.): Ortssuche. Zur Geographie der Geschlechterdifferenz. Zürich: eFeF. 17-48.
- Holland-Cunz, Barbara (2003): Die alte neue Frauenfrage. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. <http://www.nachhaltigkeit.at/reportagen.php3?id=9>

- ILO (2004): More women are entering the global labour force than ever before, but job equality, poverty reduction remain elusive. Pressemitteilung vom 5.3.2004. ILO/04/09. <http://www.ilo.ru/news/200403/docs/WomenDayEng.pdf>
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006): Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2006. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen.
- Kreisky, Eva (2001): Weltwirtschaft als Kampffeld: Aspekte des Zusammenspiels von Globalismus und Maskulinismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2001/2. Wien. 137-160.
- Lenz, Ilse (2004): Frauenbewegungen: Zu den Anliegen und Verlaufsformen von Frauenbewegungen als sozialen Bewegungen. In: Becker, Ruth, Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 665-675.
- Lemke, Christine (2003): Gender und Globalisierung. gender...politik...online. [http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/christiane\\_lemke/christiane\\_lemke.pdf](http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/christiane_lemke/christiane_lemke.pdf)
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2006): Selbstversorgerwirtschaft, Selbsthilfe und Ernährung. Welter-nährung zwischen bäuerlicher Hauswirtschaft und Exportlandwirtschaft. gender...poli-tik...online. [http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/meyer\\_renschhausen/meyer\\_renschhausen.pdf](http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/meyer_renschhausen/meyer_renschhausen.pdf)
- Neuhold, Brita (2005): Frauenrechte und Armutsbekämpfung. Der verengte Blick der Millennium Development Goals (MDGs) auf Frauen. In: Frauensolidarität 2/2005. 6-9.
- Oedl-Wieser, Theresia (2006). Frauen und Politik am Land. Forschungsbericht Nr. 56 der Bundesan-stalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Preglau, Max (1998): Zum Leitbegriff „Postmoderne“. In: Preglau, Max, Richter, Rudolf (Hrsg.): Postmodernes Österreich? Konturen des Wandels in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kul-tur. Wien. 13-21.
- Rodenberg, Birte (o.J.): Von starken Frauen und schwacher Nachhaltigkeit. Die Welt-Umweltkonfe-renz in Rio 1992 und ihr Folgeprozess. <http://www.boell.de/downloads/gd/frauen+rio.pdf>
- Rosenberger, Sieglinde K., Sauer, Birgit (Hrsg.) (2004): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien: WUV.
- Rosowski, Martin (2003): Männer haben ein Geschlecht! Gender Mainstreaming als männerpolitische Herausforderung. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Geschlechterdemokratie wagen. Königs-tein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag. 202-217.
- Sen, Amartya (2005): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. 3. Auflage. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Social Watch Report Deutschland (2005): Handeln statt Versprechen - Soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung. [http://www2.weed-online.org/uploads/Social\\_Watch\\_Report\\_2005.pdf](http://www2.weed-online.org/uploads/Social_Watch_Report_2005.pdf)

- Thorn, Christine (2002): Nachhaltigkeit hat (k)ein Geschlecht. Perspektiven einer gendersensiblen zukunftsfähigen Entwicklung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33-34/2002. 38-46.
- unis vienna (2006): UNO-Generalsekretär Kofi Annan: "Gemeinsam die Armut überwinden". UNIS/INF/172, SGSM/10680, 16. Oktober 2006. <http://www.unis.unvienna.org/unis/pressrels/2006/unisinf172.html>
- Unmüßig, Barbara (2005a): Eröffnungsrede Femme Globale – Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert. [http://www.glow-boell.de/media/de/txt\\_rubrik\\_2/EröffnungsredeFG.pdf](http://www.glow-boell.de/media/de/txt_rubrik_2/EröffnungsredeFG.pdf)
- Unmüßig, Barbara (2005b): Nachdenken über Gender Mainstreaming. Bilanz eines radikalen gesellschaftspolitischen Konzepts zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking. [http://www.gruene-akademie.de/download/GM-Thesen\\_hbs.pdf](http://www.gruene-akademie.de/download/GM-Thesen_hbs.pdf)
- Unmüßig, Barbara (2006): Millennium-Entwicklungsziele – (k)ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung? [http://www.boell.de/downloads/nachhaltigkeit/unmuessig\\_nachhaltige\\_entwicklung.pdf](http://www.boell.de/downloads/nachhaltigkeit/unmuessig_nachhaltige_entwicklung.pdf)
- Vinz, Dagmar (2005): Nachhaltigkeit und Gender – Umweltpolitik aus der Perspektive der Geschlechterforschung. [http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/dagmar\\_vinz/vinz.pdf](http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/dagmar_vinz/vinz.pdf)
- WFP (2006): Wer hungert? <http://www.wfp.org/german/?ModuleID=124&Key=6#IDAB-CGLEIDACCGLE>
- Wichterich, Christa (2000): Gender matters. In: Peripherie 77/78, 2000. 51-75.
- Wichterich, Christa (2004): Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung. Soziale Reproduktion und Livelihood-Rechte in der neoliberalen Globalisierung. Wuppertal Paper Nr. 141. [http://www.wupperinst.org/globalisierung/pdf\\_global/wichterich\\_paper.pdf](http://www.wupperinst.org/globalisierung/pdf_global/wichterich_paper.pdf)
- Wichterich, Christa (2005a): Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und Armut in der EU. In: Social Watch Report Deutschland. 33-37. [http://www2.weed-online.org/uploads/Social\\_Watch\\_Report\\_2005.pdf](http://www2.weed-online.org/uploads/Social_Watch_Report_2005.pdf)
- Wichterich, Christa (2005b): Frauenarmut und Frauenarbeit in einer ungleichen Welt. Eine Bilanz 10 Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking. [www.womnet.de/content/upload/WOZ.ARMUT.DOC](http://www.womnet.de/content/upload/WOZ.ARMUT.DOC)
- Wichterich, Christa (2006): Die Millennium-Entwicklungsziele und Frauenrechte. In: Kuhn, Katina, Rieckmann, Marco (Hrsg.): Wi(e)der die Armut? Positionen zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen. Bd. 9 der Reihe "Innovation in den Hochschulen: Nachhaltige Entwicklung". Frankfurt/Main: VAS Vlg f. Akad. Schriften.
- Windfuhr, Michael (2006): Das Recht auf Nahrung – Ein neues Rechtsinstrument verabschiedet. In: entwicklung & ländlicher raum 1/2006. 4-7.

## 8.6 Zusammenfassung

Die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterdemokratie in der Gesellschaft – und hier insbesondere im ländlichen Raum – steht im Zentrum des Beitrages. Zur thematischen Einstimmung werden drei gesellschaftlich relevante Diskurse – jene von *Geschlecht*, *Nachhaltigkeit* und *Vielfalt* – vorgestellt und in weiterer Folge wird der Blick auf wichtige Brennpunkte des gesellschaftlichen Lebens und Arbeitens gerichtet. Abschließend werden Vorschläge zur Umsetzung von Geschlechterdemokratie speziell in ländlichen Regionen diskutiert. Visionäre Vorstellungen von Geschlechterdemokratie zielen auf die angemessene politische Partizipation und Repräsentation von Frauen ab. Zentrale Elemente sind eine gerechtere gesellschaftliche Ressourcen- und Aufgabenverteilung, die Einbeziehung von nachhaltigen bzw. vorsorgenden Prinzipien, die soziale Aufwertung weiblich bestimmter Tätigkeiten und Fähigkeiten sowie die Ablösung von männlich dominanten gesellschaftlichen Strukturierungsmustern. Die Umsetzung von Geschlechterdemokratie in ländlichen Regionen erfordert eine lebendige und phantasievolle politische Kultur, die für alle offen ist und wo sich die vorhandenen Kenntnisse und vielfältigen Erfahrungen von Menschen entfalten können. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Entscheidungsebenen, eine Umverteilung von Erwerbs-, Familien- und ehrenamtlicher Arbeit zwischen Frauen und Männern sind die zentralen Bestandteile dieser zukünftigen Geschlechterdemokratie.

## 8.7 Summary

The realization of *gender-equality* and *gender-democracy* in our society – and especially in rural areas – is the main issue of this chapter. At the beginning three relevant discourses will be presented – *gender*, *sustainability* and *diversity* – and afterwards, important topics of our everyday life like *women's rights*, *human rights*, *women – ecology – sustainability*, *feminisation of poverty* and *the relation between reproductive and productive work* will be brought into focus. Finally the vision of a gender-democratic society will be developed and suggestions for the implementation of this vision of a gender-democratic society in rural areas will be made. Crucial elements of gender-democracy will be the equal participation in decisive structures and a redistribution of gainful work, family work, care work and voluntary work between men and women in rural areas.

## Dr.<sup>in</sup> Theresia Oedl-Wieser

geb. 1963 in Steyr. Studium der Landwirtschaft/Agrarökonomik an der Universität für Bodenkultur, Studium der Soziologie, Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien. 1990-1992 in der Österreichischen Bergbauernvereinigung tätig. 1992-1993 Assistentin am Institut für Agrarökonomik an der Universität für Bodenkultur. Seit 1993 an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen tätig. Die Forschungsschwerpunkte liegen in der Frauen- und Geschlechterforschung, in regionalpolitischen Fragestellungen sowie im Bereich der Multifunktionalität der Landwirtschaft. Seit 2002 Vorstandsmitglied der FAO/ECA „Working Party on Women and the Family in Rural Development“ und seit 2003 Lektorin für Agrarsoziologie an der Univ. f. Bodenkultur in Wien.



# Entwicklungstrends

auf landwirtschaftlichen Betrieben und in der landwirtschaftlichen Produktion



## 9. Hofnachfolge in Österreich – eine Re.Vision von Haushaltsstrategien im Haupt- und Nebenerwerb

Stefan Vogel

### 9.1 Einleitung – Hofnachfolge und Haushaltsstrategien

Drei allgemein gültige Muster von Haushaltsstrategien bestimmen mit unterschiedlicher regionaler Gewichtung den Strukturwandel in der europäischen Landwirtschaft (für einen Vergleich europäischer Regionen: Brun und Fuller 1992; Dax et al. 1995): (i) Professionalisierung der Landwirtschaft mit Intensivierung und oder Extensivierung der Produktion, (ii) Ausscheiden aus der Landwirtschaft - oft im Generationswechsel und (iii) Abwarten und Weitermachen wie bisher, um einen der beiden vorgeannten Wege später einzuschlagen.

Die verschiedenen Reaktionsmuster auf Änderungen sind eng mit dem Familienlebenszyklus verbunden. Im Zentrum des Familienlebenszyklus steht die Frage, ob ein Hofnachfolger oder eine Hofnachfolgerin verfügbar ist. Die Strategien der Familien mit Hofnachfolge können sich durch zwei Effekte einer vorhandenen Nachfolge von Betrieben, in denen definitiv keine Nachfolge gegeben ist, unterscheiden: (i) Ein NachfolgerIn-Effekt kann identifiziert werden, wenn noch während der Betriebsleitung durch die Elterngeneration eine bereits festgelegte Hofnachfolgerin oder ein bereits festgelegter Hofnachfolger ihre oder seine Vorstellungen verwirklichen kann und so entsprechende Änderungen oder Investitionen am Betrieb erfolgen und (ii) ein Nachfolgeeffekt liegt vor, wenn sich Änderungen in Haushaltsstrategien und am Betrieb nach der Hofübergabe ergeben (Potter und Lobley 1996; Vogel et al. 2004). Ein besonderes Gebiet agrarsoziologischen Interesses ist der stufenweise Prozess, in dem BetriebsleiterInnen Entscheidungskompetenzen und Managementfähigkeiten an die nachfolgende Generation weitergeben (Errington 1998).

### 9.2 Fragen, Material und Methoden

In diesem Beitrag zum Sammelband *Zeitreisen im ländlichen Raum* werden Aspekte der Hofnachfolge für Haupterwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe in Österreich verglichen. Dieser Vergleich baut auf eine Befragung von BetriebsleiterInnen in Österreich auf, die im Jahr 2003 durchgeführt wurde. Die Befragung fand im Rahmen des internationalen Projekts FARMTRANSFERS<sup>1</sup> statt. Der Fragebogen enthielt überwiegend geschlossene, aber auch einige offene Fragen zur Situation der Hofnachfolge, zu den Ruhestandsplänen der BetriebsleiterInnen sowie zu Orientierungen der Befragten zu verschiedenen Aspekten von Landwirtschaft und Familie. Der Fragebogen wurde an 2000 BetriebsleiterInnen im Alter von mindestens 45 Jahren ausgesandt. Ihre Auswahl erfolgte durch Zufallszahlen aus dem Datensatz der Agrarstrukturerhebung. Die Rücklaufquote der schriftlichen Befragung betrug 14%. Da die Rücksendung der Fragebögen allein vom Interesse der zur Teilnahme an der Befragung gebetenen LandwirtInnen abhing, liegt nun kein für die österreichische Agrarstruktur insgesamt repräsentativer Datensatz vor. Bevor eine Beschreibung wichtiger Ergebnisse der Befragung erfolgen kann, ist daher ein

Einblick in die Unterschiede zwischen dem Datensatz aus dem Jahr 2003 und der Struktur der österreichischen Landwirtschaft für das Jahr 2003 notwendig.

Im Vergleich zur österreichischen Agrarstruktur sind folgende Gruppen in der Stichprobe deutlich überrepräsentiert:

- ♦ *größere Haupterwerbsbetriebe*: Verglichen mit einem Anteil von 42,3% der Haupterwerbsbetriebe an der österreichischen Agrarstruktur 2003 sind diese im Datensatz (Haupt- und Nebenerwerbsstichprobe) mit einem Anteil von 50,4% vertreten. Die durchschnittliche Betriebsgröße nach der Kulturfläche lag in Österreich insgesamt im Jahr 2003 pro Betrieb im Haupterwerb bei 39 ha (BMLFUW 2005). Die Vergleichsgröße in der Stichprobe der Haupterwerbsbetriebe liegt bei 49 ha.
- ♦ *Biobetriebe*: Während die Biobetriebe im gesamten Datensatz mit 15,3% vertreten sind, liegt ihr Anteil an allen österreichischen Betrieben für das Jahr 2003 bei 10% (Berechnung nach BMLFUW 2004, 2005).
- ♦ *Betriebe im Berggebiet*: Während im Jahr 2003 durchschnittlich 39% der österreichischen Betriebe im Berggebiet wirtschafteten (Berechnung nach BMLFUW 2004; 2005), sind die Betriebe im Berggebiet im gesamten Datensatz mit einem Anteil von 54,2% deutlich stärker vertreten.
- ♦ *Betriebsleiterinnen*: Der Anteil der Betriebsleiterinnen in Österreich liegt für das Jahr 2003 bei etwa 30% (Oedl-Wieser 2004), während der Anteil der Frauen, die den Fragebogen ausgefüllt haben, am gesamten Datensatz bei 36% liegt.

Da sich die Haushaltsstrategien zwischen Haupt- und Nebenerwerbslandwirtschaft wesentlich unterscheiden, handelt es sich in Bezug auf die Hofnachfolge beim gesamten Datensatz von 277 hier auswertbaren Fragebögen um zwei voneinander unabhängige Stichproben. In diesem Beitrag wird der Prozess der Hofnachfolge für diese beiden Stichproben, nämlich für 140 Haupterwerbsbetriebe (50,4%) und für 137 Nebenerwerbsbetriebe (49,3%) verglichen. Die Unterschiede im Antwortverhalten zwischen den beiden Stichproben zur Frage der Hofnachfolge und zu weiteren Themen werden dann als relevant angesehen, wenn sie als Ergebnis eines dem jeweiligen Skalenniveau entsprechend eingesetzten statistischen Verfahrens nachweisbar sind: t-test, Wilcoxon-Test, Mann-Whitney-Test,  $\chi^2$ -Test oder Fishers' Exakt-Test (Signifikanzniveau bei allen Tests:  $p \leq 0.05$ ).

1. Das Netzwerk FARMTRANSFERS stellt eine internationale Forschungszusammenarbeit zur Erfassung interkultureller Unterschiede in der Hofnachfolge dar, die von Professor Andrew Errington (The University of Plymouth, UK) und Hr. John Baker (Iowa State University, USA) initiiert wurde. Der von Professor Errington entwickelte Fragebogen wurde im Rahmen dieses internationalen Projekts in einer Zusammenarbeit zwischen der Universität für Bodenkultur Wien und der Universität Kiel auf die Verhältnisse in Österreich und Deutschland und auf die besondere Vergleichsmöglichkeit zwischen diesen beiden Ländern abgestimmt (Glauben et.al. 2004) und um einige Fragenbereiche, insbesondere zu Orientierungen und Einstellungen der LandwirtInnen, ergänzt. Das Ziel dieses Beitrags zum von der BA für Bergbauernfragen herausgegebenen Sammelband *Zeitreisen im ländlichen Raum* besteht in der Analyse und Diskussion von Unterschieden in der Hofnachfolge zwischen österreichischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben.

Im Anschluss werden wichtige Charakteristika der beiden Stichproben beschrieben. Dann wird der Hofnachfolgeprozess für die Haupterwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe dargestellt. Es werden Unterschiede in Einstellungen und Orientierungen der befragten BetriebsleiterInnen präsentiert. Abschließend werden die wichtigsten empirischen Ergebnisse zusammengefasst und diskutiert.

### 9.3 Charakteristika von BetriebsleiterIn, Familie und Betrieb

Unterschiede in Eigenschaften von Familie und Betrieb zwischen Haupt- und Nebenerwerb können Determinanten verschiedener Haushaltsstrategien sein oder diese widerspiegeln. Die folgende Tabelle fasst Charakteristika von BetriebsleiterInnen, Familien und Betrieben im Haupt- und Nebenerwerb zusammen.

**Tabelle 1: Grundlegende Charakteristika von Betrieb, BetriebsleiterIn und Familie**

	Haupterwerb (50,4 %)	Nebenerwerb (49,3 %)
<b>Betrieb</b>		
Durchschnittliche Fläche (inkl. Wald)	48,7 ha	16,1 ha
Spezialisierung auf Ackerbau <sup>1</sup>	2,3 %	4,6 %
Spezialisierung auf Milch und Rindfleisch <sup>1</sup>	42,2 %	48,7 %
Gemischte Tier- und Pflanzenproduktion <sup>1</sup>	48,4 %	38,5 %
Biologische Landwirtschaft	10,7 %	20 %
Bergebiet	46 %	56 %
<b>BetriebsleiterIn und Familie</b>		
Alleineigentum	37 %	41 %
Gemeinsames Ehegatteneigentum	61,6 %	55,2 %
Durchschnittsalter des/der BetriebsleiterIn	52	51,6
Anteil der Frauen (Betriebsleiterinnen)	26,4 %	45,3 %
Anteil mit landwirtschaftlicher Ausbildung	67,4 %	37 %
Anteil des landw. Ausbildungsniveaus "MeisterIn"	25,4 %	6,7 %
Anteil mit abgeschlossener nicht-landw. Ausbildung	21,9%	51,6 %
Durchschnittliche Anzahl der Söhne	1,2	1,3
Durchschnittliche Anzahl der Töchter	1,3	1,3

<sup>1</sup> Schweine- und Geflügelproduktion sowie Dauerkulturen nicht berücksichtigt, wodurch die drei Kategorien nicht 100 % ergeben.

Quelle: Befragung 2003; Haupterwerb: n=140; Nebenerwerb: n=137

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Stichproben liegt in der Betriebsgröße. Die befragten Haupterwerbsbetriebe sind durchschnittlich dreimal so groß wie die befragten Nebenerwerbsbetriebe. Was die Produktion betrifft, so liegt der Hauptunterschied in einem geringeren Grad der Spezialisierung im Haupterwerb mit einem höheren Anteil an Gemischtbetrieben im Vergleich zum Nebenerwerb mit einem höheren Anteil an reiner Grünlandwirtschaft. Ein beträchtlich höherer Anteil an biologischen Betrieben findet sich im Nebenerwerb. Diese Unterschiede mögen darin begründet sein, dass mehr als die Hälfte des durchschnittlichen österreichischen Nebenerwerbsbetriebs der Stichprobe im Berggebiet liegt.

Eindeutige Unterschiede zwischen den beiden Stichproben zeigen sich in der Bildung. Während zwei Drittel der BetriebsleiterInnen von befragten Haupterwerbsbetrieben eine abgeschlossene landwirtschaftliche Ausbildung aufweisen, liegt dieser Anteil in der Stichprobe der Nebenerwerbsbetriebe bei etwa einem Drittel. Andererseits weisen etwas mehr als die Hälfte der BetriebsleiterInnen im Nebenerwerb eine abgeschlossene außerlandwirtschaftliche Ausbildung auf, während dieser Anteil bei den Haupterwerbsbetrieben bei etwa einem Fünftel liegt. Diese Unterschiede hängen wohl mit der Frage, wo die Familienarbeit überwiegend eingesetzt wird – ob innerhalb oder außerhalb der Landwirtschaft – zusammen und stellen so sozioökonomische Charakteristika des Haupt- und Nebenerwerbs in der Landwirtschaft dar.

Im Gegensatz zum Haupterwerb, wurde fast jeder zweite Fragebogen, der von einem Nebenerwerbsbetrieb kam, von einer Frau ausgefüllt. Da sich der Fragebogen an die Betriebsleiterin oder den Betriebsleiter richtete, kann der Grund dafür eben in einem entsprechend höheren Anteil an Betriebsleiterinnen in der Nebenerwerbslandwirtschaft im Vergleich zur Haupterwerbslandwirtschaft liegen. Andererseits könnte aber – unabhängig von der Frage der Betriebsleitung – auch ein höheres Interesse der Frauen in der Nebenerwerbslandwirtschaft oder eine im Vergleich zum Haupterwerb im Durchschnitt andere Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau in der Nebenerwerbslandwirtschaft für den hohen Anteil von Frauen in dieser Stichprobe verantwortlich sein.

## 9.4 Der Ablauf der Hofnachfolge

Die Sichtweise der Hofnachfolge als länger dauernden Prozess schließt folgende Stufen oder Teile ein:

- ♦ Die Ruhestandspläne der übergebenden Generation
- ♦ den Prozess der stufenweisen Übergabe von Entscheidungskompetenz an die Nachfolgerin oder den Nachfolger
- ♦ den NachfolgerIn-Effekt am Betrieb, das heißt, jene Investitionen oder Änderungen, die aufgrund der wesentlichen Beteiligung der Nachfolgerin oder des Nachfolgers schon vor der Übergabe des Eigentums realisiert werden
- ♦ die Übertragung des Eigentums
- ♦ den Nachfolgeeffekt, der Änderungen in Handlungsweisen und Strategien umfasst, die durch den neuen Betriebsleiter bzw. durch die neue Betriebsleiterin nach der Übergabe des Eigentums durchgeführt werden (Errington 1998; Potter und Lobley 1995)

Diese Teilprozesse (Stufen) des Nachfolgeprozesses können noch um

- ♦ die Rolle der stabilen oder sich im Nachfolgeprozess ändernden Einstellungen von BetriebsleiterIn und HofnachfolgerIn, bzw. der Familienmitglieder zu Fragen der Familienlandwirtschaft und der Zukunft des eigenen Betriebes, als ein Charakteristikum des Nachfolgeprozesses erweitert werden.

In diesem Abschnitt werden auf der Grundlage der beiden beschriebenen Stichproben einige Aspekte der skizzierten Phasen der Hofnachfolge zwischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben verglichen.

### 9.4.1 Ruhestandspläne der BetriebsleiterInnen

In Tabelle 2 werden die Unterschiede in den Ruhestandsplänen der BetriebsleiterInnen von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben dargestellt. Die Tabelle zeigt auch, mit wem der Betriebsleiter bzw. die Betriebsleiterin seine oder ihre Pläne bezüglich der Hofübergabe diskutiert hat.

**Tabelle 2: Ruhestandspläne der befragten BetriebsleiterInnen**

Ruhestandspläne und diesbezügliche Fragen	Haupterwerb	Nebenerwerb
<b>Die Periode bis zur Hofübergabe</b>		
Plant, den Betrieb so lange wie möglich selbst zu bewirtschaften	13,1%	29 %
Anzahl der Jahre bis zur Hofübergabe	8,3	10,4
<b>Mithilfe am Betrieb nach der Hofübergabe</b>		
Plant, nach der Hofübergabe weiter am Betrieb mitzuarbeiten	81,7 %	65,6 %
<b>Werden Sie bei der Hofübergabe aus der jetzigen Wohnung ausziehen</b>		
Nein	60,8 %	78,4 %
Ja, in eine andere Wohnung auf dem Hof	28,3 %	17,1 %
Ja, vom Hof wegziehen	10,8 %	4,5 %
<b>Vermutliche Quellen für den Lebensunterhalt im Ruhestand / geschätzte Anteile am gesamten Lebensunterhalt</b>		
Anteil der BetriebsleiterInnen mit Einkommen aus der Mithilfe am Betrieb im Ruhestand / durchschnittlicher Anteil dieses Einkommens am gesamten Lebensunterhalt	7,9 % / 18,7 %	8 % / 10,6 %
Anteil der BetriebsleiterInnen mit Bauern- und Bäuerinnenpension / durchschnittlicher Anteil dieses Einkommens am gesamten Lebensunterhalt	95 % / 68 %	59,1 % / 48 %
Anteil der BetriebsleiterInnen mit anderer öffentlicher Pension / geschätzter Anteil dieses Einkommens am gesamten Lebensunterhalt	10,7 % / 44 %	67,9 % / 69 %
Anteil der BetriebsleiterInnen mit Einkommen aus privater Altersvorsorge bzw. privatem Investment / geschätzter Anteil dieses Einkommens am gesamten Lebensunterhalt	35 % / 14 %	23 % / 17 %
<b>BetriebsleiterIn hat die Pläne bezüglich der Hofübergabe diskutiert mit:</b>		
Familie	69,2 %	55,5 %
HofnachfolgerIn, wenn festgelegt <sup>2</sup>	33,1 %	21,1 %
Betriebsberatung <sup>1</sup>		5 %
Finanzberatung <sup>1</sup>		5,4 %

<sup>1</sup> Gibt es keinen signifikanten Unterschied (statistisch signifikant,  $p \leq 0.05$ ) zwischen den Stichproben, wird der Durchschnitt des gesamten Datensatzes wiedergegeben.

<sup>2</sup> Die Basis stellen hier jene BetriebsleiterInnen dar, die einen potenziellen Nachfolger/eine potenzielle Nachfolgerin identifiziert haben: Haupterwerb: n=71, Nebenerwerb: n=51

Quelle: Berechnungen auf der Basis der Befragung 2003, Haupterwerb: n=140, Nebenerwerb: n=137

Die BetriebsleiterInnen der Nebenerwerbsbetriebe planen den Betrieb länger selbst weiterzuführen als die LeiterInnen der Haupterwerbsbetriebe und haben auch zu einem höheren Anteil vor, im Ruhestand in der derzeitigen Wohnung zu bleiben. NebenerwerbslandwirtInnen erwarten zu einem geringeren Teil eine Bäuerinnen- bzw. Bauernpension, aber zu einem größeren Teil eine andere öffentliche Pension. Der Anteil der Bauern und Bäuerinnen mit einem Ruhestandseinkommen aus privater Altersvorsorge bzw. privater Investition ist bei den Haupterwerbsbetrieben größer.

Der Anteil der LandwirtInnen die ihre Pläne zur Hofübergabe mit der Familie diskutiert haben ist im Haupterwerb größer. Der Anteil der BetriebsleiterInnen, die ihre Pläne zur Hofübergabe mit dem Nachfolger bzw. der Nachfolgerin diskutiert haben, muss in Relation zum Anteil schon festgelegter HofnachfolgerInnen gesehen werden. Dieser Zusammenhang wird im Rahmen der Schlussbetrachtungen diskutiert.

#### 9.4.2 Zur Frage, ob eine Hofnachfolgerin oder ein Hofnachfolger bereits festgelegt wurde

Eine Schlüsselfrage in der Familienlandwirtschaft ist jene, ob ein Hofnachfolger bzw. eine Hofnachfolgerin festgelegt werden kann. Tabelle 3 zeigt einen Vergleich zwischen den beiden Stichproben im Hinblick auf diese Frage. Der Wortlaut der entsprechenden Stelle im Fragebogen lautete: "Ist der Hofnachfolger/die Hofnachfolgerin bereits festgelegt worden?" mit drei Antwortmöglichkeiten zur Auswahl: "ja, schon festgelegt", "nein, noch nicht festgelegt, aber ein(e) bestimmte(r) Nachfolger(in) in Aussicht" und "nein, noch nicht festgelegt und auch keine Nachfolge in Aussicht".

**Tabelle 3: Ausmaß festgelegter und in Aussicht stehender Hofnachfolge**

Ist der Hofnachfolger / die HofnachfolgerIn bereits festgelegt worden?	Haupterwerb	Nebenerwerb
Ja, schon festgelegt	57,2 %	38,6 %
Nein, nicht festgelegt, aber Nachfolge in Aussicht	31,1 %	37,1 %
Keine Nachfolge in Aussicht	11,7 %	24,2 %

Quelle: Berechnungen auf Basis der Befragung 2003, Haupterwerb: n=140; Nebenerwerb: n=137

Die Wahrscheinlichkeit, dass in der Stichprobe der Haupterwerbslandwirtschaft die Hofnachfolge gegeben ist, ist mit 88,3% (wahrscheinliche Hofnachfolge = „schon festgelegt“ + „in Aussicht“) größer als in der Stichprobe der NebenerwerbslandwirtInnen mit 75,7%.

### 9.4.3 Charakteristika der HofnachfolgerIn bzw. des Hofnachfolgers

Tabelle 4 bietet Information über den festgelegten Hofnachfolger bzw. die festgelegte Hofnachfolgerin. In der Stichprobe Nebenerwerbslandwirtschaft ist es wahrscheinlicher, dass eine Frau nachfolgt. Während der Nachfolger bzw. die NachfolgerIn in der Haupteinerwerbslandwirtschaft in der Landwirtschaft besser ausgebildet ist, weisen die NachfolgerInnen in der Stichprobe Nebenerwerbslandwirtschaft einen höheren Anteil an Ausbildung außerhalb der Landwirtschaft auf.

**Tabelle 4: Information zur Person des Hofnachfolgers/der Hofnachfolgerin bei bereits festgelegter Hofnachfolge**

Eigenschaft	HofnachfolgerIn/Haupterwerb	HofnachfolgerIn/Nebenerwerb
Alter (Durchschnitt)	23	24,3
Tochter folgt nach	16,8 %	22,7 %
Abgeschlossene landwirtschaftliche Ausbildung	40,5 %	14,6 %
Landwirtschaftliche(r) MeisterIn	5,7 %	0,7 %
Andere, nicht landwirtschaftliche Ausbildung	25,7 %	44,5 %
NachfolgerIn arbeitet vollbeschäftigt am Betrieb des Betriebsleiters/der Betriebsleiterin	13,6 %	1,5 %
NachfolgerIn arbeitet vollbeschäftigt außerhalb der Landwirtschaft <sup>1</sup>		32 % <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Ist kein signifikanter Unterschied (statistisch signifikant,  $p \leq 0.05$ ) zwischen den Stichproben feststellbar, wird der Durchschnitt des gesamten Datensatzes angegeben

Quelle: (auf der Basis von „Nachfolge festgelegt“ - siehe: Tabelle 3) Befragung 2003; Haupteinerwerb mit NachfolgerIn: n=71; Nebenerwerb mit NachfolgerIn: n=51

Ein merklich größerer Anteil an NachfolgerInnen arbeitet im Haupteinerwerb vollbeschäftigt am landwirtschaftlichen Betrieb als im Nebenerwerb. Auf der anderen Seite findet sich im Haupt- und Nebenerwerb mit etwa einem Drittel ein gleich großer Anteil an NachfolgerInnen, die vollbeschäftigt außerhalb der Landwirtschaft arbeiten.

### 9.4.4 Beteiligung der HofnachfolgerInnen an Entscheidungen

Ein wichtiger Aspekt der Hofnachfolge liegt in der Frage des intergenerationellen Transfers von Verantwortung bzw. von Entscheidungsbefugnissen. Dabei ist die Übergabe der alleinigen Verantwortlichkeit für einen bestimmten Betriebszweig oder für bestimmte Aufgabenbereiche ein markanter Schritt. Die folgende Tabelle 5 präsentiert diesbezügliche Umfrageergebnisse. Da es sich bei dieser Frage um die Übergabe der alleinigen Verantwortung für bestimmte Betriebszweige oder Aufgabenbereiche handelt und nicht lediglich um die Übergabe der Planung einzelner Arbeitsschritte, wurden in die Analyse nur Antworten von BetriebsleiterInnen mit NachfolgerInnen im Alter von mehr als 14 Jahren (2003) einbezogen.

**Tabelle 5: Alleinige Verantwortung des Nachfolgers bzw. der Nachfolgerin für bestimmte Betriebszweige oder Aufgabenbereiche**

BetriebsleiterInnen mit NachfolgerInnen im Alter von mehr als 14 Jahren		NachfolgerIn hat alleinige Verantwortung für bestimmte Betriebszweige oder Aufgabenbereiche		gesamt
		ja	nein	
<b>Haupterwerb</b>	<b>n</b>	20	66	86
	<b>%</b>	23.3 %	76.7 %	100.0 %
<b>Nebenerwerb</b>	<b>n</b>	12	69	81
	<b>%</b>	14.8 %	85.2 %	100.0 %
<b>gesamt</b>	<b>n</b>	32	135	167
	<b>%</b>	19.2 %	80.8 %	100.0 %

Quelle: Berechnungen auf Basis der Befragung 2003, Haupterwerb mit NachfolgerInnen im Alter von mehr als 14 Jahren: n=66; Nebenerwerb mit NachfolgerInnen im Alter von mehr als 14 Jahren: n=69 (auf der Basis von „Nachfolge festgelegt“ und „Nachfolge in Aussicht“ - siehe: Tabelle 3)

Während bei den befragten Personen aus der Haupterwerbslandwirtschaft ein Viertel der NachfolgerInnen mit 15 Jahren und älter die alleinige Verantwortung für bestimmte Betriebszweige oder Aufgabenbereiche hat, liegt dieser Anteil bei der selben Altersgruppe in der Stichprobe der Nebenerwerbslandwirtschaft nur bei etwa 15%. Bei der Interpretation dieses Unterschieds zwischen den beiden Stichproben muss aber berücksichtigt werden, dass dieser Vergleich auf der Basis nur geringer Fallzahlen vor allem auf der Seite der alleinigen Verantwortung für Betriebszweige/ Aufgabenbereiche erfolgt.

#### 9.4.5 Einstellungen der BetriebsleiterInnen zur Landwirtschaft und zur Hofnachfolge

Die Hofnachfolge sowie Familienentscheidungen und Haushaltsstrategien werden von einer Reihe von Wahrnehmungen, Einstellungen und Orientierungen der Familienmitglieder beeinflusst bzw. sind in diese eingebettet. In der Befragung wurden die folgenden Einstellungen mit Hilfe von 12 Statements erfasst: (i) die Zufriedenheit der BetriebsleiterInnen mit der Landwirtschaft und ihre Einschätzung der Zukunft des Betriebes, (ii) die Einschätzung finanzieller Probleme und der Arbeitsbelastung, (iii) die Orientierung zur Agrarpolitik und zu Bewirtschaftungsauflagen sowie (iv) das Ausmaß traditioneller Werte des Familienbetriebs/der Familienlandwirtschaft. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse zu jenen sechs Statements, bei denen sich zwischen den befragten BetriebsleiterInnen aus Haupt- und Nebenerwerb signifikante Unterschiede im Antwortverhalten ergaben.

**Tabelle 6: Unterschiede in Einstellungen der befragten BetriebsleiterInnen im Haupt- und Nebenerwerb**

Statement	n HE	n NE	trifft voll zu		trifft eher zu		teils/ teils		trifft eher nicht zu		trifft gar nicht zu	
			% HE	% NE	% HE	% NE	% HE	% NE	% HE	% NE	% HE	% NE
Mein Betrieb ist langfristig überlebensfähig.	134	124	22	8	35	9	19	23	16	33	8	27
Ich bin mit meiner Berufswahl (Landwirt/in) zufrieden.	137	122	47	31	29	29	21	25	2	11	1	4
Keines meiner Kinder hat Interesse an der Landwirtschaft.	117	116	7	25	14	11	19	22	27	17	33	24
Die Agrarpolitik erleichtert für mich die Planungen für die Zukunft.	129	113	6	3	9	4	27	23	35	36	23	34
Die Bewirtschaftung meines Betriebes wird durch Auflagen behindert (Bau-recht, Umweltschutz, etc.).	131	113	15	12	14	6	21	14	28	28	22	39
Die Arbeitsbelastung in meinem Betrieb ist zu hoch.	136	121	24	12	23	16	36	41	13	22	3	8

Anmerkungen: Anteile auf Ganze gerundet, HE: Stichprobe Haupterwerb, NE: Stichprobe Nebenerwerb.

Quelle: Berechnungen auf Basis der Befragung 2003

Die ersten drei Statements von Tabelle 6 repräsentieren die Zufriedenheit mit der Landwirtschaft innerhalb der Familie und die Einschätzung der Zukunft des Betriebes durch die BetriebsleiterInnen. Diese Wertemuster bzw. Einschätzungen sind in der Stichprobe aus der Haupterwerbslandwirtschaft signifikant stärker vertreten.

Was die Themen Agrarpolitik und Bewirtschaftungsauflagen betrifft, so sehen die befragten NebenerwerbslandwirtInnen zu einem geringeren Anteil eine Erleichterung ihrer Planungen durch die Agrarpolitik und fühlen sich aber andererseits auch in geringerem Ausmaß durch Auflagen in der Bewirtschaftung behindert. Der Anteil der Bäuerinnen und Bauern, die der Aussage "die Arbeitsbelastung in meinem Betrieb ist zu hoch" zustimmen oder eher zustimmen, ist in der Stichprobe der HaupterwerbslandwirtInnen doppelt so hoch wie bei den befragten NebenerwerbslandwirtInnen (47% : 18%).

Schließlich wurden die Bäuerinnen und Bauern in einer offenen Fragestellung gefragt, was sie im Ruhestand vermutlich am meisten beziehungsweise am wenigsten an der landwirtschaftlichen Tätigkeit vermissen werden. Die Antworten auf diese Frage geben ebenfalls einen Einblick in das Wertesystem der Befragten und sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

**Tabelle 7: Was im Ruhestand am meisten beziehungsweise am wenigsten an der landwirtschaftlichen Tätigkeit vermisst wird (bzw. was vermisst und was gerne aufgegeben wird)**

vermisst oder gerne aufgegeben	Haupterwerb	Nebenerwerb
Unternehmerische Entscheidungen und Tätigkeiten werden vermisst.	68%	36%
Die Arbeit mit der Natur und Tieren wird vermisst.	32%	64%
Die schwere physische Arbeit und einzelne Arbeiten in der Landwirtschaft werden gerne aufgegeben.	64%	81%
Der Umgang mit der Bürokratie wird gerne aufgegeben.	19%	0%
Stress und anderer psychologischer Druck wird gerne aufgegeben.	18% <sup>1)</sup>	

<sup>1</sup> kein Unterschied zwischen Haupt- und Nebenerwerb

Quelle: Analyse einer offenen Fragestellung – Befragung 2003; 100 % = Nennungen in den Kategorien „am meisten vermissen“ oder „am wenigsten vermissen“ (gerne aufgeben): Haupterwerb - am meisten vermissen: n=32, am wenigsten vermissen: n=57; Nebenerwerb - am meisten vermissen: n=25, am wenigsten vermissen: n=31.

Etwa zwei Drittel der Nennungen der befragten HaupterwerbslandwirtInnen fallen in der Kategorie „werde ich im Ruhestand vermutlich am meisten an der landwirtschaftlichen Tätigkeit vermissen“ auf unternehmerische Entscheidungs- und Managementbefugnisse. Bei den befragten NebenerwerbslandwirtInnen wird in dieser Kategorie in ähnlich hoher Gewichtung die Arbeit mit der Natur und Tieren genannt. Etwa zwei Drittel (Haupterwerb) bis vier Fünftel (Nebenerwerb) der Nennungen in der Kategorie „werde ich vermutlich am wenigsten vermissen“ fallen auf die schwere physische Arbeit und einzelne Arbeiten in der Landwirtschaft. Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Stichproben besteht darin, dass etwa ein Fünftel der Nennungen von HaupterwerbslandwirtInnen in der Kategorie „... am wenigsten vermissen“ auf den Umgang mit der Bürokratie fällt, während dieser Aspekt der landwirtschaftlichen Tätigkeit von den NebenerwerbslandwirtInnen in den offenen Antworten nicht angesprochen wird.

## 9.5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Muster der Familienstrategien in der Landwirtschaft reichen von der Intensivierung der Produktion, der Diversifizierung und Erwerbskombination bis zum Ausstieg aus der Landwirtschaft. Die gewählte Haushaltsstrategie hängt weitgehend von der ökonomischen Situation, dem Familienlebenszyklus und den Wahrnehmungen, Einstellungen und Orientierungen der Familienmitglieder ab. Ein Schlüssel zur Entwicklung der Familienlandwirtschaft ist das Planen für die Hofnachfolge. Wenn kein Nachfolger oder keine Nachfolgerin gefunden wird, so führt dies oft zur Aufgabe des Betriebes.

In diesem Beitrag wird die Situation der Hofnachfolge in Österreich diskutiert. Im Jahr 2003 wurden BetriebsleiterInnen mit einem Alter von mindestens 45 Jahren dazu befragt. Als Ergebnis der Befragung liegen zwei unabhängige Stichproben von BetriebsleiterInnen in Haupterwerbsbetrieben (140) und in Nebenerwerbsbetrieben (137) vor. Diese beiden Stichproben erlauben es, einen Vergleich von charakteristischen Aspekten und Phasen der Hofnachfolge für Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe anzustellen. Da es sich allerdings um keine für die österreichische Agrarstruktur signifikanten Stichpro-

ben handelt, ist bei Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Verteilung der beobachteten Unterschiede zwischen Haupt- und Nebenerwerb in Österreich Vorsicht geboten. Zumindest sollte dieser Vergleich vor dem Hintergrund der zu Beginn dieses Beitrages beschriebenen Unterschiede in der Verteilung wichtiger Merkmale zwischen Stichproben und Agrarstruktur erfolgen.

57% der befragten Haupteinwerbsbetriebe hatten im Jahr 2003 einen definitiven Nachfolger bzw. eine definitive Nachfolgerin im Gegensatz zu 39% in der Stichprobe der Nebenerwerbsbetriebe.

14% der NachfolgerInnen in der Haupteinwerbslandwirtschaft und 1,5% jener in der Nebenerwerbslandwirtschaft arbeiten Vollzeit auf dem Betrieb der Eltern. Einem höheren Ausmaß und Niveau der landwirtschaftlichen Bildung in sowohl der Eltern- wie auch in der Nachfolgegeneration im Haupteinwerb stehen deutlich höhere Anteile abgeschlossener nicht landwirtschaftlicher Ausbildung in beiden Generationen in der Stichprobe der NebenerwerbslandwirtInnen gegenüber. Allerdings ist auch festzuhalten, dass die Nachfolgegeneration im Haupteinwerb immerhin zu einem Viertel eine nicht landwirtschaftliche Ausbildung aufweist. Dies gemeinsam mit der Tatsache, dass nicht nur in der Stichprobe der Nebenerwerbslandwirtschaft sondern auch in jener der Haupteinwerbslandwirtschaft ca. ein Drittel der NachfolgerInnen vollbeschäftigt außerhalb der Landwirtschaft arbeitet, lässt in Bezug auf den landwirtschaftlichen Strukturwandel die Vermutung zu, dass wahrscheinlich ein Viertel bis ein Drittel der Betriebe in der Stichprobe der Haupteinwerbslandwirtschaft im Zuge des Generationswechsels im Nebenerwerb weiterbewirtschaftet wird.

Der Anteil jener BetriebsleiterInnen, die mit dem festgelegten Hofnachfolger oder der festgelegten Hofnachfolgerin zum Zeitpunkt der Befragung bereits über ihre Pläne bezüglich der Hofnachfolge diskutiert hatten, ist relativ gering (Haupteinwerb: 33%, Nebenerwerb: 21%). Als eine nahe liegende Möglichkeit der Interpretation dieser Diskrepanz bietet es sich an, diese als das Wirken eines traditionellen Habitus, also eines persistenten und teilweise nicht in Frage gestellten Orientierungs- und Verhaltensmusters in der Landwirtschaft, anzusehen (Schallberger 1996; Vogel und Wiesinger 2003). Innerhalb solcher Muster ist die Weitergabe des Hofes von Generation zu Generation als „zweite Natur“ der Familienlandwirtschaft anzusehen. Dementsprechend wird die Weitergabe nicht als etwas wahrgenommen, das man diskutieren oder besprechen muss.

Die Analyse des Datensatzes lässt vermuten, dass die junge Generation im durchschnittlichen Haupteinwerbsbetrieb der Stichprobe etwas stärker in Entscheidungs- und Managementbefugnisse integriert ist, als in der Stichprobe der Nebenerwerbslandwirtschaft.

Die Orientierungsmuster der befragten BetriebsleiterInnen von Haupteinwerbsbetrieben können als Kombination aus landwirtschaftlich-unternehmerischer Orientierung und traditionellem landwirtschaftlichem Familienwertesystem beschrieben werden. Die befragten NebenerwerbslandwirtInnen zeigen eine vergleichsweise starke Hinwendung zur Arbeit mit der Natur und Tieren. Dies kann als intrinsische Motivation zur Weiterbewirtschaftung des Hofes in der Erwerbsskombination interpretiert werden.

Die Hofnachfolge ist in ihren Auswirkungen auf den Strukturwandel ein zentraler Prozess und selbst Teil des Strukturwandels. Wichtig ist die Auffassung der Hofnachfolge als Prozess, der schon bei den Bildungsentscheidungen beginnt. Es ist eine wesentliche Aufgabe, diesen Prozess in seinen Stufen und seiner ganzen Bedeutung allen Beteiligten in der Landwirtschaft bewusst zu machen, vor allem, dass es

darum geht, mit den festgelegten bzw. in Aussicht genommenen HofnachfolgerInnen seitens der BetriebsleiterInnen auch in einen permanenten Austausch über die Pläne der Hofnachfolge zu treten und bewusste Schritte zu einer gleitenden Hofübergabe zu setzen, in der auch Kompetenzen bewusst und schrittweise übergeben werden.

Da im Hofnachfolgeprozess durch NachfolgerIn-Effekt und Nachfolgeeffekt auch neue Weichen in den Haushaltsstrategien gesetzt werden, hängt von der Gestaltung der Hofnachfolge auch ab, ob und in welchem Ausmaß die Familien bereit sind, innovative Aktivitäten durchzuführen und – aus der Sicht der Gesellschaft – neue Aufgaben der Landwirtschaft zu übernehmen.

## 9.6 Literatur

BMLFUW (2004): Der Grüne Bericht 2004. Wien.

BMLFUW (2005): Der Grüne Bericht 2005. Wien.

Brun, André, Fuller, Anthony (1992): Farm Family Pluriactivity in Western Europe/Pluriactivité des ménages d'agriculteurs en Europe de L'Ouest. Arkleton Trust. Enstone, Oxford.

Dax, Thomas, Loibl, Elisabeth, Oedl-Wieser, Theresia (1995): Erwerbsskombination und Agrarstruktur. Entwicklung landwirtschaftlicher Haushalte im internationalen Vergleich. Forschungsbericht Nr. 33 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.

Errington, Andrew (1998): The intergenerational transfer of managerial control in the farm-family business: A comparative study of England, France and Canada. In: The Journal of Agricultural Education and Extension, 1998, 5(2). 123-133.

Glauben, Thomas, Tietje, Hendrik, Vogel, Stefan (2004): Farm succession patterns in Northern Germany and Austria – a survey comparison. Diskussionspapier DP-05-2004 des Instituts für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Department für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität für Bodenkultur Wien. Wien: Eigenverlag.

Oedl-Wieser, Theresia (2004): Frauen als Akteurinnen in der Agrar- und Regionalpolitik. Eine Situationsanalyse im Hinblick auf die Umsetzung von Gender Mainstreaming in Österreich. In: BMLFUW: Grüner Bericht 2004. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2003. Wien. 273-274. (<http://www-gruenerbericht.at>)

Potter, Clive, Lobley, Matt (1996): The farm family life cycle, succession paths and environmental change in Britain's countryside. In: Journal of Agricultural Economics, 47. 172-190.

Schallberger, Peter (1996): Subsistenz und Markt. Bäuerliche Positionierungsleistungen unter veränderten Handlungsbedingungen. Inst. f. Soziologie Bern, Schriftenreihe Kulturosoziologie. Bern.

Vogel, Stefan, Hofreither, Markus F., Schneeberger, Walter, Weiß, Franz (2004): Bestimmungsgründe von Flächenausweitungsplänen in der Berglandwirtschaft Österreichs. In: Die Bodenkultur, 55, 2. 61-69.

Vogel, Stefan, Wiesinger, Georg (2003): Zum Begriff des bäuerlichen Familienbetriebs im soziologischen Diskurs. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 28, 1. 55-76.

## 9.7 Zusammenfassung

Die Hofnachfolge ist ein wichtiger Abschnitt im Familienlebenszyklus. Die Frage, ob eine Hofnachfolgerin oder ein Hofnachfolger bestimmt werden kann, gestaltet die Strategien und Handlungsweisen der landwirtschaftlichen Haushalte ganz wesentlich. Im Jahre 2003 wurden in Österreich insgesamt 277 BetriebsleiterInnen (140 von Haupterwerbsbetrieben und 137 von Nebenerwerbsbetrieben) im Alter von mindestens 45 Jahren vor allem zu ihren Ruhestandsplänen, zur Situation der Hofnachfolge am Betrieb und auch zu Einstellungen zur Landwirtschaft befragt. Neben der Tatsache, dass auf ca. 57% der Haupterwerbsbetriebe und auf ca. 39% der Nebenerwerbsbetriebe die Hofnachfolge zum Zeitpunkt der Befragung festgelegt war, unterscheiden sich die beiden Stichproben noch in einer Reihe anderer Merkmale. Diese Unterschiede werden in diesem Beitrag beschrieben und ihre Auswirkungen auf Haushaltsstrategien diskutiert.

## 9.8 Summary

Farm succession is a complex process in which farmers plan their retirement, pass on management competence and plan farm developments. In 2003 succession patterns have been analysed by a survey of 277 farmers in Austria. In this paper farm succession processes in full time and part time farming are compared. The structure of the farms in both samples differs in several ways. Full time farms have proportionally higher rates of identified successors and farm adjustment plans than part time farms. Results also show that there are not only significant differences in farm succession patterns, but also in value systems. The question of farm succession is crucial to household strategies and in consequence to structural change in agriculture.

## Dr. Stefan Vogel

geb. 1957 in Wels. Er studierte Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur Wien, an der er heute lehrt und forscht. Er beschäftigt sich vor allem mit agrar- und umweltsoziologischen Fragen rund um die Entwicklung der landwirtschaftlichen Haushalte. Mit der Bundesanstalt für Bergbauernfragen verbindet ihn, ausgehend von einem Akademikertraining unmittelbar nach dem Studium, eine erfolgreiche langjährige Kooperation in Forschung und Lehre.



## 10. Vom Verschwinden der Bauern und vom Kommen der Agrarunternehmer

Josef Hoppichler

*„Die Literaten betrachten die Bauern zu Unrecht mit Geringschätzung. Diese nehmen nämlich bisweilen deren Zukunft vorweg. Das Ende der Bauern kündigt vielleicht auch das Ende einer bestimmten europäischen Kultur an. Stets hat sich Europa aus Landschaften größter Vielfalt zusammengesetzt. Es gibt keine unberührten Landstriche wie in Amerika. Unser Kontinent besteht sowohl innerhalb der Länder als auch von einem Land zum anderen aus außerordentlich verschiedenen Landschaften und Nutzflächen. Das alles ist im Wandel. Weitreichende Flurbereinigungen sind im Gang, die Landwirtschaft industrialisiert sich, die Menschen verlassen das Land ... im Namen Europas, an dem wir gerade arbeiten. Ich finde, dass man damit Europa, dessen Erbe wir angetreten haben, einen Bärenienst erweist.“*  
(Finkielkraut 2000)

Es ist natürlich schon interessant, dass sich auch kosmopolitische Philosophen über das Verschwinden der Bauern so ihre Gedanken machen, ist ihr normales Metier doch das kulturelle, soziale und politische Zentrum, das sich bekanntlich eben nicht am Land befindet. Doch sind das nur zwei Seiten ein und derselben Medaille, denn die Probleme der Agglomeration und Verstädterung laufen parallel mit den Problemen des Verschwindens am Land. Dieses Verschwinden der Bauern sei im Folgenden durch ein paar Schlaglichter (Spotlights) erhellt, um den Prozess zu charakterisieren, der derzeit mit den bäuerlichen Strukturen und der Landbewirtschaftung stattfindet – nicht nur in Europa, sondern weltweit. Zu wünschen gilt es, über diesen Prozess nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern auch ein tieferes Verstehen anzuregen.

### 10.1 Spotlight 1 – Österreichs Agrarpolitik

In einem Artikel der Tageszeitung „die Presse“ vom Februar 2006 steht es geschrieben, was man sich bei der klein strukturierten bäuerlichen Landwirtschaft in Österreich aus der neo-liberalen Perspektive noch vorstellen kann, denn zwei Drittel der Bauern bewirtschaften weniger als 20 Hektar, und sie seien damit „nach wirtschaftlichen Kriterien nicht überlebensfähig“:

*„Wie wär's, da einmal über Kooperationsformen nachzudenken, die lebensfähige Betriebsgrößen ergeben, ohne gleich seelenlose "Agrarfabriken" zu schaffen. Da wäre das Fördergeld entschieden besser aufgehoben als in Struktur versteinernenden Stütungen. Denn ohne wettbewerbsfähige Struktur werden die Bauern nie zu vernünftigen Einkommen kommen - und das haben sie sich nicht verdient.“* (Urschitz 2006)

Das war eine hohe journalistische Schönredekunst, um die Ideologie einer „Notwendigkeit des Bauernsterbens“ in die LeserInnen hineinzudrücken. Die Bauern sollen sich also zu größeren Betrieben zusammenschließen – wenn der normale Strukturwandel über den Generationenwechsel schon nicht mehr ausreicht, um dort zu landen, wo sie auch der Präsident der Landwirtschaftskammern Österreichs anlässlich der Wintertagung 2006 und seinem Vortragstitel hinführen möchte, zu "Unternehmern in einer globalen Agrarwirtschaft". Das sei die Zukunft, denn nur „genügend innovative, wettbewerbsstarke Betriebe“ würden den ländlichen Raum lebendig halten (AIZ 2006a).

Ungefähr so reden viele Spitzenexponenten der österreichischen Agrarpolitik selbst nach dem Jahrzehnt des radikalsten Bauernsterbens. Wenn aber nur mehr die Unternehmer-Bauern am Land „lebendig“ bleiben, so werden das sehr wenige sein. Über 63.000 landwirtschaftliche Betriebe haben in den 1990er Jahren ihre Hof- und Stalltüren geschlossen und in den letzten fünf Jahren sind ihnen noch einmal über 30.000 gefolgt. Es waren zum Großteil Klein- und Nebenerwerbsbetriebe, doch soll uns das nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie in der modernen europäischen und globalen Agrarwirtschaft eben zu deplatzierten und unpassenden ökonomischen Einheiten wurden. Das Ziel eines „vernünftigen Einkommens“ ist wie ein Fass ohne Boden, es scheint fast, je mehr man in die Landwirtschaft Geldmittel hineinfördert, umso mehr Bauernsterben kommt unten heraus (s. a. SPIEGEL 2006).

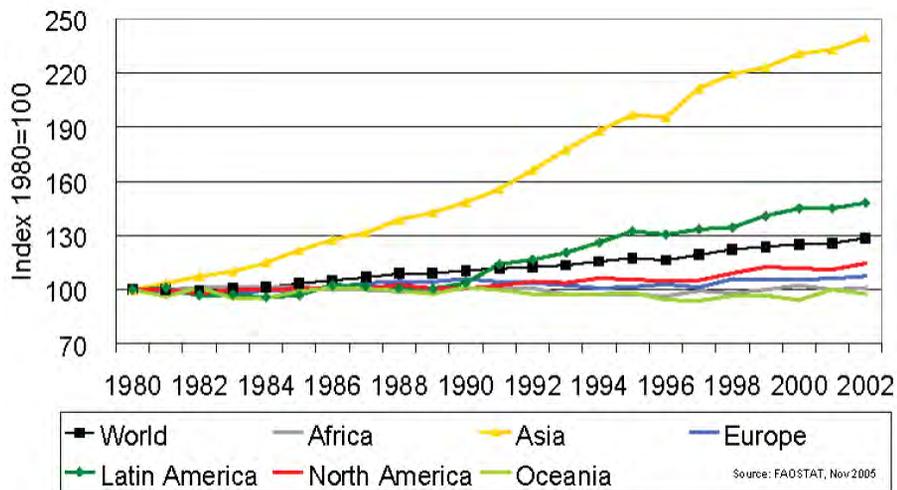
Die einen, die sich zu klein fühlen, holen sich ein Zusatzeinkommen über Verpachtung und Verkauf, und die anderen, die sich noch wettbewerbsfähig wähnen, jagen mit den Grenzkosten den Grenzertrag, während sich die Verkäufer von Maschinen, Gebäuden und Betriebsmitteln die Hände reiben. Es herrscht staatlich finanziertes Agribusiness, wo die Bauern, die immer weniger werden, zu Agrarunternehmen mutieren und letztlich in einer Art Zulieferindustrie für die große Agrarindustrie enden.

## 10.2 Spotlight 2 – nach wie vor dominiert global die Selbstversorger-Landwirtschaft

Die Reisbauern und Reisbäuerinnen dieser Welt erzeugen 600 Millionen Tonnen Reis auf mehr als 150 Millionen Hektar und sie ernähren damit mehr als drei Milliarden Menschen – also die Hälfte der Menschheit. *„Allein in Asien pflanzen über eine Milliarde Menschen Reis an, er deckt bis zu 80 Prozent des Kalorienbedarfs der Menschen ab. Nur Weizen wird noch häufiger angebaut, jedoch vielfach als Tierfutter verwendet.“* – so steht es in der „Reismappe“ der deutschen Welthungerhilfe. Die durchschnittliche Betriebsgröße dieser Reisbauern und Reisbäuerinnen liegt weit unter der Hektargrenze. Sie würden nach europäischen Maßstäben gar nicht in die Agrarstatistiken aufgenommen, denn sie fielen unter die Rubrik „Hausgärten“ oder würden als Kleinst- und Hobbylandwirte bezeichnet werden. Auf Förderungen hätten sie schon gar keinen Anspruch. Aber genau diese, auf Selbstversorgung ausgerichteten, KleinbäuerInnen ernähren eigentlich einen Großteil der Menschheit, so wie sie es immer getan haben.

Dem gegenüber steht unser industrielles System von Landwirtschaft. Was in den westlichen Industrieländern unter dem Begriff Landwirtschaft kursiert, ist eigentlich eine Art Luxusproduktion, eine hoch gezüchtete Industrie, die dazu dient, für die Wohlhabenden dieser Erde entsprechend ihren Ernährungsgewohnheiten einen vollen Tisch zu decken. Diese Industrielandwirtschaft dominiert auch den so genannten Weltagrarmarkt. Insbesondere über die industrielle Fütterung von Geflügel und Schweinen, wird ein Großteil der Nahrungsmittelenergie dabei sogar vernichtet, denn eine tierische Kalorie in Form von Fleisch braucht 7 bis 12 Kalorien an pflanzlichen Futtermitteln (EU 2005; s. a. Abb. 1).

Der Rest, also die Überschüsse aus dieser industriellen Landwirtschaft, wird dazu verwendet, um in vorher eher autarken Entwicklungsländern über Nahrungsmittelhilfe und dumpingartige Billigimporte politische und ökonomische Abhängigkeiten zu erzeugen. Durch diesen verdeckten Verdrängungswettbewerb mit der Subsistenz-Landwirtschaft wird aber vielfach nicht Hunger beseitigt, sondern es werden erst die Grundlagen für ungleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklung und Abhängigkeit geschaffen (s. a. GERMANWATCH 2005).

**Abbildung 1: Das Wachstum der Fleisshesser**

Anmerkung: Die Erzeugung von 1 tierischen Kalorie braucht 7 bis 12 pflanzliche Kalorien

### 10.3 Spotlight 3: Die Osterweiterung der EU – ein neuer Motor fürs Wachsen und Weichen im Westen – siehe das Beispiel Deutschland

In Verbindung mit der deutschen Strukturdiskussion, die eigentlich erst sieben Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung – und das nur oberflächlich – geführt wurde, verkündete Arno Henze (1996), Professor für Agrarpolitik und landwirtschaftliche Marktlehre der Universität Hohenheim, in der deutschen Fachzeitschrift „Agrarwirtschaft“ das Credo der umfassenden wirtschaftlichen Effizienz für die deutsche Landwirtschaft, so als gelte es die Erzeugungsschlacht des zweiten Weltkrieges nachträglich noch einmal zu gewinnen: „In Verbindung mit der Agrarprotektion verharren in der Landwirtschaft Arbeitskräfte, die nur noch einen Bruchteil an volkswirtschaftlicher Leistung erbringen gegenüber Arbeitskräften, die in anderen Bereichen mit Lohnarbeitsverfassung freigesetzt werden. Daher ist es notwendig die Agrarprotektion abzubauen und die Lohnflexibilität in der Lohnarbeitsverfassung zu erhöhen“. Und später spricht er auch die agrarpolitische Konsequenz solchen (scheinbaren) Effizienzdenkens an: Es „sollte der Marktaustritt wettbewerbsschwacher Betriebe nicht verhindert werden, damit wettbewerbsstarke Betriebe wachsen können. ... Überlegungen, die zur Kompensation der Produktpreissenkung gewährten flächenbezogenen Preisausgleichszahlungen betriebsgrößenabhängig zugunsten von Kleinbetrieben zu differenzieren, ist daher entschieden entgegenzutreten.“

Die absichtliche Erzeugung von Arbeitslosen in Landwirtschaft und Industrie scheint dieser Art akademischer Wissenschaft vollkommen egal zu sein bzw. wird sogar zum Dogma erhoben. Hinter dem ökonomischen Technokratendeutsch findet sich auch ein Teil der Endzeitphilosophie Nietzsches frei nach dem Motto: „Was fällt, das soll man noch stoßen“ und hinter der eindimensionalen Art von ökonomische Theorie verbirgt sich eine Ideologie des „Wachsens und Weichens“, die in eine Art Anleitung mündet, wie man durch Politik möglichst schnell ein verarmtes Land- und Industrieproletariat auch noch im 21. Jahrhundert schaffen könnte. Zum Glück wurde von der praktischen Politik die „Suppe noch nicht so heiß gegessen“, wie sie von solchen Total-Ökonomen geschrieben wurde.

Nicht oder nur selten wird gesagt, dass die großbetriebliche Struktur Ostdeutschlands nach der Wiedervereinigung zum Großteil nicht dem freien Spiel der Marktkräfte ausgeliefert wurde – denn sonst wären sie zerbrochen – sondern, dass die spezifischen Eigentumsformen absichtlich als Großbetriebe transformiert wurden, und später durch das westliche EU-konforme Förderungssystem zu wirtschaftlich rentablen Unternehmen für die alten und neuen Eigentumsformen gemacht wurden. Politische Eingriffe zugunsten bestimmter Rechts- und Organisationsformen haben eben zu Entwicklungen geführt, die unter den Bedingungen wirklich freier Märkte mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht entstanden wären (Hagedorn 1998; Mann 2003). Ähnliches gilt natürlich auch später für die Agrarstruktur der anderen osteuropäischen EU-Beitrittsländer, wobei ihnen aber Ostdeutschland die Richtung weitgehend vorgezeichnet hat.

Das Kuriose an der deutschen Transformation aber ist, dass man die Strukturen nicht zuletzt auch auf Grund der Kapitalverwertungsinteressen der westlichen Agrarindustrie erhalten hat, gleichzeitig aber die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Massen freigesetzt wurden. Buchholz (1997) stellte in der Folge einfach nüchtern fest, dass die Verminderung des Arbeitskräftebestandes in der Landwirtschaft der ostdeutschen Länder hinsichtlich der Geschwindigkeit als auch des Ausmaßes *„unerwartet und ohne Beispiel in der bisherigen Entwicklung der deutschen Landwirtschaft war.“* An dem *„unerwartet“* kann aber gezweifelt werden. Von den 834.000 Beschäftigten in der Landwirtschaft hatten 1992 bereits 634.000 Menschen ihren Agrar-Arbeitsplatz verloren, und 1997 seien es dann nur mehr ca. 150.000 gewesen. Das gleichzeitige Entstehen einer kleinen Gruppe von Klein- und Mittelbauern (Wiedereinrichter) kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das große Agrarunternehmertum das flache Land des deutschen Ostens mehr und mehr zu beherrschen begann, während die Arbeitslosigkeit und Abwanderung in die ländlichen Räume Einzug hielt. Die Agrarausgleiche und Regionalförderungsmittel der EU haben genau das Gegenteil gemacht, was sie in den Zielvorgaben versprochen zu tun. Und die EU und das vereinigte Deutschland zahlen jetzt doppelt, einmal im Rahmen der EU-Förderungen und einmal für die Arbeitslosigkeit. Die neuen Agrarbetriebe mögen zwar jetzt wettbewerbsfähig sein, der ländliche Raum aber ist tot.

2005 hatten von 27.600 Betrieben Ostdeutschlands 8.900 mehr als 100 ha bzw. sogar 3.100 über 500 ha. Das entsprach einem Prozentsatz von 33% bzw. 11,2% der Betriebe, die aber gleichzeitig 93% oder respektive 68% der Agrarfläche bewirtschafteten. Diese Großbetriebsstruktur erweist sich in den letzten zehn Jahren als relativ stabil bzw. erlebt auch nur ein moderates Wachstum, was, wenn man das EU-Fördersystem mit bedenkt, auch logisch sein muss: Wer wechselt schon *„ein Pferd mit regelmäßigen Gewinnaussichten“*.

Aber – und hier zeigt sich ganz besonders der *„Eselsfuß“* der deutschen Wiedervereinigung – in Westdeutschland stehen wir in den letzten Jahren vor einem relativ extremen Strukturwandel, der auch aus dem Osten beeinflusst wird. Hier weisen die Betriebskategorien über 200 ha jährliche Wachstumsraten von über +7% auf – sowohl was die Anzahl als auch die Fläche betrifft – und die Kategorie über 100 ha immerhin Wachstumsraten von fast +5%. Betriebe zwischen 75 und 100 ha nehmen in der Anzahl auch noch leicht zu (0,8%), doch alle kleineren Größenklassen sind in einem Schrumpfungsprozess begriffen. Während im Jahr 2000 noch 16.600 West-Betriebe über 100 ha hatten und einen Agrarflächenanteil von 22% bewirtschafteten, sind es 2005 21.200 Großbetriebe, die schon 30% unter ihren Traktorrädern haben. Die Betriebskategorie über 200 ha ist im Westen zwar noch bescheiden – es sind derzeit

nur ca. 3.200 – aber sie haben immerhin zwischen 2001 und 2005 ihren Flächenanteil von 6,3% auf 8,7% gesteigert (alle Strukturdaten aus DEUTSCHER BUNDESTAG 2001 und 2006).

Agrarindustrielle Strukturen bestimmen das Landschaftsbild bereits seit einigen Jahren auch zunehmend „im Westen“ und dieser Prozess wird durch die Hereinnahme der osteuropäischen Großstrukturen in den Gemeinsamen Markt beschleunigt. Die Landarbeit wird zunehmend von Menschen verrichtet, die wie IndustriearbeiterInnen in die Kabinen von Großmaschinen eingesperrt sind oder in Plastik verpackt sind, um Vergiftungs- und Hygienierisiken zu minimieren. Wenn sie nicht zufällig Besitzer der Großfarm sind, gehören diese Menschen für gewöhnlich zu der Kategorie der BilligstarbeiterInnen. Billige Saisonarbeitskräfte und ErntehelferInnen sind auf dem Weg, das soziale Bild der bäuerlichen Welt enorm zu verändern. Ein nicht geringer Teil von Ihnen kommt aus Osteuropa bzw. werden andere Teile der europäischen Unternehmer-Landwirtschaft mit BilligstarbeiterInnen aus Afrika und anderen Entwicklungsländern versorgt.

#### 10.4 Spotlight 4: Das Getreide wird schon verbrannt, weil es rentabel ist

Am ersten Februar 2006 erschien im ORF-Online-Magazin ein Kurzartikel über „Getreide als Zukunftsenergie“ (ORF 2006). Die Bauern und ihre VertreterInnen würden sich viel versprechen vom „Heizen mit Weizen“. Der Preisvergleich mit einer Tonne Pelletsbrennstoff ergibt für Futtergetreide einen Preisvorteil von mehr als die Hälfte. Es würde zwar bei der Getreideverbrennung nach „Brot riechen“ und auch die ethischen Dimensionen würden diskutiert, doch denke man dabei an den Anbau von speziellen Sorten von Futtergetreide und an „kein Nahrungsgetreide“. Die gegenwärtige Relation zu den Heizölpreisen ist ähnlich rentabel, wenn noch nicht vorteilhafter.

Aus Artikeln und Versuchs- und Praxisberichten ist bekannt, dass in Österreich und Deutschland schon einige Getreideverbrennungsöfen in Betrieb sind. Sie wurden sogar mit öffentlicher Förderung optimiert. Auch heißen dies manche Umweltgruppen und Umweltbehörden zum Teil gut, da das ja eine CO<sub>2</sub>-neutrale Energieform sei. Über spezielles „Energiekorn“ bei eventuell extensiverem Anbau könnte sich das System der Direktverbrennung als relativ umweltschonend und regional angepasst definieren lassen – so lauten jedenfalls vereinzelte Fachmeinungen.

Überrascht zeigt man sich dann, wenn man im Blick auf das Gesamtsystem daran erinnert, dass es eigentlich bei den gegenwärtigen Mineralölpreisen ebenfalls schon hoch rentabel sei, ganze Schiffsladungen Getreide vom Weltmarkt abzuziehen und in kalorischen Kraftwerken zu verbrennen. Nur würde das (noch) nicht geschehen, weil es wahrscheinlich (noch) vor der Weltöffentlichkeit angesichts von 800 Mio. unterernährten Menschen nicht zu rechtfertigen ist. Auch einen Außenhandelschutz kann man sich in so einem Fall für "Energiekörner" – aber auch bei nachwachsenden Rohstoffen allgemein - nicht mehr erwarten.

Die Rentabilität der Getreideverbrennung ist ein eindeutiges Sinnbild dafür, wie die Industrialisierung der Landwirtschaft die landwirtschaftlichen Tätigkeiten und damit auch die Nahrungsmittel entwertet hat. Man kann dies natürlich auch dahingehend interpretieren, dass die KonsumentInnen am Prozess dieser Umwertung erheblich mitbeteiligt waren und sind (s. a. Hoppichler 2003).

## 10.5 Spotlight 5: Nachwachsende Rohstoffe sind kein regionales Projekt, sondern ein globales Desaster

Nachdem auf Grund globaler Konflikte, das Erdöl als Energiegrundlage immer knapper und damit teurer zu werden droht, und da die Endlichkeit fossiler Brennstoffe vorauszusehen ist, erleben die direkt anbaubaren, nachwachsenden Rohstoffe aus der Landwirtschaft gerade eine Renaissance. Nicht nur die unmittelbare Getreideverbrennung oder die Vergasung in Biogasanlagen ist hoch rentabel, sondern auch die Umwandlung von Rapsöl bzw. anderer pflanzlicher Öle in Treibstoff sowie die Ethanolgewinnung aus Getreide und Zuckerrübe werden bei steigendem Ölpreis zunehmend wirtschaftlich wettbewerbsfähiger. Zwar bedarf es derzeit noch an Förderungen, Steuererleichterungen und Beimischungszwängen, aber eine weitere Preis-Rallye würde genügen, um aus Äckern wirklich rentable „Erdölfelder“ zu machen. Die Landwirtschaft der Industrieländer kann damit anscheinend klaglos zur Energiewirtschaft mutieren, wobei sich nur mehr Vorteile zeigen würden: die Agrarpreise würden stabilisiert, die CO<sub>2</sub>-Emissionen vermindert, die Importabhängigkeit bei Energie zurückgedrängt, neue Wertschöpfungsmöglichkeiten geschaffen und sogar Arbeitsplatzeffekte seien zu erwarten. So jedenfalls die Versprechungen.

Die Realität der Globalisierung hat aber andere Dimensionen für die nachwachsenden Rohstoffe zu bieten, denn das Rad der Investitionen in die neue Sparte beginnt sich zu drehen und schon lauert der globale Agrarhandel mit ganz anderen Einsparungs- und Gewinnmöglichkeiten.

Und wir mit unserm „kleinen Land“ sind auch voll mit dabei: Speziell Österreich versprach schon ab 2008, den mineralischen Treibstoffen Biotreibstoffe im Ausmaß von 5,75% beizumischen. Als der Bundeskanzler 2005 zu Staatsbesuch in China weilte, waren gleichzeitig auch Wirtschaftsleute im Begleitbalk, die Verträge über ein austro-chinesisches Biodieselprojekt unterzeichneten (FORMAT 2006). Das Ergebnis: Es sollen 250.000 chinesische Bauern auf 600.000 Hektar 700.000 Tonnen Raps ernten, der in China zu 250.000 Tonnen Rapsöl verarbeitet und zu Treibstoff umraffiniert wird. Damit werde man den gesamten österreichischen Bedarf decken – so ein Erstbericht aus Peking bzw. soll „*ab 1. Jänner 2007 der erste chinesische Biodiesel aus österreichischen Zapfsäulen rinnen*“ (Kittner 2005). Aber Österreich ist nicht nur in China aktiv, sondern eine Biodieselanlage wurde auch nach Ägypten exportiert und soll 40.000 Tonnen Jahreskapazität liefern (APA 2005a).

Gleichzeitig rüstet sich die österreichische Agrarindustrie für neue Fabrikanlagen, aber nicht in der Nähe der günstigsten Anbaustandorte, sondern gleich an einem Donauhafen. Die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich will im Ennshafen eine Biodiesel-Anlage mit einer Jahresproduktion von 100.000 Tonnen errichten (APA 2005b). Nachdem die österreichische Landwirtschaft nur ca. 40.000 Hektar anbaut, würde der Rest auf die geplante Jahreskapazität eben vorderhand importiert. Die Betreibergesellschaft wird zu 51% ein Joint-Venture mit einem deutschen Unternehmen sein, sodass man auch am deutschen Markt verankert ist. Der direkte Arbeitsplatzeffekt wird lediglich mit 30 Arbeitern in der Biodieselanlage beziffert. Mit Mai 2006 ging bereits eine weitere Biodieselfabrik im Ölhafen Lobau in Wien in Produktion. Die Biodiesel Vienna GmbH erzeugt 95.000 Tonnen Biotreibstoff und wird in zwei Jahren auf 400.000 Tonnen ausbauen (AIZ 2006b). Und damit auch bei mineralischem Benzin mit nachwachsenden Rohstoffen substituiert werden kann, hat die österreichische Zucker- und Stärkeindustrie Agrana schon ein Werk mit 200.000 Kubikmeter Ethanol bei Tulln projektiert.

Die von Österreich initiierten Kapazitäten sind aber trotz allem nur kleinformig. Im Jänner 2006 wurde bekannt, dass ein Niederländisches Konsortium im nordfriesischen Emden eine Biodieselanlage mit ca. 430.000 Jahrestonnen plant, die gleich mit Palmöl aus Südostasien betrieben werden soll (IWR 2006). Dass „Grüne“ das „ökonomisch und ökologisch fragwürdig finden“, dürfte den zukünftigen Welthandel wenig berühren (Emder Zeitung 2006). Vor allem in den Niederlanden hat sich der Import von Palmöl bereits in den letzten beiden Jahren signifikant erhöht (von 1,2 Mio. Tonnen 2004 auf 2,2 Mio. Tonnen 2006). In einem Bericht über die Niederlande stellt das US-Landwirtschaftsministerium diesbezüglich fest: *„Zusätzlich zur Ernährungsverwendung hat die Erzeugung von „grüner Elektrizität“ und Biodiesel das Potenzial die Nachfrage nach Palmöl um mehr als 1 Mio. Tonnen jährlich anzukurbeln. In den Niederlanden ist die Elektrizitätserzeugung schon für 400.000 Tonnen Verbrauch an Palmöl verantwortlich.“* (USDA 2005). Die Hintergründe dafür ergeben sich daraus, dass die holländische Firma „Biox“ einen 10-Jahres-Kontrakt mit der Malayischen Firma IOI und den „Malaysian Golden Hope Plantations“ zur Erzeugung von Elektrizität unterzeichnet hat. Dafür baut „Biox“ vier Elektrizitätswerke in den Niederlanden, eines davon in der Nähe der neuen IOI-Palmölraffinerie in Rotterdam, welche bereits eine Kapazität von 900.000 Tonnen aufweist (Reuters 2005b).

Millionen Hektar Plantagen mit Ölpalmen – sie ist die ertragreichste Ölpflanze - sind bereits in Ländern wie Malaysia, Indonesien, Ecuador oder Kamerun oftmals bei gleichzeitiger Abholzung der Regenwälder angelegt worden. Zwischen 1985 und 2000 war die Ausweitung der Ölpalmpflanzungen für 87% der Abholzungen der Regenwälder in Malaysia verantwortlich. In Sumatra und Borneo wurden ca. 4 Mio. Hektar Wälder zu Plantagen konvertiert, weitere 6 Mio. Hektar sind in Malaysia und bis zu 16,5 Mio. Hektar in Indonesien für die zukünftige Umwandlung in Ölpflanzungen bereits projektiert. (FOE et al. 2005). In Borneo droht der zukünftige Ölpalmanbau dem Regenwald den Garaus zu machen (REGENWALD 2006) und die letzten Lebensräume des Orang-Utan werden dem Weltmarkt für nachwachsende Rohstoffe geopfert. Über zehn neue Palmölmühlen sind in Malaysia und Singapur schon für die neue Produktionssparte in Betrieb oder zumindest in Bau.

Es gibt nur wenige, die auf das verrückte Spiel mit nachwachsenden Rohstoffen aufmerksam machen und auch aufzeigen, dass durch die liberalen Weltmarktbedingungen und die unverantwortliche Agrarisierung von natürlichen Lebensräumen viel mehr CO<sub>2</sub> freigesetzt und Biodiversität zerstört wird, als durch die Substitution gewonnen werden kann (siehe Monbiot 2005). Nicht gesagt wird, dass der globale fossile Energieverbrauch derzeit das 400-fache an Kohlenstoff beinhaltet, als jährlich durch Lebewesen in Form der Nettoprimärproduktivität weltweit durch Ablagerung in natürlichen Kohlenstoffsenken gebunden werden könnte (Dukes 2003). Einfach ausgedrückt, wir verbrauchen derzeit den Wert von vier Jahrhunderten an Pflanzen und Tieren jährlich (Monbiot 2005). Und selbst wenn man die Biomasse möglichst direkt in Energie verwandelt, müsste man 22% der Landbiomasse mit der gleichen Effizienz wie Erdölprodukte regelmäßig verheizen bzw. die Ausbeutung dieser um 50% erhöhen (Dukes 2003). Das hätte wieder dramatische Konsequenzen für die Ökologie. Manche Umweltverbände protestieren zwar gegen den derzeitig bereits einsetzenden Raubbau an den asiatischen Wäldern, aber in Amsterdam wird Palmöl schon zur Stromerzeugung genutzt. Wenn das Geschäft blüht, ist die Ignoranz nicht weit. Diese Zusammenhänge haben aber auch den internationalen wissenschaftlichen Diskurs in einem breiteren Ausmaß schon längst erreicht. So fasst die global agierende Umweltwissenschaftlerin und Direktorin des „Institute of Science in Society“ Mae-Wan Ho (2006) in ihrem

Artikel über “Biofuels for Oil Addicts – Cure Worse than The Addiction?” das globale Problem folgendermaßen zusammen: *“Bioethanol und Biodiesel von Energiepflanzen stehen im Wettbewerb um Land, auf dem Nahrungsmittel wachsen, und erbringen weniger Energie als fossile Energie gebraucht wird, um sie zu erzeugen. Sie schädigen damit auch die Umwelt und sind desaströs für die Ökonomie”* (siehe Energiebilanzen). Und zusammen mit Elizabeth Bravo (2006) diagnostiziert Mae-Wan Ho, in Anlehnung an den Begriff der “Bananenrepubliken” die “Biotreibstoff-Republiken” (“The New Biofuel Republics”): *“Arme Entwicklungsländer müssen den wahren Appetit der reichen Länder an Biotreibstoffen stillen anstatt die eigenen hungrigen Massen zu ernähren. Gleichzeitig erleiden sie eine Zerstörung und einen Verlust ihrer ursprünglichen Wälder und biologischen Vielfalt”* (siehe auch <http://www.i-sis.org.uk/NBR.php>).

Das russische Roulett, das die Agrarindustrie und der Weltagrarhandel gerade spielen, scheint zu lauten „Brot oder Regenwald in den Tank!“ – und nur wer sich für beides entscheidet, der gewinnt anscheinend. Die bäuerlichen Agrarstrukturen weltweit, die Ökologie und die von Unterernährung Betroffenen sind bei diesem Spiel einfach systemimmanente VerliererInnen. Hier wird nämlich in Dimensionen von Plantagen mit tausenden Hektaren und Öltraffinerien in hunderttausenden Tonnen gedacht und gehandelt.

## 10.6 Spotlight 6: Gentechnik und neue Agrartechniken ermöglichen in Süd- und Nordamerika eine neue Art von Großlandwirtschaft

Der pfluglose Anbau wurde ursprünglich in den USA entwickelt, um Kosten zu sparen und in den erosionsgefährdeten Gebieten den Bodenabtrag zu minimieren. Das Ackerland wird nicht gepflügt, sondern der Landwirt verwendet eine Spezialmaschine, die in Streifen, in die die Saat eingebracht wird, den Boden nur wenige Zentimeter tief bearbeitet, anschließend die Saat eindrillt und dann den Boden festdrückt. Letztlich kann mit einer solchen Maschine in einem Arbeitsgang die Saatbeetbereitung und die Einsaat erledigt werden, wobei gegenüber dem Pflügenbau auch im Durchschnitt leichtere Maschinen und eine geringere Zugkraft notwendig ist. Das Zurücklassen von organischem Material an der Oberfläche hat aber den Nachteil, dass sich leichter pflanzenbürtige Krankheiten insbesondere aber Pilze entwickeln können, und so den Krankheitsdruck erhöhen.

Vorwiegend kommt die pfluglose Direktsaat in den USA, Kanada, Australien, Chile, Brasilien und Argentinien zum Einsatz und wird neuerdings sogar weltweit propagiert. Der weltweite Vormarsch dieser Agrartechnologie wurde auch durch die Gentechnik möglich gemacht. Obwohl ursprünglich nicht zur Steigerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes entwickelt, wurde die Direktsaat immer mehr mit dem Einsatz von Totalherbiziden, vorwiegend RoundUp, verbunden, um dem starken Unkrautdruck, der sich aus dem System ergibt, standzuhalten. Seit Monsanto – ein großer amerikanischer Chemie- und Biotechnologiekonzern – ab ca. 1996/97 Saatgut von Sojabohnen und Raps, die so gentechnisch verändert wurden, dass sie das firmeneigene Herbizid RoundUp vertragen, auf den Markt bringt, kann der Unkrautdruck bzw. die Begleitflora großtechnologisch beherrscht werden. Man spritzt einfach sowohl vor dem Anbau als auch nachträglich jede mögliche Konkurrenzflora nieder. Im Fachjargon heißt das: Jetzt kann nicht nur im Voraufverfahren das Herbizid eingesetzt werden, sondern es kann auch während der Wachstumsphase im Nachaufverfahren zur Anwendung kommen, und so der Acker unkrautfrei gehalten werden.

Nach allgemeinen Schätzungen wurden auch in den USA ca. ein Drittel der Sojabohnenfläche pfluglos bestellt – das sind fast 10 Mio. Hektar, die ausschließlich mit gentechnisch verändertem Saatgut von Monsanto, so genanntem RR-Sojabohnen bebaut werden (RR steht für als Kürzel für RoundUp Ready). Und im Vormarsch ist die Direktsaat auch in Westkanada, wo neben Getreide auch neuerdings vermehrt herbizidresistenter RR-Raps angebaut wird, der ebenfalls das Monsanto-Herbizid verträgt. Viele Menschen rätseln, warum sich die Gentechnik insbesondere in Form von herbizidresistenten Pflanzen in Nord- und Südamerika so schnell durchgesetzt hat, und glauben, das habe mit der „überlegenen“ Züchtungstechnik der Gentechnik per se zu tun, übersehen aber, dass in diesem Fall allein die Kombinationsmöglichkeit mit der Technik der Direktsaat der vorwiegende Antrieb war, und dass sich dieses Zusammenspiel nicht überall hin übertragen lässt bzw. dass hier auch entsprechende ökologische Risiken bestehen.

Durch einen massiven, speziellen, aber auch teuren Maschineneinsatz kann eine Person bei der Direktsaat jetzt kostengünstig und möglichst schnell große Flächen bearbeiten, z.B. bis zu tausend Hektar und mehr. Dies schafft einen zusätzlichen Wettbewerbsvorteil von Großbetrieben gegenüber Klein- und Mittelbetrieben, sodass dieses Technologiepaket in Südamerika vorwiegend auch von solchen Betrieben eingesetzt wird, die tausende bis zehntausende Hektar bewirtschaften.

Nicht zuletzt in Argentinien, das zu 98% seinen Sojaanbau auf RR-Soja umgestellt hat, aber zum Teil auch in Brasilien werden jährlich immer größere Flächen in den pfluglosen Anbau einbezogen, wobei vor allem extensive Weiden, Savannen (Cerrados) und neuerdings auch immer mehr Regenwälder in Ackerland umgewandelt werden. Allein die Cerrado-Savannen würden 207 Mio. Hektar Ackerland beinhalten, wovon derzeit nur 47 Mio. Hektar genützt werden. In näherer Zukunft könnten laut der Brasilianischen Forschungsorganisation EMPRAPA weitere 60 bis 89 Mio. Hektar unter den Pflug gebracht werden, wobei die vorgegebene Bandbreite jene Flächen charakterisiert, die man als ökologische Ausgleichsflächen systematisch entsprechend der gegenwärtigen Regierungspolitik anlegen sollte (Mattson und Koo 2006).

Dabei entstehen aber nicht normale Farmen von 100 oder ein paar hundert Hektar, sondern es entstehen kommerzielle Großbetriebe von tausenden Hektar, manchmal sogar mehr als 10.000 Hektar, finanziert von global agierenden Banken und Agrarkonzernen (Dros 2004). Allein in Argentinien betrug die Vergrößerung der Sojafläche seit 1996 ca. 5,5 Mio. Hektar, ohne Einrechnung der Zunahme des Zweitfruchtanbaus von zusätzlich 2,35 Mio. Hektar. 27% davon wurden durch die Konversion von Weiden und Wiesen bereitgestellt und ca. 41% (d.h. ca. 2,3 Mio. Hektar) stammen von „ungenutztem“ Land, vorwiegend von Savannen (Chaco) und Wäldern (Benbrook 2005). Der Anteil des Verlustes an Wäldern insgesamt soll allein in Argentinien 450.000 bis 500.000 Hektar innerhalb der letzten sieben Jahre betragen, wobei hier nicht nur der Sojaanbau profitierte.

## 10.7 Spotlight 7: Saatgutmonopole - Agrochemie- und Pharmaziekonzerne beherrschen den Sektor

Nachdem ab Anfang der 1980er Jahre abzusehen war, dass sich der Saatgutmarkt sowohl über die Gentechnologie in technologischer Hinsicht als auch über die Patente und den Sortenschutz in juristischer Hinsicht zunehmend beherrschen ließ, wurde es für die großen bereits bestehenden multinationalen

Agrochemieunternehmen äußerst interessant, sich in den Saatgutsektor einzukaufen. Zum Einen interessierte und faszinierte die Möglichkeit, Pflanzen an die chemischen Mittel anzupassen und daraus Technologiepakete zu entwickeln (s. vorher herbizidresistente Gentech-Pflanzen) und diese an die Landwirtschaft kombiniert zu verkaufen, und zum Anderen konnte aus der dynamischen Weiterentwicklung der Gentechnik auch die technologische Innovation aus der Medizin- und Pharmazieforschung genützt werden. In der Folge begannen sich auch die großen pharmazeutischen Konzerne plötzlich für landwirtschaftliches Saatgut zu interessieren.

Vom kommerziellen Saatgutmarkt von ca. 21 Mrd. US Dollar weltweit werden heute unter den 10 führenden Saatgutunternehmen sechs von multinationalen Pharmazie- oder Agrochemiekonzernen beherrscht bzw. sind selbst solche. Die Top 3 Saatgut-Multis, Monsanto, Pioneer und Syngenta sind Töchter der Groß-Multis Pharmacia, DuPont und Novartis. Monsanto und Syngenta sind auch weltweit führende Hersteller von Pflanzenschutzmitteln, ebenso wie Bayer CropScience, das an 8. Stelle rangiert und in Europa die gentechnische Pflanzenzucht vorantreiben möchte.

Diese global agierenden Konzerne haben innerhalb der letzten 20 Jahren enorme Summen für den Kauf traditioneller Pflanzenzuchtunternehmen aufgewendet und erst kürzlich im Frühjahr 2005 hat Monsanto um 1,4 Mrd. Dollar Seminis, das global führende Gemüse- und Obstzuchtunternehmen, unter seine Fittiche genommen. Dadurch beherrscht Monsanto vom globalen kommerziellen Saatgutmarkt neben 41% bei Mais und 25% bei Soja, neuerdings auch 31% bei Bohnen, 23% bei Tomaten, 38% bei Gurken und 25% bei Zwiebel (ETCGROUP 2005).

**Tabelle 1: Top 10 Der globalen Saatgutkonzerne – ca. 33% Weltmarktanteil**

Seed-Company	Country	Seed Sales (US) Millions	Sales Agrochemie
1. Pharmacia (Monsanto) + Seminis	USA	\$ 2,803	\$ 3,031
2. DuPont (Pioneer)	USA	\$ 2,600	\$ 2,024
3. Syngenta	Switzerland	\$ 1,239	\$ 5,507
4. Groupe Limagrain	France	\$ 1,044	
5. KWS AG	Germany	\$ 622	
6. Land O'Lakes	USA	\$ 538	
7. Sakata	Japan	\$ 416	
8. Bayer Crop.science	Germany	\$ 387	\$ 5,394
9. Taikii	Japan	\$ 366	
10. DLF-Trifolium	Denmark	\$ 320	
11. Delta & Pine Land	USA	\$ 315	

Quelle: ETCGROUP 2005

Gentechnik und Patentierung von Pflanzen haben eine enorme Konzentration der Pflanzenzucht stimuliert und hinterlassen am Markt monopolartige Strukturen. Dazu ist noch zu sagen, dass der kommerzielle Saatgutmarkt derzeit nur ca. ein Drittel der Weltsaatguterzeugung repräsentiert, denn ca. ein Drittel des Saatgutes wird nach wie vor von den Bäuerinnen und Bauern in traditioneller Subsistenz selbst erzeugt und ca. ein Drittel stammt noch von öffentlichen und genossenschaftlichen Betrieben.

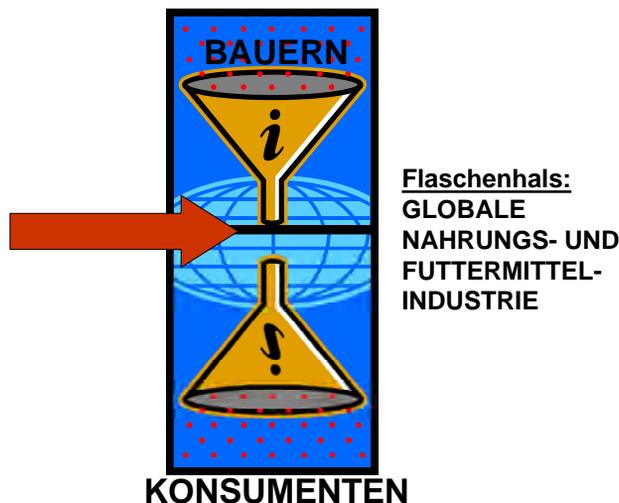
Durch die weitere globale Modernisierung der Landwirtschaft hat der kommerzielle Saatgutsektor aber ein enormes Wachstumspotenzial vor sich (s.a. Hoppichler 2005).

Zudem wird der Trend in den Industrieländern zu immer umfassenderen Pflanzenpatenten, nicht zuletzt durch die automatische Sequenzierung der Pflanzengenome bedingt, weiter vorangetrieben. So hat beispielsweise Syngenta Patente auf die genetischen Grundlagen für die allgemeine „Blüten-Entwicklung und den Blüh-Zeitpunkt von Pflanzen“ sowie für die Samenbildung angemeldet. Es geht um die politische und wirtschaftliche Kontrolle der Ernährung und um die zukünftige Macht der „Global-Players“, seien es nun Länder oder große Unternehmen.

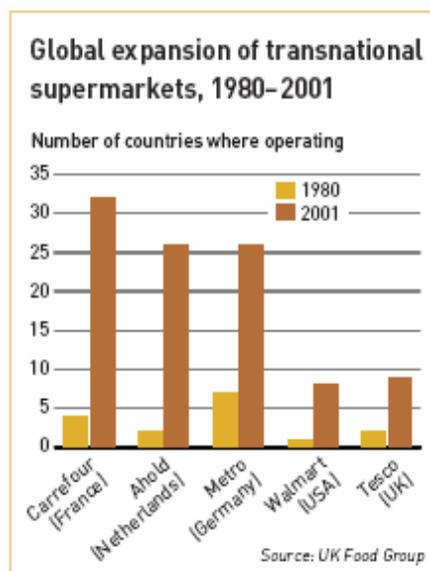
### 10.8 Spotlight 8: Agrarhandelsmonopole - Ölsaatenmonopole

Die Monopolisierung des Saatguts und die Industrialisierung der Landwirtschaft findet seine Fortsetzung in der Monopolisierung des agrarischen Rohstoffhandels und in weiterer Folge in monopolartigen Strukturen in der Ernährungs- und Getränkeindustrie. Es ist geradezu ein Phänomen des internationalen Agrar- und Lebensmittelhandels, dass von Millionen von Bauern und Bäuerinnen und LandwirtInnen die Rohnahrungsmittel und agrarischen Rohstoffe eingesammelt werden, dann – wenn es um den Weltagrarmarkt geht – nur mehr von einer Handvoll Firmen aufgekauft, be- und verarbeitet werden und letztlich die Produkte auch nur mehr von einer Handvoll Firmen verkauft werden. Derzeit findet gerade eine rasante globale Expansion der führenden Supermarktketten wie Wal-Mart, Carrefour, Tesco und Metro statt, sodass sich auch die wirtschaftlichen Chancen im Lebensmitteleinzelhandel zunehmend verengen. Man spricht in diesem Zusammenhang vom so genannten „Flaschenhals des Weltagrarmarkts“, denn durch diese „hohlen Gassen“ der wenigen global agierenden Konzerne muss letztlich ein Großteil der global gehandelten Agrarprodukte kommen.

Abbildung 2: Der globale „Flaschenhals“ der Agro-Multies



Quelle: Hoppichler 2005

**Abbildung 3: Globale Expansion von transnationalen Supermarktketten**

Quelle: FAO 2004, 19

Am augenfälligsten wird dies aber im Ölsaatenbereich bzw. beim Weltmarkt für Soja. Beispielsweise kontrollieren derzeit schon ADM (Archer Daniels Midlands), Bunge und Cargill (US-amerikanische Konzerne) und der französische Konzern Louis Dreyfus 43% Prozent der Ölmühlenkapazität im derzeit wichtigsten Soja-Exportland Brasilien. Abgekürzt werden diese global agierenden Handels- und Verarbeitungsfirmen bereits entsprechend ihres Anfangsbuchstabens als ABCD-Monopol bezeichnet (s.a. Tab. 2). Die übrigen Ölmühlen Brasiliens, die von örtlichen Magnaten oder Kooperativen beherrscht werden, sind, wenn sie sich nicht auf den Inlandsmarkt orientieren, wieder sehr stark im Export von den erwähnten großen Firmen abhängig. Kommt die Sojabohne, das Sojaöl und der Sojaschrot nach Europa, dann kontrollieren wieder dieselben Firmen den europäischen Markt. Bei Ölmühlen z.B. beherrscht das ABCD-Monopol 78% der Kapazität in der EU-15, sodass eine Handels- oder Produktionsstrategie, die diesen Firmen widerspricht – wie z.B. eine GVO-freie Futtermittelerzeugung – sehr schwer oder eben nur mit höheren Kosten durchzusetzen ist. Global hat ADM allein bereits bei der Ölsaatenverarbeitung 40% Marktanteil in den USA, 27% in China, 21% in Europa und 12% in Südamerika (Gelder und Dros 2003). Nach eigenen Angaben helfe ADM, mit insgesamt 25.500 Angestellten in 250 Standorten weltweit, „130 Millionen Menschen Tag für Tag zu ernähren“. ADM ist aber auch führend in der Biotreibstoffherzeugung weltweit, d.h. Marktführer bei Bioethanol in den USA und bei Biodiesel in Deutschland (ADM 2006). Als Handelshaus kontrolliert ADM zudem zu 80% Toepfer International (mit der Zentrale in Hamburg), einen der größten Getreide- und Ölsaatenhändler für Mitteleuropa.

**Tabelle 2: Top 10 Food & Beverage Corporations, 2004**

Company	2004 Food & Beverage Revenues US\$ millions	2004 Total Revenue US\$ millions	Profit 2004 US\$ millions	Return on Shareholder Equity 2004	Return on Shareholder Equity Av. 5 Years
1. Nestlé	\$ 63,575	\$ 69,862	\$ 6.038	17,13 %	18,96 %
2. Archer Daniels M	\$ 35,944	\$ 35,944	\$ 552	6,43 %	6,26 %
3. Altria Group	\$ 32,168	\$ 69,963	\$ 10.511	30,66 %	44,94 %
4. PepsiCo	\$ 29,261	\$ 29,261	\$ 4.702	31,03 %	32,18 %
5. Unilever	\$ 29,205	\$ 52,267	\$ 2.604	42,50 %	8,40 %
6. Tyson Foods	\$ 26,441	\$ 26,441	\$ 450	9,39 %	7,59 %
7. Cargill	\$ 24,000	\$ 62,907	\$ 2.347	17,16 %	11,44 %
8. Coca-Cola	\$ 21,962	\$ 21,962	\$ 5.410	30,42 %	29,08 %
9. Mars, Inc.	\$ 18,000	\$ 18,000			
10. Group Danone	\$ 17,040	\$ 17,040			
XX Bunge		\$ 28,096	\$ 524	13,90 %	11,26%
XX RWA	\$ 740	\$ 1.920			

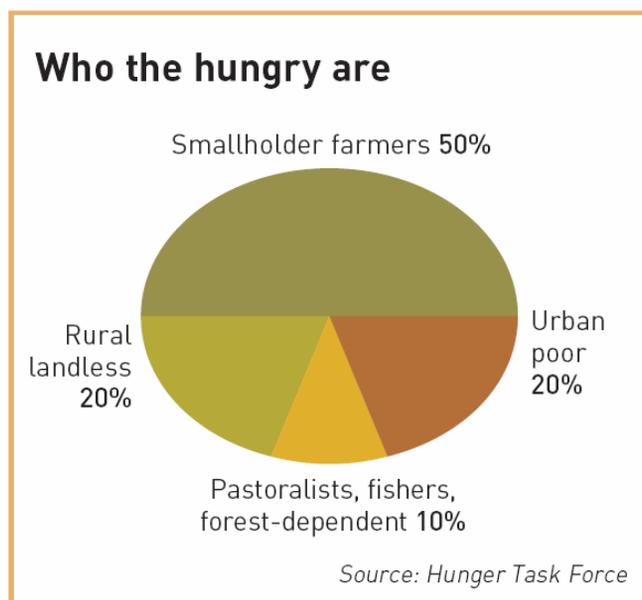
Quellen: ETCGROUP 2005; eigene Ergänzungen nach Global Food Markets (GFM), Leatherhead Food International; [http://www.agribusinessaccountability.org/pdfs//338\\_The-Farm-Crisis-and-Corporate-Profits.pdf](http://www.agribusinessaccountability.org/pdfs//338_The-Farm-Crisis-and-Corporate-Profits.pdf)

Aber nicht nur in der westlichen Hemisphäre ist man aktiv sondern auch die europäische Ostöffnung und die zukünftigen Agrarmärkte Eurasiens werden schon wesentlich mitbestimmt. So verkündigte ADM bereits 2004, dass es in der Ukraine, das mit 4,2 Mio. Tonnen Sonnenblumen führender Weltproduzent ist, bereits ein 50% Joint-Venture für eine große Ölmühle nahe Odessa in Angriff nehme, nachdem Bunge einen Monat vorher schon das Gleiche getan habe (NUTRAINGREDIENTS-EUROPE 2004). Auch auf der Projektliste für das Agribusiness der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) findet sich ein kleines „Who-is-who“ dieser Unternehmen: ADM, Bunge, Toepfer Ukraine, Louis Dreyfus lassen sich ihre Expansion in die Ukraine und nach Russland mitfinanzieren (EBRD 2006). Der Finanzbedarf geht dabei in hunderte Millionen Dollar.

Wie übrigens der Bankensektor keine unwesentliche Rolle beim Vorantreiben des internationalen Agribusiness und des Weltagrarhandels spielt. Auch bei der Expansion des Sojaanbaus und der Ölmühlkapazitäten in Südamerika beispielsweise finden sich Banken-Syndikate mit bis zu 20 Partnern mit allen großen Banken Europas und der USA bis hin zur österreichischen Raiffeisen Zentralbank (Gelder und Dros 2003). Das Ziel dieser globalen Expansion hat wenig mit der Nahrungsmittelsicherheit zu tun, sondern zielt auf eine globale Gewinnmaximierung mit Hilfe von agrarischen Rohstoffen ab. Dabei wird die globale, oft monopolartige Marktmacht vorwiegend dazu verwendet, die Agrarpreise nach unten zu drücken bzw. durch die Marktzugangskontrolle möglichst viel aus den KonsumentInnen herauszuholen. Und je näher man an die relativ reichen KonsumentInnen der Industrieländer herankommt umso höher sind die Gewinnmargen auf das Eigenkapital, sodass die Fülle unserer Supermärkte mit dem Hunger in der Welt positiv korreliert (s. a. Tab. 2).

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Kontrollmacht dieser global agierenden Konzerne und insbesondere mit Blickrichtung der sich weiter verschärfenden globalen Hungerproblematik spricht der Schweizer Soziologe, Jean Ziegler (2005), davon, dass gerade jetzt eine „brutale, massive Refeudalisierung“ stattfindet: „Die neuen Kolonialherren, die multinationalen Konzerne – ich nenne sie Kosmokraten – eignen sich die Reichtümer der Welt an. Diese neue Feudalherrschaft ist 1000 Mal brutaler als die aristokratische zu Zeiten der Französischen Revolution. ... Auch die Gene der Menschen, der Tiere und Pflanzen werden in Besitz genommen und patentiert. Alles wird dem Prinzip der Profitmaximierung unterworfen. Dabei setzen die Konzerne zwei Massenvernichtungswaffen ein, den Hunger und die Verschuldung.“ Dem gibt es wenig hinzuzufügen. Nur wenn man zusätzlich noch weiß, dass von den über 800 Mio. Menschen, die unter Unterernährung leiden, 50% Kleinbauern sind und weitere 20% landlose Bauern sind (zur Hungerproblematik siehe auch FAO 2003; 2004; 2005), dann werden diese durchaus anschuldigenden Aussagen zusätzlich aussagekräftiger, und die Verkündigungen dieser Konzerne, durch neue industrielle Technologien wie die Gentechnik, den Welthunger bekämpfen zu wollen, werden immer lächerlicher. Dadurch wird aber auch verständlich, dass die WTO-Verhandlungen und die sich daraus ergebende Liberalisierung der Weltagrarmärkte, die von den Konzerninteressen vorangetrieben werden, die globalen Ernährungsprobleme nicht lösen, sondern im Gegenteil das globale Problem der Nahrungsmittel- und Ressourcenknappheit immer mehr vorantreiben.

#### Abbildung 4: Wer sind die Hungernden?



Quelle: Hunger Task Force, FAO 2004, 25

## 10.9 Ein Ausblick

Das landwirtschaftliche Produktionssystem wird weltweit zunehmend industriell organisiert und orientiert sich an den möglichen Erträgen am Weltmarkt. Wenn der steigende Futtermittelbedarf Südostasiens und Chinas zur Fleischerzeugung oder die Preise für pflanzliche Rohstoffe und Biotreibstoffe in den Industrieländern mehr erbringen, dann werden die Produktion und der Handel dorthin ausgerichtet. Die multinationalen Pflanzen-Patentinhaber und global agierenden Agrokonzerne haben diese neuen globalen Märkte im Auge und setzen alles daran, diese Märkte zu entwickeln, während die Verwaltung des Hungers der „Staatengemeinschaft“ überlassen bleibt. Die Hungernden, seien es Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Landlose, Indigene oder städtisches Slum-Proletariat, werden zum fixen Bestandteil des Systems, ähnlich wie die Arbeitslosen in einer kapitalistischen Industriegesellschaft.

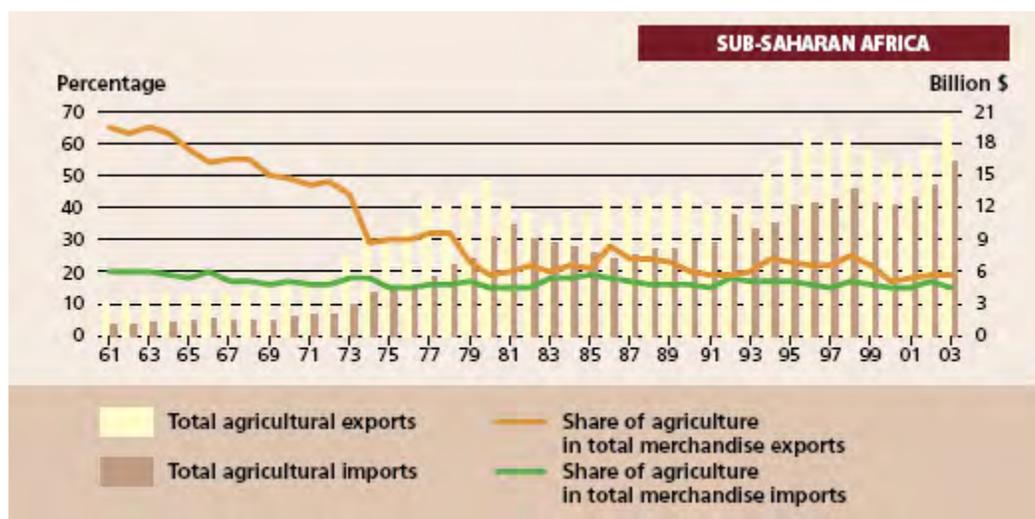
Bis jetzt haben die Bauern und Bäuerinnen die Menschen ernährt und diese haben es eindrucksvoll bewiesen, dass sie es können, wenn man sie in Frieden ließe - denn immerhin ist der Hauptgrund der globalen Hungerproblematik nach wie vor das Anzetteln kriegerischer Konflikte. Das heißt, die Bauern und Bäuerinnen brauchen, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden den Frieden, dann sind sie unübertroffen in ihrem vielfältigen Fleiß. Und sie sind auch extrem anpassungsfähig sowohl an die natürlichen Voraussetzungen als auch an das gesellschaftliche und politische Umfeld. Sogar den Kommunismus haben sie überlebt bzw. ihn durch ihre Subsistenzstrategien länger am Leben erhalten, als anhand der 5-Jahrespläne möglich gewesen wäre. Nur so war und ist es vorstellbar, dass beispielsweise China 20% der Weltbevölkerung mit 7% der Weltagrarfläche ernährt (Stein 1997). Doch schon fliegt der Drache der Modernisierung auch über Chinesisches Land, und wenn man dem Beispiel Japan folgt, könnte sich die Reisfläche in kurzer Zeit halbieren und durch „Luxusagrargüter“ ersetzt werden. Schon keltet in China der pensionierte österreichischer Industrielle Gernot Langes-Swarovski so genannte „Spitzenweine“ auf 200 Hektar (Lessing 2006). Deng Xiao Ping, der große Umbrecher für das moderne China, hat es anscheinend umsonst gesagt: "Ohne Landwirtschaft gibt es keine Stabilität, ohne Reis und Getreide gibt es Chaos." Eine Erkenntnis die weit über China hinaus gelten dürfte.

Dem gegenüber steht aber die Moderne mit ihrem industriellen Konzept der Landbewirtschaftung. Der Ackerbau und die Tierhaltung wird an der Grenze des biologisch Machbaren mit Fremdenergie und Maschinenkapital spezialisiert, d.h. arbeitsteilig organisiert, konzentriert und nach Effizienzkriterien ähnlich wie eben in Industriebetrieben geführt. Dabei bestimmen die Fixkostendegression, die kostenminimale Allokation der Produktionsfaktoren sowie die Marktmöglichkeiten (aber auch die machtpolitischen Dimensionen der Ernährungswirtschaft) die endogene Entwicklung der Strukturen zu immer größeren Einheiten. Gespielt wird dabei vor allem am globalen Feld der Weltagarmärkte nach den Regeln der WTO. Ob aber zukünftig die Agrarkonzerne und ihre agrarische Zulieferindustrie fähig sein werden, wirklich alle Menschen zu ernähren, daran kann gezweifelt werden. Eines kann man aber sicher sein, wenn diese Riesenunternehmen etwas schaffen werden, dann vor allem Getreide gewinnträchtig zu verbrennen, sei es in Heizkesseln, Bioreaktoren oder in Motoren.

Ein möglicher Ausweg aus diesem globalen Dilemma scheint - ähnlich wie in der mitteleuropäischen Agrarkrise Ende des 19. Jahrhunderts in Europa - darin zu bestehen, wieder eine systematische Schutzpolitik für KleinbäuerInnen zu etablieren und diesen vielen KleinbäuerInnen mit ähnlichen Maßnahmen und Instrumenten, wie z.B. durch eine systematische Gründung von Genossenschaften, zu Hilfe zu eilen. Diese Neugründungen müssten vor allem darauf abzielen, die lokale und regionale Produktion zu

stärken, den lokalen und regionalen Austausch zu fördern sowie die Schnittstellen zum regionalen Handwerk, zur kleinindustriellen Fertigung und zu modernen Dienstleistungen auszubauen. Man wird aber nicht umhin kommen, die große Brücke zwischen traditionellen bäuerlichen Strukturen und die besonderen Anforderungen, wie sie durch die Moderne vorgegeben werden, insbesondere durch Bildung und Ausbildung zu schlagen. Wenn sich die Zentren beschleunigen, wird sich das Land bewegen müssen.

**Abbildung 5: Agrarhandelsbilanz in der Sahelzone**



Source: FAO.

Quelle: FAO 2006

Wirksame Abschlussmechanismen von Seiten jener Länder, die unter Ernährungskrisen leiden, gegenüber den enormen Kräften eines globalen Agrarhandels sind notwendig. Z.B. ist es einfach nicht akzeptabel, dass in Gebieten in denen regelmäßig Hungerkrisen herrschen, die landwirtschaftlichen Exporte die Importe systematisch übersteigen (s. Abb. 5). Nachdem dies eindeutig den Tendenzen der WTO bzw. des Internationalen Währungsfonds (IWF) zuwiderläuft, wären diese neu auszurichten und neu zu strukturieren. Oder wie es der UN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler sogar – sicherlich mit einer Nuance Provokation – sagt: „WTO und IWF müssen aufgelöst werden!“

## 10.10 Literatur

ADM (2006): Archer Daniels Midlands Company (ADM).

<http://www.biodiesel.de>; <http://www.biodiesel.de/index.php3?hid=009&spid=1>

AIZ (2006a): Schwarzböck: Wer Markterfolge will, muss sich für Wettbewerb wappnen. Presseaus-sendung, AIZ, 13.02.2006. Wien.

AIZ (2006b): Biodieselanlage in Wien nimmt Betrieb auf. AIZ-Pressedienst Nr. 11553 vom 16.05.2006. Wien.

- APA (2005a): Gorbach legt in Kairo Grundstein für Biodieselanlage – Vizekanzler: Wirtschaftsmission mit 30 Unternehmensvertretern erfolgreich absolviert. APA-OTS-Presseaussendung vom 5.3.2005. <http://www.ots.at>
- APA (2005b): Raiffeisenlandesbank OÖ finanziert Biodiesel-Zentrum in Enns. APA-OTS-Presseaussendung vom 25.3.2005. <http://www.ots.at>
- Benbrook, Charles M. (2005): Rust, Resistance, Run Down Soils, and Rising Costs – Problems Facing Soybean Producers in Argentina. Ag Biotech InfoNet, Technical Paper Number 8. <http://www.greenpeace.org/multimedia/download/1/715238/0/test.pdf>
- Bravo, Elizabeth & Ho, Mae-Wan 2006. The new biofuel republics. In *Science and Society*, issue 30 summer 2006. London. <http://www.i-sis.org.uk/BFOA.php>
- Buchholz, Eberhard (1997): Zur Umgestaltung der Landwirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern. *Agrarwirtschaft* 46, Heft 12. Frankfurt am Main. 405-407.
- Deutscher Bundestag (2001): Daten aus dem „Agrarpolitischen Bericht 2001 der Bundesregierung“, Deutscher Bundestag Drucksache 14/8202, 14. Wahlperiode. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2006): Daten aus dem „Agrarpolitischen Bericht 2006 der Bundesregierung“. Deutscher Bundestag - Drucksache 16/640 16. Wahlperiode 14. 02. 2006. Berlin.
- Dros, Jan Maarten (2004): Managing the Soy Boom: Two scenarios of soy production expansion in South America. AIDEnvironment. pp 69 pdf-en. [http://www.bothends.org/strategic/soy40-Managing\\_the\\_Soy\\_boom.pdf](http://www.bothends.org/strategic/soy40-Managing_the_Soy_boom.pdf)
- Duke, Jeffrey S. (2003): Burning Buried Sunshine: Human Consumption of Ancient Solar Energy. *Climate Change* 61: 31-44.
- EBRD (2006): project summary documents – agribusiness. Homepage von EBRD. <http://www.ebrd.com/projects/psd/sector/agri.htm>
- EMDERZEITUNG (2006): Grüne kritisieren Pläne für Emden Biodiesel-Raffinerie. *Emden Zeitung*, 27.2.2006. <http://www.emdenzeitung.de/news/index.asp?ID=25214&RESS=1&LAY=3>
- ETCGROUP (2005): Oligopoly, Inc. 2005 – Concentration in Corporate Power. ETC-Group – Communiqué, Issue # 91, November/December 2005. [http://www.etcgroup.org/documents/Oligopoly2005\\_16Dec.05.doc](http://www.etcgroup.org/documents/Oligopoly2005_16Dec.05.doc)
- EU (2005): The state of play and outlook for world agricultural commodity markets. MAP - Monitoring Agri-trade Policy, No. 03-05, December 2005.
- FAO (2003, 2004, 2005): The State of Food Insecurity in the World. Rome. [http://www.fao.org/sof/sofi/index\\_en.htm](http://www.fao.org/sof/sofi/index_en.htm)
- FAO (2006): The State of Food and Agriculture 2005 – Agricultural Trade and Poverty. Can trade work for the poor? Rome. [http://www.fao.org/es/esa/en/pubs\\_sofa.htm](http://www.fao.org/es/esa/en/pubs_sofa.htm)
- Finkielkraut, Alain (2000): Ein Gespräch mit Alain Finkielkraut - Philosoph. Das Deutsch-Französische Forum (Le Forum Franco-Allemand). <http://www.franco-allemand.com/de/de-revue-culture10.htm>

- FOE et al. (2005): The oil for ape scandal - How palm oil is threatening orang-utan survival. Research Report von Friends of the Earth, The Ape Alliance, The Borneo Orangutan Survival Foundation, The Orangutan Foundation (UK), The Sumatran Orangutan Society, September 2005. [http://www.foe.co.uk/resource/reports/oil\\_for\\_ape\\_full.pdf](http://www.foe.co.uk/resource/reports/oil_for_ape_full.pdf)
- FORMAT (2006): Veit Schalle mit neuer Tätigkeit: Einstieg ins Biodiesel-Geschäft nach Rewe-Abschied. Format 08/06. <http://www.news.at/format/index.html?/articles/0532/520/119046.shtml>
- Gelder, Jan Willem van; Dros, Jan Maarten (2003): Corporate actors in the South American soy production chain. A research paper prepared for the World Wide Fund for Nature Switzerland. <http://www.bothends.org/strategic/soy15.pdf>
- GERMANWATCH (2005): WTO tagt, Kleinbauern hungern. Germanwatch 4/2005 – Zeitung für zukunftsfähige Nord-Süd-Politik. <http://www.germanwatch.org/>
- Hagedorn, Konrad Werner (1998): Concepts of institutional change for understanding privatization and restructuring of agriculture in Central and Eastern European countries. In: Froberg, K: The importance of institutions for transition in Central and Eastern Europe. Kiel. [http://www.ssu.missouri.edu/faculty/msykuta/ceu/Hagedorn\\_2.pdf](http://www.ssu.missouri.edu/faculty/msykuta/ceu/Hagedorn_2.pdf)
- Henze, Arno (1996): Verzicht auf ein strukturelles betriebliches Leitbild – mehr Chancen für wettbewerbsfähige, marktorientierte, umweltverträgliche Unternehmen. Agrarwirtschaft 45, Heft 8/9, 293-295. Frankfurt am Main.
- Ho, Mae-Wan 2006. Biofuels for Oil Addicts – Cure Worse than The Addiction? In *Science and Society*, issue 30, summer 2006. London. <http://www.i-sis.org.uk/BFOA.php>
- Hoppichler, Josef (2003): www.getreideheizung.at. In: Wege für eine bäuerliche Zukunft 267, Juli/August 2003. Wien. [http://www.bergbauern.net/2005/dmdocuments/biodiversitaet/Hopp\\_OEBV\\_2003.pdf](http://www.bergbauern.net/2005/dmdocuments/biodiversitaet/Hopp_OEBV_2003.pdf)
- Hoppichler, Josef (2005): Patente, Monopole und Hunger. Artikel in drei Teilen zum Vortrag "Patente machen hungrig" im Rahmen des Studentages von Welthaus Diözese Linz in Kooperation mit dem Paulo Freire Zentrum am 17. September 2005 in Ried im Innkreis, Homepage des Paulo Freire Zentrums, Wien. <http://www.pfz.at>; <http://www.monbiot.com/archives/2005/12/06/worse-than-fossil-fuel/>
- IWR (2006): Biodiesel: Investoren und Niedersachsen Ports GmbH unterzeichnen Mietvertrag in Emden. IWR-Newsticker 19.01.2006. <http://www.iwr.de/news.php?id=8202>
- Kittner, Daniela (2005): Chinesischer Biodiesel soll heimische Umweltprobleme lösen. Newsletter des Klimabündnis Österreich, Peking 19.7.2005.
- Lessing, Lukas (2006): Rote Revolution - Gernot Langes-Swarovski will in China Spitzenwein keltern. SonntagsZeitung, Dossier Reisen, Schweiz 2006. <http://www.sonntagszeitung.ch/dyn/news/reisen/425865.html>
- Mann, Stefan (2003): Theorie und Empirie agrarstrukturellen Wandels? Agrarwirtschaft 52, Heft 3, 140-148. Frankfurt am Main.

- Mattson, Jeremy W., Koo, Won W. (2006): Forces reshaping Agriculture. Agribusiness & Applied Economics Report No. 582, Center for Agricultural Policy and Trade Studies – Department of Agribusiness and Applied Economics North Dakota State University, Fargo, North Dakota, May 2006.
- Monbiot, George (2005): Worse Than Fossil Fuel - Biodiesel enthusiasts have accidentally invented the most carbon-intensive fuel on earth. Published in the Guardian 6th December 2005.
- NUTRAINGREDIENTS-EUROPE (2004): ADM Ukraine oilseed venture.  
<http://www.cce-foodindustry.com/news/ng.asp?id=52473-adm-ukraine-oilseed>
- ORF (2006): Getreide als Zukunftsenergie. Aus: www.orf.at, 1.2.2006.  
[http://www.orf.at/060131-96046/index.html?url=http%3A//www.orf.at/060131-96046/96047txt\\_story.html](http://www.orf.at/060131-96046/index.html?url=http%3A//www.orf.at/060131-96046/96047txt_story.html)
- REGENWALD (2006): Kein Regenwald in den Tank! Protestmail von „Rettet den Regenwald e.V.“, vom 26.01.2006. [http://www.regenwald.org/rdr\\_neu/protestaktion.php?id=58](http://www.regenwald.org/rdr_neu/protestaktion.php?id=58)
- Reuters 2005a. Interview – Farmers are "Tomorrow's Sheiks" Due Biofuel – Germany. Reuters News Service, Germany: November 10, 2005  
<http://www.planetark.org/dailynewsstory.cfm/newsid/33409/story.htm>
- Reuters 2005b. Interview – Malaysia IOI Eyes Green Energy Expansion in Europe. By Anna Mudeva. Reuters News Service, Netherlands: November 23, 2005  
<http://www.planetark.com/dailynewsstory.cfm/newsid/33622/story.htm>
- SPIEGEL (2006): Geld für die Großen. Der Spiegel 23/2006.Hamburg.
- Stein, Manfred (1997): Dossier Welternährung: Mehr als nur eine Schale Reis. In:EU.L.EN-Spiegel Ausgabe 7/1997. Bonn. <http://www.www.promotion.com/user/eulenspiegel/spiegel/alt/97a70210/spez1.htm>
- WELTHUNGERHILFE (2005): Reismappe. Arbeitsblätter der dt. Welthungerhilfe. Bonn.
- Urschitz, Josef (2006): Ein ziemlich krankes System. Artikel in der Tageszeitung „Die Presse“ vom 18.02.2006. www.diepresse.at
- USDA. 2005. Netherlands - Oilseeds and Products - Dutch Palm Oil Imports are expected to surge 2005. USDA Foreign Agricultural Service, GAIN Report Number: NL5017.
- Ziegler, Jean (2005): Ein Kind, das heute verhungert, wird ermordet. Erweiterte Version des Interviews aus der Germanwatch-Zeitung 4/2005.  
<http://www.germanwatch.org/zeitung/2005-4-ziegler.htm>

## 10.11 Zusammenfassung

Der vorliegende Artikel beschäftigt sich intensiv mit dem Verschwinden der Bauern und den Industrialisierungstendenzen in der Landwirtschaft in einem globalen Kontext. Die wesentlichen Entwicklungen werden in Form so genannter „Spotlights“ beschrieben. Während in den westlichen Industrieländern staatlich finanziertes Agribusiness herrscht, wo die Bauern, die immer weniger werden, zu Agrarunternehmen mutieren und letztlich in einer Art Zulieferindustrie für die große Agrarindustrie enden, wird ein Großteil der Menschheit nach wie vor durch bäuerliche Subsistenz-Landwirtschaft ernährt.

Fazit: Die landwirtschaftlichen Produktionssysteme werden weltweit zunehmend industriell organisiert. Wenn der steigende Futtermittelbedarf Südostasiens und Chinas zur Fleischerzeugung oder die Preise für pflanzliche Rohstoffe und Biotreibstoffe in den Industrieländern mehr erbringen, dann werden die Produktion und der Handel dorthin ausgerichtet. Die monopolartigen Agrokonzerne haben diese neuen globalen Märkte im Auge, setzen alles daran diese Märkte zu entwickeln, während die Verwaltung des Hungers der „Staatengemeinschaft“ überlassen bleibt.

Ein möglicher Ausweg aus diesem globalen Dilemma scheint - ähnlich wie in der mitteleuropäischen Agrarkrise Ende des 19. Jahrhunderts in Europa - darin zu bestehen, wieder eine systematische Schutzpolitik für Kleinbauern zu etablieren und diesen Kleinbauern mit einer systematischen Genossenschaftsgründung zu Hilfe zu eilen. Diese Neugründungen müssten vor allem darauf abzielen die lokale und regionale Produktion zu stärken, den lokalen und regionalen Austausch zu fördern sowie die Schnittstellen zum regionalen Handwerk, kleinindustrieller Fertigung und modernen Dienstleistungen auszubauen.

## 10.12 Summary

The article deals intensively with the disappearance of smallholder and peasant farmers and the industrialization tendencies in agriculture in a global context. The substantial developments are described through eight "spotlights".

On the one side, in western industrialized countries nationally financed agribusiness prevails. This means farmers, the number of which is steadily declining, mutate to agrarian enterprises and in the long run end up in a kind of raw material factories for the large agrarian industry. On the other side, the majority of mankind is still living on rural subsistence farming.

Conclusion: At a world-wide level the agricultural production system is increasingly industrialized. If the rising feed demand of Southeast Asia and China, caused by the enhanced production of pork and chicken, or if the prices for plant products used as raw materials or bio-fuels especially in developed countries, promise to be economically more successful, production and trade are brought into line with these conditions. The monopoly-like agribusiness focuses on these new global markets and gives special attention to develop these markets, whereas the administration of the hunger is left to the "global community of states".

A possible way out of this global dilemma seems to be the systematic protection policy for smallholder farmers and the support of these farmers with a systematic creation of cooperatives - as it happened in the central European agrarian crisis at the end of 19th Century in Europe. Above all, this new coopera-

tive strategy should aim at strengthening the local and regional production, promoting the local and regional exchange of products as well as reinforcing the interfaces to regional handicraft, small-scale industry and modern services.

### **Dr. Josef Hoppichler**

geb. 1958 und aufgewachsen auf einem Tiroler Bergbauernhof; Studium der Landwirtschaft/Agrarökonomie; seit 1985 Mitarbeiter an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen und seit 1995 Lehrbeauftragter für „Ökonomie und Politik der natürlichen Ressourcen“ an der Universität für Bodenkultur, Wien. Forschungsschwerpunkte: Technikfolgenabschätzung, insbesondere bezüglich der Auswirkungen der Gen- und Biotechnologie auf die Landwirtschaft; Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Aspekte der biologischen Vielfalt, sozioökonomische Fragen der Kulturlandschaft; 1997/98: Sachverständiger bei der parlamentarischen Beratung des österreichischen Gentechnik-Volksbegehrens; seit 1998 Beschäftigung mit Konzepten für GVO-/gentechnikfreie Gebieten; seit 1999 Vertreter Österreichs bei der OECD – Arbeitsgruppe über ökonomische Aspekte der Biodiversität; seit 2005 im Experten-Panel des EU-Parlaments zu gentechnisch veränderten Organismen. Und denkt neuerdings auch über internationale Agrarmärkte und Hunger nach.



## 11. Verlorene Unschuld? Zur Transformation des biologischen Landbaus in Österreich

Michael Groier

### 11.1 Einleitung

Dieser Beitrag verfolgt die Intention, im Kontext der allgemeinen agrarischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen die Entwicklung und die gleichzeitig ablaufende Transformation des biologischen Landbaus in ihren vielen Facetten zu beleuchten. Dafür wurden vor allem Ergebnisse aus den aktuellen Forschungsarbeiten über das Phänomen des „Wachsen und Weichen“ (Groier 2004) sowie die Entwicklung des Biologischen Landbaus herangezogen (Groier und Gleirscher 2005; Groier und Schermer 2005). Wesentliche Ausgangspunkte waren einerseits die gegenläufige quantitative Entwicklung der konventionellen und biologischen Landwirtschaft (Betriebsentwicklung), andererseits aber auch das Spannungsfeld zwischen der Erschließung von Massenmärkten für Bioprodukte und der parallel dazu ablaufenden Anpassungs- und Transformationserscheinungen im biologischen Landbau. Im Zuge seiner zunehmenden Integration in die sich weiter liberalisierenden Agrarmärkte befindet sich der Biosektor in einer entscheidenden Umbruchphase, in der er sich sowohl auf Ebene der Produktion, der Verarbeitung, Vermarktung als auch institutionell immer stärker konventionellen Strukturen, Entwicklungsmustern und damit auch Problemfeldern annähert. Die Analyse der Zusammenhänge und Verflechtungen und die daraus resultierenden Effekte und Implikationen für die Landwirtschaft bzw. die BäuerInnen, die KonsumentInnen aber auch die politischen EntscheidungsträgerInnen stehen im Mittelpunkt der Betrachtungen.

### 11.2 Agrarpolitischer Kontext

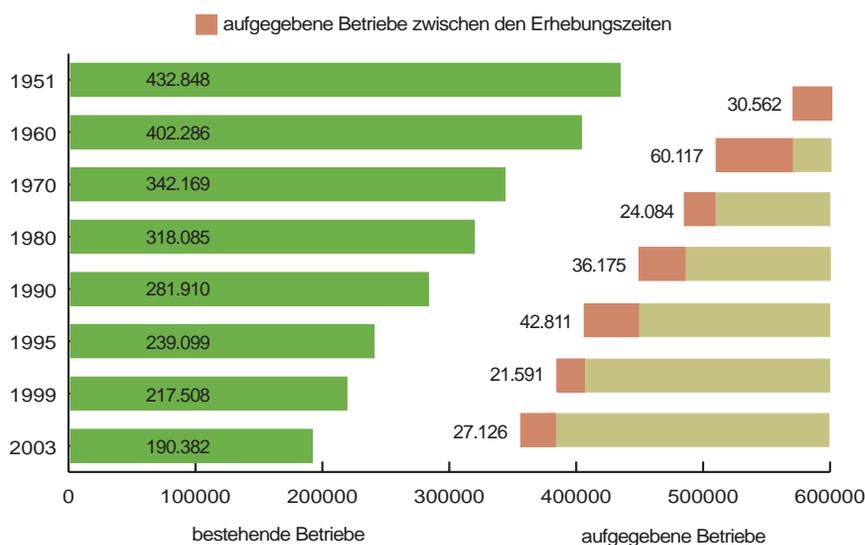
Im Zuge des ungebremsten agrarischen Strukturwandels, der auch die Weiterentwicklung des biologischen Landbaus wesentlich beeinflusst hat bzw. beeinflussen wird, stellt sich die zentrale Frage nach der Sinnhaftigkeit und Effizienz der gegenwärtigen Agrarpolitik und der eingesetzten Agrarförderungen. Aufgrund der nationalen Interessenlagen und der ungerechten Verteilungswirkung der Agrarsubventionen hat der massive Einsatz öffentlicher Gelder nicht zur Stabilisierung der kleinen und mittleren Betriebe, der Landwirtschaft allgemein und der benachteiligten ländlichen Regionen beigetragen. Dies wird insofern teils dramatische Konsequenzen haben, da die Existenz des biologischen Landbaus von der Sicherung der Klein- und Mittellandwirtschaft abhängig ist. Lösen sich in den benachteiligten Gebieten die kleinteiligen Betriebsstrukturen nachhaltig auf (z.B. Oberinntal), so verliert auch der Biolandbau seine Basis. Es zeigt sich, dass auch intensive Bemühungen zur Etablierung oder Weiterentwicklung bestimmter agrarischer (Biolandbau) oder regionalwirtschaftlicher Innovationen (diverse Regionalentwicklungsmodelle) unter großen finanziellen und personellen Anstrengungen relativ ineffizient bleiben müssen, weil die neoliberale Ausrichtung globaler und (supra)nationaler Ziele und Politiken (WTO, EU, Österreich) alternative, innovative regionale Aktivitäten konterkariert (Inkonsistenz von Sektoral- und Regionalpolitik). Einmal zerstörte regionale Strukturen lassen sich, wenn überhaupt nur noch mit hohem Aufwand wiederherstellen (Verarbeitungseinrichtungen, Infrastruktur etc.).

Zusätzlich hat dieser Subventionswettbewerb in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern den Aufbau stabiler, dem Inlandsbedarf angepassten Landwirtschaften verhindert und diesen Ländern den Zugang zu den internationalen Agrarmärkten erschwert. Diese hoch subventionierte Flut industriell erzeugter, billiger Nahrungsmittel hat also nicht nur zur globalen Perversion des gleichzeitigen „*Verhungerns und zu Tode Essen*“ von Menschen beigetragen, sondern stellt auch eine Fehlallokation der Ressourcen (Agrarflächen, öffentliche Subventionen) dar, die die einheimische Landwirtschaft bzw. ländliche Regionen langfristig stabilisiert. Auch diesbezüglich stellt sich die Frage, ob der biologische Landbau als zentraler Teil einer neu konzipierten Agrarpolitik nicht sowohl in reichen Industrieländern als auch in ärmeren Schwellen- und Entwicklungsländern eine zentrale zukunftsweisende Alternative darstellen könnte.

### 11.3 Biolandbau – von der Alternative zum Mainstream?

Im Gegensatz zu der Gesamtentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe, die in Österreich mit einer durchschnittlichen jährlichen Abnahme von ca. 4.600 Betrieben seit 1951 den dramatisch verlaufenden Prozess des Wachsens und Weichens verdeutlicht, hat der biologische Landbau in den letzten 15 Jahren ein rasantes Wachstum hinter sich. Gegenläufig zur Entwicklung der Gesamtbetriebszahl hat der biologische Landbau im gleichen Zeitraum – ausgehend von ein paar wenigen Betrieben und mit großen Schwankungen um die Jahrtausendwende – 2004 ein Niveau von über 20.000 Betrieben erreicht.

Abbildung 1: Entwicklung der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe seit 1951

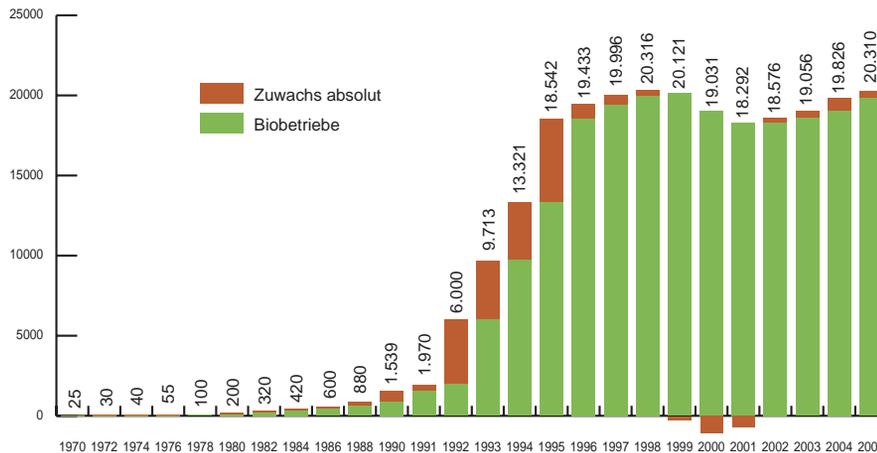


Quelle: ÖSTAT



Quellen: ÖSTAT; BABF 2006

**Abbildung 2: Entwicklung der Biobetriebe in Österreich  
(alle Biobetriebe inkl. Invekos geförderte)**



Quelle: BMLFUW, BABF



Quellen: BMLFUW; BABF

Trotz der vergleichsweise geringen Landesgröße nimmt der österreichische Biolandbau im internationalen Vergleich nach wie vor eine Spitzenstellung ein. EU-weit betrachtet rangiert Österreich bei der Biofläche an 6., bei der Anzahl der Biobetriebe sogar an 2. Stelle. Bezüglich der Bioquote, also dem Anteil der Biobetriebe an allen Betrieben (11%) bzw. dem Anteil der Biofläche an der Gesamtfläche (13%) liegt Österreich in Europa an der Spitze. Laut aktueller Statistik wurden in Österreich 2005 insgesamt 20.310 Biobetriebe ausgewiesen, die insgesamt über 359.000 ha LF bewirtschafteten. Regional betrachtet sind die Zunahmen in Niederösterreich und dem Burgenland am höchsten, was bedeutet, dass der Trend der Stagnation in den Berggebieten und der Expansion in den Ackerbaugebieten weiterhin anhält. Insgesamt hat sich der biologische Landbau in quantitativer Hinsicht also wieder erholt. Der Biolandbau hat sich in den letzten 20 Jahren von einer Marktnische zu einem fixen Bestandteil der österreichischen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion entwickelt. Aufgrund des mittelfristig erwarteten Schubes an Betriebsaufgaben im Berggebiet wird in einigen peripheren, tourismusfernen Regionen allerdings mit einem Rückgang der Biobetriebe gerechnet und es schon als Erfolg angesehen, wenn das derzeitige Niveau der Biolandwirtschaft erhalten werden kann. Im Jahr 2005 bewirtschafteten in Österreich ca. 20.300 Biobetriebe ca. 359.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

## 11.4 Die Entwicklungs- und Transformationsphasen im Biolandbau

Im Folgenden sollen die charakteristischen Entwicklungsphasen des biologischen Landbaus in Österreich im Kontext einer sich verändernden Agrarpolitik und anderer gesellschaftspolitischer Entwicklungen analysiert und die entscheidenden Transformationsschritte verdeutlicht werden.

### 11.4.1 Gründungsphase Anfang des 20. Jahrhunderts – Pionierphase

Die Wurzeln des biologischen Landbaues reichen bis in die 1920er Jahre zurück, als im Zuge der Renaissance geisteswissenschaftlicher, spiritueller Reformbewegungen um und nach der Jahrhundertwende der Anthroposoph Rudolf Steiner in seinem berühmten „Landwirtschaftlichen Kurs“ den biologisch dynamischen Landbau konzipierte. Inhaltlich geht die Anthroposophie auf die Theosophie von H.P. Blavatsky zurück, einer altindischen Erlösungslehre und religiös-philosophischer Geheimlehre (Guggenberger und Schweidlenka, 1993; König 1994).

Die Gegenbewegung zum „zerstörerischen Geist des Kapitalismus“, die auch von eher rechtskonservativen, regressiven Gruppierungen wie z.B. Heimatvereinen, Turnerbund, Wandervogel und eben auch den Anthroposophen getragen wurde, wandte sich auch der beginnenden Chemisierung und Kapitalisierung der Landwirtschaft zu. Diesem naturwissenschaftlich induzierten Entwicklungssprung der Landwirtschaft (Justus von Liebig – Pflanzenernährung mittels Mineraldüngern), der das Aufbrechen betrieblicher Stoff- und Energiekreisläufe und damit die Massenproduktion von Nahrungsmitteln zur Folge hatte und die Landwirtschaft an linear industrielle Produktionsmethoden heranführte, wurde der biologische Landbau quasi als Gegenmodell entwickelt. Parallel zum eher geisteswissenschaftlich ausgelegten biologisch-dynamischen Landbau entwickelte sich die derzeit dominante Richtung des organisch biologischen Landbaus, einer von den Ärzten Müller und Rusch entwickelten Methode, die auf naturwissenschaftlichen Erkenntnissen aufbaute, aber auch Elemente des Heimat- und Bauernschutzes beinhaltete.

Man kann also feststellen, dass der biologische Landbau ursprünglich von gesellschaftspolitisch eher konservativen, antimodernen Strömungen getragen und weiterentwickelt wurde, auch wenn sich in den Konzeptionen antikapitalistische, lebensreformistische und ökologische Elemente wieder finden. In dieser Gründungsphase wurde der Gedanke des biologischen Landbaus zu einer umfassenden Arbeits- und Lebensphilosophie weiterentwickelt und von einzelnen Pionierbetrieben einer ersten praktischen Erprobung unterzogen. Der biologische Landbau wurde zu dieser Zeit primär nicht als ökologisch motivierte Produktionsalternative, sondern als ein umfassendes, Menschen, Tier und Pflanzen einbeziehendes Modell einer selbst bestimmten, relativ unabhängigen und kreislauforientierten Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft am Hof betrachtet. In der Pionierphase bestand die „Bioszene“ aus vereinzelt Betrieben, die untereinander teilweise vernetzt waren und Erfahrungsaustausch pflegten. Es gab noch keine organisierte Interessenvertretung (Verbände), und Bioprodukte wurden überwiegend im Rahmen des Ab Hof Verkaufes abgesetzt.

Die agrarpolitischen Leitlinien nach dem 2. Weltkrieg standen für eine rasche Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion durch Förderung von Investitionen und Betriebsmitteln, um die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen. Aus Sicht der KonsumentInnen der Wiederaufbau- und Wirtschaftswunder-Generation überwogen deshalb quantitative Überlegungen (ausreichend Lebensmittel, günstige Preise), qualitative und gesundheitsspezifische Aspekte waren eher untergeordnet.

### 11.4.2 Phase des qualitativen Wachstums

Bis Anfang der 1980er Jahre entwickelte sich die Anzahl der Biobetriebe in Österreich nur schleppend (gerade einmal 200 Biobetriebe), was einer Bioquote von 0,06% entsprach. Die offizielle Agrarpolitik

bzw. die agrarische Interessenvertretung (Landwirtschaftskammern) hatten an einer substantiellen Ausdehnung dieser opponierenden, alternativen Form der Landwirtschaft wenig Interesse, da die konventionelle Landwirtschaft der Nachkriegszeit den Zielen der Produktions- und Produktivitätssteigerung verpflichtet war, die durch den Einsatz neuer Züchtungstechniken, ertragsteigernder Betriebsmittel und verstärkten Maschineneinsatz verwirklicht wurde. Davon wiederum profitierte der vor- und nachgelagerte Bereich vor allem in Form der Raiffeisengenossenschaften, die ja die Kapitalisierung, Mechanisierung und Intensivierung der Landwirtschaft durch Steigerung des Absatzes von Produktionsmitteln (Kreditvergabe) fast monopolhaft vorantrieben.

Zusätzlich entwicklungshemmend in dieser Phase wirkte sich das Desinteresse der akademischen Agrarforschung am biologischen Landbau aus, die diese Entwicklungen komplett verschief und erst in den 1980/90er Jahren zaghaft begann, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und entsprechende Strukturen zu schaffen. Pionierarbeit auf wissenschaftlicher Ebene stellten erste wissenschaftliche Analysen des IHS sowie Arbeiten von Gerhard Plakholm (Agrarbiologie Linz) und Ludwig Maurer (Boltzmanninstitut) dar. Politisch waren die 1970er Jahre von der Ära Kreisky geprägt, in der es zu einer gesellschaftspolitischen Öffnung kam. Agrarpolitisch gesehen waren unter Landwirtschaftsminister Haiden zwar noch keine umweltorientierten Aktivitäten bemerkbar, aber der Ausbau der Direktzahlungen für Bergbauernbetriebe war doch ein agrarpolitischer Meilenstein und ein Signal, den Ausbau produktionsunabhängiger Direktzahlungen allgemein voranzutreiben.

Im Laufe der 1980er Jahre kam dann Bewegung in den Biolandbau. Grund dafür waren einerseits das von Landwirtschaftsminister Riegler propagierte Konzept der so genannten „Ökosozialen Agrarpolitik“ (Ökosoziale Wirtschaftspolitik), das als Leitbild eine „Nachhaltige Landwirtschaft“ kreierte und zu einer „Versöhnung der Ökonomie mit der Ökologie“ führen sollte. Gleichzeitig wurde die ökosoziale Agrarpolitik als ideologisches Instrument zur Vorbereitung des EU-Beitritt konzipiert, um die Akzeptanz bei den meist EU-kritischen BäuerInnen zu heben und die zu erwartenden Einkommensverluste durch WTO-konforme, ökologisch ausgerichtete Direktzahlungen zu kompensieren (s.a. Hovorka und Hoppichler 2006). Neben der Reformierung der Marktordnungsgesetze wurden erstmals extensive, mengendämpfende und umweltfreundliche Produktionsalternativen staatlich gefördert. Dem biologischen Landbau wurde aber immer noch keine agrarpolitische Präferenz zugewiesen, und BiobäuerInnen waren oft noch immer die „spinnerten AussenseiterInnen“.

Weitere wichtige Entwicklungsfaktoren für den biologischen Landbau waren in diesem Zeitraum die Gründung von Bioverbänden sowie die zunehmend kritische Auseinandersetzung der Medien (z.B. Voitl und Guggenberger, ORF) mit landwirtschaftlichen Umwelt- und Tierschutzthemen. Dabei wurden den KonsumentInnen teilweise mittels drastischer Bilder die Zusammenhänge zwischen Intensivlandwirtschaft und Massentierhaltung sowie Umweltbelastungen bzw. Tierleid verdeutlicht, was im Ernährungs- und Umweltbewusstsein einer wachsenden Bevölkerungsgruppe zunehmend Spuren hinterließ. Dies unterstützte die Ausweitung der Direktvermarktung (Ab Hof, BERSTA) von Bioprodukten und die Gründung von Naturkostläden vor allem im städtischen Bereich.

Ganz wesentlichen Einfluss auf das Umweltbewusstsein und sensibilisierende Wirkung bezüglich umweltrelevanter agrarischer Problemlagen hatten sicherlich auch die Ereignisse in Zwentendorf und Hainburg und die damit entstandene Grün-alternative Bewegung, die natur-, umwelt- und tierschützerische Themen besetzte, publik machte und dementsprechend auch die Idee des biologischen Land-

baues thematisierte und vorantrieb. Der biologische Landbau war in dieser Phase nicht nur wegen ökologischer Aspekte, sondern auch bezüglich der Lebensmittelqualität und –vielfalt und vor allem wegen der Weiterentwicklung lokaler und regionaler Direktvermarktungsmodelle ein Innovationsträger.

### 11.4.3 Die erste Boomphase Anfang der 1990er Jahre

Anfang der 1990er Jahre erlebte der Biolandbau in Österreich seine erste Boomphase. Im Zuge der Vorbereitungen zur Übernahme der EU-Agrarpolitik, die zum Ausgleich sinkender Produzentenpreise und landwirtschaftlicher Einkommen die Schaffung produktionsneutraler Direktzahlungen vorsah, führte der Bund 1992 den so genannten „Biobauernzuschuss“ ein, mittels dessen erstmals sowohl Umstellungs- als auch bestehende Biobetriebe systematisch gefördert wurden. Diese Direktzahlungen führten zu einer sprunghaften Ausweitung der Umstellung auf biologische Wirtschaftsweise, wodurch sich die Anzahl der Biohöfe zwischen 1990 und 1994 fast verzehnfachte und die Bioquote auf ca. 5% hinaufschleunigte. Gleichermaßen stieg auch die Produktion, und Bauernmärkte und Naturkostläden in den städtischen Ballungszentren erlebten einen starken Aufschwung. (Agrar)politisch geprägt wurde diese Phase durch die großkoalitionären Vorbereitungen auf den EU-Beitritt 1995 mit dem Ausbau der ökologisch orientierten Direktzahlungen – so auch der Bioförderungen – und deren Integration in das kommende neue Umweltprogramm ÖPUL. Die Diskussionen um die Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts und die darauf aufbauenden Entwicklungsstrategien führten nicht nur unter den BäuerInnen, sondern auch den KonsumentInnen zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit der Zukunft der Landwirtschaft bzw. entsprechenden Auswirkungen auf die zukünftige Lebensmittelqualität und Lebensmittelsicherheit.

### 11.4.4 Die Zweite Boomphase 1995

Anschließend an die erste wurde die zweite Boomphase des biologischen Landbaues mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 eingeläutet. Mit der Integration der Biodirektzahlungen in das agrarische Umweltprogramm ÖPUL kam es nicht nur zu einer abermaligen Erhöhung der Prämienätze für Biobetriebe, sondern auch zur endgültigen Verankerung der Bioförderung in der Agrarförderung. Gleichzeitig mit den steigenden Produktionsvolumen und entsprechenden Anstrengungen der Bioverbände – hier vor allem des weitaus größten und dominanten ERNTE Verbands – wurde es für die großen Supermarktketten interessant, professionell in die Vermarktung von Bioprodukten einzusteigen (Billa, Spar). Der neue Expansionsschub katapultierte den Biolandbau bis zum Jahr 1998 auf den Rekordstand von 20.300 Betrieben. Die Bioquote stieg auf beachtliche 9% an. Dies war der entscheidende Schritt zur Marktintegration des biologischen Landbaues und stellte für die BiobäuerInnen und den Biosektor allgemein eine Zäsur dar.

Diese Entwicklungen hatten folgende Auswirkungen:

- ◆ Steigende, dominante Marktmacht des Einzelhandels (Supermarktketten) und der Verarbeitungsindustrie (Molkereien, Schlachthöfe), Preisdruck für die ProduzentInnen.
- ◆ Teilweise Vernachlässigung des Direkt- und Regionalmarketing, da die steigenden Produktionsmengen am Markt untergebracht werden mussten und kurzfristiger Erfolg vor allem über GroßabnehmerInnen zu gewährleisten war.

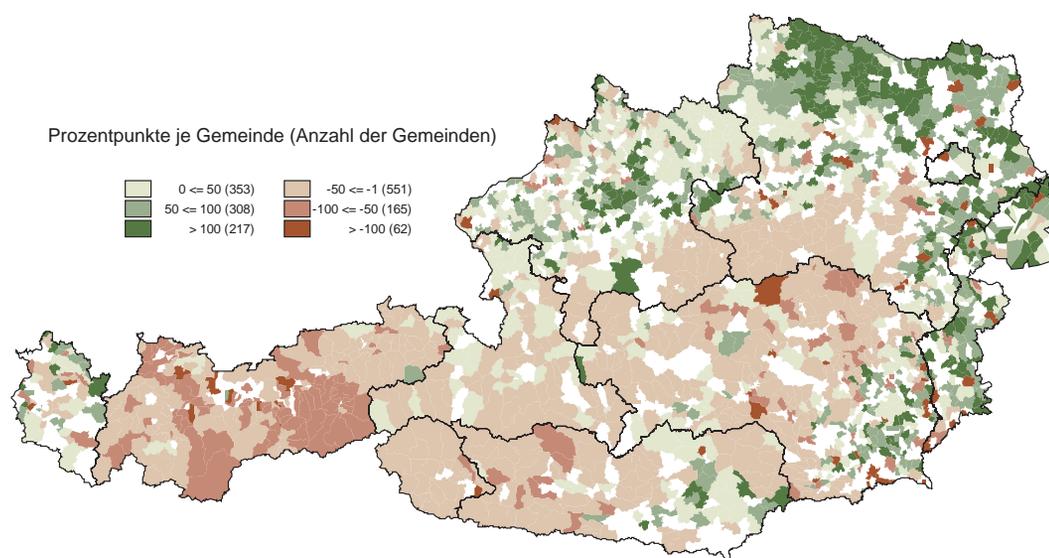
- ◆ Ansprechen und Erreichen neuer KonsumentInnenschichten in urbanen Ballungsräumen zu leistbaren Preisen vor allem durch die attraktive Platzierung einer relativ großen Palette an Bio-produkten in den beiden größten, marktdominierenden Einzelhandelsketten mittels attraktiver Handelsmarken (Billa: ja-Natürlich, Spar: Natur Pur).
- ◆ Sichtbarwerden von strukturellen Schwächen bei den Bioverbänden, die gegenüber der potenten Verarbeitungswirtschaft, dem Handel aber auch der Agrarpolitik ein einheitliches, starkes Auftreten der ProduzentInnen erschwerten.
- ◆ Auseinandersetzungen innerhalb der Bio-Verbände um die generelle zukünftige Ausrichtung des biologischen Landbaues zwischen den Polen Supermarktschiene oder Direktvermarktung führten zur Gründung eines 2. Bio-Dachverbandes, der Österreichische Interessengemeinschaft für biologische Landwirtschaft ÖIG (neben der ARGE-Biolandbau).

Diese Phase der Entwicklung stellte einen zentralen Faktor im Transformationsprozess des biologischen Landbaus dar: dem eigentlichen Beginn der Integration des Biolandbaus in die konventionellen Strukturen des Agrarmarktes in allen ihren Dimensionen wie Produktion, Verarbeitung und Vermarktung mit den damit verbundenen Risiken und Chancen. Auch der allgemeine Wellnessboom (Gesundheit, Genuss) sowie die zunehmende Professionalisierung der Marketingaktivitäten zur Erschließung neuer KonsumentInnenschichten, förderten den Biosektor und führten ihn vor allem in quantitativer Hinsicht von einer ehemaligen Marktnische zu einem fixen Bestandteil des österreichischen Lebensmittelmarktes.

## 11.5 Die Phase der Stagnation und Konsolidierung

Schon Mitte/Ende der 1990er Jahre hatte sich aber abgezeichnet, dass die Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen der stürmischen Ausweitung der Bio-Produktion nur unzureichend gewachsen waren und die zwar steigende, aber insgesamt unbefriedigende Inlandsnachfrage nach Bioprodukten zu einem Angebotsüberhang bei bestimmten, allerdings agrarischen Schlüsselprodukten führte (Biomilch, Biorindfleisch). Angebotsüberschüsse führten zu sinkenden ProduzentInnenpreisen, was in Verbindung mit anderen Defiziten und Problemen zwischen 1999 und 2001 zu einer Austrittswelle aus dem Biolandbau führte (bundesweit ca. 2.200 Betriebe). Neben den oben genannten Vermarktungsdefiziten rächte es sich vor allem, dass z.B. in Tirol, anders als z.B. in Vorarlberg, die BäuerInnen im Zuge des EU-Beitritt relativ uninformiert und unvorbereitet in den Biolandbau „hineingedrängt“ wurden. Der hohe Anteil an so genannten Kodex-Betrieben, also Biobetrieben ohne Zugehörigkeit zu einem Bioverband, verstärkte dieses „Hineinstolpern“ (Informations- und Beratungsdefizite). Im Laufe der 5/6 Jahre der ersten Programmperiode wurden vielen BäuerInnen die Konsequenzen und Probleme der Bioumstellung bewusst (verschärfte Kontrolle, höhere Futterkosten, Probleme mit biogerechter Stallhaltung, konventionelle Preise, schlechte Beratung), was sich danach im Bio-Ausstieg manifestierte.

Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht, wie unterschiedlich die Entwicklung der Biobetriebe seit dem Höchststand Ende der 1990er Jahre bis 2003 in den einzelnen Regionen verlief.

**Abbildung 3: Entwicklung der Biobetriebe 1998-2003**

Quellen: Invekos; BABF

Die grünen Gemeinden weisen Zunahmen, die roten Abnahmen auf. Da es sich bei der Mehrzahl der ausgestiegenen Betriebe um eher kleinere Bergbauernbetriebe handelte, war die Entwicklung der Biofläche von dieser Zäsur weniger betroffen. Vor allem auch deshalb, weil mit Beginn der zweiten Programmperiode ab 2001 vermehrt größere Ackerbaubetriebe in den Biolandbau überwechselten (hoher Biogetreidepreis, attraktive Förderungen).

Agrarpolitisch hat man auf diese Krisensituation insofern reagiert, indem anlässlich der ersten „Bio-Enquete“ ab 2001 vom Landwirtschaftsministerium zweijährige Bio-Aktionsprogramme erlassen wurden, die neben der Festigung der Vorreiterstellung in Europa (Österreich „Bioland Nummer eins“) verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung des Bio-Marketing (z.B. Großküchenprojekte) auch Aktivitäten in den Bereichen Information, Bildung und Beratung (Biokompetenzzentrum „Bio-Austria“) sowie der Förderung des biologischen Landbaues im Rahmen des Programms zur Entwicklung des Ländlichen Raumes unterstützen. Es muss aber festgestellt werden, dass die konkreten Aktivitäten der Bio-Aktionsprogramme von vielen ExpertInnen als zu wenig ambitioniert erachtet wurden/werden. Bezüglich der Interessenvertretung der BiobäuerInnen hat, als logische Konsequenz zur notwendigen Stärkung des Biolandbaus gegenüber den starken Marktpartnern und zur effektiveren Durchsetzung politischer Forderungen, eine Konzentration der institutionellen Kräfte stattgefunden. Auf Bundesebene haben sich die beiden Dachverbände und der ERNTE Bundesverband zur „Bio-Austria“ zusammengeschlossen und bearbeiten die Aufgabenfelder wie Lobbying, Marketing, Qualitätssicherung, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

Seitens der KonsumentInnen ist insgesamt ein stetes, nach Produktgruppen sehr unterschiedliches Wachstum in der Nachfrage nach biologischen Lebensmitteln festzustellen. Beeinflusst wurde das Konsumverhalten sicherlich auch durch die Lebensmittelskandale (BSE-Krise, Schweinemastskandal etc.),

die aber in diversen Produktgruppen nur vorübergehend zu einem deutlichen Absatzplus der Bioware führten. Insgesamt entfielen 2005 ca. 5% des Mengenumsatzes mit Frischprodukten auf biologische Produkte. Am Biomarkt hat sich der Wettbewerb vor allem in den beiden Kategorien Milch/Milchprodukte und Rindfleisch verschärft, da der große angebotsseitige Überhang (nur ca. 50% des Biorind-/Kalbfleisches und der Biomilch werden biospezifisch vermarktet) auf die Preise drückt und Exporte notwendig macht (Gleirscher 2005).

## 11.6 Die Konventionalisierung des biologischen Landbaus

Trotz aller positiven Entwicklungen und dem hohen Entwicklungsstand, den der biologische Landbau bzw. der Biomarkt auch im internationalen Vergleich erreicht hat, laufen, oft von euphorischen Bekenntnissen verschiedener PolitikerInnen verdeckt und von der Wissenschaft mit zunehmender Neugierde und auch Besorgnis beobachtet, verschiedenste Prozesse ab, die einen wesentlichen, substantiellen Einfluss auf die zukünftige Ausprägung und Entwicklung des gesamten Biosektors in Österreich haben werden. Im Zuge der fortschreitenden Marktintegration kommt es zu vielfältigen Anpassungs- und Angleichungserscheinungen, die neben positiven Aspekten (weitere Ausdehnung der Bio-Produktion und der Bionachfrage, sinkende Endverbraucherpreise, Ökologisierung der Landwirtschaft) auch substantielle Gefahrenpotenziale in sich tragen. Die Konventionalisierung des biologischen Landbaues erfasst alle Ebenen des Biosektors, angefangen von der Produktion, dem institutionellen Rahmen, der Verarbeitung und Vermarktung bis zu den Einstellungen der BäuerInnen, PolitikerInnen und KonsumentInnen bezüglich der Philosophie, des Konzeptes und möglichen Zukunftsperspektiven.

Ohne eine exakte Definition dieses Begriffes vorwegnehmen zu wollen, könnte man unter „Konventionalisierung“ die Anpassung der gesamten Wertschöpfungskette des Biolandbaus (Produktion, Verarbeitung, Vermarktung, Werthaltung der BäuerInnen, KonsumentInnen und PolitikerInnen) an konventionelle Verhaltensweisen, Praktiken, Mechanismen und Strukturen mit entsprechenden positiven als auch negativen Effekten zusammenfassen.

### Bio-Produktion

Die Produktion von biologischen Lebensmitteln nähert sich – nicht nur strukturell – unter Einhaltung der Produktionsrichtlinien den Praktiken des konventionellen Landbaus immer mehr an und wird in günstigen Produktionslagen von einer Intensivierung der Produktion getragen. Der Wettbewerbsdruck, mit dem landwirtschaftliche Betriebe zunehmend konfrontiert werden, hat auch vor der Biolandwirtschaft nicht halt gemacht. So verlagert sich die Bioproduktion mittels „marktkonformer“ Großbetriebe immer mehr in die agrarischen Gunstlagen. Zusätzlich erfordert der allgemeine Wettbewerbsdruck vor allem in den großen, biologisch bewirtschafteten Ackerbaubetrieben oder den Milchviehbetrieben in den intensiveren Grünlandgebieten betriebswirtschaftliche Optimierungsschritte. Zu nennen sind dabei:

- ◆ Die Intensivierung der Bewirtschaftung (Zukauf von Futtermitteln, vermehrter Einsatz von ökologisch nicht unbedenklichen, zugelassenen Pestiziden und Düngern) (Piatti et al. 2006)
- ◆ die zunehmende Spezialisierung auf wenige Betriebszweige (viehlose Biobetriebe in den Ackerbauregionen)

- ◆ die Verengung von Fruchtfolgen
- ◆ der vermehrte Einsatz ökologisch und qualitativ bedenklicher Produktionstechniken wie die Gewinnung von Grassilage anstelle der Heuproduktion
- ◆ der Einsatz von wenigen, auch im konventionellen Bereich eingesetzten Hochleistungssorten in der Gemüse- und Obstproduktion
- ◆ die Haltung leistungsstarker, umweltsensibler Nutzierrassen (Hybride)
- ◆ der vermehrte Einsatz von Medikamenten bei Hochleistungstieren in Großbeständen

Dabei spielen nicht nur betriebswirtschaftliche Überlegungen, sondern eine gewisse „Entideologisierung“ eine Rolle. Der Biolandbau entwickelt sich also vom ursprünglich ganzheitlichen Lebens- und Arbeitskonzept weg hin zu einer den Marktverhältnissen angepassten, erfolgreichen Produktionsform. Diese Intensivierung der Produktion, die konventionellen Betrieben manchmal um nichts nachsteht, kann aber den Kernbereich des Biolandbaus, nämlich dessen ökologische und qualitative Dimension und damit ein wesentliches Argument für diese Bewirtschaftungsform schwächen und das Profil bzw. Image des biologischen Landbaus langfristig verwässern.

Eine besonders perfide Art der unfreiwilligen „Konventionalisierung“ des Biolandbaus würde die Freisetzung und damit Koexistenz mit der GVO-Landwirtschaft mit sich bringen. Die unausbleiblichen Kontaminationen würden sowohl das Ende des gentechnikfreien Biolandbaus als auch der konventionelle gentechnikfreien Landwirtschaft bedeuten.

## Einkommen

Durch die massive Ausweitung der Produktion und der indirekte Vermarktung über die Supermarktschiene steht der Biolandbau vor einer Gratwanderung: einerseits sind steigende Produktionsmengen nur über den Großhandel bzw. die großen Einzelhandelsketten in den urbanen Ballungszentren abzusetzen, wodurch günstige EndverbraucherInnenpreise zwar die Nachfrage stimulieren, andererseits aber die ProduzentInnenpreise drücken. Im Vergleich mit konventionellen Betrieben zeigen Biobetriebe bei wichtigen betriebswirtschaftlichen Parametern bessere Werte. Die niedrigeren Kosten und die vergleichsweise höheren Direktzahlungen führen trotz erhöhtem Arbeitsaufwand und geringeren Massenerträgen zu besseren Einkommensergebnissen, die bei rationalen Entscheidungsmustern eigentlich zu einer vermehrten Umstellung auf biologische Wirtschaftsweise führen müssten. Gegenüber dem Bundesmittel von ca. 80% (Summe aller Betriebe) weist der durchschnittliche Biobetrieb in Österreich einen Direktzahlungsanteil am Landwirtschaftlichen Einkommen von fast 90% auf (BML-FUW 2004) und unterstreicht damit die hohe Abhängigkeit von staatlichen Fördermitteln. Der Einfluss hemmender Faktoren wie traditionelle Wertemuster, fehlende biospezifische Vermarktungsschienen, unbefriedigender Informations- und Beratungsangebote sowie diesbezüglich mangelhaftes agrarpolitisches Engagement verhindern eine größere Umstellungsdynamik.

## Verarbeitung und Vermarktung

Durch die zunehmende Marktintegration seit 1995/96 hat sich die gesamte Wertschöpfungskette des biologischen Landbaus verändert (s.a. Nigg und Schermer 2004). Der einst relativ geschlossenen Biomarkt, in dem Biolebensmittel als Nischenprodukte mittels Direktvermarktung und Naturkostläden in den Städten zu gesicherten Preisen an ideologisierte Stammkunden vermarktet wurden, hat sich zu

einem offenen, in den konventionellen Lebensmittelmarkt integrierten beachtlichen Marktsegment ausgeweitet, in dem den KonsumentInnen über Großverarbeiter, Großhandel und Einzelhandelsketten eine relativ umfangreiche Palette an großteils industriell/konventionell verarbeiteten und vermarkteten Biolebensmittel angeboten wird. Dadurch hat sich auch der Anteil der Direktvermarktung biologischer Produkte stark reduziert, was auch zu einer Anonymisierung des Angebotes führte (fehlender Kontakt zwischen KundInnen und BiobäuerInnen), den Aufbau eines aufwendigen Kontrollsystems notwendig machte und die Produktqualität vieler Biolebensmittel von regionalen, hochpreisigen Spezialitäten in Richtung günstigerer Massenware verschob. Der Strukturwandel im Verarbeitungsbereich ruinierte viele kleine regionale Molkereien und Schlachthöfe, sodass die Bioprodukte – meist parallel zu konventionellen Produkten – in Verarbeitungsschienen großer Verarbeitungsbetriebe verarbeitet werden und so regionale Vielfalt und Qualität verloren geht. Zusätzlich setzen sich bei Bioprodukten die Qualitätsstandards bzw. Qualitätssicherungssysteme konventioneller Produkte durch, die Aspekte der „äußeren Qualität“ überbetonen und die für den biologischen Landbau zentralen Elemente der „inneren Qualität“ vernachlässigen, was über Rückkoppelung mit der Bioproduktion wiederum zu einer Veränderung des Sortenspektrums und der Produktionssysteme führt.

### Qualität von Bioprodukten

Prinzipiell haben biologische Lebensmittel in der österreichischen Bevölkerung einen guten Ruf und werden vor allem mittels starker Handelsmarken in den großen Einzelhandelsketten für einen wachsenden Teil der Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen angeboten. Wie auch im konventionellen Bereich ist es aber aufgrund der strukturellen Veränderungen in der Wertschöpfungskette zu einer Qualitätsdifferenzierung gekommen. Der zunehmende Wettbewerbsdruck forciert auch im Biolandbau den Einsatz konventioneller Produktionstechniken unter Ausreizen aller produktionstechnischer Möglichkeiten (Silage, intensive Grünlandwirtschaft, Intensivierung der Mechanisierung) sowie die Verwendung von ertragsoptimierten Hochleistungsrassen und –sorten in der Tier- und Pflanzenproduktion. Diese Einengung des Genpools, die „Professionalisierung“ der Produktionstechnik und die „Industrialisierung“ der Verarbeitung führen bei Milch und Milchprodukten, Gemüse, Erdäpfeln und Obst zur Nivellierung der Qualität. Ein aktuelles Beispiel im Milchbereich ist die zunehmende regionale Ausdünnung von milchproduzierenden Betrieben, auf die die Molkereien mit reduzierten Abholfrequenzen und höheren Pasteurisierungstemperaturen reagieren, die zwar die Haltbarkeit und Lagerfähigkeit erhöhen, aber bestimmten Komponenten der Milchqualität abträglich sind.

Entsprechend den bei Großanbietern bestehenden Anforderungen an Lebensmittel wie Haltbarkeit, Lagerfähigkeit, Standardisierung, Asaisonalität und Preisniveau müssen sich auch Biolebensmittel diesen Marktzwängen immer stärker anpassen. Kostengünstige, der Qualität oft abträgliche Verarbeitungsverfahren (Ernte im unreifen Zustand, kurze Reifezeiten, industrielle Verarbeitungstechniken) nehmen daher zu.

Mit der Veränderung der Vermarktungsschienen von Bioprodukten – weg von der beratungsintensiven Direktvermarktung und den Naturkostläden hin zur anonymen Massenabfertigung in den Supermarktketten – hat sich auch das Qualitätsbewußtsein der KonsumentInnen gegenüber Bioprodukten verändert bzw. den Gegebenheiten angepasst. Auch der steigenden Nachfrage nach hochverarbeiteten Convenience Produkten aus biologisch erzeugten Rohstoffen dem Biolandbau wurde durch Entwicklung

einer zunehmend breiteren Palette von Bioprodukten entsprochen. Auch im Biobereich wurde die Saisonalität der Lebensmittel durch Importe aufgeweicht und die Qualitätsanmutung gesenkt. Die generelle Entwicklung, nämlich die Polarisierung der Lebensmittelqualität in billige Massenprodukte und hochpreisige Spezialitäten entsprechend der Entwicklung des allgemeinen Konsumverhaltens und wird auch den Biolandbau in Hinkunft stärker betreffen. Sinkt aber die Qualität von Bioprodukten, so büßt der Biolandbau seine „Premium Position“ ein und verliert damit eines seiner wesentlichsten Merkmale und Unterscheidungskriterien.

## Biolandbau und Naturschutz

Seitens des Naturschutzes werden in zunehmendem Ausmaß die gegenüber der konventionellen Landwirtschaft kaum zu unterscheidenden naturschutzfachlichen Effekte bemängelt und eine diesbezügliche Verbesserung der Richtlinien gefordert. Top Qualität und ökologische Produktion sind für die Positionierung und damit die Zukunft des biologischen Landbaues von existenzieller Bedeutung. Je mehr sich das charakteristische Profil des Biolandbaus verwischt, je stärker die Austauschbarkeit gegenüber konventionellen Produkten zunimmt und je stärker die Kaufkraft in niedrigen und mittleren Einkommenschichten sinkt, desto niedriger wird die Akzeptanz bei den KonsumentInnen sein. Da die Qualität von Lebensmitteln im Biosektor als zentrales Kaufargument zukünftig zunehmen wird (Thelen und Botschen 2005), ist eine Schärfung des Qualitäts- und Ökologieprofils und nicht eine schleichende Anpassung an konventionelle Standards das Gebot der Stunde.

## 11.7 Szenarien, Strategien und Handlungsansätze

Im Rahmen dieses Beitrages können Strategieansätze zur positiven Weiterentwicklung des biologischen Landbaus in Österreich nur kurz angerissen werden. Obwohl die Gestaltung sektoraler Politiken und Rahmenbedingungen in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit, Bildung und Forschung auf Metaebene wesentliche Erfolgsparameter sind, liegt der Schwerpunkt biospezifischer, umsetzungsorientierter Strategieansätze zukünftig in der Förderung partizipativer, nachhaltiger und endogener Regionalentwicklungsprojekte, innerhalb derer die biologische Landwirtschaft bzw. der Biosektor integraler Bestandteil sind und katalytische Bedeutung haben.

### 11.7.1 Regionale Szenarien

Der biologische Landbau wird sich, ähnlich wie die konventionelle Landwirtschaft, entsprechend der unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten und Entwicklungen, zukünftig stärker segmentieren und in Wechselwirkung verschiedene Regionsprofile bzw. Regionstypen mitgestalten. Bezüglich der regionalen Ausprägung des Biolandbaus sind zukünftig prinzipiell folgende Szenarien vorstellbar (s.a. Dörr et al. 2005):

- ◆ **„Traditioneller Biolandbau“ in „Bioregionen“**

Grünland- und gemischte Regionen mit einem überdurchschnittlich hohen Bioanteil und intakter Kulturlandschaft, diversifizierte Landwirtschaft, mittelgroße, spezialisierte Betriebe mit Erwerbsskombination, regionale Spezialitäten (Leitprodukte), Direktvermarktung, regionale

Märkte, Vernetzung und Kooperation mit anderen regionalen AkteurInnen (Tourismus, Gastronomie, Gewerbe, Handel, Energie etc.), Konzept der endogenen, nachhaltigen Regionalentwicklung

◆ **„Konventionalisierter Biolandbau“ in Rohstoff-/Energeregionen**

Großbetriebe in intensiven Ackerbaugebieten mit degradierter Kulturlandschaft, Erzeugung konventioneller und biologischer Rohstoffe für die Lebensmittel- und Energiewirtschaft, Vertragslandwirtschaft, Vermarktung über Großhandel und Verarbeitungsindustrie, nachwachsende Rohstoffe („Energiebetriebe“), nur bedingt Impulse für die Regionalentwicklung

◆ **„Musealer Biolandbau“ in intensiven Fremdenverkehrsregionen**

Eher kleinere (Bio)betriebe (Hobby- und Schau- und Museumsbetriebe), die Hoteliers als (teures) Hobby oder als touristische Vorleistung im Rahmen der Inszenierung der „bäuerlichen, echten und urigen“ Landwirtschaft für TouristInnen betreiben, Streicheltiere, Landschaftspflege, Schausennereien, museale Aufbereitung des „alten Lebens am Bauernhof“, Verkauf von Bioprodukten, Bewirtschaftung durch Fremdpersonal, geringerer Rentabilitätswang durch Quersubventionierung durch den Tourismus

◆ **„Experimenteller Biolandbau“ in peripheren Regionen**

Kleine Subsistenz- bzw. Aussteigerbetriebe zur Verwirklichung (alternativer) Lebenskonzepte, geringe Markteinbindung, Erneuerungspotenzial für den Biolandbau (Alte Kulturpflanzen und Nutztierassen, Permakultur etc.), oft betriebsgebundene Erwerbskombination (Dienstleistungen, Kunst und Kunsthandwerk etc.)

Es ist also zukünftig mit einem regional differenzierten Mosaik von Regionstypen zu rechnen, in denen der biologische Landbau unterschiedliche Akzente setzen wird.

## 11.8 Strategieansätze

Entsprechend der Prognosen nahezu aller namhaften ExpertInnen wird dem biologischen Landbau international auch zukünftig ein hohes Wachstumspotenzial bescheinigt. Je nach Ausgangssituation wird diese Entwicklung in verschiedenen Ländern recht unterschiedlich verlaufen, da ein ganzes Bündel an Faktoren für eine positive Entwicklungsdynamik verantwortlich ist. Einerseits werden sich die Märkte in Ländern mit bereits hoch entwickelten Bio-Sektoren eher qualitativ und langsamer weiterentwickeln, in Ländern mit derzeit eher noch unterentwickelten Bio-Märkten werden Aufholprozesse hingegen zu einem dynamischeren Wachstum führen.

### Agrarpolitische Rahmenbedingungen

Der biologische Landbau ist substanziell an das Weiterbestehen der Klein- und Mittel Landwirtschaft und an die Berglandwirtschaft gebunden. Wird die Aufrechterhaltung und Förderung der Klein- und Mittelbetriebe von der Agrarpolitik weiterhin vernachlässigt (Gestaltung des Förderungssystems bzw. dessen Verteilungswirkung), so wird der damit verbundene agrarische Strukturwandel mittel- und langfristig auch das bis jetzt relativ stabile Berggebiet erfassen und neben der für Österreich so bedeutende Almwirtschaft auch den Biolandbau negativ beeinflussen. Neben der Optimierung der biospezifischen Förderungsinstrumente ist deshalb eine Neugestaltung der agrarpolitischen Rahmenbedingun-

gen erforderlich (z.B. Dämpfung des agrarischen Strukturwandels, Positionierung des biologischen Landbaues als agrar- und regionalpolitisches Leitbild, GVO-Freiheit, Beibehaltung der Milchkontingentierung, Weiterentwicklung des Bio-Aktionsprogramms).

### **Produktion und Verarbeitung**

Die im Rahmen der Konventionalisierung des Biolandbaus auftretende Intensivierung des Biolandbaus, die durch steigenden Wettbewerbsdruck, Marktintegration sowie mit einer damit verbundenen Entideologisierung hervorgerufen wird, führt zu teilweise negativen Folgeeffekten. Durch entsprechende Maßnahmen wie der Förderung der Vielfalt und Qualität von Bio-Produkten, der Ausweitung der Sortenvielfalt, der Überprüfung der Produktions- und Förderungsrichtlinien sowie der Forcierung qualitätsfördernder regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen könnten qualitative Fortschritte erzielt werden. Die Erhaltung bzw. Wiedererrichtung regionaler Verarbeitungskapazitäten stellt diesbezüglich eine zentrale Entwicklungsstrategie dar.

### **Vermarktung**

Aufgrund der dominanten Vermarktungsposition der großen Einzelhandelsketten mit den damit verbundenen Effekten wie Anonymität, Qualitätsnivellierung und Druck auf die Erzeugerpreise wird es zukünftig notwendig sein, innerhalb des biologischen Landbaues das Segment „Spitzenqualität regionaler Herkunft“ mittels aktiverer Förderung der Direkt- und Regionalvermarktung (Bio-Produktions- und Vermarktungsgemeinschaften) noch offensiver zu unterstützen. Angesichts des in einigen Bio-Sparten nach wie vor bestehenden angebotsseitigen Überhangs (Milch, Rindfleisch) ist eine offensive Bearbeitung der Nachfrageseite durch verstärkte KonsumentInnen-Information, PR-Offensiven und Werbung sowie die Forcierung des Bioabsatzes in öffentlichen Institutionen und Großküchen notwendig. Wie schon die jüngsten Aktivitäten der IG-Milch zeigen, ist weiters eine Durchsetzung von Mindestpreisen für Bio-Produkte in der Verarbeitung und indirekten Vermarktung (Supermarktketten) zur Vermeidung von Dumpingpreisen (Biolebensmittel als Lockmittel in Supermärkten) anzustreben.

### **Regionalentwicklung**

Da sich eine quantitative Weiterentwicklung des Biolandbaus vor allem in den agrarischen Ungunstlagen verstärkt nur mehr im regionalen Kontext verwirklichen lassen wird, ist die Einbindung des Biolandbaus in nachhaltige, integrale Regionalentwicklungsprojekte zukunftsweisend. In diesem Zusammenhang sei das Konzept der Bioregionen erwähnt, im Rahmen dessen sich Bio-Initiativen in einem bottom up Prozess mit anderen regionalen AkteurInnen wie der Gastronomie (regionale Leitprodukte, Biomenüs), dem Fremdenverkehr (sanfter Tourismus) oder dem Energiesektor (nachwachsende Rohstoffe) vernetzen und über diese Synergieeffekte nachhaltige regionale Entwicklungen und Innovationen anstoßen.

### **Bildung und Beratung und Forschung**

Eine der wesentlichen Entwicklungsfelder des biologischen Landbaues ist die Schärfung seines Profils gegenüber der konventionellen Landwirtschaft. Dazu gehören neben der Weiterentwicklung der Pro-

duktions- und Förderungsrichtlinien vor allem die gesellschaftliche Bewußtseinsmachung und Wieder-  
verankerung der Ideologie bzw. der umfassenden, über die Produktionsfunktion hinausgehenden  
Grundwerte des biologischen Landbaus.

Dementsprechend sind in den Bereichen Forschung, Bildung und Beratung Aktivitätsfelder wie die  
Vermittlung der Bedeutung des biologischen Landbaus an BäuerInnen und KonsumentInnen zu forcieren,  
der Biolandbau in den Lehrplänen einschlägiger Bildungseinrichtungen obligatorisch zu verankern,  
die Bioberatung sowohl qualitativ als auch quantitativ zu intensivieren und die Bio-Forschung in Österreich  
intensiver zu vernetzen.

Obwohl die statistischen Kenngrößen in Österreich einen neuerlichen, moderaten quantitativen Auf-  
schwung dokumentieren, befindet sich der biologische Landbau derzeit in einer sensiblen Transforma-  
tionsphase, die seitens der verantwortlichen PolitikerInnen, aber auch KonsumentInnen zu wenig  
wahrgenommen wird. Medienwirksame Berichterstattungen in Politik und Werbung überdecken viele  
latente Problemfelder. Gerade angesichts des ungebrochenen landwirtschaftlichen Strukturwandels,  
der Destabilisierung ländlicher Regionen, des zunehmenden Gesundheits- und Ernährungsbewusst-  
seins, der nahenden Energiekrise und der globalen Ernährungskrise sowie der angespannten Umweltsi-  
tuation (Klimawandel), sind die mit dem Biolandbau verbundenen Werte wie Qualität, Regionalität,  
Innovation und Nachhaltigkeit deshalb wichtiger denn je.

Entscheidend ist deshalb zukünftig die Frage, ob und auf welche Weise der biologische Landbau seinen  
Qualitätsanspruch und sein innovatives und nachhaltigkeits-orientiertes Potenzial und Profil bewahren  
bzw. weiterentwickeln kann. Passiert das nicht, so ist zu befürchten, dass der biologische Landbau  
immer mehr an Eigenständigkeit und Profil verliert, vom einstigen Innovator zu einer vom Mainstream  
aufgesogenen Produktionsform erodiert. Speziell die im Zuge der kommenden Energiewende ist damit  
zu rechnen, dass die Verknappung und Verteuerung der Energie energieextensive Produktionsformen  
und regionale und Vermarktungsstrukturen begünstigen und der Weiterentwicklung des biologischen  
Landbaus neue Impulse verleihen wird.

## 11.9 Literatur

Baldock, David (1996): *Farming at the Margins. Abandonment or Redevelopment of Agricultural Land in Europe*. London: LEI-DLO.

BMLFUW (2003): *Evaluierungsbericht 2003. Anhang VI ÖPUL*. Wien.

BMLFUW (2004): *Grüner Bericht 2004. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2003*. Wien.

Darnhofer, Ika (2005): *Resilienz und Attraktivität des Biolandbaus für Landwirte*. In: Groier, Michael, Schermer Markus (Hrsg.): *Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Band 2: Zwischen Professionalisierung und Konventionalisierung. Forschungsbericht Nr. 55 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen*. Wien. 67-84.

Dörr, Heinz, Fiby, Monika, Hilbert, Andreas (Hrsg.) (2005): *Die Zukunft der Landschaft in Mitteleuropa. Verantwortung für die Kulturlandschaft im 21. Jahrhundert*. Wien.  
<http://www.futurelandscape.org>

- Gleirscher, Norbert (2005): Bio-Markt, Indirekte Bio-Vermarktung und Bio-Initiativen. In: Groier, Michael, Gleirscher, Norbert (Hrsg.): Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Band 1: Strukturentwicklung, Förderung und Markt. Forschungsbericht Nr. 54 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien. 91-147.
- Groier, Michael, Gleirscher, Norbert (2005): Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Band 1. Forschungsbericht Nr. 54 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Groier, Michael (2005): Entwicklung, Struktur und Förderung. In: Groier, Michael, Gleirscher, Norbert (Hrsg.): S.o. 9-90.
- Groier, Michael (2004): Wachsen und Weichen. Rahmenbedingungen, Motivationen und Konsequenzen von Betriebsaufgaben in der österreichischen Landwirtschaft. Forschungsbericht Nr. 51 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Groier, Michael (2003): Zukunftsperspektive Wachsen und Weichen? Der biologische Landbau als agrar- und regionalpolitischer Stabilisierungsfaktor. In: Ernte 4/03. 22-24.
- Groier, Michael (2006): Zur Entwicklung und Transformation des biologischen Landbaues in Österreich. In: Land & Raum. 6/2006. 4-7.
- Groier, Michael, Schermer, Markus (Hrsg.) (2005): Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Band 2. Forschungsbericht Nr. 55 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Guggenberger, Eduard, Schweidlenka, Roman (1993): Die Fäden der Nornen. Zur Macht der Mythen in politischen Bewegungen. Wien 1993: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Hoppichler, Josef (2005): Biolandbau und Gentechnik: Von der Unmöglichkeit eines Nebeneinander. In: Groier, Michael, Schermer Markus (Hrsg.): S.o. 139-154.
- Hoppichler, Josef, Hovorka, Gerhard (2006): Agrarpolitik. In: Dachs, Herbert, Gerlich, Peter, Gottweis, Herbert, Kramer, Helmut, Lauber, Volkmar, Müller, Wolfgang C., Tálos, Emmerich (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 701-710.
- König, Godehard (1994): Anthroposophie und Rudolf Steiner. In: Beckers Hermann, Kohle, Helmut (Hrsg.) (1994): Kulte, Sekten, Religionen. Augsburg: Patloch Verlag. 195-208.
- Moschitz, Heidrun, Schermer, Markus (2005): Die institutionelle Entwicklung des Biosektors 1997 bis 2003. In: Groier, Michael, Schermer Markus (Hrsg.): S.o. 17-32.
- Nigg, Daniel, Schermer, Markus (2005): Von der Vision zur Richtlinie. In: Groier, Michael, Schermer Markus (Hrsg.): S.o. 105-120.
- Piatti, Alfons (2006): Bio Landbau spannungsgeladen. In: Bio-Austria 3/06. 40-43.
- Thelen, Eva, Botschen, Martina (2005): Warum Bio? Einstellungen zum Konsum von Bioprodukten in Österreich. In: Groier, Michael, Schermer Markus (Hrsg.): S.o. 53-66.

## 11.10 Zusammenfassung

Der biologische Landbau bzw. der Biosektor haben in Österreich, wie auch im internationalen Vergleich, sowohl auf Produktions- als auch Marktebene ein beachtliches Niveau erreicht. Bei den KonsumentInnen erfreuen sich Lebensmittel aus dem Biolandbau wachsender Beliebtheit. Während die Zahl der konventionellen Landwirtschaftsbetriebe im Rahmen des ungebremsten agrarischen Strukturwandels rasant abnimmt, entwickelt sich der Biolandbau mit wechselnder Dynamik positiv. Nach verschiedenen Stagnations-, Boom- und Konsolidierungsphasen des Biolandbaus ist derzeit wieder eine moderate Wachstumsphase zu beobachten, die im Zuge der Marktintegration des Biolandbaus mit sowohl positiven als auch negativen Entwicklungen verbunden ist. Unter dem Begriff „Konventionalisierung“ können Entwicklungen zusammengefasst werden, die sowohl die Bereiche der Produktion, der Verarbeitung und Vermarktung, die Produktqualität als auch die Werthaltungen von BäuerInnen und KonsumentInnen betreffen.

Die österreichische Agrarpolitik, aber auch die Wissenschaft und die Beratung sind deshalb aufgefordert, den Biolandbau in all seinen Dimensionen zukünftig offensiver und konsequenter zu unterstützen. Der politisch oft proklamierten „nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes“ müssen konkrete Umsetzungsschritte folgen und der Fortbestand der Klein- und Mittellandwirtschaft, der die Basis des österreichischen Biolandbaus darstellt, ist mittels der Neuorientierung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen sicherzustellen. Dies wird entscheidend dafür sein, ob der Biolandbau auch weiterhin als ein vielfältiger Innovationsträger fungieren oder sich einfach zu einem erfolgreichen Segment des Lebensmittelmarktes entwickeln wird.

## 11.11 Summary

Since the beginning of the 1990s, organic farming in Austria has reached a leading position in Europe. This dynamic development was on the one hand induced by federal subsidies for farms converting to organic farming and, on the other hand, was promoted by the start of organic marketing activities launched by big foodstuff chains in the mid 1990ies. Although this development can be valued as a story of success, from the beginning 2000 a period of stagnation and consolidation became obvious. Moreover, as a result of the liberalization of the agro-markets and the market integration a process of “conventionalization” has affected organic farming. Structural changes in processing, marketing and trading of organic products as well as increasing competition among the farms and a process of “erosion of organic values” lead to various, often negative effects. For instance in the fields of intensity of production, marketing structures, product quality or ecological effects.

In this phase of transformation and conventionalization of organic farming, all relevant groups involved in organic farming are requested to (re)sharpen the profile of organic farming, raise the consciousness for organic values and promote an offensive, integral policy which is able to guarantee a sustainable further development. The further development of organic farming in less favoured regions will be realized only in a regional context, integration of organic farming into sustainable, endogenous regional development projects like LEADER, Biosphere Parks or “Organic Regions” will prove to be efficient.

**Dr. Michael Groier**

geb. 1957 in Wien, studierte an der Universität für Bodenkultur Landwirtschaft und ist seit 1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Schwerpunktmäßig arbeitet der Autor zu den Themenbereichen agrarische Umweltpolitik, biologischer Landbau und Regionalentwicklung (Bioregionen), agrarsoziologische Fragestellungen (alternative Lebensstile am Land, Betriebsaufgabe) sowie Alm- und Berglandwirtschaft.

## 12. Die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft – Betrachtungen einer Hofnärin

Elisabeth Loibl

Hofnarren erfüllten eine wichtige Funktion an den Höfen der Aristokratie. Jede Familie und jedes Dorf kann von Glück reden, wenn ein Hofnarr / eine Hofnärin zugegen ist. James Joyce bezeichnete seinen irischen Landsmann Oscar Wilde als Hofnarr der Engländer. *„Ein Hofnarr ist traditionell kein unverbindlicher, oberflächlicher Spaßmacher. Er ist vielmehr einer, der den Mächtigen ins Gesicht lacht und vor einer in Gewohnheiten, Vorurteilen und Ressentiments erstarrten Zuhörerschaft manch unbequeme Wahrheit ausplaudert“*<sup>1</sup>. Humor ist nicht selten das Ergebnis unverblümter Aufrichtigkeit.

So habe ich mich entschlossen, dieses Amt zu übernehmen. Seit jeher ziehe ich es vor, unangenehme Wahrheiten an- und auszusprechen. Ich weiß aus Erfahrung, dass Bedrohliches seine Bedrohung verliert, wenn es ausgesprochen wird.

### 12.1 Vorurteile

Wer sich umhört und Leute fragt, was sie von bäuerlicher Landwirtschaft halten, so kommen meist wehmütige Äußerungen zu Tage. Sie ist leider unwirtschaftlich, wird nicht selten als erstes Argument angeführt. Sie hat sich zeitlich schon längst überlebt. Als ich mich im Rahmen der Erhebungen für „Das Brot der Zuversicht“ (Loibl 2003) bei der Mühlviertler Bäuerin Christine Gattringer aufhielt, fragten Leute vor Ort ungläubig und neugierig, was es denn bei dieser Kleinbäuerin Interessantes zu erforschen gäbe. Bäuerliche Landwirtschaft sei doch nur etwas für IdealistInnen. Was sich durch Idealismus auszeichnet, bedarf offenbar keiner Erforschung. Geht es in der Wissenschaft wirklich nur um beweisbare Fakten?

Bauern und Bäuerinnen, die sich weigern, unternehmerisch zu denken und zu handeln, gelten für die weniger Wehmütigen als rückständig, wenn nicht gar als fortschrittsfeindlich. Daher sei es kein Wunder, wenn sie von der Bildfläche verschwinden. Andere ärgern sich über die mangelnde Vernunft bäuerlicher Menschen. Will heißen: über ihre mangelnde Manipulierbarkeit. Die Widerspenstigkeit steht den Menschen ins Gesicht geschrieben. Dies war im Oberen Mühlviertel deutlich zu beobachten. In dieser Region gibt es ein gut funktionierendes Netzwerk widerständiger, rückständiger, zeitgemäßer, widerspenstiger Bäuerinnen und Bauern.

### 12.2 Bäuerlich

Unter bäuerlich verstehe ich einen behutsamen Umgang mit Tieren, Pflanzen und den Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft. Bei aller Multifunktionalität, die der Landwirtschaft von außen aufgedichtet worden ist und intern als Vielfalt bezeichnet wird, haben bäuerliche Menschen vor allem die Eigen-

1. Wiener Zeitung, 8. Oktober 2004

versorgung der Familie und des regionalen Umfeldes im Blickfeld. Die Herkunft der Produkte, die sie täglich essen und brauchen, ist überwiegend nicht unbekannt. Denn was nicht selbst produziert werden kann, wird von Firmen oder HandwerkerInnen der Umgebung bezogen. Unter dem Leitgedanken „Produkte sind die Trägerstoffe für unsere sozialen Beziehungen“ (zit. n. Veronika Bennholdt-Thomsen) besteht zu diesen ProduzentInnen respektive AnbieterInnen von Dienstleistungen ein soziales Geflecht. Im Tauschhandel, der seit dem auslaufenden 20. Jahrhundert neu belebt wird, kommt das Prinzip der Gegenseitigkeit wieder zum Tragen. Bäuerlich ist ein Synonym für Subsistenz und subsistent (vgl. Loibl 2003, 11). Das Hauptaugenmerk der Lebensgestaltung gilt – anders als in anderen Bevölkerungsgruppen, für die die Erwerbsarbeit eine zentrale Rolle einnimmt – den Versorgungsarbeiten, den Subsistenzarbeiten auf dem Hof, im Haushalt und in der Familie.

Grundsätzlich wirtschaften bäuerliche Menschen mit den Gegebenheiten vor Ort, mit dem, was da ist. Der Unternehmerbauer und „Agrobusinessman“ investiert teuer und ignoriert und zerstört oftmals das, was da ist.

Der russische Dissident Alexander Tschajanow (1923, zit. nach Bennholdt-Thomsen und Mies 1997, 98) beschrieb bäuerliche Ökonomie als eine eigenständige Art zu wirtschaften mit einer eigenen sozialen und kulturellen Logik. Bäuerliches Wirtschaften ist nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet, sondern auf das Notwendige. Die Priorität wird auf das Überdauern des Bestehenden gesetzt, ökonomisch wie sozial. Diese Prioritätensetzung hat heutzutage nur wenig gesellschaftliche Bedeutung und weist Ähnlichkeiten mit der Hausfrauisierung der Frau auf:

*„Weil Bauern und Frauen sich um die alltäglichen, unmittelbaren menschlichen Bedürfnisse kümmern, um Nahrung, das Wohnen und die Kinder, gelten sie nicht viel in einer Welt, in der die Überwindung des Reichs der Notwendigkeit vorgeblich Freiheit bringt“* (Bennholdt-Thomsen und Mies 1997, 99).

### 12.3 Klischees

Das Klischeebild eines bäuerlichen Menschen ist ein altes Männlein, abgetragener Trachtenanzug, aufgescheuerter Hemdkragen, zahnlos, schlecht rasiert, faltiges Gesicht, gezeichnet von den Entbehrungen eines kargen Lebens, gebückt auf einem Stock gestützt. Die Subsistenzbäuerin ist ein altes Weiblein im Dirndlkleid in ähnlicher Haltung und Erscheinung (nicht rasiert, Geißbarthaare am Kinn und über der Oberlippe), mit einem geflochtenen Haarkranz um ihren Kopf geschlungen.

Der älteste überzeugte Subsistenzbauer, bei dem ich als freiwillige Helferin gearbeitet habe, ist Jahrgang 1951. Er rasiert sich meist nur einmal pro Woche. Am Sonntag. Die Zähne sind gesund. Lachfalten im Gesicht. Die Bäuerin, seine Frau, Jahrgang 1956, hat lange Zeit die Haare als Zöpfe über dem Kopf getragen oder als Knödel verknötet. Heute trägt sie aus Gründen der Zeitersparnis das Haar kurz geschnitten. Beide tragen gerne Tracht. Auf einen französischen und einen Südtiroler Bauern, ebenfalls überzeugte Biobauern und weitgehend Selbstversorger, trifft der abgescheuerte Hemdkragen zu. An ihren Arbeitshemden. Der eine ist Jahrgang 1953, der andere wurde 1961 geboren.

Ihr Erscheinungsbild lässt nicht unmittelbar auf bäuerliche Tätigkeiten schließen. Karg habe ich das Leben auf den Höfen ebenfalls nicht empfunden. Besonders luxuriös waren Restaurant- und Theaterbesuche, zu denen ich eingeladen worden bin. Das Essen war alles andere als dürftig. Vielleicht hat es

auch an der vielen frischen Luft gelegen. Mein Appetit war hervorragend. Genau wie das Essen, das mir aufgetischt worden ist.

Soweit zum Klischee des Bäuerlichen. Zurück zu meiner Aufgabe als Hofnärin. Ein zwischenmenschliches Gesetz besagt, dass liebevoll oder humorvoll jedem Menschen alles gesagt werden kann. Liebevoll oder humorvoll darf ein Mensch auf seine unangenehmsten Seiten aufmerksam gemacht werden. Ein Herrscher erlaubt dem Hofnarren ihm humorvoll Unzulänglichkeiten seiner Regentschaft zu unterbreiten. Wenn er sie nicht genügend mit Humor verpackt, wird er rausgeschmissen.

## 12.4 Feudalherrschaft

In den Diskussionen über die verteilungspolitischen Unzulänglichkeiten der agrarpolitischen Fördergelder vergeht der offiziellen Bauernvertretung meist das Lachen. Man hätte Leute der Bundesanstalt für Bergbauernfragen gerne rausgeschmissen. Hofnarren waren an Königshöfen erlaubt. Der unumschränkte Herrscher der Agrarpolitik duldet keine Leute, die die Wahrheit kundtun. Warum gibt es im Zeitalter der Demokratie unumschränkte Herrscher, die eine andere Meinung als die eigene nicht gelten lassen? Die Staatsform der Demokratie westlicher Prägung ist eine Oligarchie, die Herrschaft einiger weniger, die konsequente Fortsetzung der unumschränkten Feudalherrschaft. An die ich angesichts der Förderverteilung immer wieder erinnert werde.

Die Selbstverständlichkeit, mit der Millionenbeträge an öffentlichen Geldern angenommen werden<sup>2</sup> entspricht der seinerzeitigen Selbstverständlichkeit des Adels<sup>3</sup> bei der Entgegennahme des Zehnten. Die Aristokratie und die Kirche haben für eingehobene Steuern niemals Rechenschaft abgelegt. Die Rechtfertigung ihrer Epigonen ist antiquiert: In der Schule müsse man doch auch die begabteren Kinder mehr fördern als den Durchschnitt oder gar die Dummen. Diese Ansicht gilt heutzutage vom menschlichen Standpunkt aus betrachtet als unmoralisch und herzlos. Im Übrigen wurde festgestellt, dass dies eine sich selbst erfüllende Prophezeiung ist: Wenn LehrerInnen die „dummen“ Kinder behandeln als seien sie die VorzugsschülerInnen und die Gescheitene als seien sie die Dummen, dann erhalten die Kinder im Lauf der Zeit die entsprechenden Noten. Michael Groier (2004, 131) kommt in seiner Studie „Wachsen und Weichen“ über die Ursachen der Hofaufgabe zu dem Schluss, dass viele Bäuerinnen und Bauern zu wenig Vertrauen in die Kammer haben und sich daher selbst in einer wirtschaftlich prekären Situation nicht an die landwirtschaftliche Beratung wenden. Die Kammer ist in ihren Augen nur für die Vorzugsschüler in der Landwirtschaft zuständig.

2. Das Genfer "Zentrum für Europäische Politikstudien" errechnete, dass sechs Prozent der größten Betriebe der Union 53 Prozent der Mittel einstreichen. Die 52 Prozent der kleinsten Höfe dagegen müssen sich mit vier Prozent der Subventionen begnügen. Die britische BBC kalkulierte mit 80 Prozent der Mittel für 20 Prozent der Betriebe, während am anderen Ende der Skala acht Prozent des Geldes an 40 Prozent der Bauern fließen. In Frankreich erhielten die 15 größten Betriebe 60 Prozent der ausbezahlten Direktzahlungen (Salzburger Nachrichten: Goldregen für Große, 17.12.2005)
3. Queen Elizabeth II. erhielt im Anbaujahr 2003/2004 exakt 231.559 Euro, der Herzog von Westminster rund 260.000 Euro, Herzog von Marlborough wie auch Prinz Albert von Monaco für seine französischen Besitzungen knapp 300.000 Euro (Salzburger Nachrichten: Goldregen für Große, 17.12.2005).

Grundsätzlich stellt sich die Frage, was Wettbewerb mit Subventionen zutun hat. Wie wettbewerbsfähig sind Betriebe, deren überwiegendes Einkommen aus öffentlichen Fördergeldern besteht? Jean Ziegler<sup>4</sup> vergleicht den globalen Wettbewerb mit einem Boxkampf zwischen einem (gedopten) Boxkampfweltmeister und einem halb verhungerten Bauern<sup>5</sup>. Ein sehr treffendes Bild.

## 12.5 Historisch gebrochen

Eine der Ursachen, warum die Feudalherrschaft heute noch nicht überwunden ist, liegt für mich in der brutalen Niederschlagung der Bauernaufstände im 16. und 17. Jahrhundert. Der grauenhafte Schrecken wurde unverarbeitet von einer Generation an die nächste weiter gegeben. Bis heute.

Söldnerheere des aufsteigenden absolutistischen Staates bewahrten (mit bestialischer Brutalität) das Feudalsystem vor dem Zusammenbruch (Krammer 1976, 17). Wichtigste Forderung der blutigen Auseinandersetzungen war die Aufhebung der Leibeigenschaft. Erst nach der bürgerlichen Revolution 1848 kam es zur Grundablöse in Form der Drittellösung: Der Grundherr verzichtete auf ein Drittel des Bodenerlöses, ein Drittel bezahlte die Staatskasse, ein Drittel die Bauernfamilie. Damit war der letzte Teil der Leibeigenschaft<sup>6</sup> de jure aufgehoben. De facto sind Ansätze der Leibeigenschaft/der Untertänigkeit vor allem im Osten Österreichs und in den Agrarinstitutionen heute noch zu erkennen.

Der Widerstand der Bauern und Bäuerinnen wurde über Jahrhunderte nachhaltig gebrochen. Das gesellschaftliche Trauma der gewalttätigen Niederschlagung dauert bis heute an. Wie anders lassen sich Vorkommnisse erklären, die Veronika Bennholdt-Thomsen, Andrea Baier und Brigitte Holzer (2005, 37ff) erlebt und niedergeschrieben haben? Sie beschreiben ihre Ratlosigkeit<sup>7</sup> angesichts der Rede eines Bauernverbandfunktionärs, die auf keinerlei Widerspruch bei den anwesenden Bauern und Bäuerinnen gestoßen ist. Dieser zeichnet bei einem traditionellen Bauernfrühschoppen vor ungefähr 200 Bauern und Landfrauen ein Szenario wie die Landwirtschaft in Ostwestfalen-Lippe im Jahr 2010 aussehen wird. „Er tat dies, indem er die Zahlen der Entwicklung der letzten Jahre einfach fortschrieb. Das Ergebnis war niederschmetternd. Es würden im Durchschnitt maximal ein Drittel der Betriebe übrig bleiben, die so genannten Zukunftsbetriebe: spezialisierte, hohe Kapazitäten nutzenden Weltmarktbetriebe. Alle anderen würden aufgeben müssen. (...) Auch das Ausweichen auf Dienstleistungen wie Pferdepensionen, Landfrauenservice<sup>8</sup>, ökologischer Landbau, Erzeugergemeinschaften, Sonderkulturen würde die Höfe nicht in nennenswertem Umfang retten können. Für diese innovativen Lösungsversuche hatte der Präsident der Landwirtschaftskammer (Ostwestfalen-Lippe) nicht viel übrig. Er vertrat

4. Jean Ziegler ist UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Globalisierungsgegner und Autor.

5. In: „We feed the world“ Ein Film von Erwin Wagenhofer, Österreich 2005

6. Leibeigenschaft umfasste drei Unfreiheiten: Leibeigene waren nicht mobil. Das bedeutete, sie durften das Grundstück ihres Grundherrn nicht ohne seine Genehmigung verlassen. Die Immobilität wurde von Maria Theresia aufgehoben. Sie brauchte ArbeiterInnen für die Manufakturen, die Steuergelder einbrachten. Leibeigene waren weiterhin nicht ehefähig, sie durften nur mit Erlaubnis des Grundherrn heiraten. (In diesem Zusammenhang sei das *jux prima nocte* erwähnt). Dass Leibeigene keinen Grund besitzen durften, wurde 1848 mit der Drittellösung aufgehoben.

7. Unter der Überschrift: „Was ist bloß mit den Bauern los?“

8. S. Loibl (1997, 112ff)

deutlich den reinen Wachstumsweg als einzige Chance. Andere Wege wurden von ihm als unbedeutende Nischenlösungen abgetan. Die Anwesenden bekamen keinen positiven Politikvorschlag zu einer möglichen Gegenstrategie zu hören. „*Wir zuhörende Sozialwissenschaftlerinnen waren perplex angesichts dieses Begräbnisses bei lebendigem Leib. Jetzt würde der Saal bald zu brodeln beginnen. Aber da saßen sie und sagten kein Wort. Unbegreiflich, wie die zuhörenden Bauern und Landfrauen die geradezu zynische Haltung ihres Verbandsvertreters mit Schweigen quittieren konnten.*“

## 12.6 Courage gefragt

Nicht geschwiegen hat Sophie Brandstätter<sup>9</sup> im November 1993 auf der Veranstaltung „Sind die Bauern noch zu retten“ im Rahmen der Goldegger Gespräche. „Einer der Vortragenden bewies (...) die Notwendigkeit der ‚schnellstmöglichen Transformation der österreichischen Landwirtschaft zur stärkeren Marktorientierung‘. Nachdem er das generelle Grundproblem der Landwirtschaft erklärt hatte, ‚wonach die Mobilität der Landwirte, ihre Bereitschaft auszuschneiden, nicht so groß sei, wie sie eigentlich sein müsste‘, gab der Professor der Agrarwissenschaften (...) das Ergebnis seiner Einsichten bekannt. Dabei erfuhren die anwesenden Bauern und Bäuerinnen (etwa 300), dass 90% von ihnen nach ihrer ‚Transformation auszuschneiden‘ wären und sich ‚sonst wo‘ eine Beschäftigung suchen müssten, weil nur der Rest (10%) auf dem Markt überlebensfähig wäre ...“

Nach einer Schrecksekunde ehrfürchtigen Schweigens meldete sich die Bäuerin Sophie Brandstätter aus dem Mühlviertel zu Wort. Sie berichtete, sie sei noch nie irgendwo ‚beschäftigt‘ gewesen. Dagegen habe sie seit 20 Jahren für ihre Familie gesorgt, einen Haushalt geführt, ihre Kinder erzogen, ihren Mann bedient, jahraus, jahrein auf Feldern und Wiesen und tagaus tagein in Stall und Scheune gearbeitet. Dies vorgebracht schloss die Bäuerin ihre Rede mit folgender an den Professor gerichteten ‚Erklärung‘: Kraft der Verantwortung, die mir das kleine Stück Land, wo ich lebe, durch meine Arbeit im Lauf der Jahre auferlegt hat, entziehe ich Ihnen hiermit Ihre Lehrbefugnis!“ (Heindl 1997, 61)

Wäre es nicht an der Zeit, dass Bäuerinnen und Bauern den Vertretern der herrschenden Agrarpolitik die Entscheidungsbefugnis entziehen? Warum geben sie ihre Interessen an jene ab, die gegen ihre Interessen arbeiten? Franz Rohrmoser<sup>10</sup> befasst sich seit vielen Jahren mit diesen Konflikten in der Landwirtschaft. Er fragt sich, wie es möglich ist, dass Bauern und Bäuerinnen eine Standesvertretung wählen, die ihren Untergang beschlossen hat. Warum treten Bauern und Bäuerinnen nicht entschieden gegen diese Untergangsbestimmung auf? Warum reicht die Betroffenheit nicht aus, sie zu motivieren und zu aktivieren? Inwieweit tragen gesellschaftliche Traumatisierungen der Jahrhunderte langen Unterdrückung zum heutigen Ohnmachtsgefühl bei? Oder ist der Agrarkoloss in der Zwischenzeit zu mächtig geworden?

Dass die Agrarindustrie in der landwirtschaftlichen Interessenvertretung verankert ist, darüber wird der Mantel des Schweigens gehüllt ([www.bauernkonflikte.at](http://www.bauernkonflikte.at)). Helge Stiegler (1989, 13) bezeichnet die Verflechtung von Bauernbund, Raiffeisen und Genossenschaften als Großen Bruder in Anlehnung an

9. Mühlviertler ÖBV- und Biobäuerin, 1941 - 2002

10. [www.bauernkonflikte.at](http://www.bauernkonflikte.at) Mitbegründer der österreichischen Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung (ÖBV)

George Orwells „1984“. „In der Selbstdarstellung des ‚Großen Bruders‘ hat die Molkerei mit der Bank, das Lagerhaus mit der Zuckerfabrik, die Landwirtschaftskammer mit dem Bauernbund überhaupt nichts zutun.“ Wer das Gegenteil behauptet, wird als „Bauernspalter“ bezeichnet.

## 12.7 Bauernspaltung und Konfliktvermeidung

Für Franz Rohrmoser<sup>11</sup> ist die Behauptung der Bauernspaltung ein zentrales Thema in den „Bauernkonflikten“. Das Ansprechen eines Konfliktes, wie zum Beispiel die ungerechte Verteilung der Förderungen, bedeutet einen Angriff auf den Bauernstand respektive auf die Interessenvertretung. Konflikte werden als schädlich erachtet. Wer Konflikte anspricht gilt als „Bauernspalter“. Es ist wichtig zu verstehen, dass dies ein Killerargument ist. Damit wird die inhaltliche Diskussion abgeblockt, um nicht zu sagen „abgewürgt“. Wer unangenehme Wahrheiten anspricht, wird angegriffen, denunziert, vor den anderen bloßgestellt oder „niedergemacht“.

Meine Mutter ist Mitglied der Winzergenossenschaft in meiner Heimatgemeinde. Die Preise für die Trauben, die sie dort abliefern, sind sehr niedrig. Auf der anderen Seite kann sich die Genossenschaft immer wieder sehr teure Investitionen wie überdimensionierte Zubauten leisten. Bei einer Vollversammlung hat ein Mitglied seinen Unmut darüber geäußert und bessere Preise für die Trauben und eine Senkung der Strafe bei Überlieferung verlangt. Der Obmann reagierte mit einem zynischen Frontalangriff und beschimpfte das „aufmüpfige“ Mitglied ausfallend vor den anderen. Obwohl nach dem Eindruck meiner Mutter viele die Ansicht und die Forderung des couragierten Mitgliedes teilten, wagte niemand ein Wort zu sagen. Der mutige, von den Betroffenen im Stich gelassene Mann verließ den Raum „wie ein geschlagener Hund.“

Die junge Hofübernehmerin Christine Pichler-Brix (1998, 18) berichtet über ein positives Erlebnis zur Zivilcourage. Sie war bei einer Molkereiversammlung mit „etwa 600 Bäuerinnen und Bauern. Sie lassen den Geschäftsbericht und die darauf folgende Selbstbeweihräucherung der Molkereileitung über sich ergehen, als würde sie das Ganze nicht betreffen. Es gibt kaum Anfragen, Kritik schon gar nicht. Was vom Veranstalter auch offensichtlich nicht gewünscht wird. Denn es gibt keine Mikrofone für das Publikum. (...) Ich sitze mittendrin und koche fast vor Wut. Warum lassen wir uns so mundtot machen in unserer eigenen Genossenschaft? Eigentlich sind wir die Chefs und der Molkereidirektor unser Angestellter. Jede/r der hier anwesenden hätte etwas zu sagen, es spürt aber wohl jede/r, wie unerwünscht das ist. Wir sollen drei Stunden brav zuhören, zum Rechnungsabschluss die Hand zustimmend heben und beim Hinausgehen dürfen wir uns über ein Käse und Diätjogurtgeschenkspackerl freuen und ein weiteres Jahr schön fleißig Milch produzieren.“ Sie entschließt sich, etwas dagegen zu sagen. Kein anderes Mitglied unterstützt sie. Erstaunlich war für die Jungbäuerin „wie ein paar kritische Worte die Verantwortlichen am Podium aus der Fassung bringen können.“

Nicht wer Konflikte anspricht, spaltet die Bauern, sondern diejenigen, die Konflikte unter Verschluss halten ([www.bauernkonflikte.at](http://www.bauernkonflikte.at)).

11. <http://www.bauernkonflikte.at>

## 12.8 Eine neue Verantwortlichkeit

Ein Aufschrei geht durch die Runde, als José Bové<sup>12</sup> bei seinem Besuch in Österreich im April 2005 fordert, Agrarverantwortliche vor ein Gericht zu stellen, damit sie zur Verantwortung gezogen für ihre Entscheidungen, deren Konsequenzen in der Öffentlichkeit verdrängt werden. Bové spricht über die steigende Selbstmordrate unter Bauern in Südostasien, Indien<sup>13</sup> und mittlerweile auch in Europa. „Die indischen Bauern, die in den vergangenen zehn Jahren in Armut und Verschuldung getrieben wurden, damit - mit Hilfe der ökonomischen Globalisierung - ein Markt für teures Saatgut und für die Agrarchemie geschaffen werden konnte, begehen nun zu Tausenden Selbstmord.“ (Shiva 2003, 87; [http://www.aurora-magazin.at/gesellschaft/shiva\\_armut.htm](http://www.aurora-magazin.at/gesellschaft/shiva_armut.htm)).

Die Tragik dieser Politik, wie sie im Zeitalter der Demokratien gehandhabt wird, liegt in der mangelnden Verantwortung und einer nicht vorhandenen Überschaubarkeit des Systems. Objektive statistische Daten der Wissenschaft wie auch ein entschlossener Wille zur Macht bilden die Grundlage für politische Entscheidungen. Beides beinhaltet weder Verantwortungsgefühl noch Betroffenheit. Subjektivität und Menschlichkeit sind weder in der Wissenschaft noch in der Politik gefragt. Dadurch wird es möglich, die Auswirkungen der eigenen Handlungen ohne Gefühl, d.h. skrupellos zu verdrängen.

Hermann Knoflacher (2005) spricht von Verantwortungsethik, an der es mangelt. Ihr gegenüber steht die bisherige Auffassung von Meinungsethik. Unter Meinungsethik kann niemand zur Verantwortung gezogen werden, da es gut gemeint war.

Politische und wirtschaftliche EntscheidungsträgerInnen meinen es meist gut und tragen so lange Verantwortung, bis sie zurücktreten (müssen). Den springenden Punkt sehe ich in der Entkoppelung. PolitikerInnen kennen die Menschen nicht, für die sie politische Entscheidungen treffen und denen sie verantwortlich sind. Während der Begegnungsreise nach Ecuador (Mlinar et al. 2000, 7) erfahren wir von David Cortez, einem Philosophen und Aktivisten einer Basisbewegung, dass die Indigenas für ihre Anliegen einen Vertreter nach Quito zu Verhandlungen mit der Regierung schicken. Dieser Vertreter hat vor der Gruppe einen Bericht und Rechenschaft abzulegen, über die Inhalte und Ziele, die er verhandelt hat. Sind die Indigenas mit dem Ergebnis nicht zufrieden, schicken sie ihn wieder zurück und beauftragen ihn, neu zu verhandeln.

In der Wirtschaft zeigt sich die Entkoppelung von Verantwortung durch die Erfindung der juristischen Person. Herrmann Knoflacher (2005): „Der Konzern ist ein Kunstmensch, durch einen Rechtsakt entstanden, die endlich erreichte Unsterblichkeit. Würde ein Mensch das tun, was ein Konzern tut, würde man diesen Menschen einsperren.“ In das gleiche Horn stößt Karl Otrók, Produktionsleiter von Pioneer Rumänien (We feed the world 2005): „You know we fucked up the west a few times, and now we are coming to Rumania, we will fuck all the agriculture here. – Aber wie gesagt, ein Konzern ist eben ein Konzern. Ein Konzern hat kein Herz.“

12. José Bové ist ein französischer Bauer und aktives Mitglied von Via Campesina, eine weltweite Bauern-, Bäuerinnen- und Landlosenbewegung gegen die neoliberale Globalisierung.

13. Siehe Loibl (2005, 19)

Würde man einen Konzernmitarbeiter mit den Folgen der Aktivitäten seines Unternehmens konfrontieren, würde dieser sagen: „Ich bin nur ein Manager und ein liebevoller Familienvater.“ Angenommen, dieser Mann organisiert den Handel von Soja aus Brasilien in ein Land Europas. Durch den großflächigen Anbau von Soja für den Export fehlt einem Viertel der brasilianischen Bevölkerung der Boden für die Eigenversorgung. Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen seinem Tun und dem Verhungern tausender Kinder in diesem Land. „Die Weltlandwirtschaft könnte ohne Probleme 12 Milliarden Menschen ernähren. Das heißt: Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet!“ (Jean Ziegler in: *We feed the world* 2005). Eine Einsicht, die schmerzt. Einsicht ist der erste Weg zur Besserung.

## 12.9 Ein gewagter Blick in die Zukunft

Die Fragestellung zu diesem Beitrag war, Zukunftsvisionen aus den vergangenen Entwicklungen zu spinnen. Angesichts des fortschreitenden Bauernsterbens sieht die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft nicht rosig aus. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts hat Kautsky mit seiner Untergangstheorie des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes das endgültige Verschwinden vorausgesagt (Krammer 1976, 54). In der deutschen Sozialdemokratie wurde die Agrarfrage zwischen Kautsky, Engels und Bebel auf der einen Seite, die eine Vergesellschaftung des Bodens anstrebten, und den Bayern Vollmer und David auf der anderen Seite heftig diskutiert. Die beiden Bayern und die Proudhonisten vertraten die Ansicht, dass die künftige Gesellschaft aus Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bestehen soll, die BesitzerInnen ihrer Produktionsmittel sind und nicht entfremdet, nicht ausgebeutet werden und nicht ausbeuten. Die Auseinandersetzungen waren derart heftig, dass die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie bis nach dem 1. Weltkrieg nicht mehr behandelt wurde (Krammer 1976, 53).

In den 1920er Jahren vertrat in der so genannten „*Lenin-Tschajanow-Debatte*“ Lenin den Standpunkt, dass die Landbevölkerung durch das Vordringen der kapitalistischen Produktionsweise in zwei Klassen gespalten wird, nämlich in GroßgrundbesitzerInnen und landlose ArbeiterInnen (Mövius 1990 zit. nach Vogel und Wiesinger 2003, 57). Angesichts des Zieles des Agrarstrukturwandels, das eineN AgrarmanagerIn pro Dorf vorsieht, ist die Bildung eines neuen Dorfproletariats tatsächlich in Aussicht gestellt. Das bedeutet darüber hinaus, dass die bäuerliche Familienwirtschaft keine Zukunft mehr hat oder nur noch peripher und vereinzelt vorkommen wird. Dem stand die Position Tschajanows gegenüber, der die Überlebensfähigkeit des Familienbetriebes in dessen Bereitschaft zur „Selbstaussbeutung“ der Arbeit sah (Vogel und Wiesinger 2003, 57).

Bäuerliches Wirtschaften wird jedoch nicht nur aufgrund von Selbstaussbeutung weiterhin bestehen bleiben. Es gibt ideelle Gründe, die einen wesentlichen Beitrag zum Fortbestand dieser Wirtschaftsweise liefern werden. Ideelle Gründe wie die Widerständigkeit, Pfiffigkeit und Kreativität, neue Einkommensquellen zu erschließen. Allerdings wird bäuerliche Landwirtschaft auf kleinen, in alle Winde verstreuten, exotisch anmutenden Inseln betrieben werden. So wie ich das in der Champagne in Frankreich auf dem Hof von Alain Basson kennen gelernt habe. Rundherum Agrarwüste, intensiv bewirtschaftet, ständige Ausbringung von Pestiziden und Herbiziden, Traktoren so groß wie Caterpillar. Als würden sie nicht Land bewirtschaften, sondern Land verwüsten für den Straßenbau. Mitten drin ein für französische Verhältnisse kleiner Bio-Hof mit 47 Hektar Grünland und Getreidebau, 17 Milchkühe.

Der Menschenschlag, der eine Lebens- und Wirtschaftsweise bäuerlicher Prägung aufrechterhalten wird, wird ein Künstler/eine Künstlerin sein. KünstlerInnen und andere kreative und couragierte Köpfe, die sich gegen den Mainstream zur Wehr setzen. Es wird neue Formen gemeinschaftlichen Zusammenlebens auf Biobauernhöfen geben, die in bestimmten Sprengeln regionale Kreislaufwirtschaft wieder in Schwung setzen werden (vgl. Bolyos 2005, 11).

In diesem Prozess sind Konflikte bereits vorprogrammiert. Darüber hinaus haben die ProtagonistInnen der bäuerlichen Landwirtschaft überlieferte Konflikte innerhalb der Bauernschaft aufzuarbeiten. Ohne Konfliktbewältigung und ohne Kreativität wird diese Form der Landwirtschaft nicht überleben können. Gesellschaftliche Konflikte auszutragen und auszuhalten, ist an sich ein sehr kreativer Akt. Meist wird er von Menschen geleistet, die sich nicht an gesellschaftliche Gepflogenheiten halten und ihre eigenen Wege gehen. Unabhängig, auf sich selbst gestellt, durchschauen sie den Machtmissbrauch elitärer Gruppen, sie können eigenständig denken und Zusammenhänge erkennen. Für sie ist bäuerliche Landwirtschaft ein wichtiges Standbein für ein selbst bestimmtes Leben.

Global gesehen führt die Wahnidee, unabhängig vom Boden künstlich Nahrung und unabhängig von der Frau künstlich Leben zu produzieren, über kurz oder lang in die Katastrophe. Wie die kanadische Schriftstellerin Margaret Atwood (1987) in ihrem Buch „Der Report der Magd“ die Zukunft dunkelgrau malt mit den Bildern einer verwüsteten Erde, klerikaler Diktatur, Unterdrückung der Frauen und überwiegend unfruchtbaren Lebewesen.

Die Zeit wird erst nach 2020 kommen, wenn die Folgen der agrarindustriellen Produktion und der Gentechnik auf die Fruchtbarkeit der Erde, der Pflanzen, der Tiere wie der Menschen, nicht länger Schwarzmalerei pessimistischer RebellInnen, sondern allgemein anerkannte Tatsache sind. Dann wird es an den stillgelegten Flächen und an den kleinen Inseln liegen, die Bevölkerung zu ernähren. Die Preise für Lebensmittel werden dann ähnlich hoch sein wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Jahresverbrauch an Erdäpfel kostet dann vielleicht soviel wie heutzutage Schmuck oder ein Möbelstück oder zwei Wochen Billigurlaub in der Karibik.

„Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fisch gefangen und der letzte Fluss vergiftet ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.“ (Prophezeiung des kanadischen Stammes der Cree)

Die Ziele des Kapitalismus erinnern an die Geschichte von König Midas in der griechischen Mythologie. Dionysos erfüllte ihm den Wunsch, dass alles, was er berührt, in Gold verwandelt wird. Der arme König konnte weder Hunger noch Durst stillen, da alles, was er seinem Leib zuführte, zu unverdaulichem Gold wurde. Dionysos, der Gott der Vegetation, erst später des Weinbaus und der Ekstase, hat sich seiner erbarmt. Er gestattet ihm, sich durch ein Bad im Fluss Paktolos von seiner unheilvollen Fähigkeit zu befreien. Hoffen wir, dass uns diese Gnade ebenfalls zuteil wird.

## 12.10 Literatur

Atwood, Margaret (1987): Der Report der Magd. Düsseldorf: Claassen Verlag.

Bennholdt-Thomsen, Veronika, Mies, Maria (1997): Eine Kuh für Hillary – Die Subsistenzperspektive. München: Frauenoffensive.

- Bennholdt-Thomsen, Veronika (1997): Die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der Subsistenz. Papier zum Vortrag an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen am 4. November 1997. Wien.
- Baier, Andrea, Bennholdt-Thomsen, Veronika, Holzer, Brigitte (2005): Ohne Menschen keine Wirtschaft – Oder wie gesellschaftlicher Reichtum entsteht. München: ökom verlag
- Bolyos, Lisa (2005): Autonomie meets Countryside. In: Wege für eine Bäuerliche Zukunft, Zeitschrift der Österreichischen Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung., Nr. 288. Wien. 11.
- Groier, Michael (2004): Wachsen und Weichen – Rahmenbedingungen, Motivationen und Konsequenzen von Betriebsaufgaben in der österreichischen Landwirtschaft. Forschungsbericht Nr. 51 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Heindl, Bernhard (1997): Einwärts Auswärts. Vom Hegen der Erde. Innsbruck: Edition Löwenzahn.
- Knoflacher, Hermann (2005): Warum Religionen auch bei diesem Projekt („Kapitalismus gezähmt?“) so wichtig sind. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung des Club of Vienna „Weltreligionen und Kapitalismus“ am 20. Oktober 2005 in Wien.
- Krammer, Josef (1976): Die Geschichte der Bauern - Analyse einer Ausbeutung I. In-Sachen Heft 1-2/76. Wien: Eigenverlag der Arbeitsgemeinschaft für sozialwissenschaftliche Publizistik.
- Loibl Elisabeth (1997): Der Weg entsteht im Gehen – Bäuerliche Initiativen im Ländlichen Raum. Forschungsbericht Nr. 39 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen Wien. Vergriffen.  
<http://www.bergbauern.net/>
- Loibl, Elisabeth (2003): Das Brot der Zuversicht – über die Zusammenhänge von Esskultur und bäuerlicher Landwirtschaft. Wien: Herausgegeben von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen.
- Loibl, Elisabeth (2005): Damit alle satt werden. In: Wege für eine Bäuerliche Zukunft, Zeitschrift der Österreichischen Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung., Nr. 286. Wien. 18-19.
- Mlinar, Monika, Gattringer, Christine, Ornauer, Brigitte, Loibl, Elisabeth, Haindl, Elfie, Eigelsreiter-Jashari, Gertrude (Hrsg.) (2001): Auf zu neuen Horizonten – Bäuerinnenbegegnungsreise nach Ecuador im Herbst 2000. Wien: Eigenverlag
- Pichler-Brix Christine (1998): Mut zur Blamage. In: Wege für eine Bäuerliche Zukunft, Zeitschrift der Österreichischen Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung, Nr. 230/231. Wien. 18-19.
- Salzburger Nachrichten (2005): Goldregen für Große, 17.12.2005.
- Schmölzer, Hilde (2005): Die abgeschaffte Mutter. Der männliche Gebärneid und seine Folgen. Promedia Verlag Wien.
- Shiva, Vandana (2003): Globalisierung und Armut. In: Werlhof, Claudia von, Bennholdt-Thomsen, Veronika, Faraclas, Nicholas (Hrsg.): Subsistenz und Widerstand. Wien: Promedia Verlag. 87-96.
- Stiegler, Helge (1989): Unser Großer Milch-Bruder. In: Die Bergbauern Nr. 127. Wien. 13.

Vogel, Stefan, Wiesinger, Georg (2003): Zum Begriff des bäuerlichen Familienbetriebes im soziologischen Diskurs. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie (ÖZS), Heft 1/2003. Wien. 55-76.

Werlhof, Claudia von (1985): Wenn die Bauern wiederkommen – Frauen, Arbeit und Agrobusiness in Venezuela. Bremen: Edition CON.

Werlhof, Claudia von (1991): Männliche Natur und Künstliches Geschlecht – Texte zur Erkenntnis-krise der Moderne. Reihe Frauenforschung Band 15. Wien: Wiener Frauenverlag

<http://www.bauernkonflikte.at>

[http://www.aurora-magazin.at/gesellschaft/shiva\\_armut.htm](http://www.aurora-magazin.at/gesellschaft/shiva_armut.htm)

<http://www.wienerzeitung.at>

[http://www.aurora-magazin.at/gesellschaft/shiva\\_armut.htm](http://www.aurora-magazin.at/gesellschaft/shiva_armut.htm)

<http://www.wienerzeitung.at/Desktopdefault.aspx?TabID=3946&Alias=wzo&lexikon=Auto&letter=A&cob=3918> Artikel aus dem EXTRA Lexikon der Wiener Zeitung am 8. Oktober 2004

„We feed the world“ ein Film von Erwin Wagenhofer Österreich 2005

## 12.11 Zusammenfassung

### Die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft – Betrachtungen einer Hofnärin

Was haben der Feudalismus und die brutale Niederschlagung der Bauernkriege mit der aktuellen Agrarpolitik zu tun? Was Vorurteile und gesellschaftliche Geringschätzung bäuerlicher Lebensweisen mit dem Bauernsterben? Kann im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung bäuerliche Landwirtschaft überleben oder hat sie sich bereits überlebt?

Historische Verhältnisse werden der aktuellen Haltung der offiziellen Bauernvertretung gegenübergestellt, die Konfliktvermeidung im Agrarsektor kritisch hinterfragt. Es werden Beispiele konstruktiver Konfliktlösung und Zivilcourage aufgezeigt. Im Resümee wird die Frage nach der politischen Verantwortung gestellt, die angesichts des Bauernsterbens und der steigenden Selbstmordrate unter den Bauern und Bäuerinnen übernommen werden muss.

So lange die agrarpolitischen Rahmenbedingungen der bäuerlichen Landwirtschaft unter dem Dogma *Wachsen oder Weichen* nur wenig Spielraum lassen, wird dieser keine rosige Zukunft bevorstehen. Doch sie wird auf kleinen Inseln inmitten der Agrarwüste weiterhin bestehen.

## 12.12 Summary

### The future of peasant agriculture – The view of a female court jester

Does there exist a relationship between feudalism as well as the brutal defeat of farmers' uprising in the 16<sup>th</sup> and 17<sup>th</sup> century with the actual agricultural policy? Do prejudices and social contempt of the

peasant way of life influence farmers' decrease? Is it possible that peasant farming will survive in the age of neo-liberalism and globalisation? Farmers' association is still avoiding conflicts among bigger and smaller, organic and non-organic farmers.

Examples of constructive solutions of these kinds of conflicts and of civil courage are pointed out. Faced with the farmers' decrease and the increasing rate of committing suicide among farmers the issue of politicians' responsibility is inquired.

As long as the framework of agricultural policy is signed by the doctrine of growing or abandonment, peasant agriculture does have only little hope for the future. Nevertheless, it still will exist on little islands within the agricultural desert.

### **DI<sup>in</sup> Elisabeth Loibl**

geb. 1963 in Oberpullendorf, aufgewachsen auf einem kleinbäuerlichen Hof im Burgenland, Studium der Landwirtschaft, seit 1993 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Mai 2003 bis November 2004 karenziert und freiwillige Helferin auf Biohöfen in Südtirol, im Mühlviertel und in Frankreich. Vertreterin der Subsistenzperspektive, beleuchtet in ihrer Forschung die Bedeutung der Versorgungsarbeit. Studien im Bereich bäuerliche Landwirtschaft im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Esskultur (Das Brot der Zuversicht 2003), die Rolle der Bäuerin in der Subsistenz (Auf zu neuen Horizonten – Bäuerinnenbegegnungsreise in Ecuador im Herbst 2000), Einkommensalternativen (Der Weg entsteht im Gehen 1997). Zusammenarbeit mit der ÖBV Via Campesina Österreich.

## 13. Gedanken zu Zeit und Wissenschaft

Josef Kramer

### 13.1 Was ist die Zeit?

Sich mit der Zeit, damit auch mit der Frage des Anfangs und des Ende des Seins zu beschäftigen war bis ins 19. Jahrhundert ein zentraler Aufgabenbereich der Philosophie. Die Frage nach dem „Warum“ der Existenz und damit nach der Zeit ist eine philosophische Grundfrage. Was ist die Zeit? Diese Frage stellten sich alle großen Philosophen. Schon Aristoteles hat sich 340 v. Chr. ausführlich mit der Zeit beschäftigt. Für Aristoteles und die alten Griechen war die Erde eine Kugel, um die sich die Sonne und die Planeten in kreisförmigen Umlaufbahnen bewegen. Nach Auffassung von Aristoteles und den alten Griechen bildete die Erde den Mittelpunkt des Universums. Die Zeit hat Aristoteles mit der Bewegung in Verbindung gebracht, er fasste Zeit als Wandlung der Dinge auf, aber die Wandlung selbst ist nicht die Zeit: „dass die Zeit weder Bewegung ist, noch ohne Bewegung ... wir messen aber nicht nur Bewegung durch die Zeit, sondern auch Zeit durch die Bewegung“ (vgl. Aichelburg, 2005). Für Aristoteles wurde die Zeit durch die Bewegung der Himmelskörper bestimmt. Augustinus hat im 4. Jahrhundert Aristoteles kritisiert und mit der einfachen Überlegung zu widerlegen versucht: *„wenn die Himmelslichter still stünden, aber eine Töpferscheibe bewegt sich noch, gäbe es dann keine Zeit mehr, um ihre Drehung zu messen?“* Von Augustinus stammt auch die viel zitierte Antwort auf die Frage „Was ist die Zeit?“ *„Wenn mich niemand danach fragt, weiß ich's; will ich's aber einem Fragenden erklären, weiß ich es nicht.“* Bei Augustinus klingt schon ein „absoluter“ von der Bewegung unabhängiger Zeitbegriff an, welchen dann viel später Newton eingeführt hat. Nach Newton existiert (fließt) die absolute und mathematische Zeit ohne irgendwelchen Bezug auf einen äußeren Gegenstand. Neben der „absoluten Zeit“ führte Newton auch den Begriff des „absoluten Raumes“ ein.

Obwohl Newtons Zeitbegriff nicht unumstritten war, blieb er mehr als 200 Jahre, bis Anfang des 20. Jahrhunderts das Fundament der physikalischen Naturbeschreibung. Nach Newtons absoluter Zeit kann das Zeitintervall zwischen zwei Ereignissen eindeutig bestimmt werden und die Zeit bleibt immer die selbe unabhängig wo sich der Beobachter befindet und ob er sich bewegt. Nach dieser Auffassung ist die Zeit getrennt und unabhängig vom Raum. Einstein hat am Beginn des 20. Jahrhunderts mit seiner Speziellen Relativitätstheorie die Vorstellung, dass es eine „absolute Zeit“ und einen „absoluten Raum“ gäbe, eindeutig widerlegt – nach der Relativitätstheorie ist die Zeit nicht loslösbar und unabhängig vom Raum – Einstein hat den Begriff der „Raumzeit“ eingeführt. Nach der Allgemeinen Relativitätstheorie wird diese Raumzeit noch durch die Gravitation d.h. durch die vorhandenen Massen im Universum beeinflusst. Weiters ergab sich aus der Relativitätstheorie, dass das Universum nicht statisch sein kann. In der Weiterentwicklung kam die Physik zum Ergebnis, dass die Ausdehnung unseres Universums mit einem Urknall vor 13 Milliarden Jahren begann und dass es wahrscheinlich mit einem Endknall enden wird. Heute wissen wir, dass laufend neue Galaxien entstehen (unsere ist vor ca. 5 Milliarden Jahren entstanden) und alte laufend rekollabieren.

Hat nun das Universum tatsächlich einen Anfang und ein Ende? Nach Stephen Hawking besteht die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit, dass die Raumzeit endlich sei, aber keine Grenzen hat,

was bedeuten würde, dass es keinen Anfang gibt. „Raum und Zeit wirken nicht nur auf alles ein, was im Universum geschieht, sondern werden auch davon beeinflusst. So wie man ohne die Begriffe von Raum und Zeit nicht über Ereignisse im Universum sprechen kann, so ist es in der Allgemeinen Relativitätstheorie sinnlos, über Raum und Zeit zu sprechen, die außerhalb der Grenzen des Universums liegen.“ (Hawking, 2005, 51). Ein Begriff von Zeit vor Beginn des Universums ist daher sinnlos – es ist aber genauso sinnlos zu fragen, was ist nach dem Ende des Universums? Wenn es keinen Raum gibt, gibt es keine Zeit und wenn es keine Zeit gibt, gibt es keinen Raum. Der Raum, das Universum entsteht „durch Bewegung, wenn diese Bewegung erstarrt“, hört der Raum zu existieren auf, es gibt keine Bewegung mehr, keine Lichtwelle, keine Bewegung eines Elementarteilchens – wenn es keine Bewegung gibt, gibt es auch keine Zeit. Die Ewigkeit ist nicht Stillstand der Zeit sondern Zeitlosigkeit, es existiert keine Zeit.

„Wir wissen heute, dass unsere Galaxis nur eine von einigen hundert Milliarden ist, die man mit Hilfe moderner Teleskope erkennen kann, und jede dieser Galaxien umfasst einige hundert Milliarden Sterne“ (Hawking, 1988, 54). Seit Hawking dies geschrieben hat, sind mehr als 18 Jahre vergangen – in der Zwischenzeit wurden laufend neue Galaxien entdeckt und die Annahme scheint sich zu bewahrheiten, dass es andere Universen gibt – es ist nicht unmöglich, dass es unendlich viele Galaxien gibt, die laufend entstehen und rekollabieren, vielleicht gibt es auch unendlich viele Universen, was aber unsere derzeitige Vorstellungskraft übersteigt.

Wenn wir einmal alles erklären können, ob und wie das Universum entstanden ist, wie es sich entwickelt, ob und wie es enden wird, dann bleibt immer noch die Frage offen, nach dem Warum, warum gibt es uns und das Universum?

Auch wenn es in nächster Zeit gelingt, was sehr wahrscheinlich ist, eine allgemein gültige Theorie (Gesetzmäßigkeit) zu finden, wie das gesamte Universum funktioniert, von den Elementarteilchen (Quantenmechanik) bis zu den Universen (Allgemeine Relativitätstheorie) bleibt immer noch die Frage offen, nach dem „Warum“ – Wir wissen dann „wie“ es funktioniert, aber nicht „warum“ es uns und die Universen überhaupt gibt. Diese grundlegende Frage nach dem Sinn der Existenz ist eine zutiefst menschliche Frage, der Mensch ist zum Sinn, zur Suche nach dem Sinn verurteilt. Die moderne Physik gehört derzeit wohl zu den spannendsten Wissenschaften und liefert wahrlich revolutionäre Erkenntnisse wie alles funktioniert. Die großen Physiker unserer Zeit beschäftigen sich auch mit dem „Warum“ obwohl sie wissen, dass diese Frage von der Physik nicht gelöst werden kann. Die Frage nach dem „Warum“ und dem „Sinn“ ist eine Frage des Bewusstseins – des „bewussten Seins“ – daher möchte ich mich im Folgenden mit „Zeit und Bewusstsein“ beschäftigen.

## 13.2 Zeit und Bewusstsein

Nach der materialistischen westlichen Wissenschaft sind Leben, Bewusstsein und Intelligenz zufällig im Kosmischen Evolutionsprozess entstanden. Die drei Aspekte des Seins sind nach Jahrmilliarden dauernder Evolution der Materie in einem ganz, ganz kleinen Teil des großen Kosmos aufgetreten. Die Entstehung des Lebens wird mit einem chemischen Zufallsprozess erklärt. Nach der „mechanistischen“ Wissenschaft ist das Bewusstsein in einem sehr späten Stadium der Evolution aufgrund der Komplexität der psychologischen Prozesse im Zentralnervensystem entstanden. Damit ist Bewusstsein nur ein Produkt

des Gehirns, welches nicht unabhängig von einem biologischen System existieren kann (vgl. Grof 2003). Die Wahrnehmung wird auf Sinneswahrnehmung reduziert und außergewöhnliche Wahrnehmungen und Bewusstseinszustände als Krankheit diagnostiziert. Transpersonale Erfahrungen gibt es nach diesem Wissenschaftsverständnis nicht. Stanislaw Grof kritisiert dieses mechanistische Verständnis vom Menschen und der Entwicklungsgeschichte des Bewusstseins. Er hat sich seit mehr als 40 Jahren mit außergewöhnlichen Bewusstseinszuständen und Sinneswahrnehmungen beschäftigt. Er verbindet in seinen Arbeiten Erkenntnisse der modernen Physik mit der Psychologie und der Religion – Wissenschaftsbereiche die sehr, fast paranoid, auf gegenseitige Abgrenzung bedacht sind.

Es sind spannende Fragen:

- ◆ Gibt es Bewusstsein außerhalb des menschlichen Gehirns?
- ◆ Besitzt wirklich nur der Mensch Bewusstsein?
- ◆ „Im Menschen wird sich die Natur ihrer selbst bewusst“ – ist diese Aussage nicht zu eng?
- ◆ Strebt nicht die gesamte Evolution zu immer größerem, umfassenderem „bewussten Sein“?
- ◆ Gibt es ein absolutes, universelles Bewusstsein?
- ◆ Welchen Zugang besitzt der Mensch zu diesem universellen Bewusstsein?

### 13.3 Wahrnehmung der Zeit

Was ist Zeit? Wie nehmen wir Zeit wahr? Wir können davon ausgehen, dass Wahrnehmen und Erfahren nur in einer polaren Welt möglich ist. Wie können wir Liebe erfahren ohne die Angst, wie können wir Gutes erfahren ohne das Böse? Wie können wir Zeit erfahren ohne Vergangenheit und Zukunft?

Zeit kann nur in der Gegenwart, im Augenblick erfahren werden. Und dieser Augenblick hat keine Zeit. Wir können Vergangenheit und auch Zukunft nicht wahrnehmen. Die Wahrnehmung bezieht sich immer auf die Gegenwart. Alles was wir hören, riechen, schmecken, sehen, fühlen findet im „Jetzt“, in der Gegenwart, im kürzesten, aber niemals endenden Augenblick statt. Die gegenwärtige Erinnerung sagt uns, dass es eine Vergangenheit gab. Ken Wilber schreibt:

*„Ich kenne also überhaupt nie die wirkliche Vergangenheit, ich kenne nur Erinnerungen an die Vergangenheit, und diese Erinnerungen existieren nur als gegenwärtiges Erleben. ... Desgleichen kenne ich niemals die Zukunft, ich kenne nur Vorgefühle oder Erwartungen – die trotzdem selber Teil des gegenwärtigen Erlebens sind. Die Erwartung ist, wie das Sich-Erinnern, eine gegenwärtige Tatsache. Wenn man die Vergangenheit als Erinnerung und die Zukunft als Erwartung, beide als gegenwärtige Tatsachen erkennt, sieht man auch, dass alle Zeit nur Jetzt existiert“ (Wilber 1991, 93).*

Wir begreifen Zeit als eine Bewegung von der Vergangenheit über unsere kurze (flüchtige) Gegenwart zur Zukunft. Wenn aber Vergangenheit und Zukunft nur in der Gegenwart als Erinnerung (Vergangenheit) bzw. als Erwartung (Zukunft) erlebt werden kann, hat die Gegenwart keine Grenzen nach hinten wie nach vorne. Es gibt keinen Anfang und kein Ende, es gibt dann nur den ewigen Augenblick, in der Zeit eine Illusion, ein Phantom ist. Die Mystiker aller Religionen kennen diesen seinserfahrenden Augenblick – nicht nur die Mystiker, jeder kennt diesen „seinserfahrenden“ Augenblick, der auch erfahrungsmäßig jenseits der Zeit zu liegen scheint, indem Vergangenheit und Zukunft keine Rolle spielen.

### 13.4 Wissenschaft und Zukunft

Der größte Teil der Wissenschaft hat das Ziel die Zukunft berechenbar, gestaltbar und beherrschbar zu machen. Prognosen sollen uns Sicherheit geben, sollen uns sagen, wie es sein wird, was mit hoher Wahrscheinlichkeit kommen wird – damit wir uns auf die Zukunft vorbereiten können, damit wir Maßnahmen setzen bzw. Strategien entwickeln, damit die Zukunft nicht so kommt, damit wir Unerwünschtes vermeiden, verhindern oder zumindest abschwächen können. Trägt die Wissenschaft wirklich immer zur Beherrschung, zur Gestaltung der Zukunft bei? Hat die Wissenschaft nicht oft dieselbe Funktion wie das Orakel in der griechischen Mythologie? Erst durch die Vorhersage künftiger Ereignisse werden diese Ereignisse durch die vom Menschen gesetzten Verhinderungsmaßnahmen erst möglich. Können wir nicht durch Verhinderungsstrategien und –maßnahmen die Katastrophe ermöglichen, die wir verhindern wollen? Am Beispiel der aktuellen Diskussion und der Verhinderungsstrategien der Vogelgrippe lässt sich zeigen, dass wir durch Gegenmaßnahmen die Katastrophe erst auslösen können. Wie könnte dies passieren? Auf mehrfache Weise! Erstens, um Impfstoffe gegen dieses tödliche Virus zu finden, benötigt die Forschung dieses Virus, das es noch nicht gibt. Was liegt näher, als dieses Virus im Labor zu „züchten“? Arbeitet die Forschung der Pharmaindustrie nicht längst an solchen „Züchtungen“? Was geschieht wenn diese „gezüchteten“ Viren den Labors entkommen? Durch einen Unfall oder durch ein um des Profites Willen „unterstütztes“ Entkommenlassen? Die Katastrophe könnte ein verheerendes Ausmaß vor allem dann annehmen, wenn das Virus vorher entweicht, bevor der Impfstoff gefunden wurde? Ansonsten haben wir es nur mit einer durch die Forschung ausgelösten, aber „Dank“ dieser Forschung auch beherrschbaren Epidemie zu tun. Zweitens könnte bei der Züchtung solcher tödlicher Viren auch eine Gefahr nach der „Theorie der morphogenetischen Felder“ von Rupert Sheldrake entstehen. Nach der, zum Teil auch umstrittenen Theorie der „Morphischen Felder“ von Rupert Sheldrake<sup>1</sup> erfolgt die Formbildung bei Kristallen, Pflanzen, Tieren und beim Menschen über morphische Felder. Diese morphischen Felder sind der Erscheinung zugrunde liegende Ordnungs- und Informationssysteme welche die Entwicklung beeinflussen bzw. lenken. Grundlegende Veränderungen, Innovationen einmal durchgeführt, werden im morphischen Feld gespeichert und ermöglichen relativ leicht deren Wiederholung. Durch morphische Resonanz können sich neu erlernte Verhaltensmuster in einer Spezies rasch verbreiten, auch ohne direkten Kontakt bzw. Informationsaustausch. Damit würden sich viele bisher durch die Wissenschaft nicht erklärable Phänomene in der Evolution, im Verhalten und auch in der Psychologie erklären lassen. Zurück zur Vogelgrippe: nach der Theorie der morphogenetischen Felder könnten die von Menschen bewusst im Labor „gezüchteten“ Viren in der Natur leicht entstehen, einfach deswegen, weil es sie bereits gibt.

Drittens könnte sich, durch Bekämpfungsmaßnahmen, die Vogelgrippe erst zu einer Katastrophe für die Vogelwelt entwickeln. Die ungezielte Massenvernichtung von Vögeln setzt die Selbstregulierung der Natur außer Kraft. Indem alle Vögel, unabhängig davon, ob sie infiziert sind oder nicht, vernichtet werden, wird verhindert, dass sich eine, gegen die Vogelgrippe immune Vogelpopulation entwickeln kann. In diesem Fall haben wir es mit einer lang andauernden Tierseuche zu tun, deren Dauer, Intensität und deren Folgen für die Vogelwelt durch die Bekämpfungsmaßnahmen verursacht wurde.

1. Rupert Sheldrake: Das schöpferische Universum, München 1981; Das Gedächtnis der Natur, Frankfurt am Main 1990 und Der siebte Sinn des Menschen, Frankfurt am Main 2006

### 13.5 Am Ende der Neuzeit – was kommt danach?

Für die Neuzeit ist charakteristisch das Streben des Menschen nach:

- ◆ zunehmender Beherrschung der Natur
- ◆ zunehmender Überwindung aller Abhängigkeiten
- ◆ zunehmendem materiellen Wohlstand für alle
- ◆ zunehmender Vernutzung der Natur
- ◆ Überwindung der letzten Grenze d.h. Überwindung des Todes.

Der Motor der Entwicklung der Neuzeit ist der wissenschaftliche technische Fortschritt. Ein immer schnelleres Fortschreiten in die Zukunft. In der Zukunft liegt das Glück (vgl. Heintel 1995, 8). Das Ende der Neuzeit ist aber angebrochen. Der Glaube an die Machbarkeit geht zusehends verloren. Zukunftssicherung wird wieder modern, wir versuchen es mit der Vergangenheit, mit Speichern und Aufbewahren von Gedanken, mit schützen des Erreichten – Peter Heintel schreibt *„der PC, die Fortschrittstechnologie ist erstaunlich konservativ – der PC ist eine konservierende Maschine, die Vergangenes konserviert – wir wissen aber intuitiv: mit Vergangenheit, mit Wissen allein ist die Zukunft nicht bewältigbar“*. Wir benötigen strategisches Denken, strategische Fähigkeiten, die mit gänzlich Neuem, mit Unerwartetem, mit Unvorhersagbarem umgehen kann. Und gerade diese strategischen Fähigkeiten scheinen weltweit in gleichem Ausmaß abzunehmen, wie die Fülle des jederzeit, überall verfügbaren Wissens (vernetztes Internet) zunimmt.

Das Gefühl der Machbarkeit und der Apokalypse liegen eng beisammen – die apokalyptischen Reiter reiten immer schneller, d.h. die Beschleunigung nimmt bei der Machbarkeit der Zukunft und bei den herannahenden Katastrophen zu. Angesichts der ausweglos scheinenden Situation verstärken die einen die Geschwindigkeit, sie reagieren mit der Flucht nach vorne. Sie flüchten in Aktionismus, Hektik und Aktivität – es muss doch was „gemacht“ werden. Die Wissenschaft und Politik hat das Ziel aus den Augen verloren, dafür die Anstrengung und Geschwindigkeit erhöht (Heintel 1995, 9). Die anderen sehen in der herannahenden Katastrophe die Chance eines Bewusstseinsprunges in der Menschheit, die den Menschen ein Stück näher bringen wird zu seinem wahren göttlichen Wesen, d.h. dass es dann undenkbar sein wird, dass Menschen andere Menschen und die Natur um des Profites Willen ausbeuten. Dass der Mensch Verantwortung für sein Tun übernimmt. Vertreter des kommenden Bewusstseinsprunges durch eine weltweite Katastrophe (gänzlicher Zusammenbruch des ökonomischen Systems, Klimakollaps etc.) nehmen sehr bewusst die Vernichtung eines Großteils der Weltbevölkerung in Kauf – sie sehen sich als künftige „bewusste Elite“. Für mich liegt hier der Verdacht einer versteckten, aber ganz gefährlichen Ideologie von der „Auserwähltheit“ nahe. Die Elite, die Auserwählten, können die anderen diese „Unbewussten“ opfern bzw. diese Unbewussten sind selbst an ihrem Schicksal schuld. Wenn diese „bewussten“ Menschen die Macht ergreifen, dann scheint mir die Apokalypse tatsächlich nahe. Eines steht fest, das Ende der Neuzeit naht, aber die nächste Zeit ist noch nicht da und lässt sich auch nicht mit den heutigen Methoden der Wissenschaft vorhersagen – am Zeitbruch versagen alle Methoden, die sich aus Vergangem ableiten.

## 13.6 Literatur

- Aichelburg, Peter C. (2005): Einsteins Theorie gibt Aristoteles Recht. Eine physikalisch-philosophische Betrachtung der Zeit. In: Der Standard, 16. April 2005, S. A7.
- Grof, Stanislav (2003): Kosmos und Psyche. An den Grenzen menschlichen Bewusstseins. 4. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- Grof, Stanislav (1985): Geburt, Tod und Transzendenz. Neue Dimensionen in der Psychologie. München: Kösel Verlag
- Hawking, Stephen (2005): Eine kurze Geschichte der Zeit. 25. Auflage (1. Auflage 1988). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag
- Hawking, Stephen, Penrose, Roger (2000): Raum und Zeit. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag
- Heintel, Peter (1995): Geschichte und Beschleunigung, Klagenfurt. Manuskript.
- Heintel, Peter (1998): Raum, Zeit, Bewegung. Klagenfurt. Manuskript.
- Heintel, Peter (2005): Macht Geschwindigkeit glücklich? In: ZEITPresse. Forumblatt des Vereins zur Verzögerung der Zeit, Nr. Frühjahr 05. 4-10.
- Sheldrake, Rupert (2003): Das Gedächtnis der Natur. Das Geheimnis der Entstehung der Formen in der Natur. 11. Auflage. Bern, München, Wien. Scherz Verlag
- Sheldrake Rupert (1992): Das schöpferische Universum. 4. Auflage. München: Goldmann Verlag
- Sheldrake Rupert (2006): Der siebte Sinn des Menschen. Frankfurt am Main: Fischer Verlag
- Wilber, Ken (1991): Wege zum Selbst. München: Goldmann Verlag

### Dr. Josef Krammer

geb. 1945 in Osterwitz, Steiermark. Nach praktischer landwirtschaftlicher Tätigkeit und Fachausbildung Studium der Politikwissenschaft und der Soziologie in Wien. Post graduate Ausbildung und Assistent am Institut für Höhere Studien. Ab 1979 Aufbau und Leitung der BA für Bergbauernfragen. Arbeitsschwerpunkte: Agrar- und Regionalpolitik der EU, agrarische Organisationen und Pressure Groups, Organisations- und Verwaltungsreform, Agrargeschichte und Agrarsoziologie. Lektor an der Universität für Bodenkultur und an der Agrarpädagogischen Akademie in Wien.

## Publikationen der Bundesanstalt für Bergbauernfragen

### Forschungsberichte

FB 56	<b>Frauen und Politik am Land</b> (von Theresia Oedl-Wieser - 2006)	ISBN: 3-85311-080-0 € 21,00
FB 55	<b>Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext</b> Band 2: Zwischen Professionalisierung und Konventionalisierung (von Michael Groier, Markus Schermer (Hg.) - 2005)	ISBN: 3-85311-077-0 € 23,30
FB 54	<b>Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext</b> Band 1: Strukturentwicklung, Förderung und Markt (von Michael Groier, Norbert Gleirscher - 2005)	ISBN: 3-85311-076-2 € 22,50
FB 53	<b>Versorgung gefährdet?</b> Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum (von Ingrid Machold, Oliver Tamme - 2005)	ISBN: 3-85311-074-6 € 22,50
FB 52	<b>Den Bergbauernbetrieben wird nichts geschenkt</b> Evaluierung der Ausgleichszulage im Rahmen des österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raumes (von Gerhad Hovorka - 2004)	ISBN: 3-85311-073-8 € 19,90
FB 51	<b>Wachsen und Weichen</b> Rahmenbedingungen, Motivationen und Konsequenzen von Betriebsaufgaben in der österreichischen Landwirtschaft (von Michael Groier - 2004)	ISBN: 3-85311-067-3 € 22,00
-	<b>Das Brot der Zuversicht</b> Über die Zusammenhänge von Esskultur und bäuerlicher Landwirtschaft (von Elisabeth Loibl - 2003)	ISBN: 3-85311-064-9 € 19,00
-	<b>Voices of Rural Youth</b> A break with traditional patterns (edited by T. Dax and I. Machold - 2002)	ISBN: 3-85311-062-2 € 8,00
FB50	<b>Jung und niemals zu Hause</b> Jugendliche auf der Suche nach Perspektiven im Ländlichen Raum. (von Thomas Dax und Ingrid Machold - 2002)	ISBN: 3-85311-059-2 € 7,70
FB 49	<b>Beschäftigungseffekte agrar- und regionalpolitischer Maßnahmen -</b> Landwirtschaft, Beschäftigung und die Entwicklung des ländlichen Raumes (von Oliver Tamme – 2002)	ISBN: 3-85311-057-6 € 12,40
FB 48	<b>Biodiversität im Alpengebiet</b> Evaluation und Bewertung – OECD Fallstudie ( BA f. Bergbauernfragen und Umweltbundesamt, von Josef Hoppichler – 2002)	ISBN: 3-85311-058-4 € 5,00
FB 47	<b>Keine Berglandwirtschaft ohne Ausgleichszahlungen</b> Evaluierung der Maßnahme Ausgleichszulage in Benachteiligten Gebieten und Nationale Beihilfe (von Gerhard Hovorka – 2001)	ISBN: 3-85311-055-X € 7,27
FB 46	<b>Die vielen Gesichter der ländlichen Armut -</b> Eine Situationsanalyse zur ländlichen Armut in Österreich (von Georg Wiesinger – 2000)	ISBN: 3-85311-054-1 € 8,72

## Facts & Features

FF 35	<b>Benachteiligte Gebiete in den Neuen Mitgliedsstaaten</b> Integration in das EU-Förderinstrumentarium (von Thomas Dax, Ingrid Machold - 2006)	ISBN: 978-3-85311-081-2 gratis berggebiete.at € 13,00
FF 34	<b>Räumliche Wirkung der GAP und der ländlichen Entwicklungspolitik.</b> Ergebnisse aus dem ESPON Projekt 2.1.3 (von Thomas Dax - 2005)	ISBN: 3-85311-079-7 gratis berggebiete.at € 12,00
FF 33	<b>„Braucht Sloweniens Landwirtschaft eine Soziale Betriebshilfe?“</b> Ergebnisse einer explorativen Bedarfsanalyse (von Georg Wiesinger, Marjan Dolenšek, Darija Trpin Švikart - 2005)	ISBN: 3-85311-078-9 gratis berggebiete.at € 25,50
FF 32	<b>Berggebiete in Europa - Ergebnisse des internationalen Forschungsprojektes zur Abgrenzung, Situation und Politikanalyse</b> (von Thomas Dax, Gerhard Hovorka - 2004)	ISBN: 3-85311-075-4 gratis berggebiete.at € 12,00
FF 31	<b>Auswirkungen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes auf die Bevölkerungsstruktur</b> (Mid Term Evaluierung 2003)(O. Tamme - 2004)	ISBN: 3-85311-072-x gratis berggebiete.at € 13,00
FF 30	<b>Beschäftigungswirkungen im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes</b> (Mid Term Evaluierung 2003)(O. Tamme - 2004)	ISBN: 3-85311-071-1 gratis berggebiete.at € 15,00
FF 29	<b>Einkommenswirkung im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes</b> (Mid Term Evaluierung 2003)(G. Hovorka - 2004)	ISBN: 3-85311-070-3 gratis berggebiete.at € 14,00
FF 28	<b>Chancengleichheit im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes</b> (Mid Term Evaluierung 2003) (Th. Oedl-Wieser - 2004)	ISBN: 3-85311-069-x gratis berggebiete.at € 18,00
FF 27	<b>Sozioökonomische Effekte des Österreichischen Agrarumweltprogramms</b> (Mid term Evaluierung 2003) (M. Groier - 2004)	ISBN: 3-85311-068-1 gratis berggebiete.at € 16,00
FF 26	<b>The Role of Austrian Farm Women in On-Farm Activities</b> (R. Boenink - 2004)	ISBN: 3-85311-066-5 gratis berggebiete.at € 15,-
FF 25	<b>Regionalentwicklung im Berggebiet und institutioneller Wandel</b> (T.Dax/G. Hovorka - 2003)	ISBN: 3-85311-065-7 gratis berggebiete.at € 11,-
FF 24	<b>Perspektiven für die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes - Der GAP Reformbedarf aus österreichischer Sicht</b> (T. Dax/G. Hovorka/G. Wiesinger - 2003)	ISBN: 3-85311-063-0 gratis berggebiete.at € 14,-
FF 23	<b>Der neue Berghöfekataster - ein betriebsindividuelles Erschwernisfeststellungssystem in Österreich.</b> (O. Tamme - 2002)	ISBN: 3-85311-061-4 gratis berggebiete.at € 9,-

# BESTELLSCHEIN

Tel.: +43-1-504 88 69-0 Fax: DW-39  
office@berggebiete.at  
http://www.berggebiete.at

**Bundesanstalt für Bergbauernfragen**  
A-1030 WIEN, MARXERGASSE 2

Hiermit bestelle(n) ich (wir) die nachfolgend angegebenen Broschüren

Forschungsbericht Nr.	Stück	Preis €	Facts & Features Nr.	Stück	Preis €

zum Preis laut Liste zuzüglich Versandkosten,  
Lieferungen ins Ausland erfolgen nur gegen Vorausbezahlung.

Absender	Datum, Unterschrift

# Zeitreisen(de) im ländlichen Raum

## Diskurse ■ Re.Visionen

Die Entwicklung des Berggebietes und der ländlichen Regionen steht im Mittelpunkt der Fachbeiträge zu diesem Sammelband. Die AutorInnen haben sich als Zeitreisende im ländlichen Raum bewegt, indem sie die Vergangenheit kritisch betrachtet und in die nahe Zukunft geblickt haben. Wie wird die Zukunft im Berggebiet und in ländlichen Regionen in Österreich aussehen? Welche Rolle wird die Landwirtschaft zukünftig einnehmen? Wie können mögliche Stärken einer nachhaltigen und sektorübergreifenden ländlichen Wirtschaft weiterentwickelt werden? Und, welche Perspektiven ergeben sich für die ländliche Bevölkerung in Zeiten rascher Veränderungen? Eines ist sicher, die Beschleunigung der Entwicklung in den Zentren erfordert auch Bewegung auf dem Land in Hinblick auf neue Ideen, Offenheit und Reagieren auf sich ändernde Rahmenbedingungen. Die einzelnen Beiträge des Readers sind drei Themenbereichen zugeordnet. Zu Beginn werden die Perspektiven für die Berggebiete und den ländlichen Raum ausgeführt. Darauf folgen Beiträge zur Bedeutung und Relevanz des Struktur- und Wertewandels im ländlichen Raum. Zuletzt werden die Entwicklungstrends auf landwirtschaftlichen Betrieben und in der landwirtschaftlichen Produktion in ihrer nationalen und globalen Dimension analysiert und problematische Entwicklungen diskutiert.

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber  
Bundesanstalt für Bergbauernfragen

A-1030 Wien, Marxergasse 2  
<http://www.berggebiete.at>

Tel.: +43/1/504 88 69 - 0; Fax: +43/1/504 88 69 – 39  
[office@berggebiete.at](mailto:office@berggebiete.at)

Layout: R. Neissl, M. Hager, D. Rosenbichler  
Lektorat: H. Pflögger, M. Hager, I. Stiasny  
Druck: Druckerei Robitschek & Co. Ges.m.b.H.

ISBN: 978-3-85311-082-9

